

# Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HMG

MÜNCHEN, MONTAG, 4. APRIL 2016

72. JAHRGANG / 14. WOCHE / NR. 77 / 2,60 EURO

## Das Streiflicht

(SZ) Die Königin Bertha verstand es, einem Mann das Leben zur Hölle zu machen. So jedenfalls sah es ihr Gemahl, Heinrich IV., der die deutschen Bischöfe im Jahr 1069 anflehte, ihn „um Gottes willen von der Fessel dieser unter schlimmen Vorzeichen geschlossenen Ehe zu lösen“. Es ist schwer, einen Wunsch- oder gar Traumpartner zu finden. Ist er (oder sie) jedoch einmal erwählt, beginnt das nächste Problem: Zeigt sie (oder er) überhaupt Neigung zum Bunde? Dies will sorgfältig sondiert sein, bevor es zu übereilten und verhängnisvollen Schritten kommt. Heinrich Heine schrieb über diese Phase der Annäherung: „An deine schneeweiße Schulter / Hab ich mein Haupt gelehnt, / Und heimlich kann ich behorchen, Wonach dein Herz sich sehnt.“ Bedauerlicherweise liegt solchen Äußerungen oft genug nicht mehr als jener Wunsch zugrunde, den man Vater des Gedankens bezeichnet.

Ähnlich verhält es sich in jenen drei Bundesländern, in denen der jeweils stärksten Partei der Wunschpartner abhandelt, den Grünen in Baden-Württemberg etwa die SPD infolge jähler Verblässung. Die Parteien führen daher Sondierungsgespräche mit jenen Partnern, die vielleicht kein Traum, aber verfügbar erscheinen, nicht unähnlich dem Dating im Netz, wo die Beteiligten ja ebenfalls nach einem Minimum an Gemeinsamkeiten fahnden. Sucht er eine wilde, von bürgerlichen Konventionen befreite Liaison und sie einen gepflegten Herrn zum Kuscheln, der ihre fünf Katzen mag, ist die Gefahr einer an Bertha und Heinrich gemahnenden Mesalliance nicht fern.

Die Grünen entstammen ideengeschichtlich einer Bewegung, die einst erklärte: Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment. Die CDU hingegen erklärte die Grünen deshalb für Kinder der Hölle und Sittenlosigkeit. Heute haben sich diese Fronten seltensam verkehrt. Während Winfried Kretschmann als tugendhafter Landesvater jedem konservativen Bild des Idealpartners entspricht, fällt das bürgerliche Lager der Bewerber in rüder Weise aus der Rolle. So wird in den Medien ein prominenter CDU-Landespolitiker mit den auf eine grüne Kontrahentin bezogenen Worten zitiert, diese sei eine „Kotzfrau“, die man überfahren sollte. Hier wäre es an der Zeit, den Rat der weisen Kanzlerin einzuholen. Sie weiß doch seit Langem, dass Leidenschaft aller Art nur Zwietracht stiften, und ist daher mit der SPD eine Verbindung eingegangen, welche durch eine – dem Ehevertrag vergleichbare – Koalitionsvereinbarung in wenig aufregende, jedoch ruhige und stetige Bahnen gelenkt wird. Bei Bruch dieses Vertrags würden die Beteiligten bald nach neuen, vielleicht sogar heimlichen Traumpartnern schießen. Aber solche gibt es im Gedicht viel öfter als im Leben. Manchmal geht eben doch nichts über die gute alte Vernunftfehe.

## HEUTE

**Thema des Tages**  
Das EU-Türkei-Abkommen wird umgesetzt, und es gibt viele Probleme ..... 2

**Das Politische Buch**  
Selektive Wahrnehmung – gibt es eine starke Ungleichheit in der Republik? ..... 21

**Wissen**  
Dass Mücken den Erreger von Borreliose übertragen, ist extrem unwahrscheinlich ..... 22

**Schule und Hochschule**  
Eine Säule der Integration von Flüchtlingskindern heißt Bildung ..... 39

Medien, TV-/ Radioprogramm ..... 43,44  
Forum & Leserbrief ..... 42  
Kino - Theater ..... im Lokalteil  
Rätsel ..... 43  
Traueranzeigen ..... 27

Dieser Ausgabe liegt  
**chrismon**  
bei – ein Magazin der Evangelischen Kirche Deutschlands

Süddeutsche Zeitung GmbH,  
Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0,  
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de  
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und  
Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt),  
089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).  
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo  
A, B, F, GR, I, L, NL, SLO, SK, € 3,40;  
dkr. 26; E 3,20; kn 28,6; SFR. 4,80; czk 96; Ft 920



ILLUSTRATION: PETER M. HOFFMANN

PANAMA PAPERS  
Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes

## Die heimlichen Millionengeschäfte des Putin-Zirkels

Vertrauliche Dokumente enthüllen: Freunde des russischen Präsidenten haben über Briefkastenfirmen offenbar viel Geld ins Ausland geschafft. Die „Panama Papers“ zeigen, wie Staatschefs, Diktatoren und Sportstars weltweit ihr Vermögen verschleiern

VON F. OBERMAIER, B. OBERMAYER UND U. SCHÄFER

**München** – Enge Vertraute des russischen Präsidenten Wladimir Putin haben in den vergangenen Jahren unter konspirativen Umständen offenbar mehr als zwei Milliarden Dollar durch Briefkastenfirmen geschleust und dabei hohe Millionenbeträge außer Landes geschafft. Das ergibt sich aus Daten und Unterlagen einer panamaischen Kanzlei, die mehr als 200 000 Offshore-Firmen gegründet hat – darunter etliche, die offenbar Freunden Putins gehören. Zu den Schlüsselfiguren in den Dokumenten, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt wurden, gehört unter anderem Sergej Roldugin. Er ist ein bekannter Cellist und war 1985 Taufpate von Putins erster Tochter Maria. Er gilt als einer der besten Freunde des Präsidenten und stand den Dokumenten zufolge im Mittelpunkt eines Netzwerks aus Briefkastenfirmen.

Die Informationen der SZ beruhen auf Dokumenten aus der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca in Panama, einem der weltweit größten Anbieter und Verwalter von sogenannten Offshore-Firmen. Das sind Briefkastenfirmen, die ihren Sitz in Steuerparadiesen haben und deren wahre Eigentümer nach außen meist nicht bekannt sind. In dem riesigen Datenberg tauchen auch die Namen von Superreichen, Sportlern, Waffenhändlern, Spionen und Betrügnern auf.

Die Briefkastenfirmen aus dem Netzwerk um Putin-Freund Roldugin haben den Dokumenten zufolge Anteile und Aktienoptionen wichtiger russischer Unternehmen gehalten. Außerdem wurde das Vermögen der Firmen augenscheinlich durch Millionengeschäfte gemehrt, bei denen der eigentliche Zweck offenbar verschlei-

ert wurde. Eine wichtige Rolle spielten dabei ausweislich der Unterlagen Mitarbeiter der Bank Rossija. Das Geldhaus aus Sankt Petersburg gilt Vertretern der US-Regierung als „Putins Bank“ und wurde deswegen nach der Krim-Annexion mit Sanktionen belegt. Auch weitere Putin-Vertraute, die in den Dokumenten im Zusammenhang mit anderen Briefkastenfirmen auftauchen, haben die EU und die USA sanktioniert. Zu den Anteilseignern der Bank Rossija gehört auch der Cellist Roldugin.

Putins Name selbst taucht in den Unterlagen nicht auf. Roldugin wird dagegen etliche Male genannt. Er war demnach Eigentümer oder Miteigentümer von drei Briefkastenfirmen; zwei davon sind offenbar mit zwei weiteren Offshore-Firmen eng verbunden. Über dieses Firmennetz sollen, den Dokumenten zufolge, auch mehre-

re Millionen Dollar an die russische Firma Ozon LLC geflossen sein; diese hat später das Skiresort Igora nahe Sankt Petersburg gekauft, in dem im Februar 2013 die pompöse Hochzeit von Putins zweiter Tochter Katerina stattgefunden haben soll.

Eine detaillierte Anfrage, die die SZ vor vergangene Woche wegen der Vorgänge an Putin richtete, ließ der Kreml bis Sonntag unbeantwortet. Der Sprecher Putins sagte jedoch bereits vor einige Tagen vor russischen Medien, die geplante Berichterstattung sei eine „Informationsattacke“ auf Russland und seinen Präsidenten. Auch Roldugin und die Bank Rossija beantworteten schriftliche Anfragen nicht.

Der *Süddeutschen Zeitung* hat eine anonyme Quelle 2,6 Terabyte Daten aus der Kanzlei Mossack Fonseca zugespielt – 11,5 Millionen Dokumente zu mehr als 214 000

Briefkastenfirmen. Unterlagen dieser Kanzlei spielten bereits eine Rolle in Steuer-Ermittlungsverfahren gegen drei deutsche Banken und deren Kunden.

In den Daten finden sich die Namen mehrerer Staats- und Regierungschefs. So gehören oder gehörten offenbar dem saudiarabischen König Salman ibn Abd al-Asis, dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und dem früheren georgischen Ministerpräsidenten Bidsina Iwanischwili Offshore-Firmen. Islands Premier Sigmundur Davíð Gunnlaugsson besaß bis Ende 2009 zusammen mit seiner jetzigen Frau eine Briefkastenfirma, in der auch Anleihen wichtiger isländischer Banken deponiert waren. Der Premier erklärte auf Anfrage, die Firma habe immer seiner Frau gehört; Firmen, die nicht wirklich Geschäfte machen, seien zudem nicht meldepflichtig.

Daneben tauchen in Dokumenten auch Personen wie der Cousin von Syriens Präsident Baschar al-Assad auf, gegen die die UN Sanktionen verhängt haben. Im Fall Syrien dienten Briefkastenfirmen offenbar dazu, Sanktionen der UN zu umgehen. Ein Datenleck dieser Größe, aus dem Journalisten Material zugespielt wurde, hat es, soweit bekannt, bislang nicht gegeben. Weil die Menge der Unterlagen so riesig ist und die darin vorkommenden Personen auf so viele Länder weltweit verteilt sind, hat die *Süddeutsche Zeitung* die Recherche gemeinsam mit dem Internationalen Konsortium für Investigative Journalisten (ICIJ) in Washington organisiert. An ihr wirkten etwa 400 Journalisten aus fast 80 Ländern mit. In den kommenden Tagen werden etwa 100 Medien unter dem Titel „Panama Papers“ ihre Ergebnisse veröffentlichen, darunter auch der *Guardian*, die *BBC* und *Le Monde*. In Deutschland wa-

ren auch der NDR und der WDR beteiligt. Mossack Fonseca gründet und verwaltet seit fast 40 Jahren Briefkastenfirmen.

In Deutschland wird nach SZ-Informationen seit einiger Zeit wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegen Mitarbeiter der Kanzlei ermittelt. Die Kanzlei betonte auf Anfrage, sie arbeite „seit 40 Jahren ohne jede Beanstandung. Nie sind wir einer Straftat beschuldigt oder angeklagt worden.“ Zudem bedauere man „jedweden Missbrauch von Gesellschaften, die wir angemeldet haben, oder von Dienstleistungen, die wir erbracht haben“. Solche Fälle versuche man „so weit wie möglich zu stoppen“. Zu konkreten Fällen lehnte die Kanzlei jeden Kommentar ab.

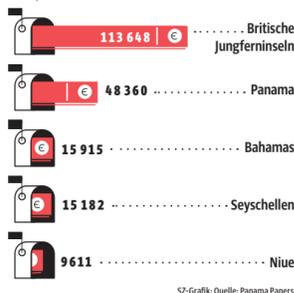
Die geleakten Dokumente betreffen auch den Sport. So ist der argentinische Fußballspieler Lionel Messi, der Ende Mai wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung in Spanien vor Gericht stehen wird, in den Unterlagen als Begünstigter einer der Staatsanwaltschaft bis dato unbekannt Offshore-Firma geführt. Auf Anfrage wollte sich der Fußballer nicht zu der Angelegenheit äußern.

Zudem finden sich in den Unterlagen Spuren zur Fifa-Affäre. So hat der uruguayische Anwalt Juan Pedro Damiani, der als Mitglied der Fifa-Ethikkommission den Sportverband säubern soll, offenbar ausgerechnet drei Angeklagten im Fifa-Skandal zu Offshore-Firmen verholfen, über die womöglich Funktionäre bestochen wurden. Die Fifa-Ethikkommission hat nun Vorermittlungen gegen ihr eigenes Mitglied eingeleitet. Damiani versicherte auf Anfrage, die Kommission über die Geschäftsverbindungen informiert zu haben. Allerdings geschah dies erst, nachdem die SZ Damiani zu dem Fall befragt hatte.

## 214 488

Briefkastenfirmen und Stiftungen aus 21 Jurisdiktionen sind insgesamt in den Daten

Die 5 Jurisdiktionen mit den meisten Firmen



SZ-Grafik; Quelle: Panama Papers



## Alles über die Panama Papers

**Der Deutsche:** Jürgen Mossack und seine Kanzlei haben weltweit viele zwielichtige Kunden > Seite 3

**Was ans Licht muss:** Warum es im öffentlichen Interesse ist, die Panama Papers zu enthüllen > Seite 4

**Putins beste Freunde:** Die Spur des Geldes führt zu einem Cellisten, einer Taufe, einer Männer-Clique > Seite 10

**Kleiner Kaiser:** Messi verteidigt sich wie Beckenbauer. Nun taucht eine neue Offshore-Firma auf > Seite 16

## Dreck über dem Deck

Der Abgas-Ausstoß des TV-Traumschiffs empört Umweltschützer

destandards ein und gehöre zu den größten Luftverpestern der Branche. „Das ist eine Dreckschleuder“, sagt der Nabu-Experte Malte Siegert, „wenn das ein Auto wäre, müsste es stillgelegt werden.“

Besonders ärgert die Kritiker, dass öffentlich-rechtliche Unterhaltung gedreht wird auf der weißen *Amadea*, die mit dem türkischen Streifen des Unternehmens Phoenix-Reisen auf dem Rumpf unter der Flagge der Bahamas fährt. Das gilt auch für das von der ARD genutzte Phoenix-Schwesterschiff *Artania* („Verrückt nach Meer“). Dem ZDF-Intendanten Thomas Bellut schrieb der Nabu-Präsident Olaf Tschimpke bereits vor Monaten einen Brief. Ungefilterte Emissionen aus Dieselmotoren seien laut der Weltgesundheitsorganisation WHO so krebserregend wie Asbest, heißt es da; allein in Europa kämen jedes Jahr 50 000 Menschen

durch Stickoxide, Schwefeldioxyde oder Feinstaub des internationalen Schiffsverkehrs ums Leben. Kreuzfahrtriesen belasteten Innenstädte wie die von Venedig oder Hamburg und trügen die Verschmutzung bis in sensible Reviere wie die Arktis. Die *Amadea* habe keinen Katalysator oder Rußpartikelfilter und fahre außerhalb von Nord- und Ostsee „höchstwahrscheinlich mit hochgiftigem Schweröl“. Dabei, so Tschimpke, wiesen ARD und ZDF mit Dokumentationen doch selbst öfter auf die Folgen der Schifffahrt hin.

Der ZDF-Chef Bellut antwortete, das Schiff entspreche „den inhaltlich-dramaturgischen Anforderungen“ der Formate „Traumschiff“ und „Kreuzfahrt ins Glück“. Selbstverständlich halte Phoenix auch die Umweltvorschriften ein. Laut EU-Gesetz dürfen Schiffsmotoren auf deutschen Meeren und der Elbe nur Kraftstoff

mit einem Schwefelgehalt von maximal 0,1 Prozent verbrennen. Allerdings ist das immer noch das Hundertfache des Fahrzeug-Grenzwerts, von Ruß und anderen Schadstoffen ganz zu schweigen. Gegen das, was auf Wasserstraßen abgedeckt werde, sei der VW-Skandal geradezu eine Petitesse, meint Malte Siegert, was die VW-Affäre aber nicht besser mache.

Kreuzfahrtschiffe sind ein vergleichsweise kleiner Teil des schwimmenden Problems, obwohl die Giganten unter ihnen mit Tausenden Passagieren an Bord den Energiebedarf einer Kleinstadt verschlingen. Die verheerenden Schäden durch die globale Frachtschiff-Szene zeigte kürzlich eine Sendung in der ARD. Nur langsam bemühen sich manche Anbieter um sauberere Technik. Hamburgs rotgrüner Senat misst zögerlich die umstrittene Luftqualität in seinem Welthafen. Es gibt dort neuerdings Anlagen, die geeignete Schiffe von Land aus mit Strom versorgen. Ein Traumschiff wie die *Amadea* kann hier nicht andocken, also raucht der Schornstein weiter. PETER BURGHARDT

## DAS WETTER

TAGS 24°/5° NACHTS

Im Osten ist es heiter bis wolkig und trocken. Ansonsten gibt es teils Schauer, später auch Gewitter. Die Temperaturen liegen zwischen 14 Grad auf den Inseln und 24 Grad in Bayern, an den Alpen bei Föhn noch wärmer. > Seite 21 und Lokales

**Gewinnzahlen vom Wochenende**  
**Lotto (02.04.):** 1, 10, 17, 23, 28, 38  
**Superszahl:** 6  
**Toto:** 1, 1, 1, 0, 1, 2, 1, 0, 1, 2, 1, 2, 0  
**Auswahlwette:** 4, 8, 13, 18, 20, 36  
**Zusatzspiel:** 28  
**Spiel 77:** 5 0 8 0 1 1 5  
**Super 6:** 5 6 7 8 2 4 (Ohne Gewähr)  
**Weitere Gewinnzahlen:**  
**Wirtschaft, Seite 26**

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: [sz.de/plus](http://sz.de/plus)

Drei Männer,  
ein Problem – es ist  
2,6 Terabyte groß.  
So viele Daten  
über ihre Kunden  
sind an die Öffentlich-  
keit gelangt:  
v.l. Jürgen Mossack,  
Christoph Zollinger  
und Ramón Fonseca.

ILLUSTRATION:  
PETER M. HOFFMANN



## Der Deutsche

Jürgen Mossack – so heißt der Mann, der reichen Kunden hilft, ihr Geld zu verstecken.  
Darunter sind Diktatoren, Drogenbarone, Waffendealer, Mafiosi.  
Zu Besuch in Panama-City, wo sich sogar Geld vermehrt, das es gar nicht gibt

VON FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND RALF WIEGAND

Der Wagen verlässt Panama-City in Richtung Landesinnere. Tropischer Wind bläst vor den Toren der Stadt die Plastiktüten über den Asphalt. Neben einem Kiosk brennt Müll. Es stinkt. Von den kleinen Hütten am Straßenrand sind manche mehr Ruine als Verschlag. 40 Minuten dauert die Fahrt, über den Panamakanal, hinaus nach Vacamonte. Dafür, dass Frau Leticia Montoya die „queen of offshore“ ist, wohnt sie weit weg von den Palästen des geheimen Geldes. Vacamonte ist eine No-go-Area. Zu gefährlich.

Immerhin lebt sie in einem für diese Gegend ansehnlichen Bungalow, im Carport steht ein japanisches Auto, die Tür öffnet dann ein Mann. Nein, brummt er, seine Frau ist nicht da. Warum?

Um mit ihr zu reden, über Offshore-Firmen. Darüber, wie man es schafft, als einzelne Frau Zigtausende Unternehmen zu leiten. Darüber, dass unter diesen Firmen ein paar nicht saubere sind. Darüber, dass andere dann aber offenbar dicke Geschäfte machen, während sie hier draußen im trübsinnigen Vacamonte hockt. Mit ihm.



Die Geheimnisse  
des schmutzigen Geldes

Hm. Der Mann holt ein Handy raus. Er macht nicht den Eindruck, als wüsste er, was seine Frau beruflich treibt. Sonst würde er kaum ihre Nummer diktieren: „Ruft sie doch an!“ Tür zu.

Sie geht nicht ran, könnte aber jetzt die Nummer sehen und zurückrufen.

Leticia Montoya aus Panama, über 60, japanisches Auto, kleines Haus, schlecht gelaunter Mann; man kann sie Offshore-Königin nennen, weil sie in den letzten gut 30 Jahren mehr als 25.000 Firmen als Direktorin diente. Als Scheindirektorin. Ihr Name erschien auf Wunsch im Impressum eines Unternehmens, das nur als Briefkasten für Verträge diente, die niemand sehen soll, oder als Inhaberin von Konten, in die niemand schauen darf. Mit so einer Briefkastenfirma in einem Steuerparadies wie Panama oder auf den Britischen Jungferninseln kann derjenige, der sich hinter Menschen wie Leticia Montoya versteckt, machen, was er will. Unerkann.

Geld waschen? Waffen kaufen? Steuern sparen? Mal eben Millionen verschieben? Was auch immer: Señora Montoya zeichnete ab. Menschen wie sie sind das Präkariat in der Welt des geheimen Geldes. In der Offshore-Welt. Hier kann man eine Königin sein, ohne Reich.

Oder König und reich. Jürgen Mossack ist der Chef von Leticia Montoya und wohnt nicht in Vacamonte, sondern in Altos del Golf. Villen, Geländewagen, Überwachungskameras überall. Nichts stinkt, Geld sowieso nicht. Stacheldraht und Elektrozaune sind hier Standard; wer's braucht, leistet sich Wachpersonal. Wie die

Digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

beiden ehemaligen Präsidenten Panamas, die hier auch ihre Anwesen haben. Früher wohnte in dem Viertel Manuel Noriega, wegen seiner Narben „Ananasgesicht“ genannt, in den USA unter anderem wegen Drogenhandels verurteilter einstiger Machthaber des Landes. Heute wohnt er im Knast. Auch für einen deutschen, recht berühmten Privatagenten sollen in Panama-City nicht nur Briefkastenfirmen verwaltet worden sein, er soll über eine davon auch ein Haus besitzen. In Altos del Golf.

Das legen Unterlagen nahe, von denen der Spion aus Alemania und wohl Zigtausende andere Menschen hofften, dass sie nie jemand sehen würde. Sie hatten da vertraut auf die Diskretion, die im Offshore-Geschäft ganz hoch gehalten wird.

Da dürfte was zukommen auf Jürgen Mossack, den König, und vielleicht sogar auf Leticia Montoya, die arme Königin, der lebendige Unterschriftenautomat. Menschen wie sie, sagt Carlos Barsallo, oberster Ethiker unter Panamas Anwälten, können für Rechtsverstöße der Firmen, denen sie pro forma vorstehen, zur Rechenschaft gezogen werden. Viele der oft einfachen Leute, die diesen Job machen, dürften das nicht mal ahnen.

Dafür müssten diese Verstöße aber entdeckt werden – und damit genau das nicht passiert, gibt es überhaupt nur Kanzleien wie Mossack Fonseca. Deren Markenkern ist totale Verschwiegenheit. Die Namen der Kunden werden geradezu weggezaubert. Es ist dadurch ein sich selbst erhaltendes System: Die bisweilen absurden Offshore-Konstrukte schützen nicht nur die wahren Besitzer solcher Briefkastenfirmen, sondern auch deren Erfinder.

Umso größer ist jetzt das Problem für Mossack Fonseca. Für deren Kunden, für die Kanzlei selbst, für Jürgen Mossack persönlich, für seinen Partner Ramón Fonseca und für den Schweizer Christoph Zollinger, der auch ein paar Jahre Partner war.

Die Daten würden Tausende  
Bibeln füllen. Manche werden  
jetzt wohl anfangen zu beten

Ein 2,6 Terabyte großes Problem – so viele Daten aus der Kanzlei, die von Panama-City aus seit fast 40 Jahren Briefkastenfirmen von der Stange ebenso verkauft wie maßgeschneiderte, sind der Süddeutschen Zeitung zugespielt worden. Leak heißt so ein Datenleck, aus dem plötzlich Wahrheit fließt, und leaken ist das Verb, wenn die Daten dorthin gelenkt werden, wo sie nie hinsollten: ans Licht. Als Text ausgedruckt, dürften die neuesten Informationen aus dem Offshore-Innenkreis wohl mehr als 700.000 Bibeln füllen.

Die Kanzlei Mossack Fonseca scheint nicht ganz dicht zu sein. Schon vor geraumer Zeit tröpfelten Daten aus dem Haus, wurden zum Kauf angeboten für Behörden in aller Welt. Sie waren älter, es waren viel, viel weniger als jetzt, aber sie halfen immerhin, Steuerbetrüger zu fassen. Gleich zweimal geleakt zu werden ist für eine Verschwiegenheitskanzlei schon ein interessanter Vorfall. Geheimnisse sind eine starke Währung in Panama-City, das man ein Manhattan der Tropen nennen kann. Vom Distrito Financiero aus sind die üblen Slums nicht zu sehen. Der örtliche Trump Tower gleicht einem gigantischen Segel, andere Bürotürme sehen aus wie Fackeln, Raketen, Tetrapaks, der 243 Meter hohe Tornillo wie eine Schraube, mit seiner verdrehten Fassade.

Panama sieht hier reich aus. Möglich gemacht hat das Geld, und zwar in seiner allerseltsamsten Form. Es weht wie Gas um die Welt, schnell, geruchlos, unsichtbar, flüchtig, aber auch: giftig. Manches davon vermehrt sich sogar, ohne zu existieren. So verrückt kann das Geschäft mit Briefkastenfirmen sein, das nirgendwo besser läuft.

Der Hauptsitz von Mossack Fonseca wirkt zwischen den schrägen Hochhausfantasien wie aus der Zeit gefallen. Drei Etagen, Glasfassade, fertig. Von hier aus hat die Kanzlei von Jürgen Mossack, 68, offenkundig nicht nur Premierministern geholfen, ihr Geld zu verstecken. Zu ihren Kunden gehören auch Diktatoren, Drogenkartelle, Mafia-Clans, Waffendealer, Regime wie in Nordkorea oder Iran. Und, als wäre eine etwas plumpe Satire: Fifa-Funktionäre. Der Job der Kanzlei Mossack Fonseca ist es, bei der Verschleierung der Geschäfte zu helfen.

Den Gründer Jürgen Mossack nennt im Finanzdistrikt kaum einer beim Namen. Er ist hier nur „der Deutsche“ – den in Deutschland kaum einer kennt. Wer ist das, der dafür sorgt, dass seine Kunden Harry Potter heißen, wenn sie möchten, oder auch Winnie Pooh?

Ein Interview mit ihm gibt es nicht – grundsätzlich nie, lässt eine Kanzlei-Sprecherin wissen. Auf einen Brief mit Fragen, an Jürgen Mossacks private Adresse in Altos del Golf, antwortet er per E-Mail: Die Antwortfrist sei zu kurz. Das Angebot, sich dann bitte mehr Zeit zu nehmen, beantwortet er nicht mehr.

Jürgen Mossack stammt aus Fürth und verließ mit seinen Eltern – Mutter Verkäuferin, Vater Maschinenbauer – Deutschland Anfang der 60er-Jahre Richtung Panama. Er ging dort zur Schule, studierte Jura, arbeitete nach dem Examen bei Kanzleien in London und Panama. Dort gründete er 1977 seine eigene Kanzlei: die Jürgen Mossack Lawfirm.

Schon früh spezialisierte die sich auf Briefkastenfirmen. 1986 stieg der panamaische Anwalt, Schriftsteller und Präsidenten-Flüsterer Ramón Fonseca Moro als Partner ein. Dritter Partner wurde der Schweizer Christoph Zollinger. Er zog sich vor einer Weile weitgehend aus der Kanzlei zurück, weil er, wie er sagt, sich „nicht mehr mit dem Offshore-Geschäft als solchem identifizieren“ könne – nach rund 15 Jahren bei Mossack Fonseca.

In einigen Ländern leben  
die beteiligten Journalisten nun  
ausgesprochen gefährlich

Über Jürgen Mossack sagt man im Finanzviertel von Panama, er sei aufbrausend und durchsetzungsstark. Kein Freund großer Worte, aber einer der schnellen Entscheidungen. Besser sei es, man habe ihn auf seiner Seite, sonst werde es unangenehm. Derjenige, der das erzählt, hat beide Erfahrungen hinter sich.

Während in den 70er-Jahren aus dem Deutschen in Panama auf diese Weise „der Deutsche“ aus Panama-City wurde, waren seine Eltern wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Ebenso seine Schwester und sein Bruder, der inzwischen Honorarkonsul der Republik Panama in Wiesbaden ist.

Die Eltern zogen nach München, wo der Vater, Erhard Mossack, direkt nach dem Zweiten Weltkrieg von US-Truppen festgesetzt worden war. Mossack senior, ein Waffen-SS-Mann, der im Krieg als Rottenführer in einem Totenkopf-Regiment gedient hatte, soll eine Liste von NS-Widerstandskämpfern gehabt haben. Offenbar wechselte Erhard Mossack später die Seiten, jedenfalls findet man ihn in alten Geheimdienstunterlagen der USA als CIA-Informanten in Panama. Der Bundesnachrichtendienst schickt eine SZ-Anfrage zu Erhard Mossack ohne Auskunft zurück. Dort lägen zwar Dokumente vor, die jedoch „das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder“ gefährden könnten. War Erhard Mossack auch beim BND? Irgendwie scheint das mit der Geheimniskrämerie bei den Mossacks im Blut zu liegen.

Beim Besuch in Panama-Stadt würde man gerne in die Kanzlei Mossack Fonseca spazieren und schauen, wie es da ist. Vermutlich würde man aber rausfliegen. Am Empfang soll eine Liste mit unerwünschten Personen ausliegen, auch auf so was gibt es Hinweise im Datenleck. Journalisten gehören demnach pauschal dazu.

Aber es wäre ohnehin nicht möglich, denn es ist bei unserem Besuch erst Februar. Noch niemand in der Schattenwelt des Geldes hat Anfragen von der Süddeutschen Zeitung oder von einem der anderen gut

100 Medien bekommen, die seit Monaten im Datenbergwerk aus Panama schürfen. Jetzt könnte man mit jeder unüberlegten Aktion Verdacht erwecken, das Wachpersonal vor der Kanzlei schaut schon komisch. Besser draußen bleiben.

Das Panama Papers getaufte investigative Recherche-Projekt ist die größte grenzüberschreitende journalistische Zusammenarbeit dieser Art, die es bisher gegeben hat. Ein Netz aus Informationen zieht sich um Menschen, die bisher wie Aale durch alle Hände flutschten. Solche Daten sind das Gold des Journalismus. Aber wie das mit Gold halt nun mal ist: Wer zu viel davon hat, lebt gefährlich.

Zum internationalen Recherche-Team gehört auch die Redaktion von La Prensa. Die Zeitung arbeitet in einem Industriegebiet im Nordosten von Panama-Stadt, zwischen Baumarkt und Autohändler. Von den Redaktionsräumen im ersten Stock sieht man hinunter in die Druckerei.

Das ist das Reich von Rita Vásquez, stellvertretende Chefredakteurin, karges Büro. Sie hat einst selbst in der Offshore-Branche gearbeitet, kennt viele Mitarbeiter der Kanzlei Mossack Fonseca persönlich. Ihr Mann arbeitet ebenfalls bei La Prensa. „Diese Geschichte wird einschlagen wie eine Atombombe“, sagt er, die Welt werde auf Panama schauen wie 1989, bei der US-Invasion. Das Problem ist: Für eine Invasion ist La Prensa nicht gerüstet. Die Zeitung hat eine Auflage von 32.000 Exemplaren, und die Leser stammen vor allem aus der Oberschicht, Leute mit Geld, die jene Dienstleister vor der Haustür haben, die es zu verstecken wissen. Die Kunden Jürgen Mossacks und La-Prensa-Leser dürften eine nennenswerte Schnittmenge bilden.

In der Redaktion der Zeitung wissen im Februar keine zehn Leute von dem Projekt, obwohl es da schon seit Monaten läuft. Es ist top secret, hier und in allen Ländern der Welt, in denen die Recherchen laufen. Mit den Daten wechselt eben auch die Sorge um deren Sicherheit die Seite – und um die Sicherheit derer, die sie auswerten.

Es ist ein bisschen verrückt: Diejenigen, die das Geschäft mit den Offshore-Konten aufdecken wollen, all die Tricks des Vertuschens, Verschleierns, Verschlüsseln, müssen sich nun selbst beinahe der gleichen Mittel bedienen. Codierte Kommunikation. Tarnnamen in E-Mails. Geheimhaltung, auch gegenüber Freunden und Familie. Nur: Wie sicher ist sicher?

In Panama-City kennt jeder jeden, zumindest in diesem Business. Mindestens eine Mossack-Fonseca-Mitarbeiterin soll einmal bei La Prensa gearbeitet haben; Rita Vásquez und ihre Kollegen treffen auf Grillpartys oder auf dem Golfplatz Leute von beiden Seiten. Bloß nichts erzählen. Panama ist gefährlich. Das Datenleck bei

Mossack Fonseca gewährt zum Beispiel auch neue Einblicke in einen großen inländischen Skandal. Einer der Ermittler ist verschwunden, ein zweiter ist niedergestochen worden.

Bei La Prensa beugen sie vor. Mit schuss-sicheren Westen. Und mit einem Bodyguard. Zu viele haben zu viel zu verlieren.

Oh, wie krass ist Panama. Nur Panama? Überall auf der Welt treffen die recherchierenden Redaktionen Sicherheitsvorkehrungen. Wenn Journalisten in einem Rechtsstaat arbeiten, wie die der SZ, müssen sie vielleicht nur die Hausjuristen in Alarm versetzen. Aber dort, wo man es mit Rechtsstaatlichkeit nicht so hat, beziehen Journalisten jetzt gerade geheime Wohnungen, nehmen ihre Rechner vom Netz, schauen zweimal nach links und rechts und unters Auto, wenn sie das Haus verlassen. Die Panama Papers dürften Staatschefs in Not und Prominente zum Weinen bringen. Es ist eine spezielle Welt, die da gerade ins Wanken gerät.

In Russland hat der Kreml schon mit Klagen und Prozessen für den Fall einer Verleumdung gedroht – nur, weil es Anfragen zu einem großen Offshore-Netzwerk gab. In Aserbaidschan wurde die Journalistin Khadija Ismayilova im September 2015 zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt – bei Amnesty International ist man sich sicher, dass sie dem Regime mit Recherchen lästig geworden ist. Auch die Panama Papers legen eine Verbindung von Präsidentenfamilie und Briefkastenfirmen nahe. Und in Brasilien, wo Mossack Fonseca im Verdacht steht, in einen der größten Korruptionsfälle Lateinamerikas verwickelt zu sein, sagte ein Staatsanwalt neulich: Es gebe Beweise, dass diese Kanzlei eine „riesige Geldwaschanlage“ sei.

Wo eine Waschanlage, da auch Wäscher. Und die können überall sitzen.

Das Gehalt der  
„queen of offshore“?  
Nicht der Rede wert

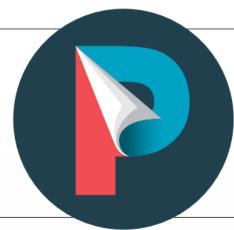
Manche in Panama schämen sich dafür, dass der Erfolg des winzigen Landes auch auf Geschäften von Offshore-Beratern wie Mossack Fonseca beruht – mit Drogendealern, Betrügern und sanktionierten Unrechtsregimen. Panama, die Steueroase, steht auf der schwarzen Liste der EU. Die anderen aber sind stolz darauf, dass gerade in ihrem Land das heiße Herz der Offshore-Welt schlägt. Die Elite Panamas ist eine eingeschlossene Gemeinschaft und Jürgen Mossack eine Autorität. Er war im „nationalen Rat für Außenbeziehungen“ der Regierung, ist Mitglied bei den Rotarier, besitzt Helikopter und Yacht.

Leticia Montoya, die „queen of offshore“ aus dem schlecht beleumundeten Vacamonte: Sie fährt Mitsubishi. Bis zu 3000 Firmen diente sie gleichzeitig als Direktorin. Für die Bereitstellung eines Scheindirektors nimmt Mossack Fonseca von seinen Kunden rund 100 Euro im Jahr. Allein Señora Montoya erwirtschaftete also bisweilen einen Umsatz von 300.000 Euro. Ihr Gehalt? Steht, wie ihre Adresse, auch in den Panama Papers. Es ist mickrig.

Leticia Montoya ruft tatsächlich zurück. Ja, das stimme mit den Tausenden Firmen: „Wofür die sind, wem sie verkauft wurden, worum es sich genau handelt – davon habe ich keine Ahnung.“ Vor allem ärgert sie sich, dass ihr Mann die Nummer rausgegeben hat, dieser Hornochse.

# PANAMA PAPERS

Mehr Infos, Videos und Grafiken zum Thema.  
www.panamapapers.de



## Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes



Die Recherche drehte sich unter anderem (v.l.) um Islands Premier und amtierende oder ehemalige Staatschefs aus der Ukraine, Syrien, Russland, Saudi-Arabien und Iran.

ILLUSTRATIONEN:  
PETER M. HOFFMANN

## Das Leak

Aus einer anonymen Nachricht an die Süddeutsche Zeitung wurde eine weltweite Recherche: Die Panama Papers bringen Hunderte Politiker, Prominente und Superreiche in Erklärungsnot. 400 Journalisten aus rund 80 Ländern arbeiteten ein Jahr lang zusammen – unter größter Geheimhaltung

VON KATRIN LANGHANS, HANS LEYENDECKER, HANNES MUNZINGER, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND VANESSA WORMER

Hallo. Hier spricht John Doe. Interessiert an Daten? Ich teile gern.

Diese Sätze schrieb eine anonyme Quelle an die Süddeutsche Zeitung, vor weit über einem Jahr. Auf die erste Nachricht folgten weitere – und bald die angekündigten Daten: interne, brisante Unterlagen aus der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack Fonseca. Ein Unternehmen, das aus Dutzenden Büros rund um die Welt Briefkastenfirmen verkauft, mit deren Hilfe sich fast jedes Geschäft verschleiern lässt. Auch die schmutzigen.

Bei ein paar Unterlagen blieb es nicht, die Datenmenge wuchs über die Monate an, bis am Ende rund 2,6 Terabyte im Besitz der SZ waren. Es ist das größte Datenleak, das Journalisten je überlassen wurde. Die Daten umfassen mehr als elf Millionen Dokumente – manche nicht älter als ein paar Wochen. Sie zeigen, wie die globale Offshore-Industrie im Verbund mit großen Banken, Anwaltskanzleien und Vermögensverwaltern sehr verschwiegen die Besitztümer von Politikern oder Fifa-Funktionären, Betrugern oder Drogenschmugglern, Milliardären oder weltbekanntesten Sport-Stars verwaltet. Der spektakulärste Teil des Leaks sind Briefkastenfirmen von zwölf aktuellen und früheren Staatschefs – sowie Spuren zu den Familien, engen Freunden oder Beratern von etwa 60 weiteren. Daneben finden sich rund 130 Politiker aus der ganzen Welt unter den Kunden der Kanzlei, auch Minister.

Bei der Süddeutschen Zeitung beschäftigte sich ein Team über mehr als ein Jahr hinweg intensiv mit den Panama Papers. Reporter und Datenspezialisten überprüften die Authentizität der geleakten Dokumente auf vielfache Weise, glichen sie mit öffentlichen Registern, Zeugenaussagen und Gerichtsurteilen ab und sprachen mit Hunderten Personen, deren Namen in den Dokumenten auftauchen, sowie mit Steuerexperten, Anwälten und Behörden.

Die Süddeutsche Zeitung hat sich zudem frühzeitig entschieden, den Datenberg gemeinsam mit dem Internationalen Konsortium für Investigative Journalisten (ICIJ) auszuwerten, um weltweit möglichst viele Geschichten recherchieren zu können. Das ICIJ hatte zuvor bereits die Recherchen an Projekten wie Offshore-Leaks, Lux-Leaks und Swiss-Leaks koordiniert; an diesen Recherchen hatte sich auch die SZ beteiligt.

Das ICIJ, gegründet 1997, ist ein internationaler Verein für investigative Journalisten. Ihm gehören weltweit etwa 200 Journalisten an, darunter vier Reporter der Süddeutschen Zeitung. Das ICIJ gehört zum Center for Public Integrity (CPI), einer US-amerikanischen Non-Profit-Organisation für Investigativjournalismus. CPI und ICIJ Digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

werden aus Spendengeldern finanziert, in jüngster Zeit unter anderem von Stiftungen aus Australien, Großbritannien, den Niederlanden und den USA, darunter die Ford Foundation, die Adessium Foundation, die von George Soros gegründete Open Society Foundation; außerdem durch das Pulitzer Center of Crisis Reporting.

### Nordkorea, Syrien, Iran und die Fifa: In den Daten tauchen sie alle auf

Die Recherche zu den Panama Papers ist die größte grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Journalisten, die es je gab: 400 Reporter von mehr als 100 Medienorganisationen aus rund 80 Ländern durchforsteten unter Geheimhaltung die Daten, darunter Teams des Guardian, der BBC, von Le Monde oder La Nación aus Argentinien und Journalisten aus Russland. In Deutschland recherchierten Reporter von SZ, NDR und WDR, in der Schweiz die Sonntagszeitung, in Österreich das Wochenmagazin Falter und der ORF. Die Ergebnisse der Recherchen werden in 20 Sprachen veröffentlicht.

Ausgangspunkt der Recherche sind die Daten von Mossack Fonseca, kurz Mossfon. Die Kanzlei aus Panama, deren Vorläufer vor fast 40 Jahren von dem Deutschen Jürgen Mossack gegründet wurde (> Seite Drei), ist einer der Marktführer im weltweiten Offshore-Geschäft.

Das Prinzip dabei ist einfach: Für oft nur 1000 Dollar bekommt man eine anonyme Firma. Gegen Aufpreis stattdessen Mossfon diese Firma mit sogenannten Scheindirektoren aus, hinter denen die wahren Inhaber nicht auftauchen müssen. Nach außen ist die Firma eine Black Box, niemand sieht, was drinnen vorgeht. Mossfon hat Hunderttausende solche Firmen gegründet, verkauft und verwaltet, in Panama, auf den Britischen Jungferninseln, den Seychellen oder in anderen Steueroasen.

In den Panama Papers finden sich Daten zu etwa 214 000 dieser Firmen, gegründet zwischen 1977 und 2015. Bereits vor gut zwei Jahren hatte ein Whistleblower deutschen Behörden interne Daten der Kanzlei Mossack Fonseca verkauft, dieser Datensatz betraf jedoch nur einige Hundert Firmen. Deutsche Fahnder durchsuchten daraufhin im vergangenen Jahr die Wohnungen und Büros von etwa 100 Personen. In der Folge erklärten sich die Commerzbank, die HSH Nordbank sowie die Hypo Vereinsbank wegen der über Mossfon abgewickelten Geschäfte zu Strafzahlungen in Millionenhöhe bereit. Mittlerweile haben auch andere Länder Daten des Whistleblowers erworben, etwa die USA, Großbritannien und Island.

Bei den Panama Papers handelt es sich um E-Mails, PDFs und Fotodateien sowie

Auszüge aus einer internen Datenbank von Mossack Fonseca. Die Daten reichen von den 1970er-Jahren bis ins Frühjahr 2016. Für jede Briefkastenfirma hat sich Mossack Fonseca einen Arbeitsordner angelegt. Darin befinden sich E-Mails, Verträge, Abschriften, eingescannte Dokumente – manchmal mehrere Tausend Seiten.

Um den Berg an Dokumenten überhaupt durchsuchen zu können, mussten die Dateien zuerst systematisch erfasst werden. Auf hochleistungsfähigen Rechnern brachten die Süddeutsche Zeitung und das ICIJ die Dokumente in eine maschinenlesbare und vor allem leicht durchsuchbare Form. Dieser Prozess nennt sich optical character recognition, optische Zeichenerkennung. Aus Bildern – eingescannten Ausweisen, unterschriebenen Verträgen – wurden recherchierbare Texte. Dieser Schritt war wichtig, damit man die Daten über eine einfache Suchmaske durchforsten konnte. Durch die digitale Aufbereitung ist es zudem möglich, die Daten mit Namen von Personen oder Firmen abzugleichen, auch mit einer größeren Liste von Namen.

Allein der Besitz von Offshore-Firmen ist nicht illegal. Es gibt sogar Geschäfte, für die diese Konstruktion als logische Wahl erscheint. Aber Briefkastenfirmen, erklärt Igor Angelini, Chef der Finanzermittlungseinheit von Europol, der europäischen Polizeibehörde, spielen auch eine „wichtige Rolle bei Geldwäsche-Aktivitäten im großen Maßstab“. Gleiches gelte für Korruption: Offshore-Firmen würden besonders genutzt, „um die Bestechungsgelder weiterzuleiten“. Experten der Weltbank und der

Vereinten Nationen haben vor einigen Jahren 213 Korruptionsfälle untersucht, die weltweit vor Gericht landeten. In 150 Fällen wurde durch mindestens eine Briefkastenfirma das Vermögen der Eigentümer verschleiert. Dabei ging es um insgesamt 56,4 Milliarden US-Dollar.

### Hunderte Millionäre und Milliardäre finden sich in den geleakten Daten

Der UN-Sanktionsexperte Hans-Jacob Schindler sieht eine ähnliche Problematik in der internationalen Terrorbekämpfung. Er sagt, „so ziemlich jede ernstzunehmende Terrorgruppe“ der vergangenen Jahre habe „Briefkastenfirmen oder ähnliche Konstrukte genutzt“. Auch in den Panama Papers finden sich Personen, die der Terrorfinanzierung verdächtigt werden.

Seit Jahren gibt es deswegen politische Initiativen zur Austrocknung von Steueroasen und für mehr Transparenz. Zur internationalen Allianz gegen das Offshore-System gehören die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die OECD. Deren Anstrengungen führten auch immer wie-

der zu Gesetzesänderungen – die aber die Offshore-Branche kaum beeinträchtigten.

Tatsächlich sind ausweislich der Panama Papers unter den Mossfon-Kunden Mitglieder diverser Mafia-Banden, Geldwäscher, Betrüger, Drogenhändler oder Waffenschlepper. Außerdem stößt man auf Spuren zu Dutzenden internationalen Bestechungskandalen, etwa zur Affäre um schwarze Kassen bei Siemens, aber auch zum Fifa-Korruptionsskandal.

In den geleakten Dokumenten finden sich auch Personen und Firmen, die von der US-Regierung und der EU sanktioniert worden sind, weil sie etwa mit Terrororganisationen oder Regimen wie in Nordkorea, Iran oder Syrien Geschäfte gemacht haben. Andere Firmen gehörten den Daten zufolge dem iranischen Staat und wurden offenbar für weltweite Ölgeschäfte genutzt – mutmaßlich unter Umgehung der damals bestehenden Sanktionen. Als ein Mossfon-Mitarbeiter von einem Kollegen aus London wissen wollte, wer letzten Endes Eigentümer dieser Firmen sei, antwortete dieser per Mail: „Das wäre dann Mahmud Ahmadinedschad“ – der damalige iranische Staatspräsident.

Mossack Fonseca erklärte auf Anfrage, die Kanzlei unterstütze keine illegalen Aktivitäten. Seit Bestehen der Kanzlei sei die Firma niemals in strafrechtlicher Hinsicht angeklagt worden. Außerdem prüfe sie ihre Kunden, bevor sie Geschäftsbeziehungen eingehen. Mossack Fonseca habe niemals wesentlich Personen mit Verbindung nach Nordkorea, Simbabwe, Syrien oder anderen sanktionierten Staaten erlaubt, ihre Firmen zu nutzen. Sei es dennoch dazu gekommen, habe man die ihrer Meinung nach passenden Maßnahmen ergriffen.

Die Panama Papers zeigen auch, welche Rolle Offshore-Firmen in der Welt der Superreichen spielen: Hunderte Millionäre und Milliardäre horten ihr Vermögen in Steueroasen-Konstruktionen, die von Mossack Fonseca stammen, darunter 29 Personen, die auf der Forbes-Liste der 500 reichsten Menschen der Welt genannt werden. Sie schützen ihren Besitz oft nicht nur vor neugierigen Blicken der Öffentlichkeit, sondern wohl auch vor Gesetzen und Steuern – unterstützt von Vermögensverwaltern und nahezu allen großen Banken.

Die Süddeutsche Zeitung wird über die Panama Papers in den nächsten Tagen und Wochen berichten: in der gedruckten und digitalen Ausgabe ebenso wie auf SZ.de. Außerdem finden sich weiterführende Informationen, Videos, interaktive Grafiken und ein ausführliches Glossar unter www.panamapapers.de.

Mitarbeit: Christoph Giesen, Mauritius Much, Marina Walker

## Das größte Datenleck, das es je gab

Informationsmenge der Panama Papers im Vergleich zu anderen Leaks

■ = 1 GB

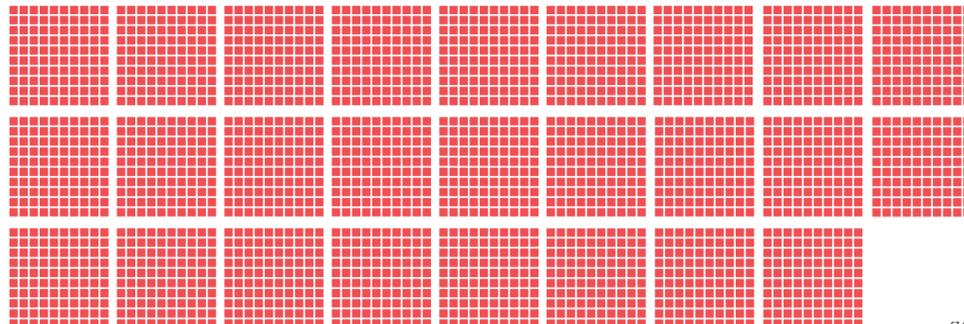
1,7 GB  
Cablegate/Wikileaks (2010)

≈ 2,6 TB  
Panama Papers/ICIJ (2016)

260 GB  
Offshore-Leaks/ICIJ (2013)

4 GB  
Luxemburg-Leaks/ICIJ (2014)

3,3 GB  
Swiss-Leaks/ICIJ (2015)



SZ-Grafik; Quelle: Panama Papers

Der russische Musiker Sergej Roldugin ist ein Rätsel. Er hat eine ordentliche Künstlerbiografie, ist ausgebildeter Cellist, offenbar ein recht guter sogar: Geschult am Konservatorium von Leningrad, spielte er später im Sankt Petersburger Mariinski-Theater das erste Cello und gab Konzerte in vielen Ländern, auch in Deutschland. Dann leitete er das Sankt Petersburger Konservatorium. Er bekam Auszeichnungen, 1980 etwa den dritten Preis beim Internationalen Prager Frühlings-Festival. Heute führt er das von ihm gegründete Music House in Sankt Petersburg, eine Eliteschule für russische Solomusiker. Eben ein ordentliches, aber auch kein besonders aufregendes Künstlerleben.

Würde Sergej Roldugin nicht, wie er in einem Interview der *New York Times* erzählte, gelegentlich interessante Privatkonzerte geben: bei Wladimir Putin zu Hause.

Wäre er nicht ein enger Freund des russischen Präsidenten.

Wäre er nicht wahrscheinlich sogar: Putins bester Freund.

Schon ohne die Verbindung des Cellisten zu Putin wäre der Fund in den Daten der Panama Papers zumindest erstaunlich. Ein Geschäftsmann, sagte Roldugin einmal, sei er nicht. Und doch taucht sein Name in den Dokumenten immer wieder in Verbindung mit gleich mehreren Firmen auf. Er wird als Eigentümer genannt, man findet eine Kopie seines Passes in den Unterlagen, mehrere Dokumente tragen offensichtlich Roldugins Unterschrift.

**Mit Putins Macht mehrte sich auch der persönliche Reichtum einer kleinen Gruppe von bis dahin eigentlich unbedeutenden Leuten**

Die Daten zeigen auch, dass offenbar viele Millionen US-Dollar an Roldugins Briefkastenfirmen geflossen sind, die im Zentrum eines Netzes von Offshore-Firmen sitzen. Die Firmen in diesem Netzwerk besaßen demnach Aktienoptionen für einige der wichtigsten Konzerne Russlands, über sie flossen offenkundig Kredite in dreistelliger Millionenhöhe, und es wurden seltsame Geschäfte abgewickelt. Binnen weniger Jahre wurden, das zeigen die Daten, rund zwei Milliarden Dollar durch dieses Offshore-Geflecht geschleust.

Der Künstler, der Staatschef und das versteckte Geld: Was es damit auf sich hat, ist wohl die spektakulärste Geschichte, die sich in den 2,6 Terabyte Daten des Offshore-Providers Mossack Fonseca (Mossack) finden lässt. Schon seit Jahren wird spekuliert, dass Putin über ein geheimes Vermögen verfügen könnte. Doch noch nie führte die Spur des Geldes so nah an Putin heran wie durch die Panama Papers.

#### Das Foto

Die Aufnahme ist schwarz-weiß und etwas pixelig, deswegen auch irgendwie anrührend. Das Familienfoto von 1985 zeigt eine Taufszene aus einer Kirche in Sankt Petersburg, das damals noch Leningrad hieß. Russland war noch Teil der Sowjetunion und wurde regiert von Michail Gorbatschow. Sergej Roldugin, schwarzer Anzug, gestreifte Krawatte, volles Haar und fester Blick, posiert für die Kamera mit zwei Frauen und einem hageren Mann, der etwas misstrauisch schaut und ein Kind im Arm hält. Dieser andere Mann war zu jener Zeit ein unbedeutender KGB-Offizier. Sein Name: Wladimir Putin. Das Foto zeigt die Taufe seiner ersten Tochter Maria.

Der Musiker Roldugin ist Taufpate von Maria. Er ist ein enger Freund Putins, seit fast vierzig Jahren und wohl bis heute – laut *Newsweek* sogar sein „bester Freund“.

Der rätselhafte Cellist – kein Oligarch, kein Politiker – steht im Zentrum einer atemberaubenden Geschichte, die in den internen Unterlagen des Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca, den Panama Papers, versteckt liegt. Sie legen nahe, dass ein großes Vermögen in ein Netz von geheimen Offshore-Firmen geflossen ist und auch, dass Millionen aus diesem Topf nicht nur an Wladimir Putins engsten Zirkel gingen, sondern offenbar auch dessen Familie davon profitierte. So spricht viel dafür, dass mit einem Teil dieses Geldes das Ski-Resort gekauft worden ist, in dem später im Februar 2013 die pompöse Hochzeit von Putins zweiter Tochter Katerina stattgefunden haben soll.

#### Die Putin-Clique

Die Anfänge dieser Geschichte aber liegen im Jahr 1985. Der junge Familienvater Wladimir Putin wird kurz nach der Taufe Marias vom sowjetischen Geheimdienst KGB als Agent in die DDR versetzt, nach Dresden. Dort kommt Katerina zur Welt. Erst nach dem Untergang der Sowjetunion kehrt Putin nach Sankt Petersburg zurück, und zwar, wenn man seinen westlichen Biografen glauben darf, traumatisiert durch die Tatenlosigkeit, mit der das neue Russland seinen Bedeutungsverlust akzeptiert.

In Sankt Petersburg beginnt sein Aufstieg: Aus dem KGB-Mann wird der Assistent des Bürgermeisters, dann dessen Stellvertreter, dann der Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, dann der Premier. Im Jahr 2000 wird Putin Präsident. 16 Jahre später herrscht er mächtiger denn je.

Im Januar dieses Jahres hat Adam Szubin, im US-Finanzministerium für Terrorismus zuständig, alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Herrscht im Kreml  
uneingeschränkt: Wladimir Putin,  
russischer Präsident.  
Wie reich ist er wirklich?



## Putins beste Freunde

Schon seit Jahren wird spekuliert, dass der russische Präsident über ein geheimes Vermögen verfügen könnte.

Doch noch nie zuvor ließ sich die Spur des Geldes so nah zu ihm verfolgen wie durch die Panama Papers.

Sie führt zu einem Cellisten, einer Taufe, einer Männer-Clique, einer geheimen Hochzeit – und zu sehr vielen Offshore-Firmen

VON PETRA BLUM, FREDERIK OBERMAIER UND BASTIAN OBERMAYER

mus und Finanzermittlungen zuständig, Putin in einem Interview mit der BBC als „korrupt“ bezeichnet. Tatsächlich ging schon Putins politischer Aufstieg einher mit ähnlichen Vorwürfen. Als Putin Anfang der 1990er-Jahre Vizebürgermeister von Sankt Petersburg war, warf ihm ein Ausschuss des Stadtrats vor, Freunden und Bekannten Ausfuhrlicenzen erteilt zu haben – ohne dass vereinbarte Gegenleistungen erbracht worden wären. Wegen einer Firma, die er für einen befreundeten Oligarchen gegründet haben soll, kam es angeblich zu derart heftigen Auseinandersetzungen mit kriminellen Gangs, dass Putin seine Töchter Maria und Katerina in Sicherheit brachte, nach Deutschland.

Gegen mehrere Mitarbeiter einer Immobilienfirma wiederum, in deren Beirat Putin bis 2000 saß, wurde später von deutschen und Liechtensteiner Behörden ermittelt. Wie der *Spiegel* 2003 berichtete, sollen nach Einschätzung der deutschen Fahnder Gewinne aus Schutzgelderpressung, Menschenhandel und Autoschiebereien über ausländische Konten, Stiftungen sowie Briefkastenfirmen geschleust worden sein. Als das ganze Ausmaß aufflog, war Putin schon Präsident. Das letzte deutsche Ermittlungsverfahren deswegen wurde 2009 wegen Verjährung eingestellt.

Im Sog von Putins steilem Aufstieg in der russischen Politik mehrte sich auch der Reichtum einer kleinen Gruppe bis dahin eher unbedeutender Leute: Kameraden, die beim KGB mit ihm gedient hatten, politische Gefährten aus der Verwaltung

von Sankt Petersburg, entfernte Familienmitglieder – vor allem aber jene sieben Männer, mit denen er Mitte der 1990er-Jahre eine Genossenschaft zum Bau einer Ferienhaussiedlung vor den Toren von Sankt Petersburg gegründet hatte: die Datschen-Kooperative Osero. Dort teilten sie eine Kasse und ein Konto. So etwas schweift zusammen.

Die Osero-Mitglieder von einst sind heute die wohl mächtigste Clique Russlands. Die meisten von ihnen sind Milliardäre.

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman beschrieb Russland unter Putin einmal als „extreme Variante des Kapitalismus der Kumpäne“. Das Land sei „eine Kleptokratie, in der loyale Anhänger gigantische Summen abschöpfen“ könnten. Der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Wladislaw Inosemzew sagt, Russland sei zu einem neofeudalistischen System geworden: Ganz oben stehe Putin, darunter seine Freunde, die seit Beginn seiner langen Regentschaft Reichtümer anhäufeten, zu Lasten des Staates. Und unten das Volk. Die US-Politikwissenschaftlerin Karen Dawisha nannte ihr 2014 erschienenes Buch zum Thema, eine detaillierte Studie, „Putins Kleptokratie“. Das US-Außenministerium sprach intern gar von einem „Mafia-Staat“, wie aus Botschaftsdepechen hervorgeht, welche die Enthüllungsplattform Wikileaks 2010 veröffentlicht hat.

Die Panama Papers spiegeln all diese Beschreibungen wider. In den Dokumenten finden sich die Briefkastenfirmen von vielen Männern, die mit Putin in die russische

Machtelite aufgestiegen sind. Der Milliardär Gennadij Timtschenko etwa, der parallel zu Putins Karriere zu einem der weltweit größten Rohstoffhändler wurde und der den Judoclub Yawara-Newa finanziert, dessen Ehrenpräsident Putin ist. Gegründet wurde der Judoclub von Arkadij Rotenberg, der wie sein Bruder Boris ein enger Putin-Freund ist. Die beiden haben aus ein paar Sankt Petersburger Tankstellen einen milliardenschweren Bau- und Industriekonzern gemacht.

Sie tauchen in den Panama Papers in Verbindung mit mehreren Offshore-Firmen auf den Britischen Jungferninseln und Zypern auf. Andere Briefkastenfirmen stehen demnach in Verbindung zu früheren KGB-Kollegen Putins, zur Ehefrau seines Pressesprechers, zu einem seiner Cousins, zu ihm nahestehenden Oligarchen.

Und all das, obwohl der russische Präsident das Offshore-System seit 2011 bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich als „unpatriotisch“ gegeißelt hat.

#### Das Vermögen

Die Gerüchte über Putins persönlichen Reichtum kursieren, seit er in Sankt Petersburg in die Politik ging. 2014 verdiente das russische Staatsoberhaupt offiziell 7,65 Millionen Rubel im Jahr – damals umgerechnet knapp 143 000 Euro. So jedenfalls stand es in seiner öffentlichen Einkommenserklärung für jenes Jahr.

Journalisten, Historiker und Ökonomen, die sich mit der Frage nach Putins Vermögen intensiver befassen, glauben indes, dass der Präsident den Kreml dereinst als vielfacher Milliardär verlassen wird. Die Schätzungen erscheinen absurd hoch: Sind es 40 Milliarden Dollar, 70 Milliarden oder gar 200 Milliarden? Diese höchste Zahl stammt von Bill Browder. Der Amerikaner war Manager von Hermitage Capital Management, einem Fonds, der einst als größter ausländischer Investor in Russland galt. Er lebte zehn Jahre im Land. Spätestens, seitdem sein Anwalt Sergej Magnitskij 2009 in einem Moskauer Gefängnis starb, ist Browder ein scharfer Putin-Kritiker. 2014 schrieb er ein Buch über sein Verhältnis zu Putin und behauptete, der Präsident sei der reichste Mann der Welt. Dem US-Sender CNN sagte Browder: „Er ist der größte Oligarch von allen.“

Die Suche nach Indizien dafür wird akribisch betrieben. Nach Recherchen des britischen Bureau of Investigative Journalism etwa wurde Putin bisher mit Uhren im Gesamtwert von 200 000 Euro fotografiert; manche Anti-Korruptionsaktivisten sprechen gar von mehr als 600 000 Euro. Bei offiziellen Anlässen trägt er etwa eine Patek Philippe Perpetual Calendar, die allein

rund 60 000 Euro kostet. Ob die Uhren wirklich dem Präsidenten gehören, ob sie ihm der Kreml zur Verfügung stellt, ob er sie sich geliehen hat – das ist öffentlich nicht bekannt.

Die Vermutungen, wie Putins angeblicher Reichtum sich zusammensetzen könnte, ähneln sich: Meist heißt es, er soll über Mittelsmänner Anteile an wichtigen russischen Firmen besitzen und von Oligarchen und Staatsbanken regelmäßig schwarze Kassen befüllen lassen. Vor einiger Zeit wurde berichtet, dass in der Nähe von Sotschi am Schwarzen Meer ein Anwesen entstand, das heute bekannt ist als „Putins Palast“. Ein protziges Bauwerk im Italienstil. Finanziert wurde es laut einer Recherche der Nachrichtenagentur Reuters vom Putin-Freund Nikolai Schamalow, einem seiner Datschenfreunde.

**Sergej Roldugin erzählt, Putin sei wie ein Bruder für ihn gewesen. Nachts seien sie durch Sankt Petersburg gezogen und hätten gesungen**

Bis heute bestreitet der Kreml, dass es sich bei dem Anwesen um Putins Besitz handelt. Als aber Umweltaktivisten versuchten, auf das Anwesen vorzudringen, weil sie annahmen, dass beim Bau des Palasts Vorschriften missachtet worden seien, wurden sie nach eigener Auskunft von Beamten der Federalnaja Sluschba Ochrany Rossijskoj Federazii (FSO) aufgehalten: dem Wachdienst der Regierung.

Den Palast haben auch der russische Aktivist Leonid Martynjuk und der im Jahr 2015 ermordete Oppositionelle Boris Nemzow in einem Report von 2012 erwähnt. Er trägt den Titel „Das Leben eines Galeeren-Sklaven“ und spielt auf eine frühere Aussage Putins an, er schufte wie ein Sklave auf einer Galeere. In Wirklichkeit, so der Schluss von Martynjuk und Nemzow, lebe Putin jedoch im Überfluss. Er verfüge über Dutzende Villen, Flugzeuge und Schiffe. Allein die Toilette in einem Flugzeug kostete angeblich ungefähr halb so viel, wie Putin in einem Jahr offiziell verdient.

Und dann wäre da auch noch die *Olympia*, der „Diamant der Kreml-Flotte“, eine

mit edlem Mahagoniholz ausgestattete Yacht mit Whirlpool und Marmorbadezimmer. Sie soll Putin regelmäßig als Geschwätz ab. Auf eine detaillierte Anfrage der *Süddeutschen Zeitung* und des Internationale Konsortium für Investigative Journalisten (ICIJ) zu den Panama Papers antwortete er nicht. Stattdessen trat kurz nach dem Eingang der Fragen sein Sprecher Dmitrij Peskow am vergangenen Montag vor russische Journalisten und erklärte, „in einer Verhörmanier verfasste Anfragen“ bekommen zu haben. Diese seien Teil einer „Informationsattacke“. Es werde versucht, die Familie des Präsidenten „informationsseitig zu treffen“. Von einer Menge Offshore-Firmen werde die Rede sein, von Unternehmern, die Putin nie persönlich gesehen habe. Peskow vermutete, nicht nur Journalisten würden hinter der „Attacke“ stecken, sondern auch „Vertreter von Spezialdiensten und anderen Organisationen“. Falls, „erlogene Fakten“ veröffentlicht würden, seien Klagen und Gerichtsverfahren wegen Verleumdung nicht ausgeschlossen.

Auch wegen solcher Reaktionen meiden viele russische Medien das Thema. Unter russischen Journalisten ist bekannt, dass man sich Ärger einhandeln kann, wenn man über Putins Geld schreibt. Es drohen unangenehme Steuerprüfungen, Einbrüche und Ähnliches. Der *Guardian*-Journalist Luke Harding, der auch an dieser Geschichte mitrecherchiert hat, führt seine Ausweisung aus Russland im Jahr 2011 auf Recherchen in diesem Bereich zurück.

Sollte Putin tatsächlich einen derart sagenhaften Reichtum angehäuft haben, wird daran kaum sein Namensschild angebracht sein. Offiziell dürften die Gelder Leuten gehören, die nicht in der Öffentlichkeit stehen, unauffälligen Mittelsmännern, denen er uneingeschränkt vertraut. Sergej Roldugin wäre so ein Mann. Dieses Muster ist Finanzexperten und Fahndern bei hochrangigen Politikern schon lang bekannt. Auch in den Panama Papers taucht der Name Putin im Zusammenhang mit den genannten Firmen nicht auf.

#### Der Cellist

Roldugin und Putin lernten sich, wie in mehreren Büchern nachzulesen ist, Mitte bis Ende der 70er-Jahre kennen. Roldugin erzählte in einem 2000 veröffentlichten Interviewbuch über Putin, sein ein Jahr

jüngerer Freund sei wie ein Bruder für ihn gewesen. Nachts seien sie durch Sankt Petersburg gezogen, hätten gesungen und sich mit anderen jungen Leuten geschlagen. Laut den Putin-Biografen Brenda Lange und Charles J. Shields machte Roldugin seinen Freund Putin auch mit dessen späterer Ehefrau Ljudmila bekannt, von der Putin mittlerweile geschieden ist. Eine Aeroflot-Stewardess, mit der Roldugin sich getroffen habe, habe eine blonde Kollegin mitgebracht, die Roldugin im Auto bei Wlodja – Koseform für Wladimir – platziert habe. Putin heiratete Ljudmila 1983. Als zwei Jahre später Maria zur Welt kam, habe Roldugin Putins Frau und Kind vom Krankenhaus abgeholt.

Die Freundschaft der beiden Männer scheint bis heute gehalten zu haben. Roldugin ist der Einzige, dem der russische Präsident es offenbar gestattet, Journalisten Privates über ihn zu erzählen. Er machte in einem Interview nicht nur das Rückenleiden Putins öffentlich, der sich für gewöhnlich als kraftstrotzender Draufgänger inszeniert, sondern erzählte auch noch, dass Putin inzwischen Großvater sei. Offiziell wurde dies bislang nicht bestätigt.

Putin vertraut Roldugin offenbar sehr – so sehr, dass er hinter dessen unauffälliger Künstlerbiografie sogar ein mögliches Vermögen verstecken würde?

Der *New York Times* erklärte Sergej Roldugin im September 2014, er sei sicherlich „kein Geschäftsmann“, er besitze „keine Millionen“. Zumindest Letzteres dürfte nicht stimmen, das legen die Daten aus den Panama Papers nah. Als Sergej Roldugin demnach im Mai 2014 im Namen einer seiner Offshore-Firmen ein Konto bei der Schweizer Gazprombank in Zürich eröffnet, fragt die Bank in einem Formular auch ab, wie viel Geld der neue Kunde besitze. Die Antwort: mehr als zehn Millionen Schweizer Franken. Dazu ein jährliches Einkommen von mehr als einer Million Schweizer Franken, das vornehmlich aus Dividenden, Zinsen und Krediten resultiere.

Zum Papierkram gehört auch ein Anti-Geldwäsche-Fragebogen – ob man etwa „in einer Beziehung zu einem VIP“ stehe, oder zu „einer politisch exponierten Person“? Banken müssen solche Fragen mittlerweile standardmäßig stellen. Denn die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass viele Politiker ihre delikaten Konten eben nicht auf ihren eigenen Namen laufen lassen, sondern auf den eines Familienmitglieds oder Freundes.

Der Fragebogen von Roldugin geht mit zwei Kreuzen bei „Nein“ zurück an die Bank. Der womöglich beste Freund von Wladimir Putin, der Taufpate seiner Tochter, soll in keiner Beziehung zu einer politisch exponierten Person stehen?

## Das Netzwerk

Der Cellist Sergej Roldugin wurde von dem panamaischen Offshore-Dienstleister Mossack Fonseca – das belegen etliche Dokumente in den Panama Papers – als Eigentümer beziehungsweise Miteigentümer dreier Briefkastenfirmen geführt: der 2007 auf den Britischen Jungferninseln gegründeten Sonnette Overseas Inc., der 2008 in Panama registrierten International Media Overseas S.A. sowie der 2012 auf den Britischen Jungferninseln aufgesetzten Raytar Limited. Auf eine Anfrage der britischen Zeitung *Guardian* erklärte Mossack Fonseca, nicht gewusst zu haben, dass Roldugin Eigentümer der Sonnette Overseas und der International Media Overseas sei.

Über die Raytar Limited geht aus den Dokumenten nicht viel hervor. Zu den Firmen International Media Overseas und Sonnette Overseas jedoch sind in den Daten, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt wurden, Dutzende E-Mails zu finden, außerdem Verträge, Unterlagen zu Aktiendeals und verschiedene Dokumente, die offenkundig Roldugins Unterschrift tragen. So findet sich eine Haftungsfreistellung von Mai 2008, die im Zusammenhang mit seiner Firma Sonnette Overseas steht, ebenso eine im März 2011 erteilte Vollmacht für zwei Mossfon-Mitarbeiterinnen. Sogar ein Pass des Musikers, ausgestellt am 5. November 2002 in Sankt Petersburg, ist enthalten.

Als russische Journalisten, die an dieser Recherche beteiligt sind, Roldugin nach einem Konzert im Moskauer Tschaikowski-Konservatorium in der vergangenen Woche darauf ansprachen, antwortete dieser,

er habe mit solchen Geschäften vor der Perestroika zu tun gehabt, könne sich aber kaum erinnern und bat um schriftliche Fragen. Vor der Perestroika? Das wäre vor 1986 gewesen. Die Firmen aus den Panama Papers sind mehr als zwanzig Jahre später entstanden. Alle schriftlichen Fragen der SZ an Roldugin blieben unbeantwortet.

Roldugins Firmen International Media Overseas und Sonnette Overseas sind laut den Panama Papers eng mit zwei weiteren auf den Britischen Jungferninseln registrierten Briefkastenfirmen verbunden: mit der Sandalwood Continental Ltd. und der Sunbarn Limited. So hatten die Sonnette Overseas von Roldugin und die Sunbarn Limited zeitweise denselben Eigentümer, einen Geschäftsmann aus Sankt Petersburg. Der Eigentümer der Sandalwood Continental wiederum bekam den Panama-Papieren zufolge eine Vollmacht, mit der er für Roldugin Geschäfte tätigen und Dokumente unterschreiben hätte können. Bei diesem Mann handelt es sich ebenfalls um einen Sankt Petersburger Geschäftsmann. In einem auf Juli 2009 datierten Formular heißt es, dass er bis 2003 bei einer Strafverfolgungsbehörde gearbeitet habe.

Diese vier Offshore-Firmen könnte man das „Roldugin-Netzwerk“ nennen.

Auf das Gazprombank-Konto von Roldugins International Media Overseas sollen laut Dokumenten aus den Panama Papers Millionen-Dividenden einer weiteren Briefkastenfirma geflossen sein, die wiederum Anteile eines großen russischen Medienunternehmens namens Video International besitzt. Zur Kontoeröffnung rechneten die Verantwortlichen als Eingangszahlung mit 268,4 Millionen Rubel – umgerechnet etwa 5,6 Millionen Euro –, später sollte noch mehr kommen. Video International wollte sich auf Anfrage nicht dazu äußern.

Dieses Unternehmen war in den 1990er-Jahren von Michail Lessin gegründet worden. Lessin, der als Eigentümer einer auf den Britischen Jungferninseln gegründeten Briefkastenfirma in den Panama Papers auftaucht, war von 2004 bis 2009 Putins Medienberater. Am 5. November 2015 wurde er tot in einem Washingtoner Hotelzimmer aufgefunden.

Die Firmen aus dem Netzwerk, das geht aus den geleakten Daten hervor, handelten auch mit Kaufoptionen anderer Firmen, die wiederum Aktien an dem russischen Lada-Hersteller AvtoVAZ und dem Laster- und Panzerhersteller Kamaz halten. Sergej Roldugins Firma Sonnette Overseas konnte den Dokumenten zufolge, ohne Anteile an Kamaz zu besitzen, über ein komplexes Firmenkonstrukt bei wichtigen Entscheidungen des Unternehmens mitreden.

## Als die Bank im Zentrum des Offshore-Netzwerks bedroht ist, eröffnet Wladimir Putin selbst dort demonstrativ ein Rubel-Konto

Kamaz ist für Russlands Kriegsmaschinerie fast unersetzlich. Dessen Lastwagen kamen im Ukraine-Krieg häufig zum Einsatz, etwa als weiße Trucks, die angebliche Hilfsgüter während der Krim-Annexion auf die Halbinsel transportierten. Auch in Syrien, wo russische Bodentruppen die Armee von Diktator Baschar al-Assad unterstützen, wurden Kamaz-Laster gesichtet.

Putin-kritische Journalisten und Analysten glauben, dass sich der Präsident regelmäßig Anteile von Russlands wichtigsten Firmen zuweisen lasse. So behauptete der umstrittene Politikwissenschaftler Stanislaw Belkowskij 2007, dass Putin 37 Prozent der Öl- und Gasfirma Surgutneftegaz kontrolliere, dazu 4,5 Prozent an Gazprom halte. Näher verifizieren ließ sich bisher nichts. Leonid Berschidskij, Gründungschefredakteur der russischen Wirtschaftszeitung *Wedomosti*, schrieb in einer Kolumne für die Agentur *Bloomberg* über Putin: „Er hat das ganze Land auf Abruf.“ Putin nehme sich schlichtweg, was er wolle, sagt Russland-Expertin Karen Dawisha.



## „Putins Bank“

Mit Ausnahme höchstens der Raytar Limited wurden alle Firmen des Roldugin-Netzwerks ausweislich der Panama Papers von Mitarbeitern der Sankt Petersburger Bank Rossija gesteuert. Sie gilt unter US-Experten als „Putins Bank“, als Bank seines engsten Zirkels. Sie wurde deswegen 2014, nach der Krim-Annexion, von den USA mit Sanktionen belegt. Ihr Hauptsitz, ein gelbes Gebäude im Sowjetstil, liegt an einem der schönsten Plätze der Stadt, am Rastrelj-Platz nahe dem Fluss Newa. 1990 wurde sie mit Geld der Kommunistischen Partei gegründet, etwa zu jener Zeit, als Wladimir Putin aus der DDR zurückkehrte.

Mehrere der engsten Vertrauten Putins besitzen oder besaßen Anteile an der Bank, allein fast die Hälfte gehört offenbar Jurij Kowaltschuk und Nikolai Schamalow, die beide Gründungsmitglieder von Putins Datschen-Kooperative Osero sind. Aber auch Sergej Roldugin gehörten zumindest bis vor Kurzem mehr als drei Prozent der Anteile. Das wurde 2010 öffentlich, ohne allerdings große Aufmerksamkeit zu erregen. Wie die Panama Papers nun erstmals zeigen, gehörten auch einer Firma aus dem Roldugin-Netzwerk – der Sandalwood – zeitweise Anteile an dem Geldhaus. Gleichzeitig gilt die Bank als Sammelbecken für wichtige Beteiligungen. So hielt sie die Mehrheit am zweitgrößten russischen Versicherungskonzern Sogaz, der wiederum die Gazprom-Media-Gruppe kontrolliert. Zu Letzterer gehören unter anderem die Fernsehsender NTW und TNT sowie der Radiosender Echo Moskau.

Auf die Sanktionierung der Rossija-Bank reagierte Putin prompt: Er ordnete an, dass die russische Zentralbank das Institut stützen solle. Putin selbst eröffnete demonstrativ ein Rubel-Konto bei Rossija.

Die monatlichen SZ-Recherchen zeigen, dass zwei Angestellte dieser Bank eine besondere Rolle spielen: Sie hatten demnach in einigen Fällen das Recht, Unterlagen für Roldugins Firma International Media Overseas zu unterzeichnen – auch weil Roldugin oft nicht greifbar war, wie aus einer E-Mail hervorgeht. Das überrascht nicht bei einem Musiker, der viel auf Konzerten ist. Von 2014 an verschickten Bank-Rossija-Mitarbeiter E-Mails, die Firmen aus dem Roldugin-Netzwerk betreffen, teils über Tarnadressen. Damit sollte möglicherweise verschleiert werden, dass die Banker für ein sanktioniertes Unternehmen arbeiten. Eine E-Mail von Roldugin selbst ist in den Daten nicht zu finden.

So liegt die Macht über das gesamte Roldugin-Netzwerk bei der Bank Rossija. Die wahren Entscheidungen aber fallen vermutlich an anderer Stelle. Möglicherweise sogar im Kreml? Eine entsprechende Anfrage beantwortete die Bank Rossija bis Sonntag nicht.

## Die Kanzlei

Als Ansprechpartner und unauffällige erste Station beim Kontakt mit Mossack Fonseca dient den Mitarbeitern der Sankt Petersburger Bank eine zwischengeschaltete Schweizer Anwaltskanzlei. Auch in der Bank Rossija scheint klar zu sein, dass eine russische Bank mit im Ausland zweifelhaftem Ruf keine gute Adresse für internationale Geschäfte ist. Mit scharfen Kontrollen sämtlicher Deals wäre zu rechnen. Ganz anders die Schweizer Anwaltskanzlei nicht weit vom Züricher Paradeplatz, wo die großen Banken sitzen. Sie scheint ideal zu sein: renommiert genug, um international mithalten zu können, und klein genug, um kein Interesse zu wecken.

Wer sich in Zürich nach dieser Kanzlei erkundigt, hört meist als Erstes von den vielen Russen, um die sie sich kümmere. Manche von ihnen seien nicht nur sehr reich, sondern auch sehr einflussreich. Tatsächlich zeigen schon vor einigen Jahren geleakte Dokumente, dass etwa der ehemalige Spitzenmanager des Erdöl-Konzerns Yukos, der Oligarch Alexej Golubowitsch, in Geschäftskontakt mit der Kanzlei stand.

Einer der Partner der Kanzlei, die auf Anfrage nicht antwortete, reist angeblich regelmäßig nach Russland. Man hört, dass er danach gerne von der Wildschweinjagd erzählt und teuren Wodka mit nach Hause bringt. Er sei besonders stolz auf seine guten Kontakte nach Moskau, so wird es erzählt. Er habe dort Beziehungen zu Leuten vom Geheimdienst, soll er intern getönt haben, um dann hinzuzufügen: bis hoch zu Wladimir Putin.

## Die Tricks

Der Sinn des Roldugin-Netzwerks scheint aber nicht nur darin zu bestehen, Beteiligungen und Aktienoptionen zu halten. Dem Anschein nach geht es auch ganz konkret darum, über die Offshore-Firmen Millionen-Summen zur Seite zu schaffen. Wichtig ist dabei, unauffällige Verwendungszwecke im Geldverkehr angeben zu können. Dafür gibt es laut Panama Papers mehrere Tricks.

### Trick I: Rückdatierte Aktiengeschäfte.

Ein Beispiel aus den Mossfon-Dokumenten: Ein Rossija-Mitarbeiter bittet am 5. Juli 2011 Mossack Fonseca darum, dass die Direktoren für zwei der Firmen mehrere Aktiengeschäfte abzeichnen – ein in der Offshore-Welt an sich normales Vorgehen. Nur dass die Aktiengeschäfte bereits fünf Monate zuvor stattgefunden haben sollen, im Januar 2011. Die Direktoren sollen also rückwirkend zustimmen.

Das Prinzip dahinter funktioniert offenbar so: Die betreffenden Firmen suchen sich rückwirkend Daten zwischen Verkauf und Rückkauf von Aktien, deren Kurse laut den Dokumenten zwischen diesen beiden Daten gefallen waren. Tatsächlich gehandelt wurden die Aktien offenbar nie, aber in der Bilanz entsteht ein Gewinn.

Dieses Muster ist in den Daten etwa ein Dutzend Mal zu sehen, insgesamt gewinnen zwei Firmen, die Sandalwood und die International Media Overseas, auf diese Weise innerhalb von drei Jahren mehrere Millionen Dollar. Die Bank Rossija, deren Mitarbeiter nach SZ-Recherchen im Hintergrund die Fäden zogen, antwortete nicht auf eine Anfrage.

### Trick II: Angebliche Entschädigungen.

Eine der Offshore-Firmen im Netzwerk vereinbart mit einer anderen – offensichtlich eingeweihten – Firma ein Aktiengeschäft. Diese andere Firma „scheitert“ jedoch daran, diese Anteile bereitzustellen – und muss dafür eine „Entschädigung“ zah-

*Wintermärchen: Putins zweite Tochter Katerina Tichonowa heiratete 2013 den Oligarchen-Sohn Kirill Schamalow.*

len. Ein Beispiel aus den Panama-Papern ist ein Geschäft der Firma Sandalwood mit einer Briefkastenfirma aus dem Roldugin-Netzwerk laut Mossfon-Daten 30 Millionen Dollar für „Beratungsleistungen“: 15 Millionen von einer Offshore-Firma namens Jabiru Consultants, 15 Millionen von einer Offshore-Firma namens Pearl Kite. Die beiden Offshore-Firmen sollen – von einer Briefkastenfirma, die offenkundig keine Angestellten hat – in Sachen „Investitionsmöglichkeiten in der russischen Föderation“ beraten worden sein. Geldwäsche-Experten kennen den Termin „Beratungsleistungen“ als Vorwand, um unkompliziert Geld zu verschleiben. Eine Anfrage an die Firma aus dem Roldugin-Netzwerk blieb unbeantwortet.

### Trick III: Angebliche Beratungshonorare.

In den Jahren 2009 und 2010 erhält eine Briefkastenfirma aus dem Roldugin-Netzwerk laut Mossfon-Daten 30 Millionen Dollar für „Beratungsleistungen“: 15 Millionen von einer Offshore-Firma namens Jabiru Consultants, 15 Millionen von einer Offshore-Firma namens Pearl Kite. Die beiden Offshore-Firmen sollen – von einer Briefkastenfirma, die offenkundig keine Angestellten hat – in Sachen „Investitionsmöglichkeiten in der russischen Föderation“ beraten worden sein. Geldwäsche-Experten kennen den Termin „Beratungsleistungen“ als Vorwand, um unkompliziert Geld zu verschleiben. Eine Anfrage an die Firma aus dem Roldugin-Netzwerk blieb unbeantwortet.

### Trick IV: Hohe Zinsen für kleines Geld.

Einen besonders einträglichen Deal schließt Roldugins Firma International Media Overseas im Februar 2011 ab: Sie bekommt alle Rechte an einem 200-Millionen-Dollar-Darlehen überschrieben – für den Preis von einem Dollar. Dabei generiert das Darlehen laut dem Vertrag, der sich in den Mossfon-Unterlagen findet, Zins-Zahlungen von 21917 Dollar täglich, was im Jahr acht Millionen Dollar macht.

Der Schweizer Geldwäschexperte Mark Pieth, der den Vertrag analysiert hat, sieht darin ein bekanntes Muster: „Eine Gruppe um den ehemaligen russischen Telekommunikationsminister steht bis heute unter dringendem Verdacht, Hunderte Millionen Dollar gewaschen zu haben und zwar exakt mit solchen Darlehensverträgen. Auch dieser Minister war ein Freund Putins. Für mich sieht es nach demselben Schema aus.“ Roldugin ließ eine SZ-Anfrage zu dieser Sache unbeantwortet.

### Trick V: Darlehen, die offenbar nie zurückgezahlt werden.

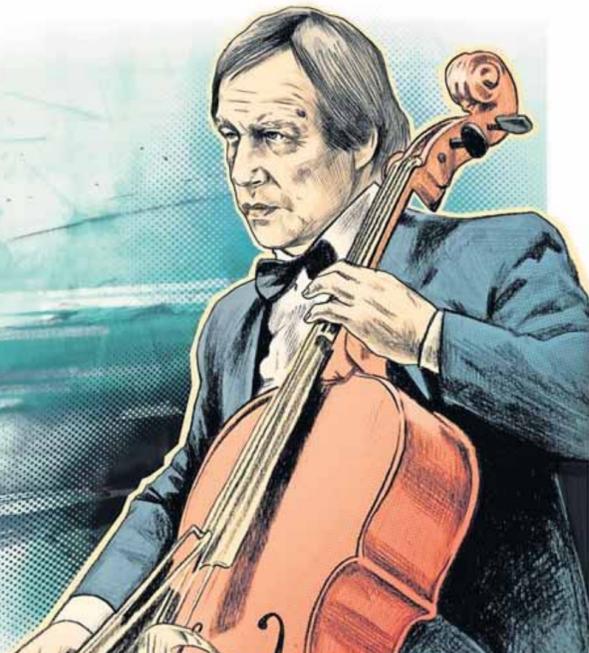
Der aufsehenerregendste Trick könnte darin bestehen, dass eine Bank einer Briefkastenfirma immens großzügige Kreditlinien einräumt. Kreditlinien kann man sich vorstellen wie das Limit einer Kreditkarte: Bis dahin kann man problemlos Geld abrufen. Im Fall der Firma Sandalwood ist das sehr viel Geld: Allein zwischen 2009 und 2012 bekam sie laut Panama Papers Kreditlinien in Höhe von 800 Millionen Dollar gewährt; zumindest ein Teil davon wurde demnach auch abgerufen.

Das Geld kam stets von der Russian Commercial Bank (RCB) in Zypern, damals eine hundertprozentige Tochter der VTB Bank, die wiederum größtenteils dem russischen Staat gehört und Verbindungen zum russischen Geheimdienst haben soll. Woher die RCB solche Summen hatte, zeigen die Panama-Daten nicht. Auf eine Anfrage antwortete die Bank, sich zu Kunden oder Transaktionen nicht äußern zu können. Man halte sich aber an das Gesetz.

Ein Brancheninsider, der anonym bleiben will und dessen Identität der *Süddeutschen Zeitung* bekannt ist, erklärte *Guardian* im Zuge dieser Recherche, dass Wladimir Putin und sein engster Zirkel die RCB zumindest in den Nullerjahren als eine Art persönlicher Kreditkarte genutzt haben sollen, was die Bank bestreitet. „Wenn einer von Putins Auserwählten oder dessen Frau Geld brauchte, sei es für einen Shopping-Trip, eine Yacht oder irgendeine andere Investition: Die RCB stellte stets die Mittel für sie zur Verfügung, ohne zu fragen“.

► Fortsetzung nächste Seite

*Spielt Cello – und offenbar die erste Geige in einem Offshore-Netzwerk: der Musiker und Putin-Freund Sergej Roldugin.*



# DAS NETZWERK

Die Kreise um Wladimir Putin

dann nicht, weil sie ihn nicht sehen – sondern weil sie ihn nicht sehen wollten.“ In das Netz der Briefkastenfirmen, in deren Mittelpunkt Putins Freund Roldugin steht, floss laut Panama Papers offenbar auch Geld russischer Oligarchen. Allein im Jahr 2013 gewährten mehrere Briefkastenfirmen, die mit den Brüdern Boris und Arkadij Rotenberg in Verbindung stehen, einer Offshore-Firma im Roldugin-Netzwerk Kredite von rund 200 Millionen Dollar – und es ist in den Dokumenten nicht erkennbar, ob sie jemals zurückgezahlt wurden. Kurz zuvor hatte eine Firma Arkadij Rotenbergs den Zuschlag für das milliardenschwere, im Zuge der Ukrainekrise jedoch auf Eis gelegte Pipeline-Projekt South Stream bekommen. Auf eine Anfrage der SZ reagierten die Rotenbergs nicht.

„OFFSHORE-GESCHÄFTE SIND „UNPATRIOTISCH““



\* Russlands Präsident Wladimir Putin kritisiert seit 2011 regelmäßig Geschäftsleute und Beamte, die ihr Geld in Offshore-Regionen transferieren. Dies sei „unpatriotisch“. Putin ruft daher zu einer „De-Offshorisierung“ auf.

## Hochzeit im Geheimen

So verbergen sich die Spuren in den Panama-Daten und das echte Leben bisweilen zu aufschlussreichen Erkenntnissen: etwa im Februar 2013, als im Ski-Resort Igora, gut eine Stunde nördlich von Sankt Petersburg, eine prachtvolle Hochzeitfeier stattfand, wie erst Ende 2015 durch die Nachrichten-Agentur Reuters bekannt, aber vom Kreml bis heute nicht bestätigt wurde. Das Brautpaar fuhr demnach mit einem Schlitten vor, den drei weiße Pferde zogen. Fotografieren war verboten, alle Handys der Gäste waren eingesammelt worden. „An jeder Ecke standen Wachen, sie ließen niemanden an das Fest heran“, beschrieb ein Angestellter des Igora-Resorts einem Reuters-Journalisten die Szenerie. Dafür konnten die Gäste ein nachgebautes russisches Dorf mit Künstlern und allerlei Volkstanz bestaunen, eine Eislauf- und eine Laser-Show.

Und sie bekamen mit den Initialen des Paares bestickte Schals: K & K. Sie stehen für Katerina, wie Katerina Tichonowa. So nennt sich Wladimir Putins jüngere Tochter laut Medienberichten, sie trägt den Nachnamen ihrer Großmutter. Und für Kirill Schamalow, ihren Bräutigam, Sohn von Nikolai Schamalow – Putins Freund aus der Osero-Kooperative, der „Putins Palast“ mitfinanziert haben soll.

10 Jahre nach der Gründung der Datschen-Kolonie werden der Bank-Rossija-Mitgliedern Nikolai Schamalow und Wladimir Putin damit Schwippschwäger. Als eine Art Hochzeitsgeschenk soll Kirill, der neue Putin-Schwiegersonn, mit Hilfe des Freundeskreises seiner Familie an milliardenschwere Aktieninvestitionen gelang sein, berichtete Reuters. Auf eine SZ-Anfrage hierzu antwortete er nicht.

Dem geheimen Fest waren einige Vorbereitungen vorausgegangen. Zum Beispiel wurde das Grundstück gekauft, auf dem die Hochzeit stattfand, das Ski-Resort Igora. Käufer war laut Grundbuchregister eine russische Firma namens Ozon LLC, die zunächst eher undurchsichtigen zyprischen Offshore-Firma sowie – über eine weitere zwischengeschaltete Firma – zu 25 Prozent dem Putin-Vertrauten Jurij Kowaltschuk und dessen Sohn gehörte. Jurij Kowaltschuk ist ein alter Freund Putins und in den Augen der US-Regierung sein „Kassierer“. Ganz sicher aber ist er ein weiteres Osero-Mitglied. Kowaltschuk ließ über einen Anwalt mitteilen, sich nicht zu der Sache äußern zu wollen.

Jene Ozon LLC aber, der nun das Ski-Resort gehörte, bekam den Mossfon-Dokumenten zufolge Ende 2009 einen Kredit über fünf Millionen Dollar von einer der Firmen aus dem Roldugin-Netzwerk: Sandalwood. Rund zwei Jahre später floss noch einmal fast genauso viel Geld, wieder als Kredit. Ein Jahr vor der Hochzeit kaufte die Ozon LLC dann offiziell das Igora-Grundstück. Der Kreditgeber, die Sandalwood, wurde im Jahr 2013 schließlich aufgelöst.

## 19 Jahre nach Gründung der Datschen-Clique wird Putin der Schwippschwager eines Oligarchen-Freunds. Und sein Schwiegersonn wohl Milliardär

## Das Schattensystem

Zweifelhafte Millionen-Kreditlinien, rückdatierte Aktiengeschäfte, angebliche Beratungshonorare und Entschädigungen – all das scheint Teil eines Schattensystems zu sein. Angelegt wurde es offenbar, um innerhalb von kurzer Zeit sehr viel Geld in Offshore-Firmen verschwinden zu lassen.

Bereits nur 2006 zu Gast gewesen, als das Igora-Ski-Resort gegründet worden war. Ein großzügiges Anwesen, das direkt an das Resort angrenzt, nennen Einheimische „die Villa des Präsidenten“, und sie erzählen, dass Putin oft hier sei.

Eine Taufe am Anfang, eine Hochzeit am Schluss – wieder ließe sich eine Art Familienbild beschreiben. Es sähe so aus: In das Resort, in dem Putins Tochter heiratete und zu deren Besitzer ein Kooperations-Freund Putins zählt, flossen über die Offshore-Besitzerfirma augenscheinlich Millionen, die offenbar über eine Briefkastenfirma aus dem Netzwerk abgeleitet und verschleiert wurden. Orchestriert wurde das Ganze von der Bank Rossija, die mehrere Putin-Vertrauten gehört. Und der Strohmänn für dieses Netzwerk war, wie es aussieht, Putins bester Freund: der Bank-Rossija-Mitgliedern Sergei Roldugin, Taufpate der anderen Putins-Tochter.

Gut, wenn man beste Freunde hat. Die russischen Geldwäsche-Fahnder können offenbar E-Mails mitlesen, Telefonate abhören und sämtliche Bankinformationen über beliebige Personen abrufen.

Das legt für die von der SZ konsultierten Geldwäsche-Experten einen Schluss nahe: Wenn die Fahnder von Rosfinmonitoring diesen Milliardenfluss nicht unterbinden, DZintag. Alle Rechte vorbehalten. Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

## DER KGB



### DER RÜSTUNGSBOSS

Sergej Tschemesow

Der Manager war in den 80er-Jahren als KGB-Mann zusammen mit Wladimir Putin in der DDR stationiert. Heute leitet er den staatlichen Rüstungskonzern Rostec und sitzt u. a. in den Aufsichtsräten der Fluggesellschaft Aerolot, des Mineralölkonzerns Rosneft und des Lastwagenherstellers Kamaz. Er gilt als enger Freund Putins. Rostec bestellte auf Anfrage, dass Tschemesows Sohn Beguntschew eine Firma war. Den Namen nannte Rostec nicht.

**Stanislaw Tschemesow**  
Sohn von Sergej Tschemesow

## DER AGENT

Pawel Scharaj

Der Ex-KGB-Agent war laut Panama Papers zumindest zeitweise Mit-eigentümer einer Briefkastenfirma namens Earlglow Limited – ebenso wie Sergej Tschemesows Sohn Stanislaw. Diese war den Dokumenten zufolge indirekte Teilhaber an einem Unternehmen, das 2010 von Rostec den Zuschlag für den Bau einer Glasfaserleitung zwischen China und Russland bekommen hat. Scharaj erklärte auf Anfrage, es gebe Earlglow nicht mehr und es seien keine Staatsgelder in das Projekt geflossen.

## DER EX-KOLLEGE

Walerij Polomartschuk

Polomartschuk kennt Wladimir Putin noch aus der gemeinsamen Zeit beim KGB, Anfang der 90er-Jahre arbeiteten beide für den damaligen Sankt Petersburgs Bürgermeister. Später leitete er das Sankt Petersburgs Büro des Mineralölkonzerns Lukoil. Er war laut Panama Papers zeitweise Anteilseigner einer Firma mit Sitz auf den Britischen Jungferninseln. Polomartschuk war für eine Anfrage nicht zu erreichen.

## DER SANKTIONIERTE

Gennadij Timtschenko

Der Oligarch ist Mitgründer des Judoclubs Yawara-Newa, dessen Ehrenpräsident Putin ist. Außerdem war er Mit-eigentümer von Gurvor, einer Firma, in die laut US-Regierung auch Putin investiert haben soll. Er hatte laut den Panama Papers Vollmacht für mehrere Briefkastenfirma und war Mit-eigentümer mindestens einer solchen Firma. Eine von Timtschenko beauftragte Anwaltskanzlei erklärte, ihr Klient halte „alle regulatorischen Anforderungen weltweit“ ein.

## DER SANKTIONIERTE

Igor Rotenberg

Sohn von Arkadij Rotenberg

## DER BRÜDER

Boris und Arkadij Rotenberg

Die beiden Brüder kennen Putin seit Teenagerzeiten. Kritiker mutmaßen, der „wahre Nutznießer“ der Rotenbergischen Holdingfirmen sei Putin selbst. Die Namen von Arkadij und Boris Rotenberg sowie von Arkadij Rotenbergs Sohn Igor tauchen in den Panama Papers im Zusammenhang mit mehreren Briefkastenfirma auf.

## DER SPECHER

Dimitrij Peskow

Der Chefkommunikator des Kreml ist einer der engsten Vertrauten mit Zugang zum Luxus. Tatjana Nawka

Die dritte Ehefrau Peskows war einst professionelle Eiskunstläuferin. In den Panama Papers taucht sie als zumindest zeitweise Eigentümerin einer Briefkastenfirma auf. Auf Anfrage erklärte sie, niemals eine Offshore-Firma besitzen zu haben.

## DER KREML



### DER MINISTERIALE

Iwan Maljuschin

Maljuschin war von 2003 bis 2014 stellvertretender Leiter der Präsidentsverwaltung und damit einer der mächtigsten Beamten im Kreml – ihm werden Verbindungen zum organisierten Verbrechen nachgesagt. In den Panama Papers taucht er als zeitweiser Mit-eigentümer einer Briefkastenfirma auf.

## DER VIZEPREMIER

Ilija Klebanow

Ilija Klebanow arbeitete in den 90er-Jahren, als Putin in Sankt Petersburg Vize-Bürgermeister war, für eines der wichtigsten Unternehmen der Stadt. Als Wladimir Putin 1999 zum ersten Mal Ministerpräsident wurde, machte er Klebanow zu einem seiner Stellvertreter. Später wurde er Generalgouverneur im Föderationskreis Nordwestrussland, dessen Verwaltungssitz Sankt Petersburg ist. Klebanow war laut den Panama Papers zeitweise Mit-eigentümer mehrerer Offshore-Firmen.

## DER MEDIEN-MANN

Michail Lessin

Der studierte Bauingenieur war von 1999 bis 2004 Minister für Medien und anschließend bis 2008 Ministerberater von Wladimir Putin. Er war maßgeblich an der Gründung des russischen Propaganda-Senders Russia Today beteiligt, zudem wurde er 2013 Vorstandsvorsitzender der Medienholding Gazprom-Media. In den Panama Papers taucht er als Eigentümer einer auf den Britischen Jungferninseln registrierten Briefkastenfirma namens Gloria Market Ltd. auf. Lessin starb im November 2015 in einem Hotelzimmer in Washington, nach Angaben von US-Behörden durch einen Schlag auf den Kopf.

## DER SANKTIONIERTE

Gennadij Timtschenko

Der Oligarch ist Mitgründer des Judoclubs Yawara-Newa, dessen Ehrenpräsident Putin ist. Außerdem war er Mit-eigentümer von Gurvor, einer Firma, in die laut US-Regierung auch Putin investiert haben soll. Er hatte laut den Panama Papers Vollmacht für mehrere Briefkastenfirma und war Mit-eigentümer mindestens einer solchen Firma. Eine von Timtschenko beauftragte Anwaltskanzlei erklärte, ihr Klient halte „alle regulatorischen Anforderungen weltweit“ ein.

## DER SANKTIONIERTE

Igor Rotenberg

Sohn von Arkadij Rotenberg

## DER BRÜDER

Boris und Arkadij Rotenberg

Die beiden Brüder kennen Putin seit Teenagerzeiten. Kritiker mutmaßen, der „wahre Nutznießer“ der Rotenbergischen Holdingfirmen sei Putin selbst. Die Namen von Arkadij und Boris Rotenberg sowie von Arkadij Rotenbergs Sohn Igor tauchen in den Panama Papers im Zusammenhang mit mehreren Briefkastenfirma auf.

## DER SPECHER

Dimitrij Peskow

Der Chefkommunikator des Kreml ist einer der engsten Vertrauten mit Zugang zum Luxus. Tatjana Nawka

Die dritte Ehefrau Peskows war einst professionelle Eiskunstläuferin. In den Panama Papers taucht sie als zumindest zeitweise Eigentümerin einer Briefkastenfirma auf. Auf Anfrage erklärte sie, niemals eine Offshore-Firma besitzen zu haben.

## DER KREML



### DER MINISTERIALE

Iwan Maljuschin

Maljuschin war von 2003 bis 2014 stellvertretender Leiter der Präsidentsverwaltung und damit einer der mächtigsten Beamten im Kreml – ihm werden Verbindungen zum organisierten Verbrechen nachgesagt. In den Panama Papers taucht er als zeitweiser Mit-eigentümer einer Briefkastenfirma auf.

## DER VIZEPREMIER

Ilija Klebanow

Ilija Klebanow arbeitete in den 90er-Jahren, als Putin in Sankt Petersburg Vize-Bürgermeister war, für eines der wichtigsten Unternehmen der Stadt. Als Wladimir Putin 1999 zum ersten Mal Ministerpräsident wurde, machte er Klebanow zu einem seiner Stellvertreter. Später wurde er Generalgouverneur im Föderationskreis Nordwestrussland, dessen Verwaltungssitz Sankt Petersburg ist. Klebanow war laut den Panama Papers zeitweise Mit-eigentümer mehrerer Offshore-Firmen.

## DER MEDIEN-MANN

Michail Lessin

Der studierte Bauingenieur war von 1999 bis 2004 Minister für Medien und anschließend bis 2008 Ministerberater von Wladimir Putin. Er war maßgeblich an der Gründung des russischen Propaganda-Senders Russia Today beteiligt, zudem wurde er 2013 Vorstandsvorsitzender der Medienholding Gazprom-Media. In den Panama Papers taucht er als Eigentümer einer auf den Britischen Jungferninseln registrierten Briefkastenfirma namens Gloria Market Ltd. auf. Lessin starb im November 2015 in einem Hotelzimmer in Washington, nach Angaben von US-Behörden durch einen Schlag auf den Kopf.

## DER SANKTIONIERTE

Gennadij Timtschenko

Der Oligarch ist Mitgründer des Judoclubs Yawara-Newa, dessen Ehrenpräsident Putin ist. Außerdem war er Mit-eigentümer von Gurvor, einer Firma, in die laut US-Regierung auch Putin investiert haben soll. Er hatte laut den Panama Papers Vollmacht für mehrere Briefkastenfirma und war Mit-eigentümer mindestens einer solchen Firma. Eine von Timtschenko beauftragte Anwaltskanzlei erklärte, ihr Klient halte „alle regulatorischen Anforderungen weltweit“ ein.

## DER SANKTIONIERTE

Igor Rotenberg

Sohn von Arkadij Rotenberg

## DER BRÜDER

Boris und Arkadij Rotenberg

Die beiden Brüder kennen Putin seit Teenagerzeiten. Kritiker mutmaßen, der „wahre Nutznießer“ der Rotenbergischen Holdingfirmen sei Putin selbst. Die Namen von Arkadij und Boris Rotenberg sowie von Arkadij Rotenbergs Sohn Igor tauchen in den Panama Papers im Zusammenhang mit mehreren Briefkastenfirma auf.

## DER SPECHER

Dimitrij Peskow

Der Chefkommunikator des Kreml ist einer der engsten Vertrauten mit Zugang zum Luxus. Tatjana Nawka

Die dritte Ehefrau Peskows war einst professionelle Eiskunstläuferin. In den Panama Papers taucht sie als zumindest zeitweise Eigentümerin einer Briefkastenfirma auf. Auf Anfrage erklärte sie, niemals eine Offshore-Firma besitzen zu haben.

..... Zugehörigkeit zu den jeweiligen Gemeinschaften um Wladimir Putin

**Besitzer von Briefkastenfirma in den Panama Papers**  
Person war oder ist offenbar Eigentümer/Mit-eigentümer mindestens einer Briefkastenfirma  
Lediglich ein Familienangehöriger der jeweiligen Person ist offenbar Eigentümer/Mit-eigentümer mindestens einer Briefkastenfirma

Person antwortete nicht im Detail auf eine Anfrage der Süddeutschen Zeitung oder ihrer Partner

Person wurde bereits von den USA oder der EU sanktioniert

Bereits verstorben

SZ-Grafik, Quelle: Panama Papers; Fotos: AFP (3), Picture-Alliance/dpa (2), Imago, Bloomberg (2), Imago stock & people



Petro Poroschenko regiert ein vom Krieg gezeichnetes Land. Der Name des ukrainischen Präsidenten taucht in den Panama Papers auf.

# Poroschenkos Feldpost

Auf dem Höhepunkt des Krieges ließ der ukrainische Präsident offenbar eine E-Mail schreiben – um die Gründung einer Briefkastenfirma einzuleiten. Dabei galt er mal als einer jener Reichen, die auf der richtigen Seite standen

VON CATHRIN KAHLWEIT, FREDERIK OBERMAIER UND BASTIAN OBERMAYER

Südlich von Donezk liegt Ilowajsk, es gilt neuerdings als „Heldentstadt“. Helden sind für die Führung der Donezker „Autonomen Volksrepublik“ all jene, die hier im August 2014 von den ukrainischen Vorkräften gestoppt. Das Ortschaft ist in den russischen Nationalfarben bemalt.

Für die Ukrainer jedoch ist Ilowajsk ein Symbol für Tod und Verfall, für eine Katastrophe – und für das Versagen von Generälen und Politikern. Denn in der Schlacht, die als eine der schwersten im Krieg zwischen den prussischen Separatisten und den Kiewer Kräften gilt, starben im Sommer 2014 offiziell etwa 400, nach Angaben der befehlshabenden Offiziere bis zu 1000 Ukrainer. Sie fielen in einem Hinterhalt prussischer Truppen. Die ukrainische Regierung sprach von einem „Massaker“.

Während in jenen Tagen alle Augen in der Ukraine in einer Mischung aus Panik und Hoffnung auf Ilowajsk gerichtet waren, war der Präsident Petro Poroschenko – zugleich Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee – offenbar auch mit privaten Finanzangelegenheiten befasst. Genau zu dieser Zeit landete laut Panama Papers bei dem Offshore-Dienstleister Mossack Fonseca (Mosfon) eine Mail von einem zyprischen Anwalt: Er wolle eine Briefkastenfirma gründen, die Prime Asset Partners Limited heißen und auf den Britischen Jungferninseln angesiedelt sein solle. Eigentümer solle Petro Poroschenko sein.

Da tobte eine blutige Schlacht in der Ukraine – und was tat der Präsident? Den Unterlagen zufolge wurde genau dann für ihn eine Briefkastenfirma registriert.

Diese Firma werde nichts mit Poroschenkos politischer Arbeit zu tun haben, schrieb der zyprische Mittelsmann im August 2014 an Mosfon. Aber bei einem Präsidenten, der gleichzeitig Oligarch ist, lässt sich das Geschäftliche und Private oft nur schwer vom Politischen trennen. Genau aus diesem Grund hatte Poroschenko vor seinem Amtsantritt im Juni 2014 nicht nur versprochen, die (anderen) Oligarchen zu entmachten, sondern auch, seinen eigenen Konzern Roschen zu verkaufen, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Zu diesem gehören Schokoladenfabriken, Schiffswerten, außerdem die International Investment Bank, Saatgut-, Rüstungs- und Autofabriken, eine Fabrik für Speisestärke sowie mehrere Medien-Unternehmen, darunter der TV-Sender Kanal 5.

Poroschenko hielt nicht Wort. Vor wenigen Monaten ließ Präsidentsberater Boris Loschkin auf Anfrage ukrainischer Journalisten wissen, dass Poroschenko seine Firma nicht verkauft habe. Die Panama Papers zeigen nun, dass er nicht nur seine bestehenden Firmen nicht verkauft, sondern sogar mindestens eine neue hat gründen lassen – in einer Steueroase.

Poroschenko ist laut Forbes der sechsthöchste Ukrainer mit 858 Millionen US-Dollar Vermögen. Das hat er ursprünglich mit Schokolade gemacht, mit seinen Pralinen ist er Marktführer in Osteuropa, auch wenn Russland, wo er ein bis zu 40 Prozent seines Umsatzes machte, durch den Krieg als Markt weggebrochen ist. Die Ukrainer nennen ihn den „Schokoladenkönig“. Poroschenko engagiert sich seit Ende der 90er-Jahre in der Politik, gehört zu den Gründern der Partei der Regionen, die später, unter Viktor Janukowitsch, zum Sammelbecken jener wurde, die das Land um seine Staatsfirmen zum eigenen Vorteil nachgerade ausraubten.

2004 jedoch stellte sich Poroschenko auf die Seite der Orangenen Revolution. Als Hunderttausende Ukrainer nach den Präsidentschaftswahlen auf die Straße gingen und gegen den manipulierten Wahlsieg von Janukowitsch protestierten, war es Poroschenkos TV-Sender, der als einziger über die Demonstrationen berichtete. Am Ende kam es zu einer Wiederholung

der Stichwahl, die der durch einen Giftanschlag gezeichnete Viktor Juschtschenko gewann. Er wurde Präsident, Julia Timoschenko Ministerpräsidentin, und Schokokönig Poroschenko Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats, später Außen- und Wirtschaftsminister.

2013 folgte der nächste Aufstand gegen die korrupten Machthaber, die Maidan-Revolution. Poroschenko war wieder auf Seiten der Demonstranten. Diese hatten auch gefordert, die Politik dürfe nicht mehr von den Oligarchen abhängig und damit käuflich sein. Eine verständliche Forderung in dem 48-Millionen-Einwohner-Land, in dem auch Politikerinnen wie Julia Timoschenko oder der Janukowitsch-Klingel in Verdacht stehen, sich am Staatsvermögen bedient zu haben (► siehe Infokasten).

Die Kommunikation mit Mossack Fonseca sollte, wie sich aus den Unterlagen ergibt, über ein „gesichertes E-Mail-System“ laufen. Den Firmenzweck präzisierter Vermittler später als „Holding für zyprische und ukrainische Firmen der Roschen-Gruppe, einer der größten europäischen Hersteller von Süßigkeiten“. Roschen gehört Poroschenko. Auf SZ-Anfrage erklärte die Pressestelle des Präsidenten, Prime Asset Partners Limited sei „Teil des Prozesses“, Poroschenkos Vermögen in den Trust zu überführen. Der Präsident habe längst, alle Informationen bezüglich seines Vermögens, seiner Ausgaben und seines Einkommens“ offengelegt.

Der Name der Firma taucht nicht in den entsprechenden Einkommenserklärungen für 2014 und 2015 auf.

Petro Poroschenko ist in der Ukraine kein Einzelfall. Aus kaum einer anderen Nation sind in den Panama Papers derart viele hochrangige Politiker zu finden wie aus dem traditionell von Korruption und Miswirtschaft gebeutelten Land. Neben Spüren zu den beiden ehemaligen Präsidenten Pawlo Lasarenko und Julia Timoschenko findet sich in den Daten von Mossack Fonseca auch der Name des Bürgermeisters von Odessa, Gennadij Truchanow. Hinzu kommen der zyprische Mittelsmann Ministerpräsidenten Mykola Asarow und die Familie eines früheren Abgeordneten, der von der EU als Helfer des gestürzten früheren Präsidenten Viktor Janukowitsch sanktioniert wurde.

Petro Poroschenko war im Herbst 2015 schon einmal in Rechtfertigungszwang geraten. Seine Gegner verbreiteten, er beziehungsweise einer seiner Vertrauten, der „graue Zär“ Ihor Kononenko, seien über eine Offshore-Firma in fragwürdige Zahlungen verwickelt. Es kursierten auch Dokumente, die das beweisen sollten. Sie stammten von dem früheren Leiter des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine, Walentyn

## Pawlo Lasarenko, Julia Timoschenko

Neben dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko taucht in den Panama Papers ein ehemaliger Premierminister der Ukraine auf: Pawlo Lasarenko. Der 63-jährige war in den Unterlagen zufolge zeitweise Anteilseigner und ein Eigentümer einer in den Unterlagen gegründeten Briefkastenfirma Gateway Marketing Inc. und Bainfield Company Limited. Lasarenko war von 1996 an Premier der Ukraine und trat, umwett von Korruptionserkrankten, 1997 zurück. Wenige Monate später wurde er bei der Einreise in die Schweiz festgenommen. Der Vorwurf: Geldwäsche und Veruntreuung von Staatsgeld. Er kam gegen Kaution frei, verließ fluchtartig das Land und wurde ein Jahr später bei der Einreise in die USA festgenommen.

Im Jahr 2000 klagte ihn ein Schwurgericht in San Francisco an, weil er mit mehreren Komplizen, durch Betrug, Erpressung, Bestechung und Unterschlagung Millionen beiseitegeschafft habe, ließ es in der Anklage. Als „nicht angeklagte Komplizin“ wurde Julia Timoschenko genannt, die ein Lasarenko geförderte spätere ukrainische Ministerpräsidentin. Lasarenko wurde zu neun Jahren Haft verurteilt. Auf eine seinem Anwalt zugestellte SZ-Anfrage antwortete er nicht.

Teil des Panama-Papers-Bestandes ist auch eine Firma namens Bassington Limited, 1996 auf den Britischen Jungferninseln gegründet. Die Anteilseigner wurden durch sogenannte Bearer Shares verschleiert. Wer solche anonymen Inhaberaktien als Papier in der Hand hält, dem gehört die Firma. Der Name des Eigentümers muss in den Unterlagen nirgendwo festgehalten werden.

mache ich klaren Tisch und werde den Roschen-Konzern verkaufen. Als Präsident der Ukraine will und werde ich mich alleine um das Wohl des Landes kümmern.“

Die Panama Papers legen freilich nahe, dass Poroschenko als Präsident nicht nur das Wohl der Nation, sondern auch sein eigenes wirtschaftliches Wohlergehen ein Anliegen war. Zwei Monate nach seinem Wahlsieg wurde demnach für ihn die Prime Asset Partners Limited gegründet.

Die Kommunikation mit Mossack Fonseca sollte, wie sich aus den Unterlagen ergibt, über ein „gesichertes E-Mail-System“ laufen. Den Firmenzweck präzisierter Vermittler später als „Holding für zyprische und ukrainische Firmen der Roschen-Gruppe, einer der größten europäischen Hersteller von Süßigkeiten“. Roschen gehört Poroschenko. Auf SZ-Anfrage erklärte die Pressestelle des Präsidenten, Prime Asset Partners Limited sei „Teil des Prozesses“, Poroschenkos Vermögen in den Trust zu überführen. Der Präsident habe längst, alle Informationen bezüglich seines Vermögens, seiner Ausgaben und seines Einkommens“ offengelegt.

Der Name der Firma taucht nicht in den entsprechenden Einkommenserklärungen für 2014 und 2015 auf.

Petro Poroschenko ist in der Ukraine kein Einzelfall. Aus kaum einer anderen Nation sind in den Panama Papers derart viele hochrangige Politiker zu finden wie aus dem traditionell von Korruption und Miswirtschaft gebeutelten Land. Neben Spüren zu den beiden ehemaligen Präsidenten Pawlo Lasarenko und Julia Timoschenko findet sich in den Daten von Mossack Fonseca auch der Name des Bürgermeisters von Odessa, Gennadij Truchanow. Hinzu kommen der zyprische Mittelsmann Ministerpräsidenten Mykola Asarow und die Familie eines früheren Abgeordneten, der von der EU als Helfer des gestürzten früheren Präsidenten Viktor Janukowitsch sanktioniert wurde.

Petro Poroschenko war im Herbst 2015 schon einmal in Rechtfertigungszwang geraten. Seine Gegner verbreiteten, er beziehungsweise einer seiner Vertrauten, der „graue Zär“ Ihor Kononenko, seien über eine Offshore-Firma in fragwürdige Zahlungen verwickelt. Es kursierten auch Dokumente, die das beweisen sollten. Sie stammten von dem früheren Leiter des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine, Walentyn

## Pawlo Lasarenko, Julia Timoschenko

Neben dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko taucht in den Panama Papers ein ehemaliger Premierminister der Ukraine auf: Pawlo Lasarenko. Der 63-jährige war in den Unterlagen zufolge zeitweise Anteilseigner und ein Eigentümer einer in den Unterlagen gegründeten Briefkastenfirma Gateway Marketing Inc. und Bainfield Company Limited. Lasarenko war von 1996 an Premier der Ukraine und trat, umwett von Korruptionserkrankten, 1997 zurück. Wenige Monate später wurde er bei der Einreise in die Schweiz festgenommen. Der Vorwurf: Geldwäsche und Veruntreuung von Staatsgeld. Er kam gegen Kaution frei, verließ fluchtartig das Land und wurde ein Jahr später bei der Einreise in die USA festgenommen.

Im Jahr 2000 klagte ihn ein Schwurgericht in San Francisco an, weil er mit mehreren Komplizen, durch Betrug, Erpressung, Bestechung und Unterschlagung Millionen beiseitegeschafft habe, ließ es in der Anklage. Als „nicht angeklagte Komplizin“ wurde Julia Timoschenko genannt, die ein Lasarenko geförderte spätere ukrainische Ministerpräsidentin. Lasarenko wurde zu neun Jahren Haft verurteilt. Auf eine seinem Anwalt zugestellte SZ-Anfrage antwortete er nicht.

Teil des Panama-Papers-Bestandes ist auch eine Firma namens Bassington Limited, 1996 auf den Britischen Jungferninseln gegründet. Die Anteilseigner wurden durch sogenannte Bearer Shares verschleiert. Wer solche anonymen Inhaberaktien als Papier in der Hand hält, dem gehört die Firma. Der Name des Eigentümers muss in den Unterlagen nirgendwo festgehalten werden.

Nalywaitschenko, der im Juni 2015 von Poroschenko entlassen worden war.

Diese Dokumente legte er dem Nationalen Antikorruptionsbüro im Oktober 2015 vor, nachdem sie schon der britische Journalist Graham Stack auf der Webseite *Business New Europe* veröffentlicht hatte. Darin wird Kononenko der Geldwäsche bezichtigt, von der auch Poroschenko persönlich profitiert haben soll. Demnach sollen monatlich zwischen 100.000 und 300.000 Dollar einer angeblich von Kononenko und Poroschenko gegründeten Firma auf Konten der Offshore-Firma Intraco Management Ltd. transferiert worden sein – und von dort aus weiter auf Konten in Österreich und Lettland, was Kononenko auf Anfrage der *Süddeutschen Zeitung* bestritt; Poroschenko ließ konkrete Fragen dazu unbeantwortet.

Die Intraco Management Ltd., die zumindest auf dem Papier einem Zyprischen gehört, ist Teil des Panama-Papers-Bestandes. In den Unterlagen zu der Firma sind tatsächlich Belege für den Transfer hoher Geldbeträge zu finden – und die Auskunft, dass das Unternehmen „Charterflüge in Europa“ verkaufe. Ihor Kononenko erklärte hierzu, niemals in Geldwäsche involviert gewesen zu sein. Poroschenko antwortete wiederum nicht auf Nachfragen.

Ihor Kononenko ist ein Freund und Geschäftspartner des ukrainischen Präsidenten. Sein Amt als Fraktionsvize des Bloch Poroschenko im Parlament lässt er wegen Korruptionsvorwürfen ruhen. Im Februar 2016 leitete das Nationale Antikorruptionsbüro strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn ein.

Gut möglich, dass demnach auch andere Ermittlungen wieder aufgenommen werden, die einst im Zusammenhang mit den Namen von Poroschenko und Kononenko gestartet worden waren. Poroschenko besitzt seit Jahren ein schönes, großes Stück Land im sogenannten Zarenofen von Kiew; der Grundbesitz des Bloch Poroschenko im Parlament lässt er wegen Korruptionsvorwürfen ruhen. Im Februar 2016 leitete das Nationale Antikorruptionsbüro strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn ein.

An das Land, das 25 Millionen Dollar wert ist, soll Kononenko mittels einer komplexen Konstruktion bekommen und er selbst initiierte. Das besicherte Radio Free Europe Journalis Liberty von Mai 2015 an in mehreren Beiträgen. Danach habe die Stadt Kiew einer ersten, von Kononenko gegründeten Firma das Grundstück kostenlos übertragen. Am Ende einer Reihe von Besitzerwechseln über eine eigens dafür gegründete Wohnungsbaukooperative und eine Briefkastenfirma sei es in Besitz von Kononenko gewesen – und von Poroschenko. Ohne eine entsprechende Genehmigung von den Denkmalschützern zu haben, hätten demnach erst Kononenko, dann Poroschenko zu bauen begonnen. Ein Staatsanwalt habe Ermittlungen wegen einer im Zuge der Bauarbeiten einestörten, jahrhundertalten Mauer aufgenommen. Fünf Monate nach dem Amtsantritt von Poroschenko sei der Fall eingestellt worden; 18 Tage später habe der Präsident weiterbauen lassen.

Sollte Poroschenko seinen Einfluss geltend gemacht haben, um Ermittlungen gegen seine eigene Person zu stoppen? Eine Anfrage hierzu blieb unbeantwortet.

Eine andere Baustelle hingegen konnte er schließen: Die Formalitäten für Poroschenkos Prime Asset Partners Limited waren am 1. September 2014 erledigt. pünktlich zum Ende der „Schlacht von Ilowajsk“ einen Tag später.

Mitarbeit: Vlad Lavrov

Der kleine Verhörraum, in dem isländische Geschichte geschrieben wurde, ist zweckdienlich eingerichtet: ein Tisch, ein paar Stühle, ein Computer. Die Fenster sind blickdicht abgeklebt, eine Kamera schaut teilnahmslos von der Wand herab. Die Doppelverglasung sorgt für eine seltsame Stille, wo gerade noch der isländische Sturmwind am Reykjaviker Faxaflói-Fjord rauschte.

In diesem Raum mussten einige der ehemals mächtigsten Männer Islands dem staatlichen Krisen-Sonderermittler Ólafur Hauksson Rede und Antwort stehen: Banker, Manager, Investoren. Hauksson, fast zwei Meter groß und nicht schlank, arbeitet seit sechs Jahren die betrügerischen Vorgänge auf, die im Oktober 2008 zum Zusammenbruch der isländischen Wirtschaft geführt hatten. Damals waren innerhalb von drei Tagen die drei größten Banken des Landes kollabiert – auch deswegen, weil ihre Manager illegal die Kurse der eigenen Banken frisiert hatten. „Marktmanipulation“, erklärt Hauksson knapp.

Was ist mit den Chefs der drei Banken geschehen? „Alle drei mussten ins Gefängnis.“ Hauksson, der Hüne, deutet lächelnd auf zwei Stühle. „Da haben sie gesessen.“

Ólafur Hauksson ist also gerade erst dabei, den größten Skandal der jüngeren isländischen Geschichte abzuschließen. Und schon zieht der nächste Sturm auf.

### Ein Dollar Kaufpreis für eine Firma mit Millionenwerten

In den internen Dokumenten des panamaischen Offshore-Providers Mossack Fonseca (Mossfon), den Panama Papers, findet sich nämlich der Name von Sigmundur Davíð Gunnlaugsson, dem aktuellen Premierminister Islands. Ebenso der von Finanzminister Bjarni Benediktsson, dem zweitmächtigsten Mann in der Regierung. Und der von Ólöf Nordal, Innenministerin. Alle drei stehen demnach offenbar in Verbindung mit anonymen Offshore-Firmen, ohne dass sie das transparent gemacht hätten. Außer ihnen findet man in den Unterlagen Hrölfur Ólvisson, den Geschäftsführer der Partei des Premiers, einige der reichsten Männer des Landes, etliche ehemalige Spitzenbanker und mindestens einen hochrangigen Regierungsberater. Und das in einem Land, das gerade mal so viele Einwohner hat wie Bielefeld: rund 330 000.

So schnell wird Island nicht zur Ruhe kommen.

Wer Anfang 2016 nach Reykjavik fliegt, erlebt ein Land, das sich noch immer langsam von der großen Krise erholt. Der Schock, der das Land im Herbst 2008 getroffen hatte, sitzt tief. Für einige Monate war Island damals im Brennpunkt der weltweiten Finanzkrise gewesen, als die drei großen Banken Landsbanki, Kaupthing und Glitnir fast zeitgleich unter ihren Auslandsschulden zusammenbrachen.

Der Rest folgte prompt: Der Aktienmarkt stürzte um 90 Prozent ab, die isländische Krone fiel auf die Hälfte ihres Wertes, das Bruttosozialprodukt sank um zehn Prozent. Mit der Wirtschaft kollabierte auch das Ansehen des Landes, innen wie außen. Tausende Menschen demonstrieren vor dem Parlament, warfen mit Steinen, Eiern und Schneeballen.

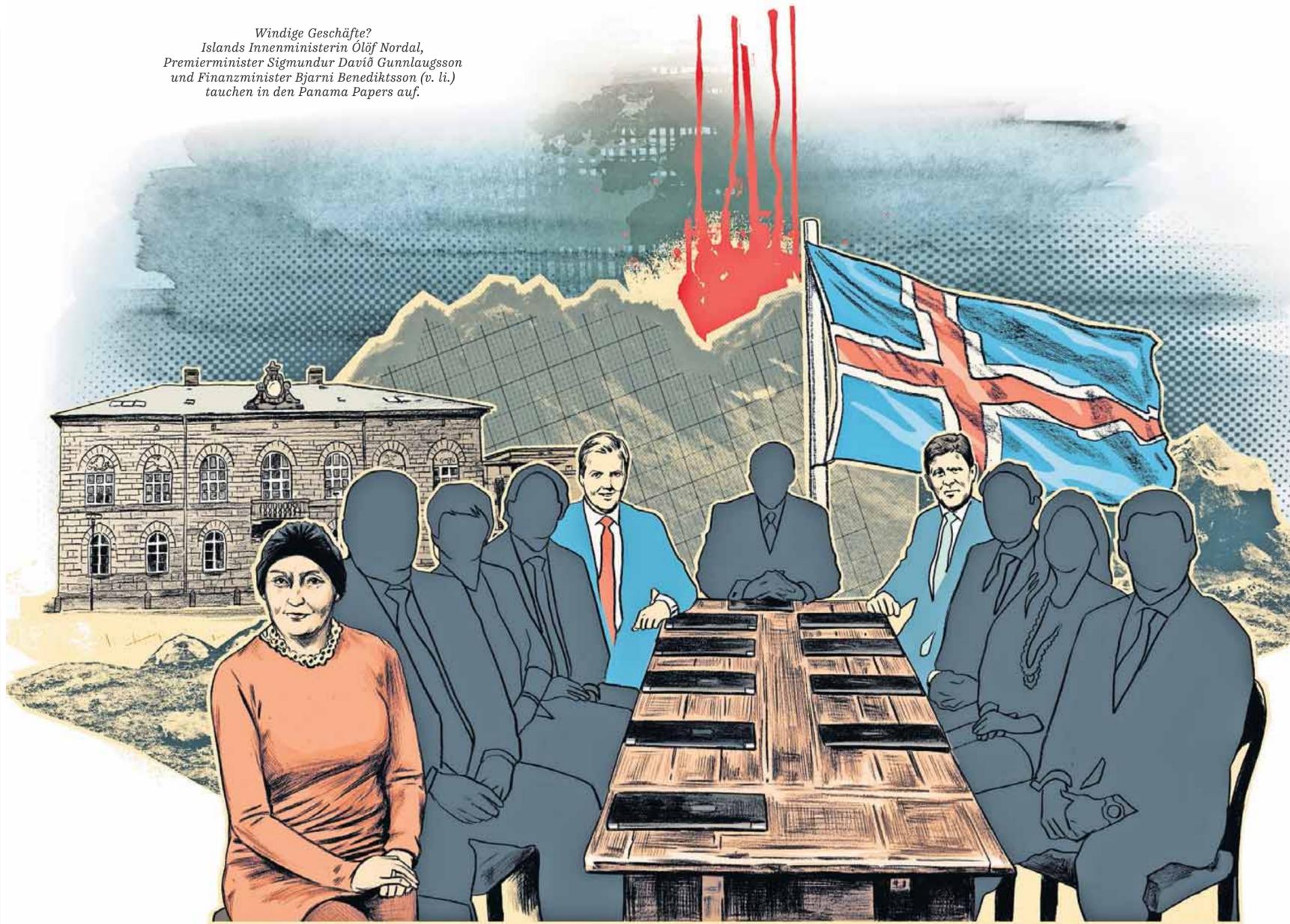
Die Welt sah fassungslos auf die windumtoste Insel, die eben noch der skandinavische Vorzeigestaat war, Liebling von Organisationen wie Transparency International. Und schuld waren ausgerechnet die in Island und anderswo als wagemutige „Finanzwiking“ gefeierten Banker. Sie hatten sich gegenseitig ungesicherte Kredite in bis zu dreistelliger Millionenhöhe gegeben, um mit diesen Darlehen die Aktienkurse ihrer Banken zu manipulieren. Damit das nicht auffiel, gingen die Darlehen auf dem Papier meist an Offshore-Firmen, häufig aufgesetzt von Mossfon, wie nun aus den Panama Papers hervorgeht. Ohne Offshore-Firmen wäre der Betrug, der die Blase füllte, wohl sofort aufgefallen.

Sieben Jahre später ist Sonderermittler Ólafur Hauksson eine Berühmtheit in Island. Bis 2016 wurden 27 Manager zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Bevölkerung feierte jede einzelne Verurteilung. Selbst der damalige Premierminister Geir Haarde kam nicht ungeschoren davon: Das Parlament stimmte dafür, ihn wegen „Fahrlässigkeit im Amt“ anzuklagen. Das Ergebnis des Verfahrens war eher eine symbolische Geste: Es wurde lediglich festgestellt, er habe sein Kabinett in der Krise über wichtige Geschehnisse nicht ausreichend informiert.

Diese Vorgeschichte muss man kennen, wenn man jetzt auf die Offshore-Firmen der isländischen Politiker schaut: Die Wut der Menschen ist noch frisch. Und Premierminister Gunnlaugsson in Erklärungsnot. Laut den Unterlagen der Panama Papers wird Gunnlaugsson Ende November 2007 gemeinsam mit seiner Partnerin Anna Sigurlaug Pálsdóttir, die er 2010 heiratete, als Anteilseigner einer Briefkastenfirma namens Wintris Inc. eingetragen, die kurz zuvor auf den Britischen Jungferninseln gegründet wurde. Gunnlaugsson ist damals noch Journalist und Rundfunkmoderator, Pálsdóttir, wie heute, Anthropologin. Beide kommen aus reichen Familien.

Als Vermittler tritt laut den Mossfon-Unterlagen die Luxemburger Landsbanki-Niederlassung auf. Einer ihrer Mitarbeiter bestellt die Firma Wintris Inc. im Mossfon-Büro Luxemburg und bittet um Generalvollmachten für Gunnlaugsson und Pálsdóttir: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Windige Geschäfte?  
Islands Innenministerin Ólöf Nordal,  
Premierminister Sigmundur Davíð Gunnlaugsson  
und Finanzminister Bjarni Benediktsson (v. li.)  
tauchen in den Panama Papers auf.



## Schatten-Kabinett

Islands Premierminister Gunnlaugsson steht unter Druck, weil er bei der Bewältigung der Bankenpleite eigene Interessen nicht offengelegt hat. Er und weitere Regierungsmitglieder nutzten Offshore-Firmen. Dabei hat der sturmumtoste Inselstaat gerade erst die Folgen der großen Finanzkrise gemeistert. Jetzt kommt die Wut zurück

VON FREDERIK OBERMAIER UND BASTIAN OBERMAYER

dóttir. Der Banker schreibt in einer E-Mail, „sie werden die Firma 50%:50% besitzen“, die Adressen schicke er später. So geschieht es. Wintris bekommt zwei Aktien, eine auf seinen, eine auf ihren Namen.

Im März 2008 eröffnet die Wintris Inc. ein Konto bei der Schweizer Bank Credit Suisse in London. Damit sind vier Steueroasen involviert: die Offshore-Firma auf den Britischen Jungferninseln, die Kanzlei in Panama, der Vermittler in Luxemburg, das Konto bei einer Schweizer Bank.

Noch wichtiger ist aber, was sich über die Wintris in den Daten zusätzlich finden lässt. Im März 2010 veröffentlicht Wikileaks eine bis dahin unter Verschluss gehaltene Liste von fast 30 000 Forderungen gegenüber der kollabierten Kaupthing-Bank, auch um die Gier der Spekulanten zu entarnen. Einer der Gläubiger: Wintris Inc. Auf einer Gläubigerliste der Landsbanki von 2009 ist die Offshore-Firma ebenfalls zu finden. Und laut einer Person, die mit der Sache befasst ist, soll Wintris auch Anleihen von Glitnir, der dritten Pleite-Bank, besessen haben. Gesamtwert der Bonds heute: rund 3,6 Millionen Euro.

Gunnlaugsson bestätigt den Besitz von Bonds auf Anfrage. Er und seine Partnerin hatten demnach persönliche finanzielle Interessen an allen drei Banken.

Das wäre 2007 noch unwesentlich gewesen, aber Gunnlaugsson ging wenig später in die Politik, wurde Anfang 2009 Vorsitzender der Fortschrittspartei und im April desselben Jahres ins Parlament gewählt. Damals trat in Island eine neue Transparenz-Regelung für Abgeordnete in Kraft: Wer mehr als 25 Prozent an einer Firma hielt, musste sie melden – so bestätigt es ein Parlamentssprecher auf SZ-Anfrage.

Gunnlaugsson meldete Wintris Inc. nicht, obwohl ihm die Firma damals offenbar zur Hälfte gehörte. Brach er also die Vorschrift des isländischen Parlaments?

Der Premier bestreitet dies auf Anfrage: Firmen, die nicht wirklich Geschäfte machen, seien nicht meldepflichtig.

Am 31. Dezember 2009 verkaufte Gunnlaugsson seine Hälfte von Wintris an Anna Pálsdóttir. Der Kaufpreis betrug laut dem Vertrag, der in den Panama Papers zu finden ist, einen US-Dollar. Für eine Firma mit Millionenwerten.

Eine Affäre um eine Offshore-Firma wäre schon bis hierhin für die meisten Regierungschefs unangenehm. Aber in Gunnlaugssons Fall wird der Kern seines politischen Wirkens durch die Offshore-Millionen infrage gestellt.

Sigmundur Gunnlaugssons Aufstieg begann nämlich in einer isländischen Graswurzelbewegung, die mit dem Zusammenbruch der drei Banken die Arena betrat:

InDefence, was für „In Defence of Iceland“ stand. Einer ihrer Slogans lautete: „Icelanders are NOT terrorists“. Hintergrund dieses Slogans war eine umstrittene Reaktion der britischen Regierung auf die isländische Bankenpleite: Nachdem die kollabierende Landsbanki im Herbst 2008 verstaatlicht worden war, forderte Großbritannien Island auf, für die Einlagen der britischen Sparer zu bürgen. Die isländische Zentralbank weigerte sich, und Großbritannien versuchte, sich das Geld auf andere Weise wiederzuholen: Die britische Regierung for – unter Einsatz von Gesetzen, die zur Terrorabwehr gedacht waren – kurzerhand isländische Werte ein.

Island: gerade noch strahlendes Nordlicht – nun auf einer Stufe mit al-Qaida.

Die 2009 ins Amt gewählte Mitte-links-Regierung versuchte sich an einem Kompromiss. Aber da auch dieser vorsah, dass Island für die Sparguthaben der Briten bürgen sollte, lief InDefence Sturm. Am Ende gab es drei Volksabstimmungen gegen das Vorhaben, und jedes Mal gewann das InDefence-Lager. Gunnlaugsson hatte sich als durchsetzungsstarker Vertreter scheinbar isländischer Interessen erwiesen.

Den Umständen, dass seine Familie Millionen-Anleihen bei den drei Banken besaß, habe Gunnlaugsson seinen InDefence-Mitstreitern verschwiegen, sagen Insider. Der Premierminister sagt, die von ihm mit vertretene InDefence-Politik habe das Wintris-Vermögen ja geschmälert, weil er dafür eingetreten sei, dass Anleihen nachrangig zu Spareinlagen behandelt würden.

### Einen Fehler der Bank hält ein Mitarbeiter für „hochgradig unwahrscheinlich“

Gunnlaugsson legte diese Interessen auch nicht offen, als er 2013 ins Amt des Premierministers gewählt wurde. Obwohl er in dieser Position zwangsläufig in Entscheidungen involviert war, die auch die Gläubigerinteressen betrafen.

Erst im vergangenen Jahr ließ sich Gunnlaugssons Regierung auf einen umstrittenen Deal ein. Bis dahin galt als ausgewacht, dass Gläubiger, die ihr Geld aus Island abzogen, eine 39-prozentige „Stabil-

tätssteuer“ zu bezahlen hätten. Stattdessen vereinbarte Gunnlaugsson einen „Stabilitätsbeitrag“ aus dem verbliebenen Vermögen der verstaatlichten Banken, was nach Meinung von Experten mehr als zwei Milliarden Euro weniger in die Staatskassen bringen wird. Zwei Milliarden, die nun stattdessen an die Gläubiger gehen sollen. Auch an Wintris Inc., die Firma, die inzwischen seiner Frau alleine gehört. Gunnlaugsson war in gewisser Weise auf beiden Seiten des Verhandlungstisches involviert.

Ein klassischer Interessenkonflikt.

Im März 2016 konfrontierte der isländische TV-Journalist Jóhannes Kristjánsson, Partner der SZ bei dieser Recherche, den Premierminister in einem Interview mit der Briefkastenfirma. Gunnlaugsson behauptete zuerst, Wintris habe womöglich mit einer Firma zu tun, in deren Aufsichtsrat er gesessen habe. Die Firma sei den Steuerbehörden bekannt gewesen, das alles sei „kompletter Unsinn“. Dann brach er das Interview abgebrochen ab.

Ein paar Tage später schrieb seine Frau in einem Facebook-Eintrag, Wintris sei allein ihre Firma, die sie von Anfang an steuerlich deklariert habe. Dass Gunnlaugsson als Anteilseigner eingetragen wurde, sei ein Fehler der Bank gewesen. Als sie Ende 2009 ihre Hochzeit für Herbst 2010 vorbereitet hätten, sei ihnen der Fehler aufgefallen, und sie hätten ihn korrigiert.

Ein Fehler der Bank? Das bezweifelt der Landsbanki-Mitarbeiter, der im November 2007 die beiden Namen an Mossack Fonseca weitergegeben hat. Es sei „hochgradig unwahrscheinlich“, dass die Bank aus Versehen einen falschen Namen als Eigentümer und Vollmachtinhaber eingetragen habe, sagte er der SZ.

Gunnlaugsson selbst erklärt auf Anfrage, er habe damals schon ein gemeinsames Konto mit seiner späteren Frau gehabt, deswegen seien die Anteilsscheine auf beide ausgestellt worden. Es sei aber klar gewesen, dass die Firma seiner Frau gehöre. Isländische Banken hätten wohlhabenden Kunden damals oft derartige Offshore-Konstruktionen angeboten. Da seine Frau das Vermögen aber versteuert habe, sei Wintris sozusagen „nicht in einer Steueroase“ und „könne auch nicht als Offshore-Firma betrachtet werden“.

Nachdem isländische Medien den Facebook-Eintrag von Anna Sigurlaug Pálsdóttir aufgegriffen haben, ist der „Fall Gunnlaugsson“ zum Politikum geworden, noch bevor die Panama Papers das wahre Ausmaß gezeigt hatten. Die Opposition fordert seinen Rücktritt und Neuwahlen, eine Zeitung kommentiert, dies sei einer der „schwersten Vertrauensbrüche“ der Parlamentsgeschichte.

### Island beb

Nur ein paar Tage nachdem der isländische ICIJ-Partner den Premierminister Sigmundur Gunnlaugsson Anfang März mit den Rechercheergebnissen zu dessen Offshore-Firma konfrontierte, machte dessen Frau Teile der Geschichte mit einem Facebook-Eintrag öffentlich. Isländische Medien griffen die Meldung auf, die Offshore-Verwicklungen des Premiers machten Schlagzeilen. Inzwischen erklärte sich Sigmundur Gunnlaugsson in mehreren Interviews. Oppositionspolitiker fordern Neuwahlen und den Rücktritt des Premiers. Eine dementsprechende Online-Petition wurde bereits von mehr als 15 000 Isländern unterschrieben. Das sind rund fünf Prozent der Bevölkerung. Am Montag soll es sogar Demonstrationen geben.

Am letzten Sitzungstag vor den Osterferien ist Gunnlaugsson nicht im Parlament anwesend. Bjarni Benediktsson, Finanzminister und Vorsitzender von Gunnlaugssons Koalitionspartner, erklärt den Abgeordneten, von der Firma des Premiers nichts gewusst zu haben. Benediktsson, der aus einer der reichsten Familien des Landes stammt, erwähnt nicht, dass auch er längst eine SZ-Anfrage zu seiner eigenen Offshore-Firma hat: Er hielt, das hat er später auf eben diese Anfrage hin bestätigt, 33 Prozent an der Briefkastenfirma Falson & Co., gegründet 2005 auf den Seychellen. Die Firma war laut Dokumenten, die Benediktsson der SZ vorlegte, bis mindestens Ende 2009 aktiv und für einen Immobilienkauf in Dubai gegründet worden. Auch Benediktsson war 2009 Abgeordneter – und hätte die Firma melden müssen.

In einem Fernsehinterview hat Benediktsson 2015 erklärt: „Ich hatte noch nie Vermögen in Steueroasen oder irgend so etwas.“ Auf Nachfrage sagt Benediktsson nun, ihm sei „nicht bewusst“ gewesen, dass die Firma auf den Seychellen registriert gewesen sei – die Firma sei aber steuerlich gemeldet gewesen.

Innenministerin Ólöf Nordal, die laut den Unterlagen gemeinsam mit ihrem Mann eine Vollmacht für die Panama-Firma Dooley Securities S.A. hatte, erklärt, die Firma sei für ihren Ehemann gegründet, aber nie benutzt worden. Deswegen habe sie die Firma nicht gemeldet.

Der Geschäftsführer von Gunnlaugssons Fortschrittspartei, Hrölfur Ólvisson, sagt, die Firma sei für ihren Ehemann gegründet, aber nie benutzt worden. Deswegen habe sie die Firma nicht gemeldet.

Die Enthüllungen in Island haben eine besondere Pointe: Isländische Steuerfahnder haben im Sommer 2015 von einem Whistleblower interne Mossfon-Daten erworben. Es handelt sich um Material zu etwa 250 Firmen. Darunter: Wintris Inc, Falson & Co. und Dooley Securities S.A. Das Angebot für den Kauf der Daten wurde damals in Island öffentlich diskutiert. Finanzminister Benediktsson sagte, es sei „vollkommen undenkbar“, dafür „einen Koffer voll Geld an eine anonyme Person“ zu geben. Premier Gunnlaugsson sagte in Bezug auf die Offshore-Daten, es sei „unklar, ob sie realistisch und nützlich“ seien.

Dazu erklären Benediktsson und Gunnlaugsson heute, sie seien immer für den Ankauf der Daten gewesen.

An diesem Montag enden in Island die Osterferien des Parlaments. Das Thema des ersten Sitzungstages dürfte bereits gesetzt sein.

Mitarbeit: Jóhannes Kr. Kristjánsson, Ryan Chittum

# Doppeltes Spiel

Warum der Briefkastenkönig Juan Pedro Damiani, Gründungsmitglied der Fifa-Ethikkommission, ein Fall für seine eigenen Kollegen geworden ist

VON THOMAS KISTNER, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND MAURITIUS MUCH

Es war ein hartes Jahr für die Fifa: Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI, Verhaftungen, Sperre für Sepp Blatter – eine Menge Arbeit auch für die scheinbar letzte Bastion der Aufrechten im Fußball-Weltverband, die Fifa-Ethikkommission. Das Gremium suspendierte den Präsidenten, zog Uefa-Chef Michel Platini, Fifa-Generalsekretär Jérôme Valcke sowie etliche weitere Spitzenfunktionäre aus dem Verkehr. Auch um Franz Beckenbauer, Chef des Organisationskomitees der WM 2006, und dessen Sommermärchen-Kombattanten hatten die Ethiker sich zu kümmern.

Die Glaubwürdigkeit der Kommission lebt vor allem von der persönlichen Integrität ihrer führenden Köpfe. Der Schweizer Jurist Cornel Borbély etwa hat schon einige harte Ermittlungsverfahren geführt, und der deutsche Chef der Spruchkammer, Hans-Joachim Eckert, war Strafrichter am Landgericht München. Man könnte erwarten, dass auch die Mitglieder der beiden Kammern handverlesen sind, als Korrektiv im angeschlagenen Verband. Manche der 14 Mitglieder wurden zu Blatters Zeiten berufen, drei sind seit Kommissionsgründung am 23. Oktober 2006 dabei. Einer von ihnen: Juan Pedro Damiani.

Die TV-Rechte-Deals sollen demnach über Cross-Trading-Konten gelaufen sein. Die Panama Papers zeigen nun: Hugo und Mariano Jinkis haben drei Briefkastenfirma bei Mossfon gegründet lassen, alle mit dem identischen Namen – Cross Trading. Sie sitzen in drei Steueroasen: auf Niue im Südpazifik, im US-Staat Nevada und auf den Seychellen. Die Firmen auf Niue und in Nevada verwaltete die Kanzlei J. P. Damiani.

Laut US-Anklage sollen zum Beispiel am 17. Juni 2013 fünf Millionen US-Dollar auf das Konto einer der drei Cross-Trading-Firmen bei der Hapoalim Bank in Zürich überwiesen worden sein. Das Jinkis-Duo hatte zuvor, gemeinsam mit anderen in den USA angeklagten Vermarktern, eine Agentur namens Datisa gegründet und darüber die Rechte der Copa-América-Turniere von 2015 bis 2023 sowie der Copa Centenario, des panamerikanischen „Jahrhundert-Turniers“, für 317 Millionen US-Dollar erworben. Im Gegenzug sollten insgesamt 110 Millionen Dollar an die Verantwortlichen zahlreicher Lateinamerika-Verträge fließen. 40 Millionen sollen schon gezahlt worden sein, als die Schweizer Polizei am 27. Mai 2015 auf Antrag der USA in Zürich sieben Fifa-Funktionäre festnahm. Die fünf Millionen für Cross Trading stiftet das FBI als Ausgleichszahlung zwischen den beteiligten Schmiergeldfirmen ein.

Ein anderer Deal, bei dem die Briefkastenfirma laut US-Anklage genutzt worden seien, soll so gelaufen sein: Im Herbst 2011 laden Vater und Sohn Jinkis die Verbandschefs von Honduras, Panama und ein Mitglied des Fifa-Exekutivkomitees in ein Haus in Uruguay ein. Die drei Funktionäre sichern den Rechtemaklern zu, bei der Beschaffung von Vermarktungsrechten zu helfen, etwa für den Gold Cup in den USA. Die drei werden dafür belohnt: Einer erhält rund 250 000 US-Dollar, die anderen beiden je 100 000. Auch diese 450 000 US-Dollar stammen offenbar von einem Konto einer der Cross-Trading-Firmen.

Auf Anfrage von SZ und ICIJ äußerten sich Hugo Jinkis und Mariano Jinkis nicht zu den Vorwürfen.

Die Panama Papers zeigen nun, dass Damianis Kanzlei von der Gründung der ersten Cross Trading im Jahr 1998 auf der Karibikinsel Niue bis zur Abwicklung jener Firma in Nevada 2015 involviert war. E-Mails legen nahe, dass er sich persönlich einmischte, wenn er die Vertraulichkeit von Kunden gefährdet sah: Als etwa Mossfon-Mitarbeiter einen Umschlag mit heiklen Dokumenten geöffnet hatten, der zu Händen einer Cross Trading geschickt worden war, ging prompt eine Beschwerde von Damiani an Mossack Fonseca.

Bei wichtigen E-Mails, die zwischen seiner eigenen Kanzlei und Mossfon gewechselt wurden, war Damiani als Empfänger in Kopie gesetzt. Er hätte also manches wissen können, was in den Firmen der Jinkis vor sich ging, weil etwa Vertragsunterlagen auch an seine Adresse geschickt wurden. Die Kundenberater bei Mossfon wussten auch, dass sie es mit besonderen Leuten zu tun hatten. In einer E-Mail heißt es über die Jinkis, es handle sich um Kunden, die „ein spezielles Konzept von Vertraulichkeit“ erwarteten. Diese Vertraulichkeit organisiert hat Juan Pedro Damiani.

Auch wenn man zu dessen Gunsten annimmt, dass er bis zur Anklage der US-Justiz im Mai 2015 nichts von den Geschäftspraktiken des Jinkis-Duos wusste: Spätestens dann hätte der Anwalt aus Uruguay seine Verstrickung gegenüber der Fifa offenlegen müssen. Nach SZ-Informationen hat Damiani genau das aber bis Anfang April 2016 nicht getan. Auf Anfrage nimmt die Fifa dazu keine Stellung. Damiani lässt die Frage nach seiner Tätigkeit für Hugo und Mariano Jinkis unbeantwortet.

Der Fall Damiani ist doppelt brisant, weil der uruguayische Anwalt tatsächlich

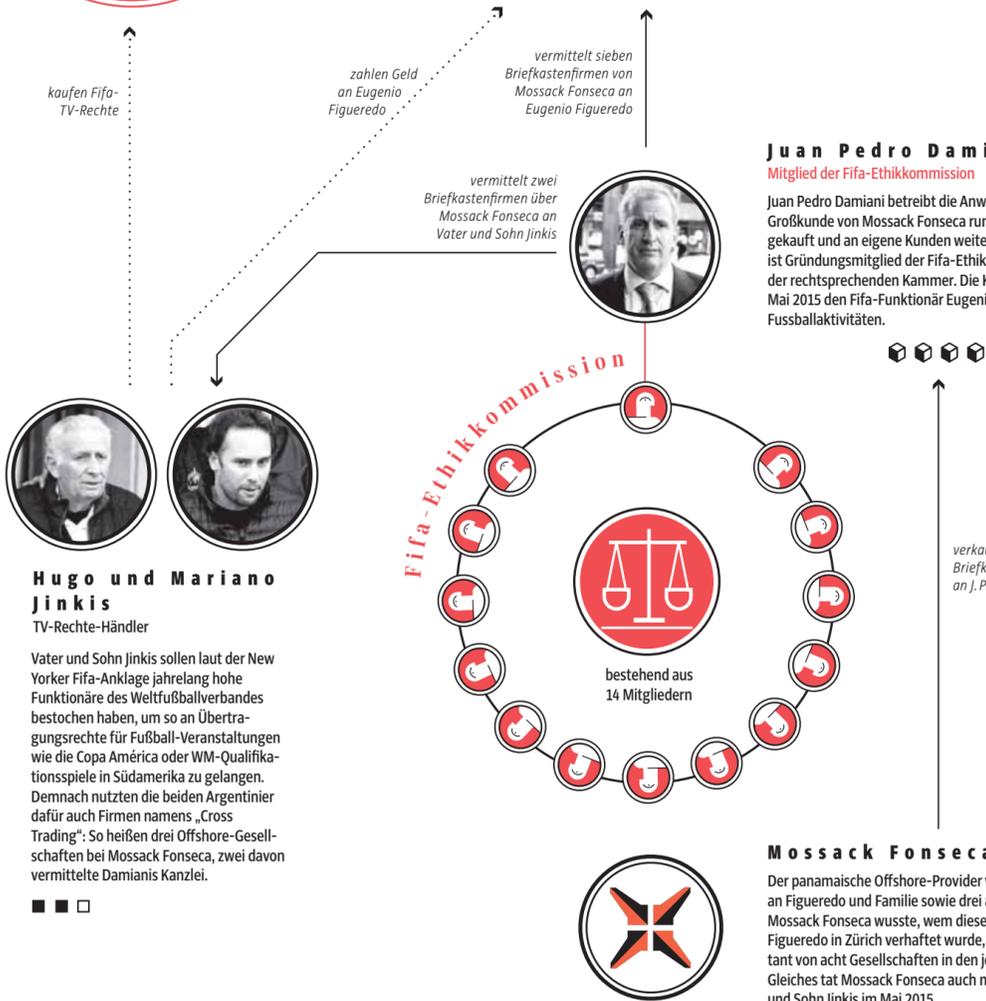
## Mossack Fonseca und der Fifa-Skandal

Hohe Funktionäre der Fifa und angeklagte TV-Rechte-Händler haben sich von Mossack Fonseca (Mossfon) laut Panama Papers Briefkastenfirma in Steuerparadiesen einrichten lassen – oder solche selbst vermittelt. Einige Offshore-Firmen wurden offenbar sogar genutzt, um Bestechungsgelder weiterzuleiten oder zu waschen.



**Eugenio Figueredo**  
Vizepräsident der Fifa (2014-2015)

Ende Mai 2015 wird Figueredo zusammen mit sechs weiteren Fifa-Funktionären in der Schweiz verhaftet, weil der Uruguayer in seiner Zeit als Spitzenfunktionär des südamerikanischen Fußballverbands (2006-2014) Bestechungsgelder von Fernsehrechte-Händlern wie Hugo und Mariano Jinkis angenommen haben soll. Diese Gelder investierte er laut eines Vernehmungsprotokolls, aus dem eine uruguayische Wochenzeitung zitierte, auch mithilfe seiner Mossfon-Offshore-Firmen in mehrere Immobilien in Uruguay.



### Die Ethikkommission hat eine Voruntersuchung gegen Juan Pedro Damiani eingeleitet

Damiani, ein einflussreicher Anwalt aus Uruguay, ist einer der reichsten Männer seines Landes und Präsident des dort beliebtesten Fußballklubs, Peñarol Montevideo. Er sitzt in Eckerts Kammer über mutmaßlich korrupte Fifa-Mitglieder zu Gericht. Nun hat er selbst ein Problem: Die Ethikkommission hat wegen der Panama Papers eine Voruntersuchung gegen ihr eigenes Mitglied eingeleitet.

Denn zu Damianis Spezialität zählt offenbar auch das Verwalten von Briefkastenfirma. Seine Kanzlei J. P. Damiani ist ausweischend der Panama Papers einer der wichtigsten Kunden des Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca (Mossfon): Rund 400 Firmen wurden oder werden von ihr betreut, darunter etliche, die in Skandale involviert waren.

Die Panama Papers zeigen, dass sich unter den Briefkastenkunden seiner Kanzlei auch drei Angeklagte im Fifa-Skandal befinden: sein Landsmann Eugenio Figueredo, ehemaliger Fifa-Vizepräsident, sowie die argentinischen TV-Rechtehändler Hugo Jinkis und dessen Sohn Mariano.

Vater und Sohn Jinkis sollen, so der Vorwurf der Ermittler der US-amerikanischen Bundespolizei FBI, Millionen an Schmiergeld für hohe Fifa-Funktionäre gezahlt haben, um günstig Fernsehrechte zu bekommen, die mit hohem Gewinn weiterveräußert werden sollten – zum Beispiel die Rechte für die Copa América, das südamerikanische Pendant zur Europameisterschaft. Als Vehikel für verdeckte Zahlungen sollen die Jinkis Briefkastenfirma genutzt haben. Das US-Justizministerium erhob im Mai 2015 Anklage gegen sie und zwölf andere Personen, im Dezember 2015 gegen weitere 16, die auch mit Korruptionsvorwürfen zu tun haben sollen.

In den US-Anklagepapieren taucht immer wieder der Firmenname Cross Trading auf. Etliche Schmiergeldtransfers für

auf beiden Seiten der Korruptionsaffäre involviert ist. Seine Kanzlei organisierte nicht nur Briefkastenfirma für diejenigen, die angeklagt sind, Schmiergeld gezahlt zu haben, sondern auch für einen, bei dem Schmiergeld angekommen sein soll.

So arbeitete Damiani seit Ende der 90er-Jahre auch für Eugenio Figueredo, 84, den ehemaligen Fifa-Vizepräsidenten. Figueredo steht in Verbindung zu elf Offshore-Firmen, die von Mossfon gegründet wurden – vor sich ging, weil etwa Vertragsunterlagen auch an seine Adresse geschickt wurden. Die Kundenberater bei Mossfon wussten auch, dass sie es mit besonderen Leuten zu tun hatten. In einer E-Mail heißt es über die Jinkis, es handle sich um Kunden, die „ein spezielles Konzept von Vertraulichkeit“ erwarteten. Diese Vertraulichkeit organisiert hat Juan Pedro Damiani.

Aufgeschreckt wurden die Helfer bei Mossfon und in Damianis Kanzlei erst, als Figueredo am 27. Mai 2015 in Zürich verhaftet wurde. Am nächsten Tag jagten, zeigen die Panama Papers, aufgeregte E-Mails hin und her; Mossfon ließ die Scheindirektoren von Figueredos Firmen zurücktreten und die Vollmacht für dessen Frau widerrufen. Im Juni 2015 überlegte die Leiterin der Mossfon-Compliance-Abteilung in einer internen Mail, ob man bei Figueredos Immobilien ausschließen könne, dass das Geld dafür „aus dem Thema Fifa stammt“.

Sie fragte: „Haben wir dafür Beweise in den Unterlagen über die Gesellschaft?“

Ende 2015 soll Figueredo, der inzwischen nach Uruguay ausgeliefert worden war, bei einer Befragung zugegeben haben, Schmiergeld kassiert zu haben; das schrieb die uruguayische Wochenzeitung *Busqueda*, die nach eigenen Angaben Unterlagen aus Figueredos Befragung einsehen konnte. Die Höhe soll Figueredo demnach auf rund 50 000 Dollar pro Monat beziffert haben. Er soll auch dargelegt haben, wie er das Geld reinvestiert habe, nämlich indem er illegale und legale Einkünfte vermischt und damit vor allem Immobilien in Uruguay gekauft habe. Figueredo soll erklärt haben, für die Immobilienkäufe panamaische Gesellschaften benutzt zu haben, die er von Damianis Kanzlei erhalten habe.

Im Januar 2016 sagte Damiani zum Fall Figueredo in Montevideo vor Gericht aus. Er erwähnte jedoch nur drei Offshore-Firmen, die er vermittelt haben will – statt der sieben, die in den Panama Papers zu finden sind. Er sagte, seine Kanzlei habe nie Honorar von Figueredo erhalten und „niemals Güter versteckt“. Außerdem habe seine Kanzlei „die wenigen Informationen“, die man über die Firmen besessen habe, schon an die Ermittler weitergeleitet.

Wenige Informationen? Das erstaunt, weil seine Kanzlei ausweischend der Panama Papers auf Bitten von Mossfon eine ziemlich genaue Auflistung des Vermögens schickte, das ihres Wissens in den Briefkastenfirma liege: eine Reihe Immobilien und ein Bankkonto. In dieser Mail vom 29. Mai 2015 ist auch von mehr als nur von drei Firmen die Rede.

Auf Anfrage von SZ und ICIJ im März erklärt ein Sprecher Damianis, wegen der laufenden Untersuchungen könne dieser nur beschränkt Auskunft erteilen. Damiani habe aber die Behörden und auch die Fifa-Ethikkommission informiert.

Ein Sprecher der Fifa-Ethikkommission bestätigt das auf Anfrage – allerdings habe Damiani das Gremium am Abend des 18. März 2016, einen Tag nach der Anfrage der SZ an ihn, über seine Geschäftsverbindung zu Eugenio Figueredo informiert. Daraufhin habe die Ethikkommission am nächsten Tag eine Voruntersuchung eingeleitet, um die Sachlage zu klären.

Die Kanzlei Mossack Fonseca erklärt, sie hätte nicht das geringste Anzeichen dafür, dass die von J. P. Damiani verwalteten Firmen mit irgendwelchen Unregelmäßigkeiten zu tun hätten.

Der Ethikhüter Juan Pedro Damiani: Er ist erst einmal ein Fall für seine Kollegen.

Mitarbeit: Catherine Boss, Marcos García Rey

## Klassentreffen

Viele Fußball-Funktionäre waren in jüngster Zeit in Affären verstrickt. Und viele ihrer Namen stehen in den Panama Papers

Anonyme Briefkastenfirma auf entlegenen Inseln spielen im Fußball eine große Rolle – zeigen die Dokumente der Panama-Papers. Eine lange Reihe von Fußballspielern, Klub-Eigentümern, Spielerberatern und Funktionären nutzt offenbar, vereint durch den Wunsch nach diskreten Geschäften, Offshore-Firmen von Mossack Fonseca (Mossfon). Darunter befindet sich auch ein erstaunlich hoher Prozentsatz des Skandalpersonals der vergangenen Jahre, etwa allein vier der 16 im Mai 2015 in den USA angeklagten Funktionäre des Weltfußballverbandes Fifa, darunter auch der ehemalige Vize-Präsident Eugenio Figueredo (**> siehe nebenstehenden Text**).

### „Veröffentlichen Sie, was Sie wollen“, antwortet der ehemalige Fifa-Generalsekretär

Der Franzose Michel Platini, gegen den die US-Justiz nicht ermittelt, ist ebenfalls unter den Mossfon-Kunden. Der aktuelle Uefa-Präsident wurde im Februar 2016 von der Fifa verbandsintern in Zusammenhang mit einer zweifelhaften Zahlung, die er von der Fifa bekommen hat, für sechs Jahre gesperrt. Auf Platini's Namen, das zeigen nun die Dokumente des Leaks, wurde am 27. Dezember 2007 eine dauerhafte Generalvollmacht für die panamaische Firma Balney Enterprises Corp. ausgestellt, die laut panamaischem Firmenregister im März 2016 noch als aktiv gemeldet war.

Die Aktien der Firma waren, Stand Ende 2015, als anonyme Inhaberaktien ausgegeben worden; wer im Besitz dieser Inhaberaktien ist und wem damit die Firma tatsächlich gehört oder gehörte, geht aus den Daten nicht hervor. Per Generalvollmacht kann Platini aber nahezu uneingeschränkt im Namen dieser Firma handeln.

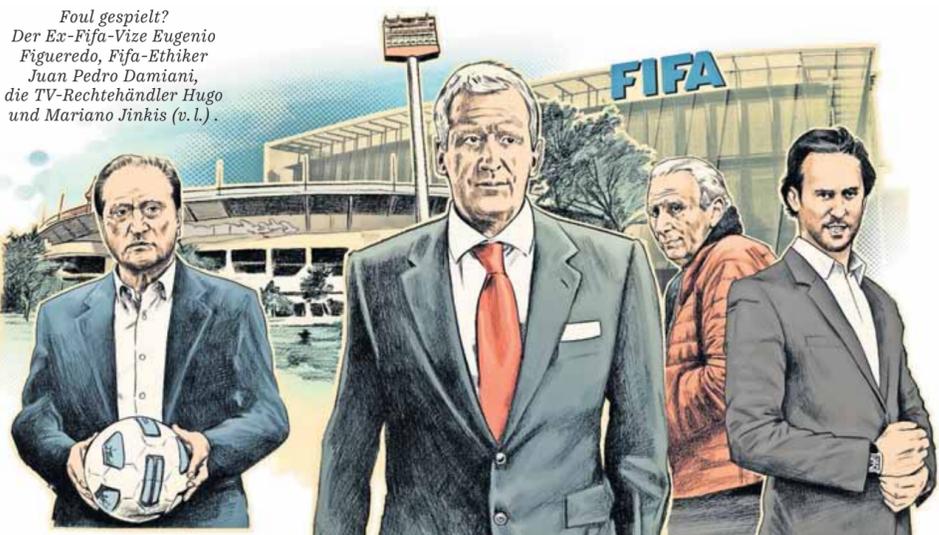
Die Vollmacht für Platini steht den Panama Papers zufolge auch im Zusammenhang mit einem Nummernkonto bei der Genfer Privatbank Baring Brothers Sturz: Das Konto läuft auch innerhalb der Bank auf den Namen der Firma. Dieses Modell boten bis vor wenigen Jahren viele Banken an – aus Diskretionsgründen.

Auf SZ-Anfrage lässt Michel Platini bestätigen, dass das Konto der Balney Enterprises Corp. von ihm genutzt wird. Er habe sich aus persönlichen Gründen für eine Offshore-Firma als Kontoinhaber entschieden. Platini lässt aussprechen, die Schweizer Behörden wüssten über sein Vermögen und alle Konten Bescheid, speziell auch über das Konto bei Baring Brothers Sturz. Dieses Konto habe er nie im Zusammenhang mit Fifa- oder Uefa-Belangen verwendet. Auf die Frage, sei wann die Schweizer Behörden von diesem Konto wüssten und ob es jemals eine Ermittlung wegen dieses Kontos gegeben habe, schreibt Platini Sprecher, dies sei eine Frage für die Schweizer Behörden.

Jérôme Valcke, der im September 2015 als Fifa-Generalsekretär wegen Korruptionsvorwürfen erst suspendiert und dann im Januar 2016 fristlos entlassen wurde, taucht in den Unterlagen als Eigentümer einer im Juli 2013 gegründeten Offshore-Firma auf. Demnach erwarb Valcke damit eine Yacht. „Veröffentlichen Sie, was Sie wollen“, antwortete Valcke auf Anfrage. Die Firma existiere nicht mehr, habe keine Gelder gehabt und „nie ein Bankkonto besessen und nie Geschäftsaktivitäten gehabt“.

Der 2009 verstorbene französische Milliardär und Geschäftsmann Robert Louis Dreyfus hatte offenbar mehrere Offshore-Firmen bei Mossfon. Zuletzt war sein Name wegen der Sommermärchen-Affäre in den Schlagzeilen: Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hatte ihm 2005 eine umstrittene Zahlung von 6,7 Millionen Euro angewiesen, die Dreyfus offenbar vorgestreckt hatte. Zwei der in den Panama Papers enthaltenen Firmen nannte der *Spiegel* im Herbst 2015: Das Magazin schrieb, deutsche Ermittler prüften, ob die 6,7 Millionen Euro am Ende bei Louis-Dreyfus-Firmen in der Karibik gelandet seien. Diese beiden Firmen wurden laut Panama Papers aber erst nach 2005 gegründet. MAURITIUS MUCH, BASTIAN OBERMAYER

Foul gespielt? Der Ex-Fifa-Vize Eugenio Figueredo, Fifa-Ethiker Juan Pedro Damiani, die TV-Rechtehändler Hugo und Mariano Jinkis (v. l.).



Vor ein paar Wochen ließ Lionel Messi aufhorchen. Rekorde und persönliche Auszeichnungen, sagte der hochdekorierte Fußballer Mitte März bei einem Werbetermin für den chinesischen Konzern Huawei, seien ihm längst nicht mehr wichtig. Ohnehin fällt Beobachtern auf, dass Messi, der Megastar des FC Barcelona, in der Öffentlichkeit reifer und selbstsicherer auftritt. Bei der Copa América 2015 in Chile gab es kaum ein Spiel der argentinischen Nationalelf, bei dem er nicht Journalisten Rede und Antwort stand. Er ist nicht mehr nur auf dem Platz der Anführer, sondern auch daneben, wo er früher gern in einer Wolke aus Einsilbigkeit verschwand.

Es wurde auch Zeit. Den Argentinier Lionel Messi, 28, halten viele für den besten Fußballer der Welt. Doch Messis Ausstrahlung, die er auf dem Platz hat, die Fähigkeit, im Bruchteil einer Sekunde zu entscheiden, was richtig ist, verblassten lange Zeit, sobald er den Rasen des Stadions Camp Nou in Barcelona verließ. Dann wirkte er plötzlich wie ein schüchterner Junge. Und auch die großen Entscheidungen, die in einer Karriere getroffen werden müssen und oft mit Geld zu tun haben, überließ er offenbar anderen.

Das könnte sich für das kleine Genie nun rächen. Ende Mai wird Lionel Messi vor Gericht stehen, er sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, 4,1 Millionen Euro an Steuern hinterzogen zu haben. Dabei soll er sich auch eines Geflechts aus Offshore-Firmen bedient haben, das so komplex gestrickt ist wie Messis Spielzüge auf dem Fußballplatz.

Wer viel verdient, kann auch viel sparen. Fußballer tun das gerne

In den Panama Papers findet sich nun neben den durch die Ermittlungen der spanischen Behörden bereits öffentlich gewordenen Offshore-Firmen – eine weitere, bislang unbekannte Briefkastenfirma, die offenbar zur Hälfte Lionel Messi gehört und zeitweilig von der Kanzlei Mossack Fonseca (Mossfon) betreut wurde. Sie heißt Mega Star Enterprises – kein unpassender Name für den umschwärmtesten Fußballer des Planeten, der überall hätte hingehen können, aber stets in Barcelona geblieben ist. Nachdem die Steuervorwürfe bekannt geworden waren, grassierte dort aber die Angst, er könne den Verein doch in Unfrieden verlassen. So wie andere Klub-Ikonen es in der Vergangenheit auch taten: der vor Kurzem verstorbene Johan Cruyff, Bernd Schuster, Diego Maradona, Ronaldo, Luis Figo oder Ronaldinho.

Erst vor wenigen Monaten aber stellte Messi klar, dass er den Verein in Europa nicht mehr wechseln werde – und seine Karriere am liebsten bei Newell's Old Boys ausklingen lassen wolle, seinem Stammverein im argentinischen Rosario, wo er geboren wurde. Barcelona atmete auf.

## Der kleine Kaiser

Gegen Lionel Messi wird schon länger wegen Steuerhinterziehung ermittelt. Jetzt taucht sein Name auch noch in den Mossfon-Daten auf. Die Verteidigungsstrategie teilt der Superstar mit Franz Beckenbauer – er habe halt alles unterschrieben

VON MAURITIUS MUCH UND BASTIAN OBERMAYER

Die Stadt gab ihm ja auch einiges. Hier überwand er nicht nur die Wachstumsprobleme aus seiner Kindheit und wurde immerhin 169 Zentimeter groß. Er sammelte auch Titel, war fünf Mal Weltfußballer des Jahres, sieben Mal spanischer Meister und gewann vier Mal die Champions League. Titel mit der argentinischen Nationalelf bleiben ihm bis auf den Olympiasieg von Peking zwar versagt; dafür gilt er nun als der bestverdienende Kicker des Planeten.

Das Fachblatt *France Football* schätzte die Einkünfte Messi im Kalenderjahr 2015 auf 65 Millionen Euro brutto. Demnach erhält er in Barcelona ein jährliches Salär von angeblich 36 Millionen Euro; der Rest fließt über Werbeeinnahmen. Cristiano Ronaldo von Real Madrid kommt angeblich „nur“ auf 54 Millionen Euro, Messis brasilianischer Mitspieler in Barcelona, Neymar, auf 36,5 Millionen Euro. Topstars der deutschen Bundesliga verdienen angeblich bis zu 20 Millionen Euro.

Wer viel verdient, kann viel sparen – wenn er für sein Geld die entsprechenden Kanäle wählen kann. Ausweislich der Daten der Panama Papers wird die Mega Star Enterprises, die jedenfalls bis vor wenigen Wochen noch aktiv war, von fünf unbekanntem Scheindirektoren geleitet – aber das Unternehmen gehörte offenbar in Wahrheit Lionel Andrés Messi und seinem Vater und Manager Jorge Horacio Messi. Das geht aus einem Papier von Juni 2013 hervor, das sich in den Panama Papers findet. Darin erklärt ein Mitarbeiter einer uruguayischen Anwaltskanzlei dem Offshore-Provider Mossack Fonseca, die finalen Begünstigten der Mega Star Enterprises seien die Messis. Auch das noch.

Schon das, was bisher bekannt ist über die Art der Messis, die Finanzen ihres Dribbel-Genies zu verwalten, bereitet ihnen große Probleme. Im Oktober 2015 entschied ein Ermittlungsrichter, dass Lionel Messi und seinem Vater Horacio der Prozess wegen mutmaßlicher Steuerhinterziehung gemacht wird. Die Staatsanwaltschaft hatte sich zwar zuvor dafür ausgesprochen, alle Vorwürfe gegen Lionel Messi fallen zu lassen und nur den Vater zu belangen. Weil aber das Finanzministerium auf einem Verfahren gegen den argentinischen Nationalspieler bestand, muss nun auch er vor Gericht erscheinen.

Ins Gefängnis muss Lionel Messi aber wohl nicht. Für die drei Steuerdelikte, die

ihm vorgeworfen werden, fordert die Finanzbehörde als Nebenklägerin jeweils die Mindeststrafe von sieben Monaten und 15 Tagen. In Spanien können nur Haftstrafen von mehr als zwei Jahren nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Die dazu geforderte Geldstrafe von 4,1 Millionen Euro dürfte den Multimillionär Messi weniger schmerzen als ein grobes Foul. Der Prozess soll am 31. Mai beginnen.



Autogrammstunde: Unterschriften von Lionel und Jorge Messi auf der letzten Seite eines Panama-Papers-Dokuments.

Aber wie werden die spanischen Behörden auf die neuen Informationen aus den Panama Papers reagieren? Die Mega Star Enterprises taucht bisher in den Akten der Staatsanwaltschaft nicht auf, bestätigte ein Sprecher der Behörde auf Anfrage. Aber sie könnte ins Bild passen, denn laut Anklage sollen Messi und sein Vater auch für die ihnen angelastete Hinterziehung Briefkastenfirmen genutzt haben.

Lionel Messi und sein Vater reagierten nicht auf mehrere Anfragen.

Die konkreten Vorwürfe der Ermittler lauten: Die Messis sollen von 2005 an zum Schein die Bildrechte am Star-Kicker an

Offshore-Firmen übertragen haben, die ihren Sitz in mittel- und südamerikanischen Steuerparadiesen wie Belize oder Uruguay haben. Mit denen mussten dann Werbepartner, die Messis weltbekanntes Gesicht nutzen wollten, die Verträge abschließen. Das Honorar landete in Steuerparadiesen, der spanische Fiskus schaute in die Röhre.

Das ist im Sport eine gängige Praxis: Schon in den 90er-Jahren begannen Profifußballer in Spanien damit, ihre Bildrechte auf Gesellschaften im Ausland zu übertragen. Auch die Panama Papers spiegeln diese Entwicklung, etwa 20 ehemalige und aktuelle Weltklasser haben Verbindungen zu Mossfon-Briefkastenfirmen.

Im Fall von Lionel Messi geht es um Werbeeinnahmen in Höhe von 10,1 Millionen Euro, die praktisch nicht besteuert worden seien – etwa von Adidas, der Banco Sabadell, Danone oder Telefónica. Zudem hätten die Messis laut Anklage dem Finanzamt Daten verschwiegen, damit es nichts von den Geldflüssen ins Ausland erfährt. So soll Messi von 2007 bis 2009 etwa 4,1 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben. Messi hat inzwischen nachgezahlt, samt Zinsen über fünf Millionen Euro.

Bleibt es dabei? Die Mega Star Enterprises wurde ausweislich der Panama Papers erst am 8. Februar 2012 gegründet – lange nach den bereits aktenkundigen Steuerhinterziehungsfällen, die nun vor Gericht behandelt werden sollen. Die Gründung erfolgte durch einen Offshore-Anbieter in Panama, aber nicht durch die ebenso dort ansässige Mossfon. Die Anteile an der Firma wurden anfangs in anonymen Inhaberaktien ausgegeben. Nur wer diese physisch besitzt, dem gehören die Anteile an der Firma – der Name muss nicht auftauchen.

Laut Panama Papers trat für Lionel Messi bei der Gründung der Mega Star Enterprises im Februar 2012 die bereits erwähnte uruguayische Anwaltskanzlei als Vermittler auf. Hier ist die erste Verbindung zur Anklage in Spanien: Demnach stellte dieselbe Kanzlei kurz danach, am 17. Februar 2012, eine Bestätigung aus, wonach Lionel Messi der einzige Teilhaber der viel früher gegründeten Briefkastenfirma Jenbril S.A. sei – die im Zentrum der bereits bekannten Hinterziehungsvorwürfe steht. Ihre Anwälte in Uruguay scheinen den Messis also zumindest bei der bekannten Konstruktion zur Hand gegangen zu sein. Der zweite Berührungspunkt entstand im Som-

mer 2013, als die Ermittlungen gegen Messi öffentlich wurden. Am 12. Juni 2013 berichtete die spanische Nachrichtenagentur EFE erstmals über das Verfahren, internationale Medien zogen nach. Am nächsten Tag meldeten sich die uruguayischen Anwälte per E-Mail bei dem Offshore-Provider Mossack Fonseca – das ist aus den Panama Papers ersichtlich –, weil sie für die Mega Star Enterprises den Offshore-Anbieter wechseln wollten. So sei es laut E-Mail zuvor telefonisch besprochen worden. In Zukunft sollte Mossack Fonseca die Briefkastenfirma verwalten. Ein panamaischer Inlands-Transfer sozusagen.

Die Kundenbetreuer bei Mossfon schienen zumindest zu ahnen, dass sie sich damit eine Problemfirma einhandeln würden. Denn sie bestanden darauf, eine Haftungsfreistellung ausgestellt zu bekommen. Die Kanzlei Mossack Fonseca und ihre eingesetzten Scheindirektoren würden laut dieser Erklärung bezüglich aller Beschwerden, Klagen, etc. entschädigt, die Mega Star Enterprises betreffen. Das der SZ vorliegende Dokument vom 23. Juli 2013 trägt die Unterschriften von Lionel Andrés und Jorge Horacio Messi.

Welche Rolle die Mega Star Enterprises im Geflecht der Messis spielte, lässt sich aus den Panama Papers aber nicht klären. Als genereller Geschäftszweck wird in einem Dokument eher pauschal „Investitionen“ angegeben. Es fanden sich in den Daten des Leaks aber keine konkreten Verträge oder Geschäfte, die über Mega Star Enterprises abgewickelt worden wären. Das kann auch damit zu tun haben, dass vielleicht anderen Personen Vollmachten für die Firma ausgestellt wurden. Jedenfalls versicherten Vater und Sohn laut jenem Dokument vom 23. Juli 2013, Mossfon im Fall der Beendigung der Geschäftsbeziehung zu der uruguayischen Kanzlei zu helfen, alle möglicherweise bestehenden Vollmachten zu widerrufen. Mit solchen Vollmachten könnten Dritte Konten eröffnen, Immobilien erwerben oder Verträge jeder Art abschließen, ohne dass ersichtlich würde, wem die Firma tatsächlich gehört – wegen der anonymen Inhaberaktien. Da der spanischen Staatsanwaltschaft die Existenz der Mega Star Enterprises bisher nicht bekannt gewesen ist, dürfte sie sich sehr dafür interessieren, wem eine solche Vollmacht ausgestellt wurde. Und wofür.

Obwohl Lionel Messi in den Verträgen zur Mega Star Enterprises namentlich erscheint und selbst unterschrieb, wird er seine bisherige Verteidigungslinie im Verfahren wohl kaum ändern müssen. „Ich schaue nicht, was ich unterschreibe“, sagte Messi bei einer Vernehmung durch die damalige Ermittlungsrichterin. „Wenn mein Vater es sagt, unterschreibe ich mit geschlossenen Augen.“ Und: „Ich unterschreibe das, was mir mein Vater sagt, das ich un-

Der vielleicht beste Kicker aller Zeiten: Lionel Messi in den Farben Argentinien.

terschreiben soll, weder schaue ich, noch konzentriere ich mich darauf, noch frage ich.“ Diese Art der Rechtfertigung ist auch in Deutschland bestens bekannt, sie ist nahezu identisch mit der Taktik von Franz Beckenbauer in der Sommermärchen-Affäre. Der „Kaiser“ sagte in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* ebenfalls, nachdem sein Autogramm auf umstrittenen Verträgen aufgetaucht war, er habe stets alles „blind“ unterschrieben, was ihm seine Vertrauten vorgelegt hätten.

Messi – der kleine Kaiser. Der Vater des mutmaßlich besten Fußballers der Welt, der einst seinen 13-jährigen Jungen nach Barcelona geschafft und dessen ersten Vertrag auf einer Papierserviette unterschrieben hatte, stützte diese Aussagen. Sein Sohn Lionel habe in Steuer-sachen weder Zugang zu Verträgen noch zu entsprechenden Informationen gehabt. Laut eigener Aussage habe er selbst, Jorge Horacio Messi, die Verträge ausgehandelt – und zur Unterschrift vorgelegt.

Was die Mega Star Enterprises betrifft, waren von 2015 wegen einer Gesetzesänderung in Panama nur mehr Namensaktien erlaubt. Wiederum war es Vater Messi, dem im Dezember 2015 die zuvor anonymen Anteilsscheine an der Firma übertragen wurden. Allerdings verband, wie die Panama Papers zeigen, die uruguayische Anwaltskanzlei die Änderung mit der dringenden Forderung an Mossfon, dass Jorge Messi im öffentlichen Firmenregister nicht erscheinen dürfe. Dies, so die Kanzlei, soll Mossfon umgehend bestätigen – oder die notwendigen Dokumente schicken, um eine Offenlegung zu verhindern.

„Hinreichende Hinweise auf kriminelle Handlungen“ von Vater und Sohn Messi

Die Strategie, alles auf den Vater zu schieben, verding vor Gericht jedoch nur zum Teil. Zwar nahm sogar das spanische Finanzministerium Lionel Messi ab, dass er keine Ahnung von Steuerdingen gehabt habe und die Initiative zur mutmaßlichen Steuerhinterziehung von seinem Vater ausgegangen sei; es bestand anders als die Staatsanwaltschaft aber auf einer Anklage gegen den Wunderkicker. Erstens, weil Unwissenheit nicht vor Strafe schützt – unterschrieben habe Lionel Messi die Dokumente ja. Zweitens, weil Messi durchaus bereitwillig Steuerrückstellungen für die Jahre 2007 bis 2009 entgegengenommen habe. Die Beharrlichkeit des Finanzministeriums zwang das Gericht gegen die Absicht der Staatsanwaltschaft, ein Verfahren auch gegen den Fußballer und nicht nur gegen seinen Vater zu eröffnen. Es gebe „hinreichende Hinweise darauf, dass die kriminellen Handlungen von beiden Angeklagten begangen wurden“, heißt es der Begründung des Urteils.

Der schwere Gang vor Gericht könnte zeigen, wie weit Lionel Messis tatsächlich gereift ist.



# Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HMG

MÜNCHEN, DIENSTAG, 5. APRIL 2016

72. JAHRGANG / 14. WOCHE / NR. 78 / 2,60 EURO

## Das Streiflicht

(SZ) Im Englischen gibt es für das deutsche Wort „Versprecher“, das ja fatal nach „Verbrecher“ klingt, den Ausdruck „Mondegreen“. Wer ihn poetisch findet, ist auf der richtigen Spur, denn dieses Kunstwort entstammt astrein der Poesie, und zwar der Ballade „The Bonnie Earl o' Moray“, dessen Verszeilen „They ha'e slain the Earl o' Moray / And layd him on the green“ von der Schriftstellerin Sylvia Wright einst so aufgefasst worden waren: „They ha'e slain the Earl o' Moray / And Lady Mondegreen.“ Lady Mondegreens deutscher Bruder ist der im Gegensatz zu ihr völlig friedlich entstandene, nämlich aus Matthias Claudius' „Nebel wunderbar“ geborene „Neger Wumbaba“. Stellt man die beiden nebeneinander und untersucht sie nach Gattungstypischem, kommt man zu dem Schluss, dass Versprecher am besten dort gedeihen, wo sehr deutlich gesprochen und gesungen wird oder werden sollte: in der gehobenen Rede, im Gedicht, im Lied.

In der Oper wird lauter gesprochen und gesungen als an sonst einem Ort dieser Welt, nichtsdestoweniger ist die Ausbeute an schönen Versprechern kümmerlich. In der „Zauberflöte“ zum Beispiel wird Papagenos Satz „Dann könnt' ich mit Fürsten mich messen“ gern als „Dann könnt' ich mit Würsten mich mästen“ gehört, aber wirklich ergiebig ist dieses Feld nicht. Das liegt, wen wundert's?, an den dort präsentierten Texten, die sich an Mulmigkeit und Verquollenheit von keinem Genre übertreffen lassen und die deswegen ja auch als generell unverständlich gelten. Den meisten Opernfreunden macht das nichts aus, weil sie, wie sie sagen, den Text so gut wie auswendig kennen oder weil es, wie sie wahlweise sagen, bei einer wirklich guten Musik auf den Text sowieso nicht ankommt. Richard Wagner hat sich Ludwig II. gegenüber einmal zu dieser Sache geäußert und es sehr beklagt, dass Verse und Inhalt dem Publikum und leider auch den Sängern unverständlich seien, woraus sich „ein dumpfer, fast blödsinniger Zustand“ der Geistesbildung ergebe. Um diesen Zustand zu beheben, fiel ihm nicht Besseres ein, als Texte zu schreiben, die ohne Schriftband über der Bühne nicht zu verstehen wären.

An der Deutschen Oper in Berlin arbeiten sie zur Zeit an einem Stück mit dem Titel „Neuland“, das auch insofern Neuland sein wird, als die Akteure dabei eine Kunstsprache namens „Blabla-Blomagal“ entwickeln, die von vornherein nicht auf Verständlichkeit angelegt ist. „Blabla“ erklärt sich von selbst, „Blomagal“ ist das Land, in das es die Mitwirkenden verschlägt. Was nun die Deutsche Oper angeht, so bewirbt sie das Projekt unter anderem mit dem für ein Opernhaus erstaunlich ehrlichen Statement, dass die Opernbesucher vom gesungenen Text über Jahrhunderte nichts verstanden hätten und dass „Neuland“ hierin „ganz in der Tradition des Genres“ stehe. Vielleicht lassen sie ja für Ausländer eine englische Übersetzung oben mitlaufen.

## HEUTE

**Meinung**  
Briefkastenfirmen zerstören die Marktwirtschaft. Höchste Zeit für eine Ächtung ..... 4

**Panorama**  
Der Fall Kampusch: Warum das Entführungsoffer einen Autor abmahnen lässt ..... 9

**Feuilleton**  
Der Westen versucht, die Ursachen des Terrors zu verstehen. Dabei erfährt er viel über sich ..... 19

**Wissen**  
Impfstoff wird knapp – die WHO befürchtet eine Ausbreitung des Gelbfiebers ..... 23

**Wirtschaft**  
„Hirschkuss“ gegen „Hirschrudel“: der Plagiatstreit um einen erfolgreichen Kräuterlikör ..... 32

Medien, TV- / Radioprogramm ..... 27, 28  
Forum & Leserbrief ..... 22  
Kino- Theater ..... im Lokalteil  
Rätsel ..... 8  
Traueranzeigen ..... 26

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de  
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo  
A. B. F. GR. I. L. NL. SLO. SK. € 3,40; dkr. 26; £ 3,20; kn 28,6; Sfr. 4,80; czk 96; Ft 920

4 190655 802602  
Digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



ILLUSTRATION: PETER M. HOFFMANN

## Die Panama-Deals der deutschen Banken

Geheimpapiere zeigen: Die Geldhäuser gründeten oder verwalteten mehr als 1200 Briefkastenfirmen. Fast alle großen Institute waren dabei. Auch die Siemens-Schmiergeldaffäre erscheint in neuem Licht

VON F. OBERMAIER, B. OBERMAYER UND U. SCHÄFER

München – Mindestens 28 deutsche Banken haben in den vergangenen Jahren die Dienste der Kanzlei Mossack Fonseca aus Panama genutzt. Insgesamt gründeten die deutschen Banken, darunter sechs der sieben größten Kreditinstitute, bei dem Offshore-Dienstleister mehr als 1200 Briefkastenfirmen oder verwalteten sie für ihre Kunden. Allein die Deutsche Bank setzte bis zum Jahr 2007 mehr als 400 Offshore-Firmen auf. Dies geht aus den Panama Papers hervor. Die Unterlagen, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurden, zeigen zudem, dass mehrere Tausend Deutsche die Briefkastenfirmen von Mossack Fonseca genutzt haben. Als Vermittler traten dabei nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Banken auf.

Weltweit haben mehr als 500 Banken die Dienste von Mossack Fonseca genutzt, darunter sehr viele namhafte Geldhäuser. Sie ordneten bei der Kanzlei aus Panama insgesamt mehr als 15 600 Briefkastenfirmen. Dies ergaben die Recherchen des Internationalen Konsortiums für Investigative Journalisten (ICIJ), das zusammen mit der Süddeutschen Zeitung die gemeinsame Arbeit von weltweit 400 Journalisten organisiert hat, die die Panama Papers auswerten. An der Kooperation sind rund 100 Medien aus fast 80 Ländern beteiligt.

In Deutschland nutzten neben der Deutschen Bank insbesondere die Dresdner Bank, die Commerzbank und die BayernLB die Dienste von Mossack Fonseca. Auch andere Landesbanken bedienten sich der Dienste des Offshore-Dienstleisters. Die beteiligten Banken betonen, dass sie ihre Geschäftspolitik bereits in den vergangenen Jahren geändert hätten. Die Commerzbank erklärte, sie habe schon von 2008 an „konsequent umgesteuert“.

Die BayernLB teilte mit, sie habe das Privatkundengeschäft der Luxemburger Tochter 2013 verkauft. Zuvor hatte sie über Luxemburg mindestens 129 Briefkastenfirmen verwaltet. Die BayernLB kündigte auf Anfrage zusätzlich zu einer früheren Prüfung eine weitere Untersuchung an.

Die Deutsche Bank erklärte zu den Briefkastenfirmen, die sie vermittelt hatte, man gebe „grundsätzlich keine Auskunft zu möglichen oder tatsächlichen Geschäftsbeziehungen“. Seit November 2015 lehne die Bank es aber ab, „Kunden in bestimmten Orten und Kundengruppen mit höheren Risikoprofilen“ aufzunehmen. Rund 50 der einst 400 Briefkastenfirmen, die von der Deutschen Bank geordert wurden, sind laut den Panama Papers noch aktiv, allerdings wird die Bank bei den meisten nicht mehr als Vermittler geführt; sie hat dieses Geschäft weitgehend abgegeben.

Die Panama Papers werfen zudem ein neues Licht auf den Skandal um die schwar-

zen Kassen bei Siemens. Die Unterlagen sowie ergänzende Recherchen legen den Verdacht nahe, dass ehemalige Siemens-Manager einen Teil des Geldes, das sie einst in schwarzen Kassen in Lateinamerika verwaltet haben, nach Bekanntwerden der Affäre im November 2006 nicht an den Konzern zurückgeführt haben. Stattdessen



wurden offenbar fast drei Millionen Euro auf private Konten unter anderem auf den Bahamas und in der Schweiz gelenkt. Einer der beteiligten Ex-Siemens-Manager bestätigte, dass das Konto auf den Bahamas ihm gehörte; andere Fragen zu den Geldtransfers ließ er aber unbeantwortet.



## Die schmutzige Spur des Geldes

**Alarm in Downing Street:** Wie David Camerons verstorbener Vater in die Affäre verwickelt ist > Seite 2

**Abräumen:** Die Isländer sind ein stolzes Volk – jetzt fühlen sich viele von ihrem Premier verraten > Seite 3

**Der Fall Messi:** Spaniens Behörden prüfen die neuen Informationen über den Fußballstar > Seite 5

**Verloren im Paradies:** Viele Tausend Deutsche nutzten die Dienste von Mossack Fonseca > Seite 11

## Athen schickt 202 Flüchtlinge in die Türkei zurück

Erstmals wird der Pakt zwischen EU und Ankara konkret: Im Gegenzug kommen 32 Syrer nach Deutschland

Brüssel – Das Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei wird vereinbarungsgemäß umgesetzt. Griechenland begann am Montag damit, Migranten in die Türkei zurückzuschicken. Unter großen Sicherheitsvorkehrungen wurden am Morgen 202 Menschen auf den Inseln Lesbos und Chios zum türkischen Hafen Dikili eingeschifft. „Die Rückführungsoperation ist ordnungsgemäß durchgeführt worden“, lobte in Brüssel ein Sprecher der EU-Kommission. Anders als befürchtet, sei es nicht zu Unruhen gekommen. Ebenfalls im Rahmen des Abkommens trafen 32 syrische Flüchtlinge aus der Türkei in Deutschland ein.

In dem Abkommen hatte sich Ankara am 18. März verpflichtet, alle Migranten, die seit dem 20. März von der Türkei kommend auf den griechischen Inseln eintreffen, zurückzunehmen. Im Gegenzug ver-

pflichtete sich die EU, für jeden auf diese Weise zurückgeschickten Syrer einen Syrer auf legalem Wege direkt aus der Türkei aufzunehmen. Hierfür sagte die EU bis zu 72 000 Plätzen zu. Kritik an dem Abkommen wies die EU-Kommission am Montag erneut zurück. „Das Ziel ist es, gefährliche, unorganisierte, chaotische und irreguläre Migrationsströme im Einklang mit EU- und internationalem Recht zu ersetzen durch sichere, legale und humanitäre Pfade nach Europa für jene, die Anspruch auf internationalen Schutz haben“, sagte der Sprecher.

Bei den am Montag zurückgeschickten Menschen handelt es sich nach Angaben der griechischen Regierung überwiegend um Pakistanner und Afghanen. Freiwillig seien auch zwei Syrer zurückgekehrt. Es handele sich um Menschen, die keinen Asylantrag gestellt haben. Griechenland

hat zugesagt, vor der Rückführung alle Asylanträge mit Hilfe der EU individuell zu prüfen. Wegen der zunächst fehlenden Rechtsgrundlage verzögerte sich aber die Entscheidung von 30 Richtern aus EU-Staaten nach Griechenland. Auch die Verstärkung der Grenzschutzagentur Frontex kommt langsamer als erhofft voran. Frontex hatte 1500 zusätzliche Beamte angefordert und hat nach Angaben der EU-Kommission bislang 702 Experten zugesagt bekommen. Vor Abschluss des Türkei-Deals waren bereits 674 Frontex-Beamte vor Ort. Griechenland hat seit dem 20. März 4000 Flüchtlinge auf den Inseln in Gewahrsam genommen. Insgesamt sollen in Griechenland 50 000 Migranten festsetzen.

In zwei Linienmaschinen aus Istanbul landeten am Montag sechs syrische Familien am Flughafen Hannover. Die 32 Frauen, Männer und Kinder waren vom Flücht-

lingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) als besonders hilfsbedürftig ausgewählt worden. Sie wurden zunächst ins Lager Friedland bei Göttingen gebracht und sollten danach in Niedersachsen verteilt werden. Elf syrische Flüchtlinge wurden aus der Türkei nach Finnland gebracht. Am Dienstag sollte eine Gruppe von Syrern in die Niederlande geflogen werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach am Montag telefonisch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu über die Umsetzung der Flüchtlingsvereinbarung. Regierungssprecher Steffen Seibert sprach in Berlin von einem „wichtigen Tag“. Es gehe um den „Auftritt eines Prozesses, der unter voller Wahrung der Europa- wie auch völkerrechtlichen Vorgaben ablaufen wird“, betonte er.

Zu den Kunden von Mossack Fonseca gehört außerdem eine der schillerndsten Persönlichkeiten Deutschlands: der Privatagent Werner Mauss, der im Auftrag von Regierungen und Geheimdiensten aus vielen Ländern tätig war. Er führte bei Mossack Fonseca offenbar zwölf Offshore-Firmen – und zwar unter dem Tarnnamen Claus Möllner. In einem Gespräch mit der SZ sagte Mauss, dass nicht alle dieser Gesellschaften ihm gehören würden. Manche habe er privat, andere in seiner Tätigkeit als Privatagent genutzt. Diese seien alle bei den zuständigen Behörden gemeldet.

Die Veröffentlichung der Panama Papers rief am Montag weltweite Reaktionen hervor. Ein Sprecher von Wladimir Putin sagte, die Enthüllungen über Briefkastenfirmen, die Freunden von Putin gehören, hätten das Ziel, Russlands Staatschef vor den kommenden Parlamentswahlen zu diskreditieren. „Für uns ist offensichtlich, dass das Hauptziel dieser Einwurfe unser Präsident ist“, sagte Dmitrij Peskow in einer Telefonkonferenz. Die Berichte enthielten „nichts Konkretes und nichts Neues“.

Mehrere Staaten, darunter die USA, Frankreich und Indien, kündigten am Montag an, sie wollten aufgrund der Panama Papers juristische Untersuchungen einleiten und mögliche Steuerbetrüger vor Gericht bringen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sagt der SZ: „Wir müssen wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben, weltweit verbieten.“ Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums kündigte an, dass Minister Wolfgang Schäuble (CDU) noch vor der Frühjahrstagung des Internationalen Weltwährungsfonds und der Weltbank Mitte April in Washington neue Vorschläge im internationalen Kampf gegen die Steuerflucht vorlegen werde.

## SZFERNSEHEN

TV-Programm vom 5. bis 11. April 2016

## Kohl will sich mit Orbán treffen

SPD: Altkanzler soll Ungarn-Premier auf Flüchtlingspolitik ansprechen

Berlin – Helmut Kohl (CDU) will sich mit dem umstrittenen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán treffen. Kohl schätze Orbán und halte ihn für einen „Europäer mit Herzblut“, berichtete die Bild-Zeitung am Montag nach einem Besuch bei dem 86-jährigen Altkanzler. Orbán gilt als schärfster Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik in der EU. Treffen von CSU-Chef Horst Seehofer mit Orbán waren in der CDU als Affront verstanden worden. Regierungssprecher Steffen Seibert wollte Kohls Ankündigung nicht kritisieren. Er sagte, der Altkanzler sei „selbstverständlich vollkommen frei in der Auswahl seiner Besucher oder der Menschen, die er trifft“. Die Kanzlerin fühle sich nicht angegriffen. SPD-Generalsekretärin Katarina Barley forderte Kohl auf, mit Orbán „Klartext“ über dessen Verhalten in der Flüchtlingskrise zu reden. sz > Seite 6

## Schäuble gegen Schuldenerlass für Athen

Berlin – Der Streit um finanzielle Hilfen für Griechenland wird schärfer. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble lehnte es erneut ab, der griechischen Regierung beim Schuldendienst weiter entgegenzukommen. „Ein Schuldenschnitt steht im Augenblick nicht zur Debatte“, sagte sein Sprecher in Berlin. Dagegen dringt Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), auf weitere Schuldenerleichterungen. GAM > Wirtschaft

## Bahn möchte mehr Video-Überwachung

Berlin – Die Deutsche Bahn will die Videoüberwachung in Bahnhöfen und Zügen stärker als geplant ausbauen. Das kündigte Vorstandsmitglied Ronald Pofalla am Montag in Berlin an. Der DB-Vorstand wolle sich in der kommenden Woche mit dem Vorhaben befassen. In das bereits laufende und auf zehn Jahre angelegte Projekt von Bahn und Bund werden laut Pofalla 85 Millionen Euro gesteckt. sz > Seite 6

## Erste Warnstreiks im öffentlichen Dienst

Berlin – Mit Warnstreiks wollen die Gewerkschaften von diesem Dienstag an ihren Tariforderungen für den öffentlichen Dienst Nachdruck verleihen. Gestreikt werden soll in mehreren Städten in Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In Niedersachsen und Sachsen sollen mehrere Kitas geschlossen bleiben. Der kommunale Arbeitgeberverband nannte die Ankündigungen nicht nachvollziehbar. sz > Seite 4

## Staat erzielt 2015 Rekordüberschuss

Berlin – Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren die öffentlichen Kassen so gut gefüllt wie im Jahr 2015. Trotz gesteigerter Ausgaben erzielte der Staat dem Statistischen Bundesamt zufolge einen Überschuss von 29,5 Milliarden Euro. Das sind 21 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Für das Plus sorgten die gute Konjunktur, die hohe Zahl der Beschäftigten sowie der Verkauf von Mobilfunkfrequenzen. GWB > Wirtschaft

Dax ▲	Dow ▼	Euro ▲
Xetra Schluss 9822 Punkte	N.Y. Schluss 17737 Punkte	22 Uhr 1,1397 US-\$
+ 0,28%	- 0,32%	+ 0,0011

## DAS WETTER

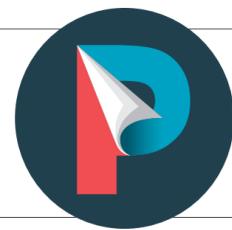
TAGS 25° / 3° NACHTS

Sonne und Wolken im Wechsel. Im Tagesverlauf breiten sich dann kräftige Schauer und lokale Gewitter aus. Temperaturen im Westen bis zu 18 Grad, sonst bis 25 Grad. > Seite 22 und Lokales

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/plus

# PANAMA PAPERS

Mehr Infos, Videos und Grafiken zum Thema.  
www.panamapapers.de



## Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes

**W**o ist sie nur? Wo, bitte schön, ist sie abgeblieben? Manchmal kann es schon ein Fluch sein, wenn man eine Briefkastenfirma besitzt – und nicht mehr weiß, wo sie sich denn befindet.

Dem deutschen Milliardär Joachim zu Baldernach ist dieses Missgeschick unterlaufen. Vor ein paar Jahren suchte er, ausweislich der Dokumente aus den Panama Papers, verzweifelt die Aktie seiner Briefkastenfirma, und zwar die echte Aktie, jene in Papierform. Es handelte sich dabei um eine ganz spezielle Aktie, wie man sie in der dunklen Offshore-Welt sehr gerne verwendet: einer der sogenannten *bearer shares*, zu Deutsch: Inhaberaktien. Wer diese Aktien in Händen hält, gedruckt, im Original, der ist der Eigentümer der Briefkastenfirma; und wer sie nicht hat, und sei es, dass er sie verloren hat, der ist eben nicht der Eigentümer. Denn in keinem anderen Dokument ist offiziell festgehalten, wem die Firma gehört. Die perfekte Verschleierung also.

Man kann sich die Verzweigung gut vorstellen, mit der Joachim zu Baldernach damals seine Inhaberaktie gesucht hat. Wo er auch nachschaute, welche Schublade, welche Akte, welchen Schrank er aufmachte: Nirgends war seine *bearer share* zu finden. Verdammter Mist!

„Der Steuerspartrieb der Deutschen ist noch größer als ihr Fortpflanzungstrieb“, hat der CSU-Politiker Erwin Huber mal gesagt

Eine Posse, fürwahr. Eine Posse, wie sie nur in der Welt der Briefkastenfirmen möglich ist, in der alles, wirklich alles darauf ausgelegt ist, die Dinge zu verschleiern: die Spur des Geldes; die Namen der Menschen, die Geld verstecken; das Vermögen, das sie in einer Offshore-Firma gebunkert haben.

Und die Deutschen bunkern, wie die Panama Papers zeigen, verdammt viel Geld in Briefkastenfirmen. Bundesverdienstkreuzträger, Bordellkönige, Spitzenmanager, ein ganzes Bataillon von Adligen, Immobilienverkäufer – sie alle nutzen Briefkastenfirmen, die von der Kanzlei Mossack Fonseca (Mossfon) aus Panama gegründet wurden.

Auch einige Aufsichtsräte großer und sehr großer deutscher Firmen nutzten Offshore-Firmen, um sich Villen auf den Balearen oder anderswo zu kaufen. Eine Variante, die meist vor allem der Steuerersparnis dient, die aber auch genutzt werden kann, um Schwarzgeld einer Verwendung zuzuführen.

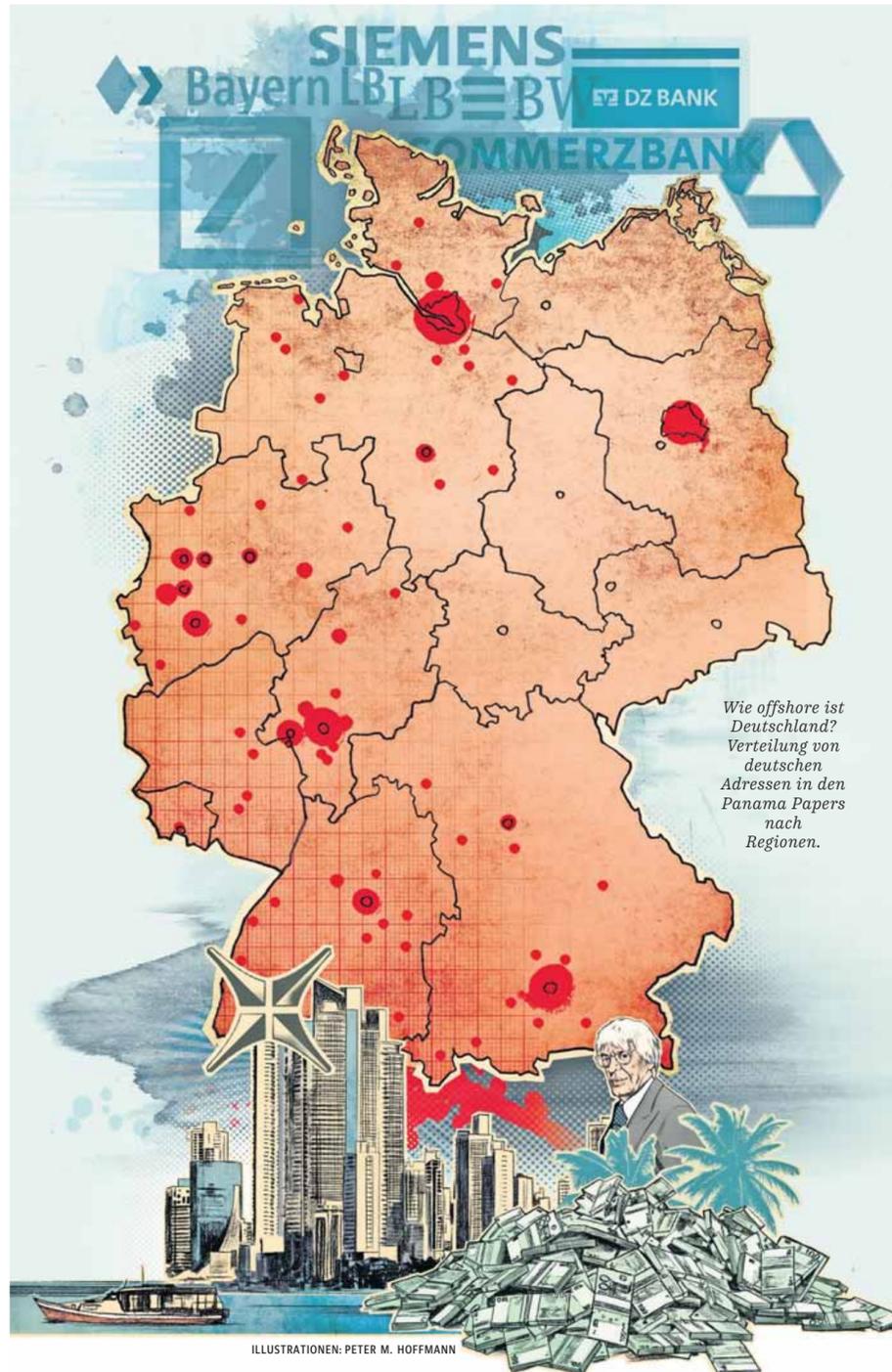
Außerdem stößt man auf den umstrittenen Investor und Spekulanten Florian Homm, auf den verurteilten Millionen-Betrüger Helmut Kiener und etliche weitere zwielichtige Geschäftsmänner. Auch eine Firma, über die Formel-1-Boss Bernie Ecclestone Bestechungsgeld für Bayern-LB-Banker Gerhard Gribkowsky geschleust hat, findet sich in den Datensätzen. Bei Mossack Fonseca wurde nämlich eine Firma namens Valper Holdings verwaltet, durch die Millionen flossen, die später an Gribkowsky gingen. Weitere Briefkastenfirmen haben mit einer Pharma-Affäre zu tun oder mit einem Skandal um Bestechung bei U-Boot-Käufen.

Alles in allem – das lässt sich aus internen Listen von Mossack Fonseca abschätzen – dürfte eine deutlich vierstellig Zahl Deutsche die Dienste der Kanzlei aus Panama in Anspruch genommen haben. So lassen sich aus den Dokumenten allein einige Hundert deutsche Adressen herausfiltern, obwohl nur die wenigsten Kunden, die

## Verloren im Paradies

Bundesverdienstkreuzträger, Bordellkönige, Spitzenmanager: Viele Tausend Deutsche nutzten die Dienste von Mossack Fonseca – unter ihnen auch ein schusseliger Milliardär, der am Ende nicht mehr wusste: Wo ist eigentlich meine Offshore-Firma?

VON FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER, ULRICH SCHÄFER UND VANESSA WORMER



ILLUSTRATIONEN: PETER M. HOFFMANN

## Die Menge macht's

Die digitale Welt hat eine neue Generation von Informanten geschaffen

Als ein junger amerikanischer Senator Präsident werden wollte, zog er 2008 mit der Geschichte vom sogenannten Uglad-House durch das Land. 12 000 Briefkastenfirmen residierten damals in einem fünfstöckigen Gebäude einer Anwaltskanzlei auf den Cayman-Inseln. „Das ist entweder das größte Gebäude der Welt oder der größte Steuerschwindel der Welt“, rief der Senator seinen Zuhörern zu. Sein Name: Barack Obama.

Bald endet Obamas zweite Amtszeit und aus den 12 000 Firmen im Uglad-House sind mindestens 18 000 geworden. Man muss also feststellen, dass keiner der unzähligen Politiker-Gipfel mit all den Versprechungen, gemeinsam weltweit gegen Schwarzgeld, Steuerhinterziehung und das unverantwortliche System der Steuer-oasen zu kämpfen, viel gebracht hat.

Und doch scheint dieses Modell inzwischen unter Druck zu geraten. Nur sind es nicht Politiker, sondern Insider aus der Finanzwelt, die diesem Geschäft schwere Schläge versetzen. Man nennt sie „Whistle-

blower“. Je nach gesellschaftlichem Standort wird dieser Anglizismus mit „Alarm-schlagen“ oder „Verpfeifen“ übersetzt.

Whistleblower haben geschafft, was Politikern all die Jahre nicht gelungen ist. Sie haben es geschafft, dass die von den Steuer-oasen versprochene absolute Diskretion und vollständige Anonymität nicht mehr existiert. Wer sein Geld versteckt, muss die öffentliche Bloßstellung und oftmals auch Strafverfolgung fürchten. Die vermeintlich sichere Bank ist zum Risiko geworden.

Viele dunkle Geheimnisse der geheimnisvollen Firma Mossack Fonseca (Mossfon) hat ein Whistleblower enthüllt. Aus Empörung über das Geschäftsgebahren der Firma und seiner Kunden lieferte der Hinweisgeber der SZ 2,6 Terabyte Daten. Die enorme Menge dieser Daten und die sich daraus ergebenden Enthüllungen sind neu, die Methode selbst ist es nicht. Vor Mossack Fonseca traf es auch schon andere Heimlichtuer; die Schweizer HSBC-Bank oder andere Geldhäuser oder Treuhänder. Es ist, als würde immer wieder ein

neuer Edward Snowden die Finanzbranche heimsuchen.

Erst die digitale Welt hat das Verschieben von Geld so einfach gemacht. Umgekehrt gilt aber auch, dass die Enttarnung solcher Schiebereien heute ganz einfach geworden ist. Manchmal reicht schon eine einzige Kontonummer, um Großes auszulösen: Im Fall Ulrich Hoeneß stattete ein In-

### Unter Whistleblowern finden sich zwei Typen: Gewissenstäter und Geschäftemacher

formant mit Zugang zu Daten der Schweizer Vontobel Bank den Stern mit Unterlagen aus. Nach einigen Umwegen wurde daraus der Steuerfall Hoeneß. Der Tipgeber gab an, aus Empörung über den FC-Bayern-Manager gehandelt zu haben.

In Liechtenstein schlug 1997 ein IT-Manager Alarm, nachdem er entdeckt hatte, dass ein großer Treuhänder die Gelder nicht auszahlte, die eigentlich seine Kun-

eine Offshore-Firma kaufen, überhaupt Adressen angeben. In den Panama Papers finden sich zudem rund 200 Kopien von gültigen deutschen Ausweisdokumenten, obwohl allem Anschein nach nur eine Minderheit aller Kunden von Mossack Fonseca jemals Ausweiskopien hinterlegen musste.

Als Helfer bereit standen dabei fast alle großen und mittelgroßen deutschen Banken: Es gibt kaum ein namhaftes Kreditinstitut, das nicht in den Panama Papers auftaucht. Denn in der überwiegenden Zahl der Fälle traten deutsche Interessenten nicht direkt an Mossack Fonseca heran, sondern über Vermittler. Die Kanzlei hat in ihren Unterlagen mehr als 300 Vermittler mit deutscher Adresse verzeichnet.

Dies hat auch damit zu tun, dass der deutsche Einfluss bei Mossack Fonseca bedeutend ist – was sich dadurch erklärt, dass ihr Gründer Jürgen Mossack selbst Deutscher ist. Seine Firma hat etliche Büros mit deutschsprachigen Mitarbeitern, vor allem in der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg. Aber auch die Private-Banking-Abteilung von Mossfon ist in deutscher Hand: Zwei ehemalige Banker der Dresdner Bank Lateinamerika wechselten Mitte des vergangenen Jahrzehnts zu Mossfon, um die Sparte als „Managing Partner“ mit aufzubauen. Aus den Daten geht hervor, dass die beiden etliche Privatkunden zu Mossfon mitnahmen. Diese Kunden hatten dann in der Regel direkt mit den Mossfon-Beratern zu tun.

Ein Gutteil der Deutschen kamen zudem über Schweizer und Luxemburger Filialen von deutschen Banken zu Mossack Fonseca. Auch die Namen fast aller Landesbanken finden sich in den Dokumenten, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurden – mithin staatliche Institute, die eigentlich den Auftrag haben, dem jeweiligen Bundesland zu dienen und die alljährlich einen Teil ihrer Gewinne an die jeweilige Landesregierung ausschütten; zugleich haben diese öffentlich-rechtlichen Banken in der Vergangenheit das Steueraufkommen des deutschen Fiskus untergraben, indem sie das Geld deutscher Steuerzahler in Offshore-Firmen lenkten, deren Ziel vor allem eines ist: dem Finanzamt eben kein Geld zu zahlen. In den Aufsichtsgremien dieser Landesbanken sitzen oder saßen oft auch die Finanzminister aus den jeweiligen Bundesländern, die eigentlich die obersten Steuereintreiber sein sollten.

Die deutsche Politik muss sich also nicht wundern, wenn auch viele Bundesbürger ihr Geld ins Ausland schaffen. Oder es in Briefkastenfirmen packen. „Der Steuerspartrieb der Deutschen ist noch größer als ihr Fortpflanzungstrieb“, hat der gelehrte Finanzbeamte und spätere CSU-Vorsitzende Erwin Huber Ende der 90er-Jahre mal gesagt. Und so verpflanzten Zehntausende ihr Vermögen nach Luxemburg oder nach Liechtenstein, in die Schweiz oder auf die britischen Kanalseln Jersey und Guernsey. Unter den Getriebenen: Handwerker und Mittelständler, Firmenerben und Privatiers; und wer noch versiertere Berater hatte (und sich dieses leisten konnte), der wählte eine noch gewagtere Konstruktion: ein Konto in der Karibik, eine Briefkastenfirma in Panama, auf den Seychellen oder den Britischen Jungferninseln.

Eine Konstruktion, wie sie auch Baldernach wählte, der schusselige Milliarden-erbe, der eigentlich anders heißt. Als ihm klar ist, dass seine Inhaberaktie unauffindbar ist, schickt er einigermaßen zerknirsch ein Fax auf die Bahamas, an das Büro seines Dienstleiters Mossack Fonseca. Er fragt, wie er an eine neue Aktie kommen könne. Denn nur wenn er nachweisen kann, dass ihm die Firma tatsächlich gehört, hat er Zugriff auf die beiden Konten, die auf deren Namen eingerichtet waren: eines in der Schweiz, eines in Luxemburg.

Das Dumme ist nur: Die Menschen auf den Bahamas können nicht wissen, ob Baldernach die Briefkastenfirma noch gehört. Hat er sie verkauft? Hat er die Anteile an dem Unternehmen verliehen oder verpfändet? Man muss dafür nur die Aktie auf den Tisch legen, Geld überschrieben, fertig.

Baldernach erwarb die Offshore-Firma, ausweislich der Panama Papers, bereits in

den frühen 90er-Jahren. Der Vermittler zwischen ihm und Mossack Fonseca war eine Genfer Beratungsgesellschaft, die damit wirbt, internationale Strukturen zur Steuerminimierung aufzusetzen. Die geleakten Dokumente deuten darauf hin, dass Baldernach mit der Briefkastenfirma vor vielen Jahren auch Immobiliengeschäfte in Südamerika tätigte.

Seiner Offshorefirma gehörte zudem eine weitere Firma, die wiederum eine Yacht besaß. Ins Bild passt da die letzte Aktivität der Firma auf den Bahamas, die sich aus den Panama Papers rekonstruieren lässt: der Verkauf einer weiteren Luxusyacht. Die Scheindirektoren unterzeichneten brav den fälligen Vertrag. Joachim zu Baldernach hatte nämlich beschlossen, sich eine noch größere Yacht zuzulegen, eine ganz speziell auf seine Wünsche zugeschnittene Megayacht. Diese Yacht gehörte offenkundig einer Firma in einer weiteren Steueroase.

Menschen wie Joachim zu Baldernach gibt es viele in Deutschland. Man hätte den Fall der verlorenen Aktie ebenso gut anhand einer bekannten deutschen Millionärs-gattin und Society-Lady erzählen können. Manche, die ihr Geld in Briefkastenfirmen verstecken, sind sehr reich; einige nur reich. Manche verwalten über die Firmen ihr Vermögen, ihre Konten, ihre Fonds; in den Panama Papers lässt sich zudem nachvollziehen, wie Deutsche über Offshore-Firmen Dutzende Häuser und Grundstücke erwarben. Einer versuchte sogar, ein ganzes Schloss über eine Mossfon-Briefkastenfirma zu kaufen; der Kauf kam allerdings nicht zustande.

Ein Firmenchef erklärte, er werde „gnadenlos die Hosen runterlassen“ und bat zum Termin mit seinem Steuerberater

Bei den meisten Deutschen in den Panama Papers lässt sich allerdings nicht klären, ob sie wirklich das Finanzamt betrogen haben oder ob sie die Einkünfte deklariert haben; die Steuerbehörden geben dazu keine Auskunft. Die meisten sind zudem nicht prominent; es finden sich dort – abgesehen vom ehemaligen CDU-Bundes-schatzmeister Helmut Linssen, dessen Offshore-Firma schon vor zwei Jahren durch eine Recherche des Magazins Stern aufgeflog, woraufhin er zurücktrat – keine hochrangigen Politiker, keine Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und keine solchen, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Daher kann man sie nicht mit Namen nennen.

Manche, welche die Süddeutsche Zeitung mit den Dokumenten konfrontierte, legten wiederum eigene Dokumente vor, die zeigen: alles legal. Ein Aufsichtsrat schickte Teile seiner Steuererklärung, aus denen hervorging, dass seine Offshore-Firma von Anfang an gemeldet war. Ein Firmenchef erklärte schon am Telefon, er werde „gnadenlos die Hosen runterlassen“ und bat zum Gesprächstermin mit seinem Steuerberater.

Der Milliardär Joachim zu Baldernach dagegen wollte nicht reden, er ließ Anfragen der Süddeutschen Zeitung unbeantwortet. Aber aus den Panama Papers lässt sich nachvollziehen, wie die Geschichte mit der verlorenen Aktie ausging. Am Ende blieb ihm nur eines: Baldernach unterzeichnete einen „letter of indemnity“, eine Art Freibrief für Mossack Fonseca. In diesem Brief versichert er, die Aktie nicht übertragen, verliehen oder anderweitig eingesetzt zu haben – und befreit die Kanzlei aus Panama von jeglichem Haftungsrisiko.

Er bekommt eine neue Aktie. Und hält damit seine Firma wieder in Händen.

den nach ihrem Tod gemeinnützigen Stiftungen vermacht hatten.

Ebenfalls 1997 lieferte ein Wachmann der Schweizer Bankgesellschaft bei der Israelitischen Kultusgemeinde in Zürich Unterlagen über Holocaust-Vermögen ab – die Bank hatte sie schreddern wollen.

Bis heute klingen die Erklärungen der Hinweisgeber ähnlich: Hervé Falciani, der die Geschäfte der HSBC-Filiale in Genf offenlegte, sagte, „Ich habe gesehen, wie Normen und Vorschriften genutzt werden, um ganz offensichtlich Unrecht zu begehen.“ Die Bank entschuldigte sich für ihr Verhalten in ganzseitigen Zeitungsanzeigen.

Bald wird in Luxemburg der Prozess gegen Antoine Deltour beginnen. Er war früher Angestellter der Beratungsfirma Pricewaterhouse Cooper, die mit abenteuerlichen Konstruktionen Firmen wie Google, Apple oder Starbucks half, ihre Steuerlast zu drücken. Deltour wunderte sich, warum in der Spalte der Einnahmen riesige Zahlen standen und in der Spalte der Steuern ganz kleine. Er machte eine Kopie.

Offizielle der EU haben ihn für diese Tat belobigt. Die Regierung von Luxemburg hofft dagegen auf eine hohe Haftstrafe – zur Abschreckung. Auch deshalb entscheiden sich viele Whistleblower, lieber anonym zu bleiben. In den meisten Ländern fehlt es an einem Schutz vor Strafverfolgung. Auch das gesellschaftliche Umfeld des Whistleblowers ist gewöhnlich nicht auf seiner Seite. Sein Verhalten wird als Verrat eingestuft, gilt als illoyal.

Andererseits kaufen Steuerbehörden weltweit silberne Scheiben mit den Daten von Leuten, die ihr Geld im Ausland versteckt haben. So zapfen bei Banken oder Offshorefirmen gleich zweierlei Typen Daten ab: Überzeugungstäter und Geschäftemacher. Manche sind sogar beides.

Whistleblower-Organisationen in den USA haben inzwischen unter dem Motto „Es gibt mehr ehrliche Banker“ eine regelrechte Kampagne gestartet. Gesucht werden weitere Insider, die Daten zur Verfügung stellen. Vielleicht ist auch bald das Uglad-House dabei. **GEORG MASCOLO**

Jede menschliche Einrichtung hat ihre eigenen Regeln, ihre Rituale. In einer Bäckerei geht es anders zu als etwa in einer Näherei. Der Ton in der Welt der Finanzinstitute ist für Außenstehende nicht so einfach zu verstehen. Er kann hart sein, aber auch sehr weich. Wenn kritische Anfragen wegen der Geschäfte des jeweiligen Geldhauses kommen, bedanken sich Banken – anders etwa als Industriekonzerne – meist sehr freundlich für die kritischen Fragen und versichern höflich, dass sie „im Rahmen des Möglichen gern antworten“ möchten. Das Mögliche ist meist sehr klein und wenig konkret. Irgendjemand muss den für heikle Fälle zuständigen Bankmitarbeitern gesagt haben, es sei klug, gleich zu erklären, dass man „zu Existenz und Umfang einzelner Geschäftsbeziehungen grundsätzlich keine Angabe“ machen dürfe: Geschäftsgeheimnis, Bankgeheimnis, Datenschutz.

So haben es auch viele der deutschen Geldhäuser gehalten, die im Rahmen der Recherche über die Panama Papers befragt wurden. Nur eine Bank wurde patzig: „Informationen weitgehend unrichtig. Keine Details wegen Bankgeheimnis“. Man kann es ja mal versuchen. Rührend war die Bitte eines Geldhauses, doch die Unterlagen, die Anlass zu den vielen Fragen gaben, mal einsehen zu dürfen, weil man sie leider nicht finden könne.

schluss erklärt Mossack unverblümt, was der Kunde der Bank davon hat:

„Er hat den Vorteil, gegenüber deutschen Steuerbehörden wahrheitsgemäß die (...) Fragen zur Kontoinhaberschaft, zur wirtschaftlichen Berechtigung und zu den Vollmachten verneinen zu können.“

Darum also geht es: dem Finanzamt möglichst wenig zu sagen, ohne zu lügen.

Mossack Fonseca betonte auf Anfrage, dass man Kunden keine „Lösungen“ anbiete, um gegen Gesetze zu verstoßen und bei der Steuer zu betrügen. Die Kanzlei zieht dabei eine feine Trennlinie zwischen der illegalen Steuerflucht, die sie nicht billige – und der Steuervermeidung, die darauf abziele, Vorteile bestehender Gesetze zu nutzen oder eine Doppelbesteuerung zu vermeiden. „Solch ein Verhalten ist absolut legal.“ (► **siehe Infokasten**)

Insgesamt haben nach Erkenntnissen von SZ, NDR und WDR mindestens 14 deutsche Banken bei Mossfon insgesamt mehr als 1200 Briefkastenfirmen gegründet oder für ihre Kunden verwaltet. Allein die Deutsche Bank setzte bis 2007 mehr als 400 Offshore-Firmen auf. Fünfzig davon sind laut den vorliegenden Daten noch aktiv, allerdings wird die Deutsche Bank den Panama Papers zufolge bei den meisten nicht mehr als Vermittler geführt, sie hat dieses Geschäft weitgehend abgegeben.

Auch die Commerzbank, die Hypovereinsbank, die frühere Landesbank Rheinland-Pfalz und die Bayern LB haben mitgemacht, in der Regel über ihre Auslandstöchter. Hinzu kommt der Sonderfall DZ Bank. Sie hat sich diese Geschäfte über den Kauf eines ausländischen Instituts offenbar nebenbei ins Haus geholt. Sechs der sieben größten deutschen Banken haben für ihre Kunden Offshore-Firmen verwaltet oder tun dies noch. (► **siehe linke Grafik**)

Nun ist es keine neue Diagnose, dass deutsche Geldinstitute schon eine Weile vom guten Weg abgekommen sind. Es gab ja eine erstaunliche Abfolge von Skandalen. Die Ökonomen unter den Bankmanagern haben sich dabei lange Zeit auf den 2006 verstorbenen Nobelpreisträger für Wirtschaft, Milton Friedman, berufen, der gesagt hatte, die „Ethik des Unternehmens besteht darin, den Profit zu steigern“. Ein bisschen untergegangen ist dabei manchmal Friedmans späterer Hinweis, dass soziale Verantwortung für Unternehmen, die in einem Markt auftreten, in dem es auf Reputation ankomme, ebenfalls unverfügt sein könne. Gier sei unvernünftig.

Auch vielen Bundesbürgern galt die Umgehung von Moral und Regeln zum eigenen Vorteil als pfiffig. Ein Cleverle eben, sagte man früher. Die Maßstäbe, auch die moralischen, schwankten jedenfalls – manchmal sogar zwischen null und hundert. Oder wer hätte es für möglich gehalten, dass Größen der Gesellschaft wie der frühere Post-Chef Klaus Zumwinkel oder der ehemalige Präsident des Fußballvereins FC Bayern München, Uli Hoeneß, wegen Auslandskonten und der damit zusammenhängenden Steuerhinterziehung vor Gericht erscheinen müssten? Hoeneß musste ins Gefängnis, Zumwinkel kam mit zwei Jahren Haft auf Bewährung davon.

Richtig in Fahrt kamen die Geschäfte deutscher Banken mit Mossfon vor gut zehn Jahren, voraus ging eine eigentlich gut gemeinte Entscheidung der Politik: Am 1. Juli 2005 trat die Europäische Zinsrichtlinie in Kraft. Seitdem tauschen die Steuerbehörden der EU-Länder untereinander Informationen über Konten von EU-Bürgern aus. Ein deutscher Staatsbürger, der sein Vermögen auf französischen Konten parkt, kann seine Zinserträge seitdem nicht mehr vor der deutschen Steuerbehörde verstecken. Die Schweiz, Luxemburg und Österreich erheben eine sogenannte Quellensteuer auf Zinseinkünfte von Ausländern – das Geld soll an die Heimatstaaten gehen. Die Zinssteuerlinie hat jedoch eine große Schwachstelle: Der Informationsaustausch bezieht sich nur auf Konten von natürlichen Personen. Ist der Kontoinhaber eine Firma, können weiter Steuern hinterzogen werden. Die Folge: Steuerhinterzieher gründeten rund um das Jahr 2005 Tausende Briefkastenfirmen – mit Unterstützung deutscher Banken. Dies geht aus den Panama Papers klar hervor (► **siehe linke Grafik**).

Im Prinzip ist das einfach: Die Bank ordert für ihren Kunden eine Firma mit Fantasienamen und Sitz in einer Steueroase, Strohmänner führen offiziell die Geschäfte und der Rest ist Schweigen. Die wahren Bevollmächtigten, die Anteilseigner oder Besitzer sollen nie bekannt werden. Ein früherer amerikanischer Steuerfahnder hat solche Firmen mal als Fluchtwagen für Kriminelle bezeichnet. Sie sorgten dafür, meinte er, dass Straftäter davonkämen.

Wie die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Banken und Mossack Fonseca funktioniert, lässt sich in den Panama Papers vielfach nachvollziehen. In den elf Millionen Dokumenten findet sich zum Beispiel ein Schreiben, das ein Mitarbeiter der Kanzlei im Dezember 1998 verfasst hat. Adressiert ist es an die Commerzbank in Luxemburg, der Mossfon-Mitarbeiter referiert darin Ausführungen, die er von Jürgen Mossack höchstselbst erhalten habe, dem Mitgründer der Kanzlei, und diese lesen sich wie eine Bedienungsanleitung für die Konstruktion von Briefkastenfirmen und deren Konten. So heißt es im Brief:

„Generell ist eine Konstruktion möglich, bei der ein Privatkunde weder Kontoinhaber noch wirtschaftlich Berechtigter ist (...) Das setzt jedoch die Einschaltung von Dritten voraus und führt somit zu einer Struktur, die absolutes Vertrauen des Privatkunden in die Drittperson(en) voraussetzt.“

Die Dritten: Damit sind wohl die Banken und Mossfon gemeint. Mossack erklärt danach, wie der Kunde sein Vermögen in eine Stiftung in Panama packen könne, ohne nach außen als Begünstigter aufzutreten: „Als Begünstigter wird eine dritte Person (z.B. das Rote Kreuz oder ein Verwandter, der außerhalb der EU seinen Wohnsitz hat) eingesetzt. Der Stiftungsrat wird von Mossfon-Nominees (...) gestellt. Der Stiftungsrat kann anschließend die Begünstigten abändern und die vom Privatkunden genannten Personen ernennen.“

Mit anderen Worten: Das Rote Kreuz wird zu Tarnung in die Gründungspapiere eingesetzt; wer in Wahrheit von der Stiftung profitiert, bleibt unklar. Zum Ab-Digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

# Wir hätten da gerne ein paar Briefkastenfirmen ...

Mehr als 500 Banken aus aller Welt haben die Dienste der Kanzlei Mossack Fonseca in Panama genutzt – darunter 28 Geldhäuser aus Deutschland, allen voran die Deutsche Bank. Sie halfen ihren Kunden seit Jahrzehnten dabei, Geld in Offshore-Gesellschaften zu verschieben und es so vor dem Fiskus zu verstecken. Die Panama Papers liefern neue Einblicke in diese diskreten Geschäfte. Mails und Gesprächsprotokolle zeigen, wie vertraut die deutschen Banker und ihre Helfer aus Panama miteinander waren

VON FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER  
KLAUS OTT, ULRICH SCHÄFER UND VANESSA WORMER

**Wer viel Geld hat und dem Staat wenig geben will, wendet sich meist nicht selbst an Firmen wie Mossfon. Oft erledigt das die Bank**

## Banken in den Offshore-Daten

Insgesamt tauchen mindestens 28 deutsche Banken in verschiedenen Zusammenhängen in den Panama Papers auf. Sie halfen ihren Kunden, Briefkastenfirmen zu gründen. Besonders brisant: Es sind auch Banken dabei, die im Zuge der Finanzkrise mit Steuergeld unterstützt wurden.

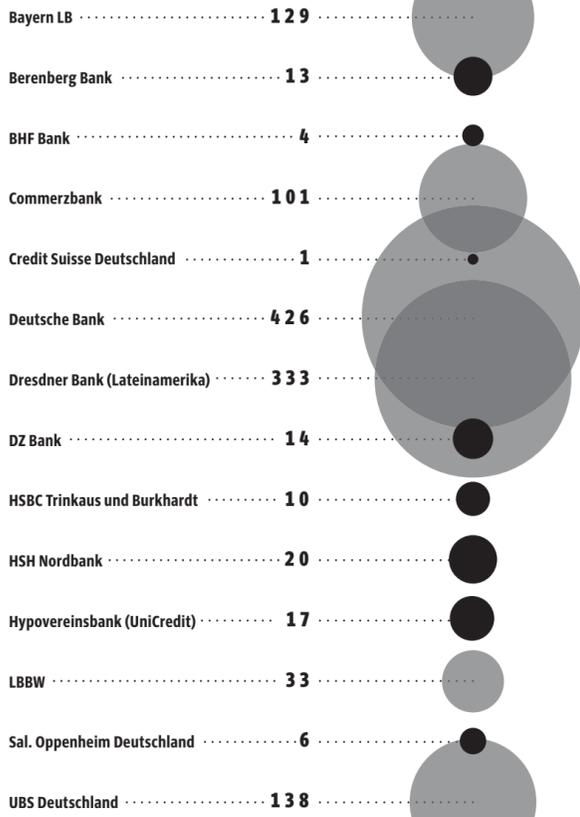
SZ-Grafik; Quelle: Panama Papers



\* Deutsche Bank, Commerzbank, DZ Bank, Hypovereinsbank, Landesbank Baden-Württemberg, Bayerische Landesbank

### Anzahl der Briefkastenfirmen

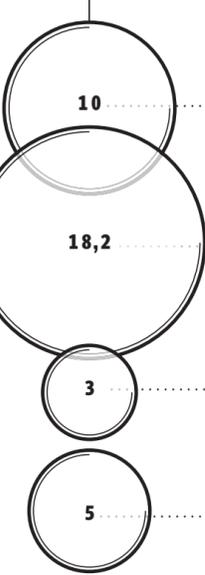
Nach Recherchen von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR haben deutsche Banken über ihre Auslandsfilialen und mit Hilfe der Kanzlei Mossack Fonseca rund 1200 Briefkastenfirmen gegründet oder verwaltet. Einige dieser Firmen sind bis heute aktiv.



### Öffentliche FINANZHILFEN

für deutsche Banken während der Finanzkrise  
\*Ein Teil des Kapitals ist inzwischen zurückgegeben worden

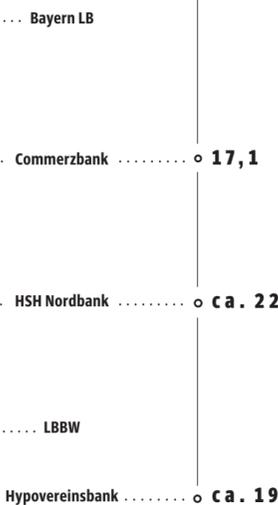
in Milliarden €



### STRAFZAHLUNGEN

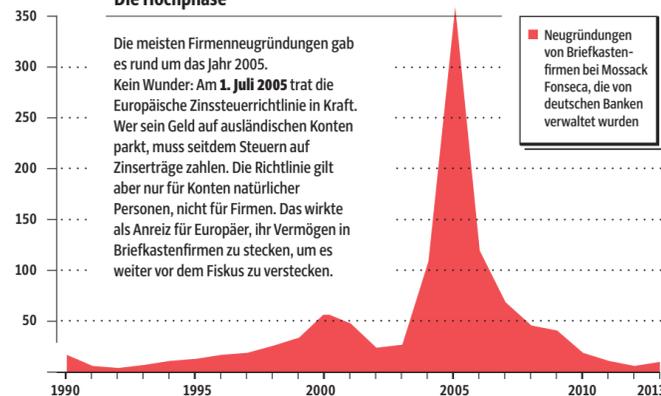
Ein Whistleblower verkaufte deutschen Behörden bereits vor etwa zwei Jahren eine kleine Menge Daten von Mossack Fonseca. In der Folge erklärten sich drei deutsche Banken zu Bußgeldzahlungen bereit.

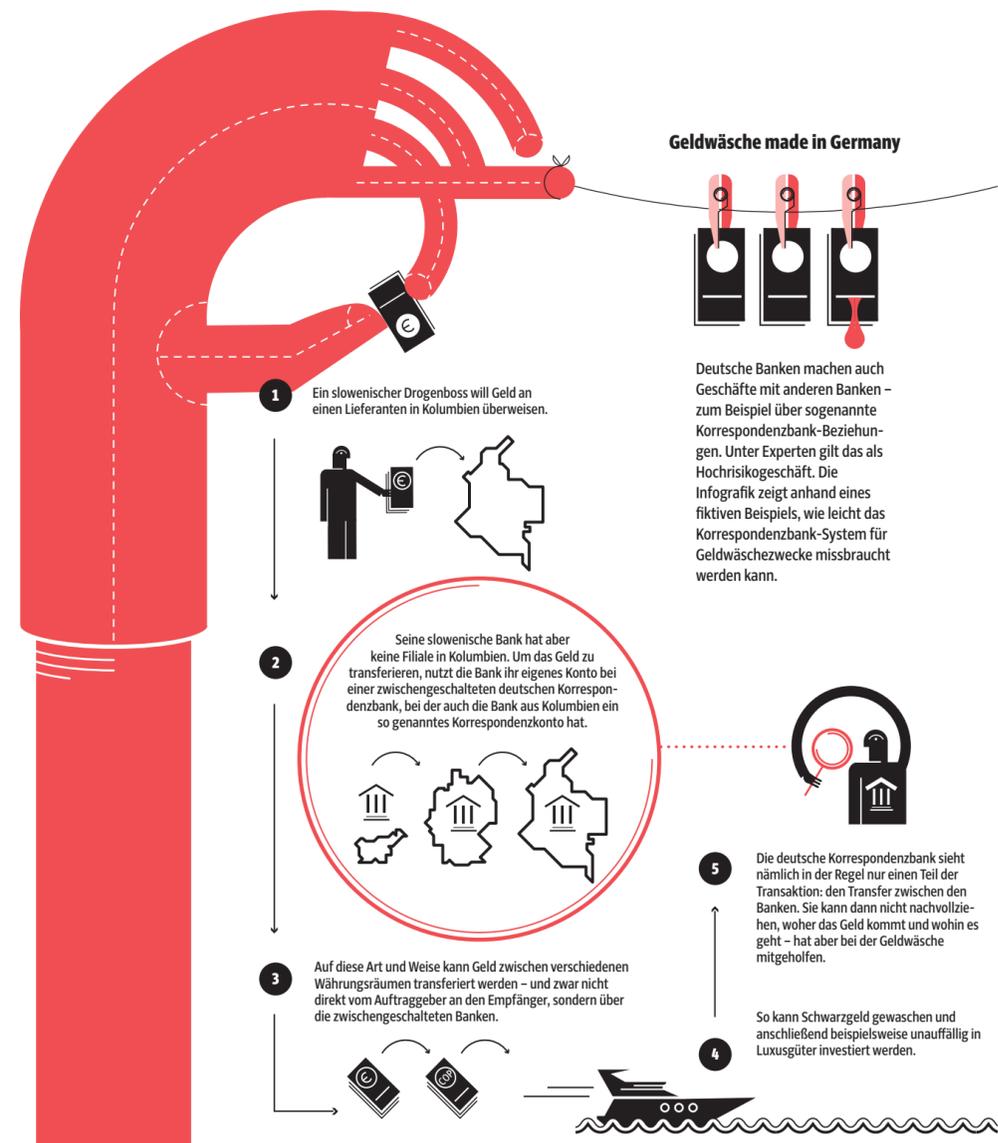
in Millionen €



### Die Hochphase

Die meisten Firmenneugründungen gab es rund um das Jahr 2005. Kein Wunder: Am 1. Juli 2005 trat die Europäische Zinssteuerlinie in Kraft. Wer sein Geld auf ausländischen Konten parkt, muss seitdem Steuern auf Zinserträge zahlen. Die Richtlinie gilt aber nur für Konten natürlicher Personen, nicht für Firmen. Das wirkte als Anreiz für Europäer, ihr Vermögen in Briefkastenfirmen zu stecken, um es weiter vor dem Fiskus zu verstecken.





**Das sagt Mossfon**

Mossack Fonseca erhielt einen umfangreichen Fragenkatalog der Süddeutschen Zeitung und des ICJ. Dabei ging es auch darum, ob die Kanzlei hilft, Steuern zu hinterziehen oder Geschäfte zu verschleiern. Wir dokumentieren hier Teile der Antwort:

„Wir widersprechen aufs Deutlichste allen Einlassungen, die nahelegen, die von uns angebotenen Dienstleistungen dienen zuvorderst dem Zweck der Steuervermeidung und/oder Steuerflucht. Weder berät unser Unternehmen Mandanten darin, wie sie Unter-Gesellschaften strukturieren und solche Strukturen nutzen können; noch bieten wir Lösungen an, die dazu dienen, gesetzwidrige Handlungen wie Steuerflucht zu verschleiern. Unsere Mandanten nehmen unsere Dienstleistungen auf Empfehlung ausgewiesener Fachleute an ihrem Standort-Staat in Anspruch. Auch gilt zu beachten, dass Steuervermeidung und Steuerflucht nicht gleichzusetzen sind. Zum Beispiel kann ein Mandant die von uns angebotenen Strukturen dazu nutzen, um sein Vermögen steuerlich zu optimieren, indem er von geltenden Klauseln gegen Doppelbesteuerung Gebrauch macht, die zu internationalen Abkommen gehören. Dies ist vollkommen legal.“

Wir überprüfen jeden potenziellen Neumandanten mit einem Maß an Sorgfalt, das oft über das gesetzlich Geforderte hinausgeht. Viele unserer neuen Mandate kommen über etablierte und angesehene Rechtsanwaltskanzleien oder Finanzinstitute in aller Welt zu uns. Darunter sind die führenden Korrespondenzbanken, welche ihrerseits an internationale Regularien nach dem „Kenne Deinen Kunden“-Prinzip wie auch an ihr jeweiliges nationales Recht gebunden sind. Sollte ein neuer Mandant/eine juristische Person nicht willens oder in der Lage sein, uns angemessene Nachweise über seine Identität und ggf. die Herkunft seiner Mittel zu erbringen, so werden wir mit ihm/ihr nicht zusammenarbeiten. Unser internes Prüfverfahren verlangt, dass wir die Kenntnisse über unsere Mandanten regelmäßig erneuern und sicherstellen, dass sich hinsichtlich der Person und der von ihr anvertrauten Gesellschaft kein Negativbefund eingestellt hat.

Unsere Treuhändergesellschaft verwaltet oft treuhänderisch Gesellschaftsanteile; dies hat Ähnlichkeiten mit dem soeben Beschriebenen. Ihr Vorwurf, wir würden Gesellschaftern Strukturen anbieten, die dafür geschaffen seien, die Identität der wahren Eigentümer zu verschleiern, ist indes vollkommen haltlos und falsch. Diese Art von Dienstleistung basiert stets auf rechtlich anerkannten Konstruktionen, die zu diesem Zweck von allen Anbietern in der Branche angewendet werden. Obwohl wir durchaus in dem soeben erläuterten rechtlichen Rahmen die Aufgaben eines Gesellschafters für andere übernehmen, schlüpfen wir nicht in die Rolle des wirtschaftlich Berechtigten, um Banken zu täuschen. Banken überprüfen ihre Geschäftspartner derzeit genauso sorgfältig, wie wir es tun. Es ist schwierig, um nicht zu sagen unmöglich, die Identität eines letztlich wirtschaftlich Berechtigten und die Herkunft von Geldmitteln vor einer Bank zu verheimlichen.“

Die vollständige Antwort von Mossfon auf [www.panamapapers.de](http://www.panamapapers.de)

**2300 Offshore-Firmen**

hat allein die britische Bank HSBC im Laufe der Jahrzehnte bei der Kanzlei Mossack Fonseca aus Panama registrieren lassen – mehr als jede andere Bank. Das ergaben Recherchen des International Consortiums of Investigative Journalists. Sehr aktiv waren auch die UBS und Credit Suisse. Die beiden größten Banken der Schweiz haben jeweils mehr als 1100 Briefkastenfirmen bei Mossack Fonseca registrieren lassen, gefolgt von der Société Générale aus Frankreich mit 979 Firmen

bank etwa erzählen demnach den Mossfon-Beratern, dass ihre deutschen Kunden regelmäßig Bargeld in die Luxemburger Filiale bringen – wegen der deutschen Steuerbehörden. Mitarbeiter einer Landesbank erklären bei einem Treffen am 24. August 2010, dass sie zwar „strikte Order“ hätten, keine Briefkastenfirmen mehr anzubieten – wenn ein Kunde aber nachfrage, biete man sie freilich weiter an. Und so machte es die Bank schließlich auch.

Der Umgang mit Briefkastenfirmen war, wie der geleakte Mailverkehr zwischen den Banken und der Kanzlei zeigt, ein Alltagsgeschäft: „Guten Morgen, ich hoffe, Sie hatten ein gutes Wochenende“, schrieb ein deutscher Investmentbanker aus Luxemburg am 9. Oktober 2006 an einen Mossfon-Mitarbeiter. Er bat darum, eine Liste mit Vorschlägen für Namen von Briefkastenfirmen zu bekommen. „Hallo“, antwortete der Mossfon-Berater umgehend: „Sollte Ihr Wochenende so gut gewesen sein wie meins, dann wird’s wohl eine tolle Woche; anbei die Liste“. Nur ein paar Stunden später meldet der Banker Vollzug: „Aus der Liste möchte unser Kunde die folgenden Gesellschaften auswählen: Alexandria Business, Medgar S.A., Ottawa Overseas“. Drei Firmen auf einen Schlag also.

So geht es eben zu im diskreten Offshore-Geschäft: Man kauft aus dem Katalog – wie bei Amazon, man entscheidet binnen wenigen Stunden, diese Briefkastenfirma zu kaufen – oder eben jene, falls ein anderer Käufer schneller zugeschlagen hat. So schreibt der Mitarbeiter einer Landesbank leicht pikiert am 20. Mai 2005 an seine Kontaktfrau bei Mossack Fonseca: „Bitte übersenden Sie uns die Dokumentation für Sandonyx Corporation (als Ersatz für die vergriffene Weram Development S.A.)“. Und wo man schon dabei ist: „Bitte reservieren Sie für uns Arkeley Development Corp und Ikara Enterprises S.A.“

Namen sind wie Schall und Rauch in diesem Geschäft. Wie die Briefkastenfirma heißt – egal. Hauptsache, die Firma sitzt in der richtigen Steueroase und alles wird so diskret wie möglich abgewickelt. So hakt zum Beispiel eine Mitarbeiterin der Deutschen Bank, die in der Steueroase Guernsey im Ärmelkanal arbeitet, am 5. März 2014 bei ihrer Ansprechpartnerin von Mossack Fonseca nach, wie es denn um den Datenschutz in Panama bestellt sei: Dieser sei ja „nicht so hoch wie in anderen Jurisdiktionen“, schreibt sie in der Mail; ein Kunde der Bank zögert deshalb. Die Mossfon-Mitarbeiterin versucht in ihrer Antwort an die Deutsche Bank alle Zweifel auszuräumen – aus heutiger Sicht beinahe kurios: Das Datenzentrum der Kanzlei in Panama sei „state-of-the-art“, für sämtliche Kommunikation nutze man einen „Verschlüsselungsalgorithmus“, und dieser entspreche selbstverständlich „den höchsten Weltklasse-Standards“.

Gerade aber weil solche diskreten Geschäfte auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, treffen sich die deutschen Banker und ihre Verbindungsleute bei Mossack Fonseca auch immer wieder persönlich. Nachlesen kann man dies in den „Contact Reports“ aus den Panama Papers, in denen Mossfon die Gespräche mit den deutschen Bankern teils detailliert zusammenfasst. Mal traf man sich demnach in der Bank, mal dinierte man in diesem oder jenem feinen Restaurant in Panama City oder traf sich zu einem Essen in Barcelona.

Und mal hielt man auch gemeinsam einen Workshop in einer Steueroase ab, so

wie am 5. Oktober 2012 auf der britischen Kanalinsel Guernsey. Los geht’s, so steht es im Protokoll von Mossack Fonseca, um neun Uhr mit Erfrischungen, um 9.30 Uhr dann der erste Seminarblock: Zwei Mitarbeiter von Mossack Fonseca erklären ein neues Gesetz, das auf den Britischen Jungferninseln erlassen wurde: Was ändert sich bei Firmennamen, Direktoren, Aktien? Nach der Kaffeepause erläutert dann ein anderer Mossfon-Mitarbeiter, wie man eine Briefkastenfirma auf den Jungferninseln wieder auflöst, wenn sie nicht mehr gebraucht wird. Anschließend Fragen, Erfrischungen, Erinnerungsfotos. „Insgesamt haben 43 Personen teilgenommen“, notiert der Protokollant von Mossfon.

Aber nicht immer steht bei den Treffen zwischen den Bankern und Mossfon das Dienstliche im Mittelpunkt. Die Mitarbeiterin einer deutschen Bank erzählt zum Beispiel im Sommer 2004, dass sie und ihr Chef beim New-York-Marathon laufen werden und alle deswegen ganz nervös seien – auch diese Information erscheint der Kanzlei wichtig und wird notiert. Ein anderes Mal, ebenfalls im Sommer 2004, erzählt die Bankerin beim Restaurantbesuch in Panama, dass ihr Vertrag verlängert worden sei und sie, wie Mossfon freudig notiert, „weiterhin mit uns arbeiten wird“. Bei der Gelegenheit lässt die Bankerin auch schöne Grüße an Jürgen Mossack ausrichten, den Gründer des Offshore-Dienstleisters.

Man kennt sich also – und man schätzt sich. Deshalb übernimmt die Bank der Marathonläuferin ein paar Wochen später, im September 2004, auch die Kosten für eine Reise eines Mossfon-Mitarbeiters nach Guatemala. Kunden sollten über neuartige Finanzprodukte informiert werden. Die Kunden: Da ist in dem Fall eine vermögende Familie, weshalb im Protokoll hinter den Namen der Zusatz *very confidential* steht: sehr vertraulich. Der Mossfon-Mann spricht über die Wirtschaft in Panama und über private Stiftungen. Die Reaktion der Klienten sei „enthusiastisch“ gewesen, notiert ein Mossfon-Mitarbeiter, sie wollten fünf private Stiftungen mit Sitz in Panama gründen. Und im Übrigen sei er zu hundert Prozent sicher, dass die Bank aus Deutschland auch unabhängig davon weiterhin Stiftungen kaufen werde.

Die Panama Papers zeichnen das Bild einer Branche, die – teils vom Staat betrieben, teils von ihm mit Milliardenbeträgen unterstützt – Kunden hilft, den Staat und die Allgemeinheit zu schädigen; aber auch das Bild eines Teils der Gesellschaft, für den die Redensart „Jedem das Seine, mir das meiste“, nicht nur ein Spruch war.

Panama war dabei lange Zeit ein sicherer Hort für schmutziges Geld. Deutsche Behörden hatten viele Jahre keinen wirklichen Einblick, was da lief. Das änderte sich erst, als vor zwei Jahren ein Whistleblower Ermittlern aus Nordrhein-Westfalen interne Dokumente von Mossack Fonseca für knapp eine Million Euro verkaufte. Der Datensatz ist zwar schon ein paar Jahre alt und umfasst nur einige Hundert Offshore-Firmen – während die Panama Papers mehr als 214 000 Offshore-Firmen betreffen. Aber den Ermittlern reichten die überschaubaren Belege aus, um gegen mehrere deutsche Banken vorzugehen, deren Luxemburger Töchter betroffen waren.

Im Frühjahr 2015 holten sie zum Schlag gegen die Commerzbank aus und durchsuchten den Hauptsitz in Frankfurt sowie Wohnungen mehrerer Bankmitarbeiter und von fast hundert Kunden. Was sie fanden, waren eine Vielzahl von Belegen für Steuerdelikte. Die Commerzbank will dann rigoros aufgeräumt und sich von zweifelhaften Kunden getrennt haben. Andere Banken wiederum haben erst einen Teil ihres internationalen Privatkundengeschäfts abgestoßen und Auslandsfilialen geschlossen, als die EU-Kommission staatliche Finanzspritzen an strenge Auflagen koppelte. Die Commerzbank erklärt heute, man habe die Geschäfte schon 2008 „ohne äußeren regulatorischen Zwang, konsequent umgesteuert“, dies habe auch „die Staatsanwaltschaft positiv bewertet“.

Die weiteren Ermittlungen der deutschen Behörden sind noch nicht abgeschlossen. Inzwischen sind weitere Institute in den Fokus der Fahnder geraten, etwa eine Schweizer Tochter der Deutschen Bank, die im November 2015 bereits 31 Millionen Dollar Bußgeld an die US-Behörden überweisen musste, weil sie spätestens von 2008 an bis ins Jahr 2013 US-Bürgern bei der Umgehung ihrer Steuerpflichten geholfen haben soll. Das Unternehmen war jahrelang auf einer seiner Webseiten für Offshore-Dienste: Mauritius etwa sei „eine steuerneutrale Umgebung“. Noch heute habe die Deutsche Bank Filialen in vielen Steueroasen der Welt – Cayman Islands, Schweiz, Guernsey, Jersey, Luxemburg, Mauritius, Vereinigte Arabische Emirate.

Wie sehr sich etwa die Deutsche Bank den Wünschen der Kunden verpflichtet fühlt, zeigt ein internes Memo eines Moss-

**17,1 Millionen Euro**

Bußgeld zahlte die Commerzbank Ende 2015, nachdem sie bereits vor zwei Jahren mit ihren Geschäften aufgefliegen war, die sie mit Hilfe von Mossack Fonseca arrangiert hatte. Auch zwei weitere deutsche Banken akzeptierten damals einen Bußgeldbescheid: Die Hypovereinsbank zahlte rund zehn Millionen Euro an die Justiz und die HSH Nordbank 22 Millionen Euro. Nun aber tauchen in den neuen Daten noch mehr deutsche Banken auf

fon-Mitarbeiters. Er notiert, die Deutsche Bank habe „wie viele andere deutsche Banken“ ein Problem damit, Mossfon wie eigentlich vorgeschrieben „die Namen der wahren Eigentümer der Offshore-Firmen zu nennen“. Offenbar, um ihre Kunden so sicher wie möglich vor einer eventuellen Enttarnung zu schützen.

Diese Haltung behält die Deutsche Bank bis in die jüngste Zeit: 2014 fragte ein Mossfon-Mitarbeiter im Rahmen eines routinemäßigen Sorgfaltsschecks die Deutsche Bank auf Guernsey nach dem wahren Eigentümer einer noch aktiven Offshore-Firma. Die Deutsche-Bank-Mitarbeiterin ver-

weigert die Kooperation, der Kundennamen sei tabu. Die Deutsche Bank bekam zuvor von Mossack Fonseca sogar Dokumente zugestellt, die von den Scheindirektoren blanko unterschrieben wurden. So konnte die Deutsche Bank die Anonymität ihrer Kunden wahren und deren Namen selbst in die Vollmachten eintragen.

Bestellt werden die Briefkastenfirmen dabei auch mal en gros, ein einzelner Mitarbeiter der Deutschen Bank, so ist in einer Mossfon-Notiz vom 1. Juni 2010 zu lesen, die in den Panama Papers enthalten ist, habe zum Beispiel rund zehn Briefkastenfirmen pro Monat geordert. Ein Jahr zuvor trifft eine Mossfon-Mitarbeiterin drei Banker, die für die Deutsche Bank in der Steueroase Guernsey arbeiten, und notiert danach: „Sie haben bestätigt, dass sie glücklich mit den Dienstleistungen von Mos-

sack Fonseca sind.“ Ein anderes Treffen mit Vertretern der Deutschen Bank fasst ein Mossfon-Mitarbeiter wenige Monate später mit den Worten zusammen: „Das war ein sehr relaxtes, freundliches und positive Meeting, es besteht die Aussicht, dass dieser Kunde unsere Dienste in der Zukunft noch sehr viel mehr nutzen wird.“

Auf Fragen zu Mossfon oder Offshore-Kunden der Bank erklärte das größte deutsche Geldhaus: „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir grundsätzlich keine Auskunft zu möglichen oder tatsächlichen Kundenbeziehungen geben.“

Neben der Vermittlung von Offshore-Firmen verdienen oder verdienten deutsche Banken auch damit Geld, für Briefkastenfirmen Konten zu führen (siehe Grafik unten). Die HSH Nordbank etwa betreut zeitweise Konten von mindestens 23 Offshore-Gesellschaften. Spitzenreiter ist die Berenberg-Bank mit Hauptsitz in Hamburg. Das Geldhaus an der Binnenalster ist eine feine Adresse; es ist das älteste Institut Deutschlands und die zweitälteste Bank der Welt. Von „Tradition“ und „Werteerbst“ ist häufig die Rede, wenn über die 1590 gegründete Bank geschrieben wird.

Zeitweise hatten ungefähr sechzig Offshore-Firmen ihre Konten bei der Schweizer Tochtergesellschaft von Berenberg. Unangenehm für die Bank war im Frühjahr 2015 die spektakuläre Festnahme eines Austro-Venezolaners, dem US-Ermittler vorwarfen, rund 100 Millionen Dollar für kolumbianische Drogenkartelle gewaschen zu haben. Er hatte ein Berenberg-Konto, das auch in der Anklageschrift aufgeführt wurde: „Alle darauf gehaltenen Gelder“, so heißt es, seien betroffen. Die Anlage gegen den Mann wurde im Januar fallen gelassen. Das Geld auf dem Konto wurde jedoch von den US-Behörden eingefroren. Auf Anfrage erklärte die Berenberg Bank, zu Kunden äußere man sich nicht.

Internen E-Mails von Mossack Fonseca zufolge hat die Berenberg Bank Ende vergangenen Jahres ihre Geschäftsbeziehungen zu der panamaischen Kanzlei beendet.

Auf Anfrage zu den Geschäften erklärt die Bank in einer stillvollen Antwort, es sei zwar weiterhin gängige und legale Praxis, dass die Bank Konten für Offshore-Firmen führe. Aber auch die Berenberg Bank (Schweiz), die in den Mossfon-Unterlagen so gelobt wird, verwalte keine Firmen: „Es war nie Teil des Geschäfts der Berenberg Bank (Schweiz) AG, Offshore-Firmen zu gründen und zu vermarkten“. Berenberg mache nur Geschäfte mit Kunden, „die nach den rechtlichen Erfordernissen identifiziert sind“. Das betreffe „insbesondere die wirtschaftlich Berechtigten, die Feststellung der eingebrachten Vermögenswerte und die Plausibilität deren Ursprungs“.

In den Panama Papers finden sich zahlreiche Beispiele, bei denen fraglich ist, ob die beteiligten Banken wirklich wissen, mit wem sie gerade Geschäfte machen. Oder wie ist zu verstehen, dass Kriminelle es offenbar nicht sehr schwer haben, ihr Geld über sogenannte Korrespondenzbanken zu waschen, ohne dass dies in der Regel auffliegt? (siehe Grafik links, oberer Teil)

Und wie ist es zu verstehen, dass die Deutsche Bank Genf, ausweislich der Panama Papers, noch im Jahr 2012 Darlehenskonten für die Firmen Nescoll Ltd. und Nielsen Ltd. führte: zwei Offshore-Gesellschaften, die der Tochter des pakistanischen Premiers Nawaz Sharif gehören und die den Unterlagen zufolge sogar Mossack Fonseca nervös machen? Der Premier steht laut Weltbank bereits seit 2007 unter dem Verdacht, Gelder zu veruntreuen, und just in diesem Zusammenhang nennt die Weltbank auch die beiden Briefkastenfirmen, die Konten bei der Deutschen Bank Genf unterhielten. Die Deutsche Bank mochte auf Nachfrage keine Angaben zu Kundenbeziehungen machen.

Der neue Vorstandschef der Bank, John Cryan, hat im November vergangenen Jahres von seinen Mitarbeitern gefordert, für die „Überwachung unserer Geschäftsaktivitäten“ müssten „die höchsten Standards gelten“. In „bestimmten Regionen mit höherem Risiko werden wir das Onboarding von neuen Kunden und die Einführung neuer Produkte für bereits bestehende Kundenbeziehungen aussetzen“. Auch bei der „Portführung bestehender Kundenbeziehungen“ müsse das Haus „über ein tiefes Verständnis sowohl der Identität des Kunden als auch dessen Ziele verfügen“.

Nimmt man das als Maßstab, dann müsste die Deutsche Bank nun eigentlich sehr viel mehr ändern als bloß den Leitspruch auf einer ihrer Webseiten umzumulieren. Der hieß lange Zeit: „Seit über 30 Jahren Offshore-Finanzdiensten verpflichtet“. Die Bank, konfrontiert mit den Erkenntnissen aus den Panama Papers, versichert jedenfalls: Man werde das tun – und sei längst dabei.

Mitarbeit: Petra Blum, Hans Leyendecker

**Konten für Briefkastenfirmen**

Neben der Vermittlung von Offshore-Firmen verdienen deutsche Banken auch damit Geld, die Konten von anonymen Briefkastenfirmen zu führen. In den Panama Papers finden sich immer wieder Beispiele, in denen deutsche Banken scheinbar ihre Sorgfaltspflichten vernachlässigt haben.



Fast eine halbe Milliarde Dollar, und das in Gold: was für ein Vermögenstransfer. Ausweislich der Panama Papers soll im November 2013 diese Summe auf dem Konto eines ehemaligen Siemens-Managers auf den Bahamas eingegangen sein. 375 077,83 Feinunzen Gold. Das entsprach damals etwa 480 Millionen US-Dollar.

Das Konto auf den Bahamas, geführt von der französischen Bank Société Générale, gehörte einem nahezu unbekanntem Deutschen. Sein Name: Hans-Joachim Kohlsdorf, 57. Er war für Siemens mehrere Jahrzehnte lang in wichtigen Funktionen vor allem in Lateinamerika tätig.

Die 480 Millionen Dollar sind eines der größten Rätsel in den Panama Papers: Wie käme, wenn der Betrag stimmt, jemand wie Kohlsdorf an so viel Geld? Was hat es mit dem angeblichen Gold-Transfer auf sich? Und was hat er möglicherweise mit der Affäre um die schwarzen Kassen bei Siemens zu tun? Mit dem größten Schmiergeldskandal also, den die deutsche Wirtschaft je erlebt hat; einem Skandal, der etliche Manager den Job kostete, auch im Vorstand und Aufsichtsrat. Die Staatsanwaltschaft war jahrelang beschäftigt. Über Jahrzehnte hinweg hatten Hunderte Siemens-Manager ein weltweites Netz aus geheimen Konten und Firmen betrieben, über das Beamte, Politiker oder Geschäftspartner bestochen und mehrere Milliarden Euro Schmiergeld gezahlt wurden.

Auch gegen Kohlsdorf, den Mann mit dem Bahamas-Konto, wurde ermittelt, er hat in Vernehmungen bei der Münchner Staatsanwaltschaft eingeräumt, schwarze Kassen geführt zu haben – und zwar für mehrere Siemens-Landesgesellschaften in Lateinamerika. Allerdings kam er glimpflich davon. Weil man ihm nicht nachweisen konnte, dass er selber Personen bestochen hatte, und er zudem bei der Aufklärung half, stellte die Staatsanwaltschaft München das Verfahren gegen ihn im Jahr 2012 wegen geringfügigkeit ein. Kohlsdorf musste lediglich eine Geldauflage von 40 000 Euro zahlen. Die Strafverfolger äußerten sich damals sehr wohlwollend über ihn. Kohlsdorf habe „ausschließlich in falsch verstandenem Unternehmensinteresse“ gehandelt und zudem die „vollständige Rückführung“ der noch vorhandenen Schwarzgeld-Millionen ermöglicht.

Ein Persilschein, sozusagen. Aber war er berechtigt? Hat Kohlsdorf wirklich das gesamte Geld zurückgeführt?

Die Panama Papers legen den Verdacht nahe, dass dem nicht so ist, Kohlsdorf sieht sehr wohl aus den Schwarzgeldkonten bedient und er nicht das gesamte Geld an Siemens zurückgezahlt haben könnte.

Die geleakten Dokumente der Kanzlei Mossack Fonseca werfen dabei in mancherlei Hinsicht ein neues Licht auf den Siemens-Skandal; sie enthalten Erkenntnisse, die damals auch die Münchner Ermittler nicht hatten. So ist etwa neu, dass Mossack Fonseca ein wichtiger Partner für Siemens war und mehrere Briefkastenfirmen betreute. Denn wer diskret schmiern will, nutzt am besten Offshore-Unternehmen.

Kohlsdorf war lange einer der wichtigsten Manager von Siemens in der Region. Er leitete von 1997 an die Geschäfte in der Andenregion und von 2003 bis 2009 in Mexiko. Insgesamt hatte er, wie er bei der Staatsanwaltschaft aussagte, Zugriff auf mehr als 100 Millionen Dollar Schwarzgeld, das von 2008 an wieder mehrheitlich an Siemens zurückgeführt wurde. Mit einem Teil des Schwarzgelds sind wohl Geschäftspartner und Staatsdiener belohnt worden, die Siemens Aufträge verschaffte hätten.

Bei Mossack galten Kohlsdorf und die anderen Siemens-Manager als besondere Kunden. Das seien „Leute mit sehr viel Geld“, heißt es in einem internen Memo der Kanzlei. Diese seien mit „höchster Vertraulichkeit“ zu behandeln. Die Kanzlei impfte ihren Mitarbeitern ein, keinerlei Dokumente an Kohlsdorf zu schicken. Alles müsse in Panama bleiben.

## Goldener Schein

Die schwarzen Kassen, die Siemens-Mitarbeiter angelegt hatten, existierten länger als bislang gedacht. Offenbar haben einstige Manager sie Jahre später für private Zwecke genutzt

VON FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND JAN STROZYK

Die Dienstleistungen von Mossack Fonseca umfassten alles, was wichtig war, um sich und die Kunden von Siemens zu schützen. So wird der Name von Kohlsdorf in den Unterlagen fast durchweg abgekürzt: „Señor K.“ Sogar anonyme E-Mail-Konten mit Codenamen wie „Azkaban“ werden eingerichtet. Azkaban, so heißt das Zaubererergänis in der Welt von Harry Potter. Manchmal aber waren die Verwalter der Tarnfirmen und ihre Kunden unvorsichtig. Ein anderer Code-Name für ein E-Mail-Konto lautet „Bruni“ – so heißt Kohlsdorfs Mutter.

480 Millionen Dollar in Gold sollen auf dem Konto eines Ex-Siemens-Manns gelandet sein

Doch die Geheimhaltung funktionierte, selbst dann, als im November 2006 das Schmiergeldsystem bei Siemens aufflog und anschließend Fahnder, Anwälte und Wirtschaftsprüfer den Konzern durchleuchteten. Die Ermittler bekamen in der Regel nur den deutschen Teil der Affäre zu sehen: Wie Siemens über die Jahre hinweg mit Scheinrechnungen und fingierten Beraterverträgen viel Geld aus der offiziellen Buchhaltung ausgeschleust hat, um schwarze Kassen für Schmiergeld zu schaffen. In den Münchner Ermittlungsakten sind zahlreiche Briefkastenfirmen von Liechtenstein bis in die Karibik notiert, das schon. Manchmal schafften es die Staatsanwälte sogar, Schmiergeldempfänger in Russland oder Nigeria zu benennen.

Aber Mossack Fonseca blieb den Ermittlern verborgen. Was die Kanzlei für Siemens getan hat, wissen sie nicht. Die Münchner Staatsanwaltschaft schickte ein Rechtshilfeersuchen nach Panama. Die wesentlichen Fragen blieben aber unbeantwortet. Die Ermittler betrachteten es als sinnlos, ein weiteres Rechtshilfeersuchen nach Panama zu senden.

So blieben die Verbindungen von Siemens zu Mossack weitere neun Jahre, bis heute, im Dunkeln – auch die Verbindungen von Kohlsdorf. Dieser packte am 10. Ju-

ni 2008 drei Stunden lang bei der Staatsanwaltschaft aus, ohne dass die Ermittler danach die Verbindung zu Mossack gekannt hätten. Noch am selben Tag verschickte Kohlsdorfs Kontaktmann bei Mossack Fonseca, ausweislich der Unterlagen, eine interne Rundmail. Er habe heute eine „schlechte Nachricht“ erhalten. Es könnte sein, dass die Siemens-Millionen zurück nach Deutschland gingen. Das bedeute, „dass wir diese Gelder und den Kunden Gillard verlieren werden.“

Gillard Management war eine Briefkastenfirma mit Konten in Panama, Singapur und der Schweiz. In die Verwaltung der Firma waren, wie Mailwechsel und die geleakten Dokumente zeigen, Kohlsdorf und weitere Siemens-Leuten involviert. Das Seltsame dabei: Gillard wurde erst 2007 gegründet, also viele Monate nach Beginn der Siemens-Affäre im November 2006. Über die Konten von Gillard flossen in der Folge viele Millionen Dollar, wobei sich die Gründe dafür im Detail nicht nachvollziehen lassen. Eine Anfrage der SZ dazu beantwortete Mossack Fonseca nicht. Kohlsdorf wiederum bestreitet, eine Firma namens Gillard Management zu kennen. In internen Mails benennen Mossack-Mitarbeiter ihn aber als Initiator der Firmengründung.

Das ist nicht das einzige Mysterium. Das größere Rätsel sind die rund 480 Millionen Dollar in Gold, die laut Panama Papers im Herbst 2013 auf dem Konto von Kohlsdorf bei der Société Générale auf den Bahamas gelandet sein sollen. So steht es in einer Kontenübersicht, in der Mossack Fonseca die Bankgeschäfte festgehalten hat, welche die Kanzlei für ihre Kunden erledigte. In der Übersicht tauchen Tausende Geldtransfers auf, mal in Dollar, mal in Euro, mal in Gold. Fein säuberlich haben die Mossack-Mitarbeiter aufgeführt, an wen das Geld ging. Manchmal waren es nur ein paar Tausend Dollar, die den Besitzer wechselten. Manchmal flossen auch ein paar Millionen Dollar von einem Offshore-Konto auf ein anderes – oder gar ein zweistelliger Millionenbetrag. Ein Betrag von 480 Millionen Euro wäre eher ungewöhnlich.

Vergleicht man Zahlungen aus der Übersicht mit Dokumenten aus den Panama Papers und anderen Quellen, dann spricht viel dafür, dass diese Zahlungen offenbar stattgefunden haben. Das betrifft auch Zahlungen, bei denen Kohlsdorfs Name auftaucht und die über das Konto bei der Société Générale auf den Bahamas gingen; Kohlsdorf hat der SZ bestätigt, dass das Konto ihm gehörte.

Und die 480 Millionen Dollar in Gold? Flossen die auch? Und gehörten die ihm?

Kohlsdorf bestreitet, dass auf seinem Konto je derart hohe Beträge eingegangen seien. Die Société Générale richtet aus, sie könne nicht bestätigen, dass sie eine Zahlung in dieser Größenordnung in ihren Büchern registriert habe.

Ein absurder Zufall will es, dass just an jenem Tag, an dem auf Kohlsdorfs Konto das Gold gelandet sein soll, an der Londoner Börse der Goldhandel für eine Zeit angehalten wurde. Der Preis für Gold war in zehn Sekunden um zehn US-Dollar gefallen – ein Anzeichen für Marktmanipulation. Eine Marktbewegung von einer halben Milliarde kann schon Entwicklungen auslösen. Ob ein Zusammenhang besteht, ist unklar, die Londoner Börse gibt keine Details bekannt. Auch die deutsche Finanzaufsicht Bafin, die damals unter anderem Ermittlungen gegen Société Générale eingeleitet hatte, schweigt.

Ob es die 480 Millionen Dollar in Gold tatsächlich gegeben hat? Dazu lässt sich außerhalb der Panama Papers bislang nichts finden. Und falls doch? Hat Kohlsdorf sich irgendwo ein paar Hundert Millionen geliehen, um zu spekulieren? Hat er versucht, die Summe auf sein Konto zu transferieren, aber Société Générale hat das am Ende abgelehnt und deshalb „nicht registriert“, wie die Bank betont? Denkbar ist vieles.

Sicher ist aber: Das Konto auf den Bahamas taucht auch an anderer Stelle in den Panama Papers auf. Man findet beispielsweise eine Überweisung von der Briefkastenfirma Gillard, jener Firma, die Kohlsdorf angeblich nicht kennt, auf sein Konto.

Kohlsdorf übergab der Staatsanwaltschaft sogar Unterlagen über ein Konto von Gillard bei einer Bank in Panama, in denen er als Berechtigter genannt wird. Der Name der Firma ist in den Papieren aber nicht genannt. Laut Unterlagen, die Kohlsdorf den Ermittlern überließ, hatte das Konto am 30. Juni 2008 einen Wert von 4 189 696,17 US-Dollar; an anderer Stelle sprach Kohlsdorf in der Vernehmung von sechs Millionen.

In jedem Fall handelt es sich um Geld, das Siemens gehört. Doch tatsächlich erhielt der Konzern von jenem Konto nur 4,1 Millionen US-Dollar zurück. In den Panama Papers findet sich aber ein Kontoauszug von eben jenem 30. Juni 2008 – und demnach waren auf dem Konto in der Tat zwei Millionen Dollar mehr deponiert als in den Akten der Staatsanwaltschaft vermerkt: nämlich 6 141 461,79 US-Dollar.

Diese zwei Millionen Dollar verblieben auf dem Konto, als die Rückzahlung an Siemens fortschritt – und auch danach. Kohlsdorf ließ davon ausweislich der Unterlagen von Mossack Fonseca Anleihen kaufen und tätigt andere Investments. Später deponierte er das Geld offenbar auf einem neuen Konto der Gillard Management bei einer Bank in Andorra, der Andbank.

Es wird noch kurioser: Im Sommer 2012, als das Ermittlungsverfahren gegen Kohlsdorf eingestellt wurde, wanderten von Andorra zwei Millionen Dollar auf ein Konto der UBS in Zürich, das laut Überweisungsbeleg einem Mitarbeiter der Bank gehörte. Zu der Zeit arbeitete Kohlsdorf seit drei Jahren nicht mehr für Siemens.

Beinahe wäre die Überweisung nach Zürich gescheitert, denn Angestellte der Compliance-Abteilung von Mossack googelten den Namen des Bankers und fanden anonyme Hinweise, dass er in Geldwäsche verwickelt gewesen sei; vor allem aber vermissten sie eine Kopie seines Passes. Aber der Betreuer von Kohlsdorf bei Mossack, ein Deutscher, wischte alle Bedenken vom Tisch. Warum aber bekam der UBS-Banker das Geld? Auf Anfrage erklärt er, er könne dazu nichts sagen; nur so viel: Er habe nie privat von Siemensgeldern profitiert. Auch die UBS will sich nicht äußern. Eine Quelle aus dem Innersten der UBS, die mit allen Einzelheiten vertraut ist – dem Datum, dem Betrag und auch der Gillard Management – nennt als Inhaber des fragli-

## 1,2 Milliarden

Für die im vergangenen Jahrzehnt aufgeblöhenen weltweiten Schmiergeldelike hat Siemens eine der höchsten Strafen kassiert, die je für Korruptionsdelikte verhängt wurden.

In Deutschland und den USA wurde der Konzern mit jeweils 600 Millionen Euro Bußgeld belangt, insgesamt 1,2 Milliarden Euro. Die Behörden hatten mehrere Tausend illegale Zahlungen allein von 2000 bis 2006 aufgedeckt, die in der Regel über Briefkastenfirmen abgewickelt worden waren. Ermittelt wurde gegen mehrere Hundert Mitarbeiter und Manager von Siemens die meist glimpflich davorkamen. Kaum jemand saß im Gefängnis

Hans-Joachim Kohlsdorf und das viele Geld – von dem in der Münchner Siemens-Zentrale wohl kaum jemand wusste.

chen Nummernkonten aber einen anderen Namen: nicht den Banker, sondern Hans-Joachim Kohlsdorf selbst.

Sollte dies stimmen, hätte der ehemalige Siemens-Manager also – nach der Einstellung des Verfahrens gegen ihn – das restliche Schwarzgeld auf sein Schweizer Konto geschoben. In einer Vernehmung bei der Münchner Staatsanwaltschaft ein paar Jahre zuvor hatte Kohlsdorf noch erklärt, er habe „von den Konten nie privat Gelder entnommen“. Für die Staatsanwaltschaft trug das entscheidend dazu bei, das Verfahren gegen ihn einzustellen. Auf die Frage der SZ, ob ihm das Konto bei der UBS gehört, antwortete Kohlsdorf nicht.

Auch das verbliebene Geld auf dem Konto in Andorra wurde ausweislich der Panama-Papers verteilt. 80 000 Euro erhielt Mossack Fonseca als Provision. 20 000 Dollar ließ Kohlsdorf an einen ehemaligen Siemens-Kollegen überweisen. Bließen 50 000 Dollar. Über die notierte Mossack Fonseca, man habe „der Bank schon angekündigt“, dass der Betrag „zu Gunsten eines ‚Freundes‘ gezahlt“ werde. Dieser „Freund“ war Kohlsdorf selbst. Und so landeten die 50 000 US-Dollar ausweislich der Panama Papers im Frühjahr 2013 genau dort, wo ein halbes Jahr später die 480-Millionen-Dollar-Transaktion eingegangen sein soll: bei der Société Générale auf den Bahamas.

Siemens erklärt zur Gründung der Gillard Management und den Geldflüssen, man wisse nichts dazu. Diese Vorgänge seien „außerhalb der Wissens- und Einfluss-sphäre von Siemens abgewickelt“ worden.

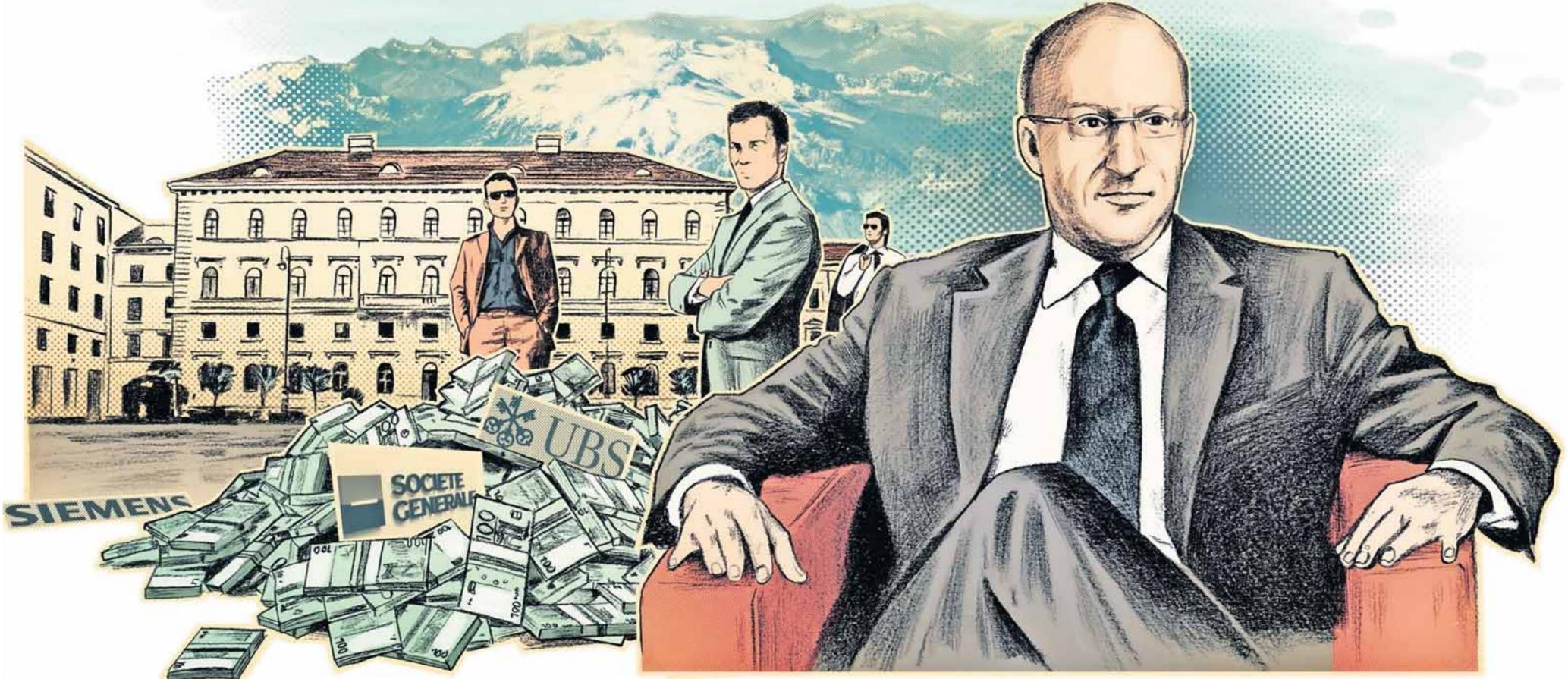
Aber selbst das ist noch nicht das Ende der Geschichte. Ein anderer früherer Siemens-Mann bediente sich offenbar ebenfalls bei einer der von Mossack verwalteten Firmen, der Casa Grande Development, die in den Akten der Münchner Staatsanwaltschaft als Tarnfirma für schwarze Kassen genannt wird. Seinem Mossack-Berater schrieb er, er brauche „dringend Cash“. Seine „alten Kameraden“ hätten ein „Finanzloch“ von mehr als einer halben Million bei ihm hinterlassen. Der Ex-Siemensianer ließ sich von der Firma von 2009 an nach und nach 630 000 Dollar überweisen. Mal wurde das Geld den Unterlagen zufolge als „Grundsteuer“ deklariert, mal als Beraterhonorar. Er kassierte, obwohl er laut den Münchner Ermittlungsakten 2008 erklärt hatte, „die Ansprüche für die noch auf den Bankkonten befindlichen Gelder an die Siemens AG“ abgetreten zu haben. Auf Anfragen reagierte er nicht.

Von den Schwarzgeldkonten in Südamerika hat Siemens den Panama Papers zufolge 32 Millionen Dollar zurückbekommen. Im Konzern ist man bis heute guten Glaubens, das sei alles gewesen. Im Juli 2010 stellte der damalige Siemens-Rechtsvorstand Peter Solmssen eine Bestätigung aus, dass sämtliche von Kohlsdorf verwalteten und von ihm „dargelegten Geldbeträge“ zurückgeführt worden seien. Siemens glaubte wie die Justiz, es mit einem reuigen Sünder zu tun zu haben. Kohlsdorf zahlte auch fristgerecht die 40 000 Euro Geldauflage, darunter 10 000 Euro an den Bayerischen Landesverband für Gefangenfürsorge. Damit, notierte die Staatsanwaltschaft im August 2012, „ist das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung beseitigt“.

Was also hat es mit dem auf sich? Kohlsdorf erklärt es so: Sein E-Mailkonto sei im Anfang 2014 gehackt worden, insofern handele es sich bei allen Dokumenten offenbar um Fälschungen. Gleichzeitig bestätigt er, dem widersprechend, einzelne Überweisungen und die Existenz des Kontos auf den Bahamas. Zu den 480 Millionen Dollar in Gold sagt Kohlsdorf, er habe noch „nie im Leben so eine absurde Situation“ gesehen. Um das Rätsel aufzuklären, werde er Kontoauszüge der Société Générale einholen, sagt er Ende Februar zu.

Auf Nachfragen dazu antwortet Kohlsdorf jedoch seither nicht mehr.

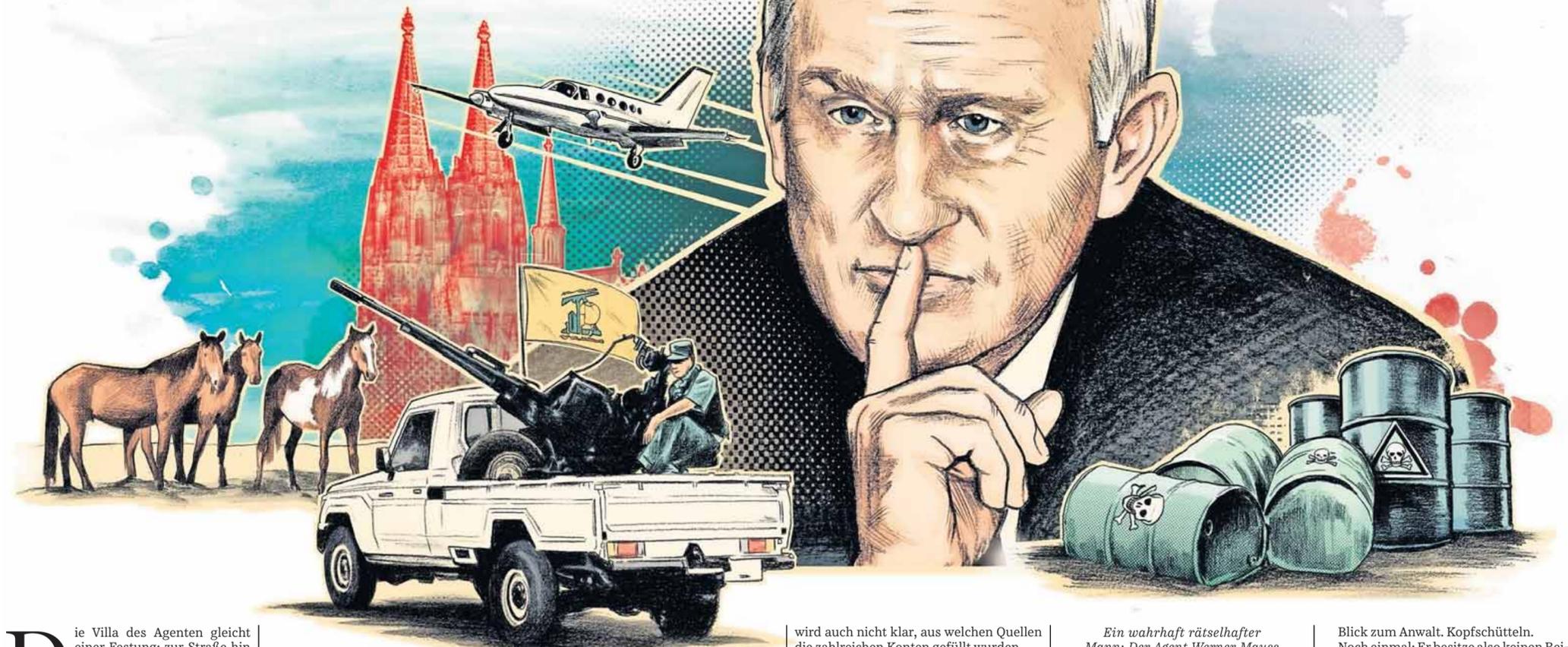
Mitarbeit: Hans Leyendecker, Klaus Ott



# Das Phantom

Um Privatagent Werner Mauss ranken sich ungezählte Geheimnisse und Skandale. Die Panama Papers zeigen jetzt, dass er seit Jahrzehnten bemerkenswert viele Briefkastenfirmen dirigiert – und zwar unter anderem Namen. Aber wofür das Ganze? Dann meldet Mauss sich überraschend selbst. Die Geschichte eines erstaunlichen Treffens mit einem Mann, der sonst nie redet

VON GIANNA NIEWEL, FREDERIK OBERMAIER  
UND BASTIAN OBERMAYER



Die Villa des Agenten gleicht einer Festung: zur Strafe hin schmale Fenster, die Fassade aus grauem Naturstein, davor Pflanzen. Das weitläufige Gelände im rheinland-pfälzischen Altrimmig ist abgeriegelt mit dunkelgrünem Maschendrahtzaun, drei Reihen Stachelndraht, meterhohen Tannen. Wer diese Botschaft nicht versteht, dem helfen grellgelbe Schilder: „Achtung, bissige Hunde. Sicherheit durch Alarmanlage“.

Ein Wanderweg führt am Grundstück entlang, auch hier Zäune, sogar gemauerte Wehrtürme. In der Ferne erkennt man die türkis-grünen Dächer der Reithallen. Irrendwo muss auch ein Tennisplatz sein.

Die Nachbarn des Agenten dachten jahrelang, hier wohne ein Richard Nelson, Vertreter einer amerikanischen Stahlfirma, samt Frau. So hatte sich Werner Mauss Ende der 1960er-Jahre vorgestellt, unter diesem Namen hatte er das Anwesen auch erworben. Im Grundbuch stand zumindest bis Anfang März eine Offshore-Firma namens Nolilane als Eigentümerin. Sie ist eine von mindestens zwölf Briefkasten-Firmen, die Werner Mauss ausweislich der Panama Papers bei dem Dienstleister Mossack Fonseca (Mossfon) führte und zum Teil immer noch führt.

Mossfon steht seit Sonntag im Zentrum der weltweiten Panama-Papers-Veröffentlichung, nachdem der Süddeutschen Zeitung rund 2,6 Terabyte an internen Daten zugespielt worden waren. Allerdings taucht der Name Werner Mauss in all den Daten kein einziges Mal auf. Die Firmen und Bankkonten laufen allesamt auf den Namen Claus Möllner. Dieser Claus Möllner hat einen gültigen deutschen Pass, ausgestellt am 16. Mai 2014 in Rheinland-Pfalz, und er hat eine Frau namens Michaela Möllner, mit ebenfalls noch gültigem deutschen Pass. Aber diesen Claus Möllner gibt es nicht. Möllner ist Mauss.

Und Werner Mauss ist ein Phantom. Er ist eine der mysteriösesten Figuren in der Geschichte der Bundesrepublik. Er war als Privatagent im Einsatz für Staaten, Konzerne und Einzelpersonen, er war in Skandale und Affären verwickelt, er hat mit der kolumbianischen Guerilla und der libanesischen Hisbollah über Geiselfreilassungen verhandelt und den RAF-Terroristen Rolf Pohle in Griechenland aufgespürt. Er hat verschwundene Giftfässer gefunden, den gestohlenen Kölner Domschatz gehoben und die entführte Leiche des Milliardärs Friedrich Karl Flick wiederbeschafft. Er arbeitete für den Bundesnachrichtendienst, den Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt. Dort nannten sie ihn „die Institution M.“.

Um Mauss ranken sich viele Gerüchte. Er sei „ein Dunkelmann im wahrsten Sinne“, schrieb der ehemalige Spiegel-Chefredakteur Stefan Aust. Mauss soll Polizisten bestochen haben, um an Behördenwissen zu kommen, er soll Lösegeld in die Höhe getrieben haben, um selbst zu profitieren, er soll Steuern hinterzogen haben – alles Vorwürfe, die Mauss explizit bestreitet. Nach SZ-Informationen läuft jedoch seit Längerem ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bochum gegen ihn. Es geht um den Verdacht der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe.

Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Und jetzt stößt man in den Panama Papers auf ein heimliches Offshore-Reich, dessen Anonymität Mauss alias Möllner sorgfältig bewahrt: In der ohnehin diskreten Welt der Steueroasen hat Mauss durch seinen Tarnnamen eine zweite Schicht über seine Briefkästen gezogen. Selbst wer herausfindet, wem die zwölf Firmen gehören, landet nur bei einem Claus Möllner.

Die Kontakte zu Mossack Fonseca laufen fast ausschließlich per Fax über einen deutschen Mittelsmann in Luxemburg, Volker B., einen früheren Spitzenmanager der ehemaligen Dresdner Bank. Seine Ansprechpartner bei Mossack Fonseca notieren in einem Memo, das in den Panama Papers liegt, zu B., man möge diesen Fall „wegen der Prominenz des finalen Eigentümers mit höchster Vertraulichkeit“ behandeln.

## In die Firmen hat Mauss zum Beispiel Luxusimmobilien in Panama-City gepackt

Ein deutscher Mitarbeiter von Mossack Fonseca darf den prominenten Kunden dann aber doch persönlich kennenlernen: Kurz vor Weihnachten 2005 gibt es ein Treffen mit B., Mauss und dessen zweiter Ehefrau in Luxemburg. Das Treffen sei gut gelaufen, hält der Mossfon-Mitarbeiter später in einer Notiz fest, er sei gut zurecht gekommen mit dem „sehr vielversprechenden“ Kunden, der „sehr spezielle Behandlung“ verdiene. Allerdings nennt der Mossfon-Mann seinen Kunden in der Notiz verärrischerweise „Werner Möllner“.

Werner, nicht Claus. Werner wie Werner Mauss. Mit Tarnnamen kann man schon mal durcheinanderkommen – vor allem, wenn es so viele sind. Für Werner Mauss findet sich in den Panama-Papers auch noch der Alias „Richard Nelson“; und „Alexander Nelson“ als mutmaßlicher Deckname des Sohns. Insgesamt sind in den vergangenen 50 Jahren Dutzende Tarnnamen öffentlich geworden: Mauss nannte sich „Horst Faber“ und „Dr. Lampe“; schlicht „Jacques“ oder etwas exquisites „Marlowe“, wie er auf Anfrage selbst bestätigt. Als „Otto John“ verfolgte er Autodiebe, als „Herbert Rick“ machte er seinen Flugschein und heiratete seine zweite Frau Letizia.

Die Agentenkarriere des Werner Mauss verlief eher untypisch. Der Sohn eines Kaufmanns hatte sich als Pferdewirt, Reitlehrer und Staubsaugervertreter versucht, bevor er 1961 eine Detektei gründete. Er spionierte untreue Ehemänner aus, arbei-

tete für Versicherungen und machte sich so einen Namen, oder besser: viele Namen. Bald suchten die Geheimdienste seine Hilfe. Mauss übernahm, wo für staatliche Stellen Schluss war. So wurde er in den 60er-Jahren zu einem Privatagenten, wie man ihn fürs Kino nicht klichschehafter hätte erfinden können: Versehen mit falschen Identitäten reiste er im Privatflugzeug um die Welt, um Verbrecher und Terroristen zu jagen. Nach eigener Zählung war Mauss an der Festnahme von mehr als 2000 Gesetzesbrecher beteiligt; so behauptet er es auf seiner Homepage.

Und wenn er heimkam in sein Dorf, erwarteten ihn seine Pferde, sein Jaguar E-Type und ein Zoo im Garten – für die Frankfurter Rundschau ein „bemerkenswert aufwendiger Lebensstil“ aus „ungeklärten Quellen“.

Die Panama-Papers zeigen nun: Mauss hatte offenbar Zugriff auf insgesamt zwölf Briefkastenfirmen, die zwischen 1980 und 2014 in Panama und auf den Niederländischen Antillen gegründet wurden. Die Existenz von zweien hat er gegenüber dem Focus zugegeben, gemeint waren wohl die Transacta Valores und die Nolilane, welcher zumindest Anfang März noch immer Mauss' Villa gehörte. Außerdem lassen sich Mauss alias Möllner noch weitere Firmen aus den Panama Papers zuordnen: Boreal Management, Anysberg International, Bradler International, Corporación de Inversiones Cascabell, Goldborn Overseas, Goodwin Holdings Corp, Nerball Enterprises, Zabo S.A., Baird Resources und Capriccio Management. Vier davon waren Ende 2015 noch aktiv.

Das Konstrukt ist verschachtelt, alle Firmen werden oder wurden von unterschiedlichen Direktoren geleitet, jahrelang über anonyme Inhaberaktien gehalten; andere Anteile gehörten einer Liechtensteiner Stiftung namens Micuwe, die von dort ansässigen Treuhändern verwaltet wird. Eine derartige Menge von Briefkastenfirmen ist nicht billig, allein für das Jahr 2011 wurden Mauss alias Möllner laut den Panama-Dokumenten 23 725 Dollar für den Unterhalt in Rechnung gestellt.

Aber wofür das Ganze? In den Panama-Papers findet man Hinweise darauf, dass einige Firmen Bankkonten halten oder hielten, etwa bei der UBS in Hamburg und auf den Bahamas, bei der Dresdner Bank Lateinamerika und der panamaischen Multi-bank. Auf einem der Konten befanden sich offenbar brasilianische Staatsanleihen im Wert von etwa einer Million Dollar, deren Zinsen nach Hamburg flossen. In weitere Firmen hat Mauss Luxus-Immobilien in Panama-Stadt, Wohnungen in der Mailänder Straße in Frankfurt sowie ein Investmentportfolio gepackt.

Möglicherweise meinte Werner Mauss die Schätze seines geheimen Offshore-Imperiums, als er 2001 dem Stern sagte: „Ich habe eine gute Altersversorgung.“

Es bleiben aber drei Firmen, deren Zweck aus den Mossack-Fonseca-Daten überhaupt nicht ersichtlich wird. Zudem

wird auch nicht klar, aus welchen Quellen die zahlreichen Konten gefüllt wurden.

Wofür braucht Mauss seit 35 Jahren anonyme Firmen?

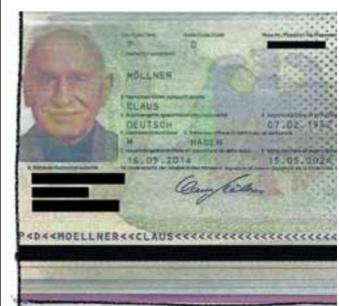
Eine naheliegende Vermutung wäre, dass Mauss diese anonymen Firmen und Konten genutzt hat, um die Provisionen für seine geheimen Geschäfte unauffällig kassieren zu können. Oder vielleicht auch, um Lösegelder zu bewegen. Mauss hat an der Befreiung etlicher Geiseln mitgewirkt. Nun kann man etwa an kolumbianische Rebellen aber nicht von jeder Sparkasse aus siebenstellige Summen überweisen. Eine Panama-Firma mit Konto auf den Bahamas wäre dafür gerade in den 80er- und 90er-Jahren, als die Banken noch erheblich laxere Regeln hatten, wohl ideal gewesen.

Dazu würde passen, dass der Ex-Manager der Dresdner Bank, Volker B. – Mauss' Luxemburger Mittelsmann – in vertraulicher Runde erzählt haben soll, er sei hier und da in geheimer Mission mit Geiselfreikäufen befasst. B. bestreitet dies. Mauss sei nicht sein Kunde, er, B., stehe diesem nur „aus freundschaftlicher Verbundenheit“ in banktechnischen Fragen mit Rat zur Seite.

Mindestens ein Teil des Offshore-Geflechts dient offenbar ohnehin profanen Zwecken. Ein Mossfon-Mitarbeiter hielt in einem internen Memo fest, der Kunde wolle vor allem „Schutz seines Vermögens und Steuervorteile“. Allein die Firma Anysberg International war den Panama Papers zufolge im Jahr 2014 mindestens eine Million Dollar wert.

Als die beiden Offshore-Firmen Nolilane und Transacta Valores 1997 in den Fokus des Spiegel gerieten, sagte Mauss dem Magazin, die „hierauf entfallenden Steuern“ würden „selbstverständlich gezahlt“. Tatsächlich finden sich in den Panama-Papers Steuerunterlagen. Allerdings auch nur für diese beiden Firmen.

Eine interessante Frage in all dem Gewirr von Tarnidentitäten und Tarnfirmen ist auch: Wer zahlt denn eigentlich Steuern? „Jacques“ oder „Dr. Lampe“? Oder „Claus Möllner“? Der Mauss-Biograf Peter Schumacher behauptete 1997 unter Berufung auf eine Zeitung, auf den Namen Werner Mauss gebe es im zuständigen Finanzamt seit 1978 weder Steuerakte noch Steuernummer. Auf eine Anfrage der Grünen erklärte die Bundesregierung 1997, die Gelder, die Mauss vom BND bekommen habe,



In den Panama-Papers: der Pass von Claus Möllner alias Mauss.

Ein wahrhaft rätselhafter Mann: Der Agent Werner Mauss hat ein Stück bundesrepublikanischer Geschichte geschrieben.

sein „an Hand pauschalierter Sätze versteuert“ worden. Also: Pi mal Daumen.

Im Januar 2007 tauchte Mauss im Büro des rheinischen CDU-Innenpolitikers Wolfgang Bosbach auf. Mauss behauptete, von einem Journalisten erpresst worden zu sein, er fühle sich gefährdet und er warnte Bosbach, bei einer anstehenden Steuerprüfung bestünde die Gefahr, dass hochbrisantes Material an die Öffentlichkeit gelange. Können man da nichts machen? Bosbach rief tatsächlich den damaligen nordrhein-westfälischen Finanzminister Helmut Linszen an, der Bosbach an einen Abteilungsleiter verwies. Kurioserweise musste Linszen 2014 als CDU-Bundesschatzmeister zurücktreten, weil bekannt wurde, dass er eine Briefkastenfirma führte, und zwar wie Mauss mit Hilfe von Mossack Fonseca.

## „Ich kämpfe gegen Tod und Teufel“, sagt Mauss in der Kanzlei seines Anwalts

Als die SZ Mauss im März dieses Jahres Dutzende Fragen schickt, geschieht etwas Bemerkenswertes: Der Schattenmann, von dem es bis in die 80er-Jahre nicht einmal ein Foto gab und der Journalisten scheu wie Fledermäuse das Licht, bittet um ein Treffen. In der Kanzlei seines Stuttgarter Anwalts plaudert Mauss über vergangene Zeiten, zeigt Fotos, die ihn und seine Frau mit bewaffneten Guerilleros zeigen, erzählt, wie er Ganovenbanden unterwandert und Halunken reingelegt, den Friedensprozess in Kolumbien vorangebracht und mit der Hisbollah verhandelt habe. „Ich kämpfe gegen Tod und Teufel“, sagt er. Was das konkret heißt, wolle er aber nicht sagen. Aus Sicherheitsgründen.

Dann übergibt er ein 44-seitiges Konvolut. Es sind seine Antworten, beziehungsweise die seines Anwalts auf die Fragen der SZ. Mauss habe niemals Polizisten bestochen, heißt es darin, keine Steuern hinterzogen und seine Firmen gegenüber den Finanzbehörden offengelegt. Zu den Tarnnamen ist in dem Dokument zu lesen, Mauss habe im Rahmen seiner Undercover-Einsätze „von den dazu befugten Behörden eine Vielzahl von Tarnausweisen zur Abwehr von Gefahren und für die Unterwanderung krimineller Vereinigungen erhalten“.

Mündliche Nachfrage: Auch den Reisepass auf den Namen „Claus Möllner“?

Mauss zuckt, blickt zu seinem Anwalt, verneint.

Er besitze also keinen Reisepass auf den Namen „Claus Möllner“?

Blick zum Anwalt. Kopfschütteln.

Noch einmal: Er besitze also keinen Reisepass auf den Namen „Claus Möllner“ und habe auch keinen solchen benutzt? Schließlich befinden sich in den Panama-Papers Kopien solcher Reisepässe, einer davon – zu sehen auf dem Foto unten auf dieser Seite – ist bis heute gültig.

Nach ein paar Minuten Bedenkzeit gibt Mauss vage zu verstehen, die Verantwortung für diesen Pass liege nicht bei deutschen Behörden, diese hätten lediglich „maximal unterstützt“. Was aber meint er damit? Die genauen Hintergründe lässt Mauss auch auf Nachfrage im Dunkeln.

Die Frage, woher Werner Mauss einen aktuellen deutschen Pass auf den Namen Claus Möllner hat, ist politisch brisant. Solche echten Pässe auf falsche Namen sind neben Menschen im Zeugenschutz den Geheimdiensten und V-Leuten vorbehalten. Aber sogar diese müssen die Papiere nach Ende ihrer Tätigkeit in der Regel abgeben.

Die Frage, woher Werner Mauss einen aktuellen deutschen Pass auf den Namen Claus Möllner hat, ist politisch brisant. Solche echten Pässe auf falsche Namen sind neben Menschen im Zeugenschutz den Geheimdiensten und V-Leuten vorbehalten. Aber sogar diese müssen die Papiere nach Ende ihrer Tätigkeit in der Regel abgeben. Anfang 2016 erklärte die Regierung, Mauss habe von Bundesbehörden seit 2000 keine Tarn-Papiere mehr bekommen.

Aber woher hat Werner Mauss die Papiere dann? Wie das rheinland-pfälzische Innenministerium bestätigt, hat eine Gemeindeverwaltung Mauss 2014 den Möllner-Pass ausgestellt, jedoch offenbar nicht auf Veranlassung des Landes – und wenn man der Regierung glaubt, eben auch nicht auf Betreiben des Bundes. Dass ausländische Geheimdienste das Ganze veranlassen haben, halten mit der Sache betraute Beamte für nahezu ausgeschlossen.

Eine Mitarbeiterin der zuständigen Gemeinde erklärte auf Anfrage, Mauss alias Möllner habe den alten Pass mit dem falschen Namen seit 2000 zweimal gegen einen neuen getauscht. Sie habe darin bislang kein Problem gesehen. Schließlich werde in die offiziellen Datenbanken üblicherweise ein Sperrvermerk eingetragen, wenn jemand eine Tarnidentität nicht mehr benötige und keine neuen Papiere mehr ausgestellt werden sollen. Im Fall Möllner fehlte dieser Sperrvermerk aber, wie die Frau am Telefon erzählt.

Aber warum fehlte der Vermerk? Hat da vielleicht jemand aus alter Verbundenheit Mauss geholfen? Ohne offiziellen Auftrag?

Beim Treffen in Stuttgart gehen Mauss die Fragen allmählich auf die Nerven. Er schlägt mit der Faust auf den Tisch, redet sich in Rage, wird laut, weicht aus. Zum Abschied kommt Mauss noch einmal auf seine streng geheimen Aufträge zurück: Die SZ könne ihn doch mal begleiten, irgendwann. Eine ganz große Sache sei das. Man dürfe nur jetzt nicht über ihn, die Tarnpapiere und die Briefkastenfirmen berichten. Sonst sei alles dahin.

# Staatsgeheimnis

## Mächtige Menschen auf der ganzen Welt haben Vermögen in Briefkastenfirmen von Mossack gesteckt

VON KATRIN LANGHANS

Sie verstecken ihr Geld, finanzieren Kriminelle, plündern die eigene Regierungskasse oder verschleiern einen Teil ihres Besitzes. In fast jeder Region der Welt haben Staatsoberhäupter, aus welchen Gründen auch immer, schon einmal Briefkastenfirmen genutzt. Das zeigen die Panama Papers, mehr als elf Millionen Dokumente, die Reporter der Süddeutschen Zeitung und des Internationalen Konsortiums für investigative Journalisten (ICIJ) ausgewertet haben. Das Ergebnis: Zwölf amtierende oder ehemalige Premierminister, Präsidenten und Könige sind offenbar direkt mit Firmen in Steueroasen verbunden, über Verwandte und Mittelsmänner führen Spuren zu etwa 60 Staatsmännern und -frauen, und zu mehr als 100 hochrangigen Politikern.

Ein Teil der politischen Elite, die Verantwortung für ihre Staaten übernommen hat, steckt ihr Vermögen in ein finanzielles Parallelsystem, in dem die oberste Regel Verschwiegenheit ist. Sie schleust ihr Geld auf dem Papier einmal um die halbe Welt – und die Recherche zeigt: Diejenigen, die das tun, betreiben einen enormen Aufwand, um ihre Spuren zu verwischen.

Sie setzen Scheindirektoren ein, die für ein paar Hundert Dollar im Jahr alles unterschreiben, was man ihnen vorlegt. Sie öffnen auf einer Insel eine Briefkastenfirma und ein Konto auf einer anderen. Eine Untersuchung zeigt, dass die Reichen reich und die Armen arm bleiben.

Es ist nicht per se illegal, eine Briefkastenfirma zu besitzen – sofern man die Erträge vor dem Staat, in dem man lebt, nicht geheim hält. Umgekehrt aber fragt man sich: Warum sollte das jemand tun, wenn er nichts zu verbergen hat?

Fünf der zwölf Staatsmänner, deren Namen in den Panama Papers in Verbindung mit Scheinfirmen auftauchen, kommen aus dem Nahen Osten, darunter Saudi-Arabiens König Salman, der ehemalige irakische Premierminister Iyad Allawi und der amtierende jordanische Premierminister Ali Abu al-Ragheb.

Manche der Personen, deren Spuren in den Daten sind, standen schon vor Gericht: Nicaraguas Ex-Präsident Arnoldo Alemán soll Briefkastenfirmen als Vehikel genutzt haben, um viele Millionen Dollar aus der Regierungskasse abzuweilen. Andere, wie der isländische Premierminister Sigmundur Davíð Gunnlaugsson, tauchen direkt in den Panama Papers auf. Gunnlaugsson hielt, das zeigen die geleakten Dokumente, die Hälfte der Anteile einer Briefkastenfirma mit Millionenwerten, als er 2009 ins Parlament gewählt wurde – und legte sie nicht offen. Konfrontiert mit der Recherche, brach er ein laufendes Fernsehinterview schwedischer und isländischer Kollegen ab.

Reden über die Bankenkrise in Island? Gerne. Reden über die eigenen Verbindungen zur Offshore-Welt? Lieber nicht.

Gunnlaugsson erklärte auf Anfrage der SZ, die Anteilsscheine seien zwar auf ihn und seine spätere Frau ausgestellt worden, weil sie schon damals ein gemeinsames Konto gehabt hätten, es sei aber klar gewesen, dass die Firma seiner Frau gehöre.

Oft ist das System aus Firmen und Scheindirektoren so verschachtelt, dass es kaum gelingt, den wahren Eigentümer und das wahre Geschäft zu entlarven. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Es wird immer schwieriger, die Offshore-Welt zu knacken. Die eigentlichen Besitzer schlie-

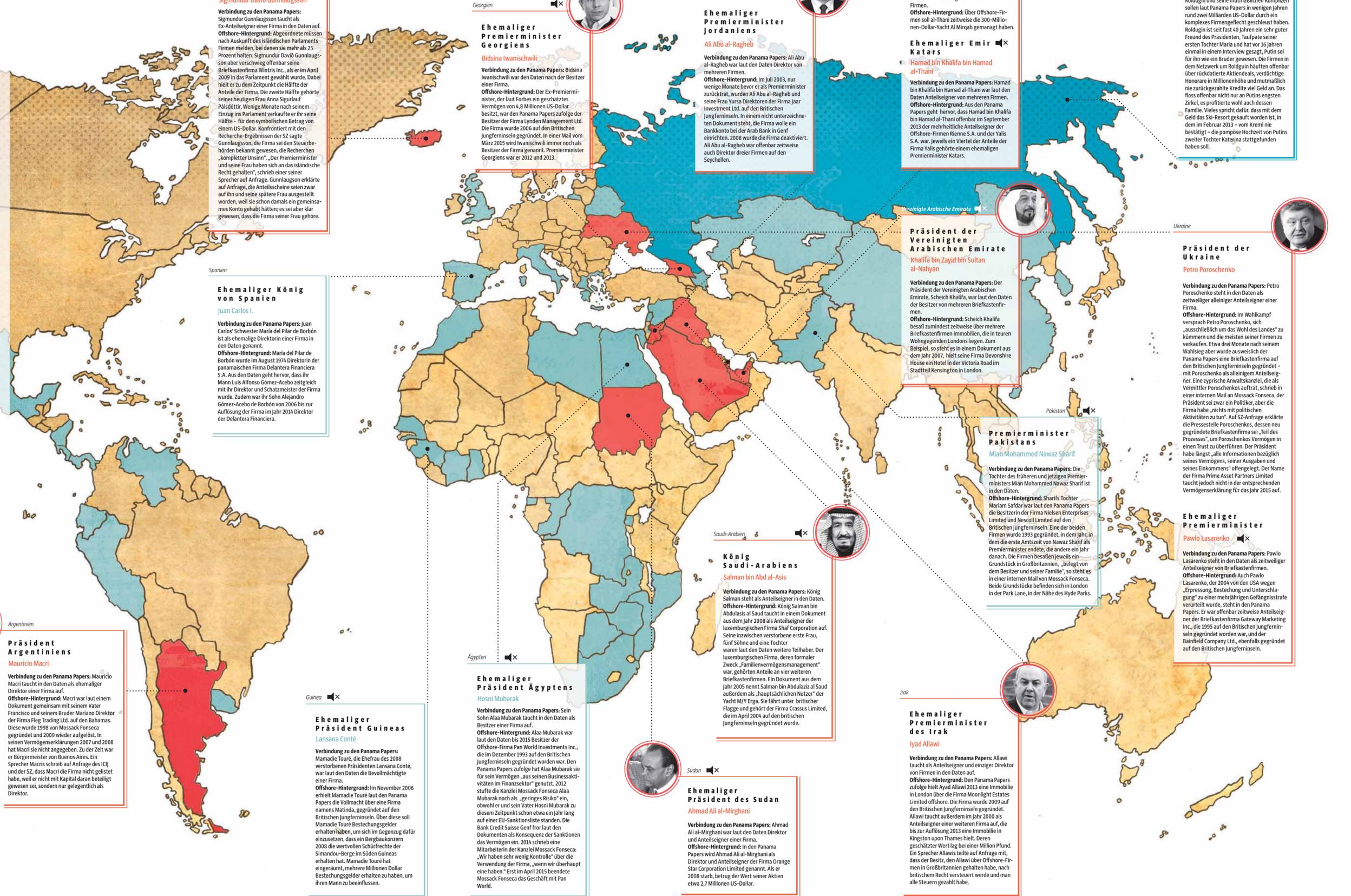
ßen die Verträge oft nicht selbst ab, sondern über enge Vertraute. Oder sie verstecken sich hinter sogenannten Beater Shares. Nur wer diese anonymen Inhaberaktien tatsächlich in der Hand hält, dem gehört die Firma. Der Name des Eigentümers taucht nirgendwo auf. Ein ideales Vehikel auch für Geldwäsche.

Der argentinische Präsident Mauricio Macri, der gerade einmal seit fünf Monaten im Amt ist, wird in den geleakten Unterlagen der Kanzlei Mossack Fonseca (Mossack) als Direktor einer Firma auf den Bahamas genannt, gemeinsam mit seinem Vater und seinem Bruder. Ein Familienbusiness, das offenbar bis 2009 lief. Als Macri 2007 Bürgermeister von Buenos Aires wurde, musste er seine Bankkonten und Firmenanteile offenlegen. Ein Sprecher teilte auf Anfrage mit, Macri habe die Firma nicht gelistet, weil er keine Kapitalbeteiligung an der Firma gehabt habe.

Nur wenige Staatsmänner, die in den Panama Papers auftauchen, haben auf die Anfrage der Süddeutschen Zeitung und des ICIJ reagiert. Neben den zwölf Staats- und Regierungschefs, deren Namen direkt in den Panama Papers auftauchen, lassen sich Verbindungen zu anderen durch die Namen von Familienangehörigen herstellen. Das macht einen entscheidenden Unterschied, weil sie leichter eine Firma bekommen. So genannte politically exposed persons, also politisch exponierte Personen, werden strenger geprüft, weil die Vergangenheit gezeigt hat, dass Macht und Geld schon mal dazu verleiten können, die eine oder andere Million zu verstecken. Banken sind vorsichtiger geworden, wen sie als Kunden vermitteln. Und selbst die Briefkastenverkaufsfirma Mossack Fonseca schließt manchen politisch heiklen Kunden von Geschäften aus.

Auf Anfrage erklärte Mossack Fonseca der SZ, politisch exponierte Personen würden als „stark risikobehaftete Individuen“ eingestuft. Die Firma stelle „erhöhte Anforderungen an die pflichtgemäße Überprüfung“.

Tatsächlich geht aus den Panama Papers hervor, dass Mossack die ehemalige pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto 2001 als Kundin abgelehnt hat. Der Sohn des ehemaligen Diktators Hosni Mubarak hingegen konnte sich viele Jahre als Kunde der Kanzlei halten. Mossack stufte Alaa Mubarak bis 2012 sogar als „geringes Risiko“ ein, obwohl er da bereits ein Jahr lang gemeinsam mit seinem Vater auf einer EU-Sanktionsliste stand. Schon damals gab es den Verdacht, er habe Staatsgeld geplündert. Im Mai 2014 verurteilte ein ägyptisches Gericht Alaa Mubarak und seinen Vater Hosni zu einer Haftstrafe – weil sie öffentliches Geld hinterzogen haben sollen.



**Präsident Argentiniens**  
**Mauricio Macri**

Verbindung zu den Panama Papers: Mauricio Macri taucht in den Daten als ehemaliger Direktor einer Firma auf.  
**Offshore-Hintergrund:** Macri war laut einem Dokument gemeinsam mit seinem Vater Francisco und seinem Bruder Mariano Direktor der Firma Flag Trading Ltd. auf den Bahamas. Diese wurde 1998 von Mossack Fonseca gegründet und 2009 wieder aufgelöst. In seinen Vermögenserklärungen 2007 und 2008 hat Macri sie nicht angegeben. Zu der Zeit war er Bürgermeister von Buenos Aires. Ein Sprecher Macris schrieb auf Anfrage des ICIJ und der SZ, dass Macri die Firma nicht gelistet habe, weil er nicht mit Kapital daran beteiligt gewesen sei, sondern nur gelegentlich als Direktor.

**Premierminister Islands**  
**Sigmundur Davíð Gunnlaugsson**

Verbindung zu den Panama Papers: Sigmundur Gunnlaugsson taucht als Ex-Anteilseigner einer Firma in den Daten auf.  
**Offshore-Hintergrund:** Abgeordnete müssen nach Auskunft des isländischen Parlaments Firmen melden, bei denen sie mehr als 25-Prozent halten. Sigmundur Davíð Gunnlaugsson aber verschwiegen offenbar seine Briefkastenfirma Wintris Inc., als er im April 2009 in das Parlament gewählt wurde. Dabei hielt er zu dem Zeitpunkt die Hälfte der Anteile der Firma. Die zweite Hälfte gehörte seiner heutigen Frau Anna Sigurtaud Pálsdóttir. Wenige Monate nach seinem Einzug ins Parlament verkaufte er ihr seine Hälfte – für den symbolischen Betrag von einem US-Dollar. Konfrontiert mit den Recherche-Ergebnissen der SZ sagte Gunnlaugsson, die Firma sei den Steuerbehörden bekannt gewesen, die Recherchen „kompletter Unsinn“. „Der Premierminister und seine Frau haben sich an das isländische Recht gehalten“, schrieb einer seiner Sprecher auf Anfrage. Gunnlaugsson erklärte auf Anfrage, die Anteilsscheine seien zwar auf ihn und seine spätere Frau ausgestellt worden, weil sie schon damals ein gemeinsames Konto gehabt hätten; es sei aber klar gewesen, dass die Firma seiner Frau gehöre.

**Ehemaliger König von Spanien**  
**Juan Carlos I.**

Verbindung zu den Panama Papers: Juan Carlos' Schwester María del Pilar de Borbón ist als ehemalige Direktorin einer Firma in den Daten genannt.  
**Offshore-Hintergrund:** María del Pilar de Borbón wurde im August 1974 Direktorin der panamaischen Firma Delanteria Financiera S.A. Aus den Daten geht hervor, dass ihr Mann Luis Alfonso Gómez-Acebo zeitgleich mit ihr Direktor und Schatzmeister der Firma wurde. Zudem war ihr Sohn Alejandro Gómez-Acebo de Borbón von 2006 bis zur Auflösung der Firma im Jahr 2014 Direktor der Delanteria Financiera.

**Ehemaliger Präsident Guineas**  
**Lansana Conté**

Verbindung zu den Panama Papers: Mamadi Touré, die Ehefrau des 2008 verstorbenen Präsidenten Lansana Conté, war laut den Daten die Bevollmächtigte einer Firma.  
**Offshore-Hintergrund:** Im November 2006 erhielt Mamadi Touré laut den Panama Papers die Vollmacht über eine Firma namens Matinda, gegründet auf den Britischen Jungferninseln. Über diese soll Mamadi Touré Bestechungsgelder erhalten haben, um sich im Gegenzug dafür einzusetzen, dass ein Bergbaukonzern 2008 die wertvollen Schürfrechte der Simandou-Berge im Süden Guineas erhalten hat. Mamadi Touré hat eingeräumt, mehrere Millionen Dollar Bestechungsgelder erhalten zu haben, um ihren Mann zu beeinflussen.

**Ehemaliger Präsident Ägyptens**  
**Hosni Mubarak**

Verbindung zu den Panama Papers: Sein Sohn Alaa Mubarak taucht in den Daten als Besitzer einer Firma auf.  
**Offshore-Hintergrund:** Alaa Mubarak war laut den Daten bis 2015 Besitzer der Offshore-Firma Pan World Investments Inc., die im Dezember 1993 auf den Britischen Jungferninseln gegründet worden war. Den Panama Papers zufolge hat Alaa Mubarak sie für sein Vermögen „aus seinen Businessaktivitäten im Finanzsektor“ genutzt. 2012 stufte die Kanzlei Mossack Fonseca Alaa Mubarak noch als „geringes Risiko“ ein, obwohl er und sein Vater Hosni Mubarak zu diesem Zeitpunkt schon etwa ein Jahr lang auf einer EU-Sanktionsliste standen. Die Bank Credit Suisse Genf froh laut den Dokumenten als Konsequenz der Sanktionen das Vermögen ein. 2014 schrieb eine Mitarbeiterin der Kanzlei Mossack Fonseca: „Wir haben sehr wenig Kontrolle“ über die Verwendung der Firma, „wenn wir überhaupt eine haben.“ Erst im April 2015 beendete Mossack Fonseca das Geschäft mit Pan World.

**Ehemaliger Präsident des Sudan**  
**Ahmad Ali al-Mirghani**

Verbindung zu den Panama Papers: Ahmad Ali al-Mirghani war laut den Daten Direktor und Anteilseigner einer Firma.  
**Offshore-Hintergrund:** In den Panama Papers wird Ahmad Ali al-Mirghani als Direktor und Anteilseigner der Firma Orange Star Corporation Limited genannt. Als er 2008 starb, betrug der Wert seiner Aktien etwa 2,7 Millionen US-Dollar.

**König Saudi-Arabiens**  
**Salman bin Abd al-Asis**

Verbindung zu den Panama Papers: König Salman steht als Anteilseigner in den Daten.  
**Offshore-Hintergrund:** König Salman bin Abdalasis al Saud taucht in einem Dokument aus dem Jahr 2008 als Anteilseigner der luxemburgischen Firma Shaf Corporation auf. Seine inzwischen verstorbene erste Frau, fünf Söhne und eine Tochter waren laut den Daten weitere Teilhaber. Der luxemburgischen Firma, deren formaler Zweck „Familienvermögensmanagement“ war, gehörten Anteile an vier weiteren Briefkastenfirmen. Ein Dokument aus dem Jahr 2005 nennt Salman bin Abdalasis al Saud außerdem als „hauptsächlichen Nutzer“ der Yacht M.Y Erga. Sie fährt unter britischer Flagge und gehört der Firma Crassus Limited, die im April 2004 auf den britischen Jungferninseln gegründet wurde.

**Ehemaliger Premierminister Katars**  
**Hamad bin Dschassim bin Dschaber al-Thani**

Verbindung zu den Panama Papers: Hamad bin Dschassim bin Dschaber al-Thani war laut den Daten Anteilseigner von mehreren Firmen.  
**Offshore-Hintergrund:** Über Offshore-Firmen soll al-Thani zeitweise die 300-Millionen-Dollar-Yacht Al Mirqab gemanagt haben.

**Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate**  
**Khalifa bin Zayid bin Sultan al-Nahyan**

Verbindung zu den Panama Papers: Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Khalifa, war laut den Daten der Besitzer von mehreren Briefkastenfirmen.  
**Offshore-Hintergrund:** Scheich Khalifa besaß zumindest zeitweise über mehrere Briefkastenfirmen Immobilien, die in teuren Wohngebieten Londons liegen. Zum Beispiel, so steht es in einem Dokument aus dem Jahr 2007, hielt seine Firma Devonshire House ein Hotel in der Victoria Road im Stadtteil Kensington in London.

**Premierminister Pakistans**  
**Miab Mohammed Nawaz Sharif**

Verbindung zu den Panama Papers: Die Tochter des früheren und jetzigen Premierministers Mian Mohammed Nawaz Sharif ist in den Daten.  
**Offshore-Hintergrund:** Sharifs Tochter Mariam Safdar war laut den Panama Papers die Besitzerin der Firma Nielsen Enterprises Limited und Nescoll Limited auf den Britischen Jungferninseln. Eine der beiden Firmen wurde 1993 gegründet, in dem Jahr, in dem die erste Amtszeit von Nawaz Sharif als Premierminister endete, die andere ein Jahr danach. Die Firmen besaßen jeweils ein Grundstück in Großbritannien, „belegt von dem Besitzer und seiner Familie“, so steht es in einer internen Mail von Mossack Fonseca. Beide Grundstücke befinden sich in London in der Park Lane, in der Nähe des Hyde Parks.

**Ehemaliger Premierminister des Irak**  
**Iyad Allawi**

Verbindung zu den Panama Papers: Allawi taucht als Anteilseigner und einziger Direktor von Firmen in den Daten auf.  
**Offshore-Hintergrund:** Den Panama Papers zufolge hielt Ayad Allawi 2013 eine Immobilie in London über die Firma Moonlight Estates Limited offshore. Die Firma wurde 2009 auf den Britischen Jungferninseln gegründet. Allawi taucht außerdem im Jahr 2000 als Anteilseigner einer weiteren Firma auf, die bis zur Auflösung 2013 eine Immobilie in Kingston upon Thames hielt. Deren geschätzter Wert lag bei einer Million Pfund. Ein Sprecher Allawis teilte auf Anfrage mit, dass der Besitz, den Allawi über Offshore-Firmen in Großbritannien gehalten habe, nach britischem Recht versteuert werde und man alle Steuern gezahlt habe.

**Präsident Russlands**  
**Wladimir Putin**

Verbindung zu den Panama Papers: Wladimir Putins enger Freund Sergej Rodigin ist in den Daten.  
**Offshore-Hintergrund:** Der Cellist Sergej Rodigin und seine mutmaßlichen Komplizen rund um Panama Papers in wenigen Jahren rund zwei Milliarden US-Dollar durch ein komplexes Firmengeflecht geschleust haben. Rodigin ist seit fast 40 Jahren ein sehr guter Freund des Präsidenten. Taufpate seiner ersten Tochter Maria und hat vor 16 Jahren einmal in einem Interview gesagt, Putin sei für ihn wie ein Bruder gewesen. Die Firmen in dem Netzwerk um Rodigin häuften offenbar über rückdatierte Aktien Deals, verdächtige Honorare in Millionenhöhe und mutmaßlich nie zurückgezahlte Kredite viel Geld an. Das floss offenbar nicht nur an Putins engsten Familie. Vieles spricht dafür, dass mit dem Geld das Ski-Resort gekauft worden ist, in dem im Februar 2013 – vom Krimi nie bestätigt – die pompsie Hochzeit von Putins zweiter Tochter Katerina stattgefunden haben soll.

**Präsident der Ukraine**  
**Petro Poroschenko**

Verbindung zu den Panama Papers: Petro Poroschenko steht in den Daten als zeitweiliger alleiniger Anteilseigner einer Firma.  
**Offshore-Hintergrund:** Im Wahlkampf versprach Petro Poroschenko, sich „ausschließlich um das Wohl des Landes“ zu kümmern und die meisten seiner Firmen zu verkaufen. Etwa drei Monate nach seinem Wahlsieg aber wurde ausweislich der Panama Papers eine Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln gegründet – mit Poroschenko als alleinigem Anteilseigner. Eine zyprische Anwaltskanzlei, die als Vermittler Poroschenkos auftrat, schrieb in einer internen Mail an Mossack Fonseca, der Präsident sei zwar ein Politiker, aber die Firma habe „nichts mit politischen Aktivitäten zu tun.“ Auf SZ-Anfrage erklärte die Pressestelle Poroschenkos, dessen neu gegründete Briefkastenfirma sei „Teil des Prozesses“, um Poroschenkos Vermögen in einen Trust zu überführen. Der Präsident habe längst „alle Informationen bezüglich seines Vermögens, seiner Ausgaben und seines Einkommens“ offengelegt. Der Name der Firma Prime Asset Partners Limited taucht jedoch nicht in der entsprechenden Vermögenserklärung für das Jahr 2015 auf.

**Ehemaliger Premierminister**  
**Pawlo Lasarenko**

Verbindung zu den Panama Papers: Pawlo Lasarenko steht in den Daten als zeitweiliger Anteilseigner von Briefkastenfirmen.  
**Offshore-Hintergrund:** Auch Pawlo Lasarenko, der 2004 von den USA wegen „Erpressung, Bestechung und Unterschlagung“ zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, steht in den Panama Papers. Er war offenbar zeitweise Anteilseigner der Briefkastenfirma Gateway Marketing Inc., die 1995 auf den Britischen Jungferninseln gegründet worden war, und der Bainfield Company Ltd., ebenjens gegründet auf den Britischen Jungferninseln.

**STAATSFUNKTION**  
Name

- Staatschef, die in direkter Verbindung mit mindestens einer Offshorefirma in den Panama Papers auftauchen
- Staatschef, zu denen Spuren zu Offshorefirmen in den Panama Papers auftauchen
- Staatschef, zu dessen angeblich bestem Freund eine Spur in den Panama Papers führt
- Länder ohne Hinweise
- Person antwortete nicht schriftlich auf eine Anfrage der Süddeutschen Zeitung oder ihrer Partner

**SZ: Seit Sonntagabend steht die panamaische Kanzlei Mossack Fonseca wegen fragwürdiger Geschäftspraktiken im Mittelpunkt weltweiter Enthüllungen. Überrascht Sie das?**

John Christensen: Nein. Anwälte stehen im Zentrum der Offshore-Welt, sie verstecken sich hinter dem Privileg ihres Berufsstands und schützen damit ihre Kunden. Es ist eines der großen Verdienste der Panama Papers, die ich in einer Liga mit Edward Snowden und Wikileaks sehe, dass der Druck auf die Anwälte drastisch zunimmt, kriminelle Vorgänge nicht weiter zu verstecken.

**Also ist eher die Dimension das überraschende? Staatschefs, Mafiabanden, Waffenschlepper, Drogenschmuggler sind oder waren Kunden...**

So ist es. Das ist ein Weckruf an die Welt. Dieses Leak demonstriert, wie korrupt unsere Eliten geworden sind. Und dabei darf man nicht vergessen: Ihre Helfer sind die großen Banken, die Beratungsgesellschaften und so weiter. Das muss ein Ende haben.

**Nun ist Mossack Fonseca ja auch nur einer von unzähligen Offshore-Providern.**

Da draußen ist noch viel mehr. Mossack Fonseca ist schon einer der Big Player, aber es gibt eine ganze Reihe von Großkanzleien, die wahrscheinlich sehr ähnlich arbeiten.

**Die panamaische Kanzlei vergleicht sich selbst gern mit einem Autoverkäufer – und der sei ja auch nicht verantwortlich, wenn sein Kunde den Wagen für ein Verbrechen nutzt. Wie sehen Sie das?**

Das ist Unsinn. Mossack Fonseca schafft eine Umwelt, die Kriminalität erzeugt. Sie helfen, Geschäfte zu verschleiern, indem sie unter anderem Scheindirektoren und Scheinaktionäre stellen. Sie wissen, dass viele ihrer Kunden sich wahrscheinlich ungesetzlich verhalten wollen.

**SZ: Sie sind auf Jersey geboren, einer Steueroase, und haben dort auch in diesem Geschäft gearbeitet. Heute gelten Sie als einer der erbittertesten Steueroasen-Gegner. Wie kam das?**

„Ich erinnere mich an keinen Offshore-Kunden, der etwas tat, das ich legitim nennen würde.“

Ich war eigentlich noch nie ein großer Fan von Steueroasen. In den 70er-Jahren habe ich angefangen, mich tiefgehend mit dem Thema zu beschäftigen. Ich habe damals bei der Hilfsorganisation Oxfam versucht, die Ursachen von Armut zu untersuchen – und wir sind dabei immer auf Offshore-Strukturen gestoßen. Danach wollte ich diese andere Seite sehen. Ich hatte ja den Vorteil, dass ich aus einem Steuerparadies stamme. Mit Anfang 30 ging ich zurück nach Jersey.

**SZ: Sie haben dann bei Deloitte angefangen, einer der vier größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften weltweit.**

Ja, ich wollte das System verstehen. Bei Deloitte konnte ich etwa 110 Kundendateien einsehen. Bei den meisten dieser „Offshore Client Files“ ging es um Steuervermeidung oder Steuerflucht. Bei anderen ging es um Börsenmanipulation, illegale Parteispenden oder Schmiergelder. Ich erinnere mich an keinen einzigen Offshore-Kunden, der etwas tat, das ich legitim nennen würde. Berater wie ich damals verhalten sich wie die drei Affen, die das Böse nicht hören, nicht sehen und nicht aussprechen wollen – damit sie es nicht wissen.

**Nun ist eine Briefkastenfirma aber ja nicht illegal, und legale Steuervermeidung über Offshore-Firmen etwas anderes als illegale Steuerhinterziehung.**

Ja, und Juristen sagen immer wieder, Steuervermeidung sei legal. Aber die Sache ist die: Solange das nicht vor Gericht kommt, gibt es keine Möglichkeit zu sagen, ob der Fall nun legal ist oder nicht. Wer Gegenteiliges sagt, kennt sich entweder nicht aus, oder er verbreitet falsche Informationen. Und was heißt schon: legal? Sklaverei war lange Zeit auch legal. Männer konnten ihre Frau legal auf dem Markt verkaufen. Eltern konnten legal ihre Kinder schlagen. All das war legal – aber war es deshalb auch legitim? Ich sage: nein.

**Es gibt derzeit Dutzende Steueroasen, also Länder, die von Ausländern minimale oder gar keine Steuern verlangen – und meist auch anbieten, den wahren Eigentümer einer Firma zu verschleiern. Wie entstanden diese Steueroasen?**

Für mich sind Steueroasen das Resultat von zwei Entwicklungen. Zunächst sind das die Sozialstaaten, in deren Wesen es liegt, dass Steuern erhoben werden – auch für Firmen. Und da ist das Bretton-Woods-Abkommen von 1944, mit dem die westlichen Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg versucht haben, die Weltwirtschaft neu zu ordnen und den Kapitalismus zu regulieren. Es gab also feste Steuern. Und es gab plötzlich feste Regeln. Wer beides umgehen wollte, dem blieb nur ein Ausweg: Er musste offshore gehen, Übersee.

**Oft sind Steueroasen strukturschwache Inseln, die sonst nichts haben. Offshore bringt wenigstens etwas Geschäft.**

Ich erzähle Ihnen jetzt eine Geschichte: Hier in England gab es Städtchen mit einem Stahlwerk. Das Stahlwerk wurde in den 1980er-Jahren geschlossen, fast alle der Bürger im Ort verloren ihre Arbeit und mussten wegziehen. Die Stadt ist heute Digital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



## „Inseln werden romantisch verklärt“

Warum der Steueroasen-Kritiker John Christensen manches Eiland lieber räumen würde, ehe es ins Offshore-Geschäft einsteigt – und wieso er durch das Panama-Leak eine neue Ära für möglich hält

INTERVIEW: FREDERIK OBERMAIER UND BASTIAN OBERMAYER

nur noch ein Viertel so groß. Das hat damals niemanden geschert, weil es ein kleiner Ort irgendwo in einem großen Land war. Wäre es denn schlimmer gewesen, wenn das Städtchen eine kleine Insel gewesen wäre? Inseln werden von den Leuten romantisch verklärt – selbst wenn das, was dort passiert, dem Rest der Welt schadet. Außerdem haben die Inseln, die heute große Steueroasen sind, damit freiwillig ihre anderen Wirtschaftszweige abgewürgt.

**Also kein Mitleid?**

Nein, so wie ich auch kein Mitleid hätte, wenn die Männer einer dieser Inseln anfangen würden, Kreuzfahrtschiffe zu überfallen. Ganz ehrlich: Manche Inseln sind einfach nicht dafür gedacht, dass auf ihnen Menschen wohnen. Wenn die dann verlassen werden, ist das eben so.

**Außer den klassischen Steuerhinterziehern ist in den Panama Papers im Grunde fast jede Verbrechergattung zu finden, darunter eine Menge Diktatoren.**

Natürlich. Autokraten und Kleptokraten plündern unter dem Schutzmantel anonymen Firmen ihre Länder aus. Von Kriminellen ganz zu schweigen.



John Christensen, 59, aus dem britischen Chesham gilt als einer der führenden Experten für Steueroasen; er arbeitete früher selbst in der Offshore-Branche und kämpft heute als Direktor des „Tax Justice Network“ gegen Steuerungsgerechtigkeit und Steueroasen.

**In etlichen Fällen wusste Mossack Fonseca wohl, dass ihre Endkunden auf Sanktionslisten standen. Dennoch gingen die Geschäfte weiter. Wie erklären Sie das?**

Ich kann mir das nur dadurch erklären, dass sie bisher immer damit davongekommen sind. Sie sind daran gewöhnt. **Die Panama Papers zeigen detailliert und in ungekannter Dichte, was im Kern lange bekannt war. Wieso wurde das Briefkastengeschäft nicht längst beseitigt?** Es besteht natürlich ein Interesse daran, kriminelle Leute auffliegen zu lassen – Leute, die vielleicht sogar Terror finanzieren. Aber obwohl große Teile der Öffentlichkeit für mehr Transparenz sind, gibt es eine extrem starke Finanzlobby, die den Status quo bewahren will. Diese Typen lieben die Undurchsichtigkeit der Steueroasen, denn sie erlaubt es ihnen, Steuern zu vermeiden – und zu hinterziehen.

**Sind nicht gezahlte Steuern oder die Reihe der Verbrechen das drängendere Problem im Offshore-Geschäft?**

Steuerhinterziehung und Ausbeutung von Ländern sind für die meisten Staaten das Schädlichste. Aber jedes Problem geht mit einem anderen einher. Steueroasen schaffen ein Klima, in dem kriminelle Aktivitäten profitabler sind als normales Gewerbe.

**Auch viele Großunternehmen haben Ableger in Steueroasen gegründet. Warum?**

Große multinationale Firmen und Konzerne wie Google, Apple oder Facebook verlegen ihren Sitz nach Irland oder in die Karibik, damit sie ihre Gewinne – beispielsweise in Deutschland – nicht voll versteuern müssen. Ein Skandal.

**Nun könnte man sagen: Das ist der Wettbewerb. Firmen werden da angesiedelt, wo die Steuern am geringsten sind. So what?**

Wettbewerb an sich kann positiv sein, die Firmen entwickeln dadurch neue Ideen, die Preise sinken, vielleicht wird die Qualität der Produkte besser. Wenn Wettbewerb aber dazu führt, dass Firmen Steueroasen nutzen, um dadurch einen minimalen Vorteil zu erlangen, dann verzerrt das den Markt. Ich nenne das nicht mehr „Steuerwettbewerb“. Ich nenne es einen „Steuerkrieg“.

**Und wer sind die Opfer dieses Krieges?**

Wir alle. In den letzten 30 Jahren ist in den meisten Ländern die Steuerlast für den Einzelnen gestiegen. Konzerne rechnen derweil ihre Gewinne klein, indem sie lukrative Unternehmensteile auf dem Papier in Steueroasen verschieben. Dadurch kommen von Unternehmen weniger Steuern, die öffentlichen Kassen leiden darunter. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher.

**Im Kampf gegen die Offshore-Industrie gab es in den vergangenen Jahren eine Menge politischer Absichtserklärungen, Enthüllungen, Druck von Nichtregierungsorganisation wie dem von Ihnen geleiteten Tax Justice Network. Was muss noch passieren, damit sich etwas ändert?**

Die Politiker sind schon unter Druck. Die Finanzkrise in Griechenland etwa hatte ja auch etwas damit zu tun, dass viele Griechen über Jahre keine Steuern gezahlt haben. Wir müssen noch besser untersuchen, wie Korruption funktioniert; auch, um das Vertrauen der Bürger zu gewinnen. Steueroasen betreffen die Menschen nicht nur, weil die Ungleichheit wächst. Irgendwann kommt immer der Punkt, an dem sich die Politik den Interessen dieser Elite unterwirft. Und das darf nicht passieren.

**Wie kann das System noch transparenter werden?**

Zum Beispiel durch eine bessere internationale Zusammenarbeit der Finanzbehörden. Die Steuerverwaltungen müssen erfahren, in welchen Ländern Firmen oder Konzerne Abgaben in welcher Höhe zahlen – oder eben, wie niedrig sie sind. Diese länderspezifische Berichterstattung, Country-by-Country-Reporting nennen wir das, sollte automatisch geschehen. Es gibt bereits Vorschläge der EU-Kommission dazu, allerdings nur für Firmen, die eine bestimmte Summe im Jahr umsetzen – und die ihren Hauptsitz in der Europäischen Union haben. Aber es hat einen weiteren Haken: Wenn Konzerne ihre Gewinne außerhalb der Europäischen Union verschieben – Google zum Beispiel nutzt die Bermudas –, müssen sie diese Gewinne auch nicht melden.

**Das träfe dann die Firmen. Kriminelle und Superreiche, die ihr Geld offshore**

**verstecken, würde das aber nicht tangieren.**

Was das angeht, brauchen wir einen automatisierten Informationsaustausch und öffentlich zugängliche Unternehmensregister, in denen die wahren Eigentümer der Firmen stehen. Die Erfahrung zeigt, dass die reichen Eliten fast immer intransparente Offshore-Firmen, Trusts oder Stiftungen nutzen, um Geld zu verstecken. In den meisten Steueroasen ist es unmöglich, herauszufinden, wer dahintersteckt.

**In den Panama Papers sehen wir, dass Offshore-Anbieter wie Mossack Fonseca auf Steueränderungen schnell reagieren – mit den nächsten Tricks. Wie aussichtslos ist Ihr Kampf?**

„Die Bundesrepublik ist ein großer Player in der Offshore-Welt.“

Nicht ganz so schlimm. Aber ja: Es gibt immer wieder neue Tricks und Techniken, und meistens sind es Anwälte, die sie erfinden. Deswegen führt dieses Leak vielleicht in eine neue Ära, in der auch Anwälte unangenehme Fragen beantworten müssen, wenn sie die Privilegien missbrauchen, die ihr Beruf mit sich bringt.

**Panama ist vor einigen Wochen von der grauen Steueroasen-Liste der OECD gestrichen worden. Ist dort alles gut?**

Absolut nicht. Panama ist eine der schlimmsten Steueroasen der Welt. **Warum hat die OECD sie dann von der Grauen Liste genommen?** Dieses ganze Listen-Ding der OECD ist ein Witz. Um von der schwarzen Liste auf die graue zu kommen, reicht es schon, einen Brief zu schreiben: Darin drückt das Land

die Bereitschaft zu einem Steuerdatenaustausch mit anderen Ländern aus. Um auf die weiße Liste zu kommen, müssen Länder mit zwölf Ländern einen bilateralen Informationsaustausch vereinbaren. In vielen Fällen haben Steueroasen einfach mit anderen Steueroasen solche Vereinbarungen geschlossen.

**Was halten Sie davon, Steueroasen zu sanktionieren?**

Die größten Steueroasen der Welt sind die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, die Schweiz und Deutschland. Wer sollte die maßregeln?

**Deutschland soll eine Steueroase sein? Das müssen Sie erklären.**

Das hatte ich auch lange nicht auf dem Schirm. Aber so um 2009 haben uns einige Anwälte darauf hingewiesen, wie Deutschland seine Geheimhaltungsmöglichkeiten ausbaut. Die Bundesrepublik ist ein großer Player in der Offshore-Welt. Wir sehen in den Statistiken, dass Deutschland eine Menge ausländisches Geld anzieht, ein Teil stammt in meinem Augen aus illegalen Quellen und wird unter dem Schutzmantel der Geheimhaltung gewaschen. Schauen Sie nur mal in den Immobilienbereich. In den vergangenen zehn Jahren war bei Kleptokraten und Kriminellen ein deutlich gesteigertes Interesse an Immobilien zu beobachten. Deutschland hat nicht einmal ein öffentliches Immobilienregister. Das zieht eine gewisse Klientel an: Leute, die Geld aus dubiosen Quellen verstecken wollen.

**Zurück zur Kanzlei Mossack Fonseca: Was bedeutet ein Leak dieser Größe für eine Firma, die doch vor allem von der Geheimhaltung lebt?**

Das ist natürlich ein massiver Schlag, und es ist völlig unklar, ob sie sich davon erholen. Der Deal der Kanzlei war ja immer: Wir halten alles geheim. Diese Reputation ist dahin. Man wird sehen, ob ihre Kunden klagen wollen und was die panamaische Regierung gegen sie unternimmt. Aber Jürgen Mossack und Ramón Fonseca sind extrem eng mit der politischen Elite dort, mich würde das wundern.

Mitarbeit: Gianna Niewel

# Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

1 MG

MÜNCHEN, MITTWOCH, 6. APRIL 2016

72. JAHRGANG / 14. WOCHE / NR. 79 / 2,60 EURO

## Das Streiflicht

(SZ) Zunächst die gute Nachricht: Der Vatikan ist nicht Mitglied der Fifa, und zwar deshalb – und das ist die schlechte Nachricht –, weil er über keinen Fußballplatz verfügt, der internationalen Standards entspricht. Genau genommen besitzt der Vatikan überhaupt keinen Fußballplatz, so dass die Pokal- und Ligaspiele im römischen Außenbezirk Primavalle ausgetragen werden. Immerhin aber kann der Vatikan nicht nur eine Auswahlmannschaft vorweisen, die aus Gründen der Solidarität vorzugsweise gegen andere Zwergstaaten wie Monaco oder San Marino antritt, sondern auch eine eigene Liga. Allerdings gehören jeder Mannschaft nur jeweils vier Feldspieler sowie ein Torwart an, denn der Transfermarkt in einem Staat mit gerade mal 840 Einwohnern ist begrenzt. Einen Vorteil hat die Personalknappheit jedoch: Mangels einer zweiten Liga läuft keines der Teams Gefahr abzustiegen.

Bestückt werden die vatikanischen Kader aus den Verwaltungsabteilungen. Und natürlich auch aus der päpstlichen Leib- und Palastwache, der sogenannten Schweizergarde, die zu diesem Zweck ihre Pluderhosen und Hellebarden ablegt. An der sperrigen Ausrüstung liegt es also nicht, dass das Aufgebot der Schweizergarde das Schlusslicht der Liga bildet. Seit Jahren verteidigt sie die rote Laterne, was gut zu ihrem historischen Nachtwächter-Outfit passt, aber nicht zu ihrem Anspruch. Denn man würde ja meinen, Berufssoldaten müssten über eine größere körperliche Fitness verfügen als etwa die Redakteure des *Osservatore Romano*, immerhin sind sie Elitesoldaten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Als Grund für ihre sportliche Erfolglosigkeit geben die Gardisten Zeitmangel an. Der dichte Terminkalender des Heiligen Jahres sowie fehlende Kontinuität habe zu Trainingsrückständen geführt. Während ihr das Saalpersonal an Laufstärke überlegen ist und die Bibliothekare dank des permanenten Bücherstimmens mehr Muskelmasse aufbauen konnten, wurde die Schweizergarde zum letzten Mal ernsthaft geprüft, als sie im Jahr 1527 bei der Plünderung Roms den Rückzug von Papst Clemens VII. deckte.

Offenbar kann die Truppe physische Defizite auch nicht durch Taktik wettmachen. Die traditionelle Offensivmethode der Gewalthaufen, aus denen sich die Schweizergarde ursprünglich rekrutierte, bestand darin, den Gegner zu überrennen. Die Schweizer bekamen damals den Job, nicht weil Sepp Blatter seine Finger im Spiel hatte, sondern weil sie mit dem Spieß am skrupellosesten waren – es ist übrigens eine Legende, dass man im Vatikan ein glückloses Team als Scheiterhaufen bezeichnet. Abhilfe kann hier wohl nur Papst Franziskus schaffen, zahlendes Clubmitglied beim argentinischen Erstligisten CA San Lorenzo, indem er den Himmel um ein Fußballwunder bittet. Oder zumindest um einen Flankengott.

## HEUTE

**Meinung**  
Ein einheitliches EU-Asylrecht ist wünschenswert. Aber es ist nicht realistisch ..... 4

**Panorama**  
Immer mehr Einbrüche: Zu Besuch bei Hausbesitzern, die für ihren Schutz bezahlen ..... 8

**Wissen**  
Forscher finden bei Ausgrabungen Belege für die exakte Route Hannibals über die Alpen ..... 16

**Wirtschaft**  
Abgasaffäre: Warum die Deutsche Umwelthilfe den Daimler-Konzern verklagt ..... 17

**Sport**  
Die kuriose Geschichte des wohl schmutzigsten Endlaufs in der Olympia-Historie ..... 31

Medien, TV-/ Radioprogramm ..... 27, 28  
Kino - Theater ..... im Lokalteil  
Rätsel & Schach ..... 20  
Traueranzeigen ..... 22-23

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de  
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo  
A, B, F, GR, I, L, NL, SLO, SK, S 3,40; dkr. 26; E 3,20; kn 28,6; SFr. 4,80; czk 96; Ft 920



ILLUSTRATION: PETER M. HOFFMANN

## Briefkastenfirmen helfen bei Assads Krieg

Die Panama Papers zeigen: Handlanger von Syriens Präsident nutzten die Kanzlei Mossack Fonseca, um Sanktionen zu umgehen. Auch Fifa-Chef Infantino war in dubiose Geschäfte verstrickt

VON F. OBERMAIER, B. OBERMAYER UND U. SCHÄFER

München – Das Regime von Syriens Präsident Baschar al-Assad und dessen Handlanger haben offenbar die Dienste der Kanzlei Mossack Fonseca (Mossfon) aus Panama genutzt, um internationale Sanktionen der USA und der Europäischen Union zu umgehen. Das geht aus den Panama Papers hervor, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt wurden.

In den insgesamt 11,5 Millionen Dokumenten der Panama Papers, dem bisher größten Datenleck, werden etliche Offshore-Firmen genannt, die in enger Nähe zum Regime Assads standen und deshalb zum Teil auch mit Sanktionen belegt wurden. Drei dieser Firmen wurden nach Angaben der US-Regierung für den Schmuggel von Benzin genutzt, eine von ihnen war eingebunden in ein kompliziertes Firmengeflecht in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Syrien, der Schweiz und den Niederlanden.

Auch Rami Makhlof, ein Cousin von Assad, nutzte seit mehr als einem Jahrzehnt die Dienste von Mossack Fonseca. Er gilt als „Finanzier des Regimes“ und war ausweislich der geleakten Dokumente seit 1998 Mehrheitsaktionär einer Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln. Daneben war er offenbar Direktor oder Anteilseigner von drei weiteren Offshore-Firmen, die teils vor vielen Jahren gegründet wurden. Drei Brüder von ihm waren Teilhaber von anderen Offshore-Firmen. Makhlof und seine Brüder ließen Anfragen der SZ unbeantwortet. Mossack Fonseca hielt den geleakten Dokumenten zufolge die Geschäftsbeziehungen zu Rami Makhlof auch noch aufrecht, nachdem dieser 2008 von den Vereinigten Staaten mit Sanktionen belegt worden war. Die Compliance-Abteilung der Kanzlei äußerte zwar im

Jahr 2011 Bedenken, aber diese wurde von einem Kanzleipartner in einer Mail offenkundig beiseitegewischt. Auch mit anderen Firmen, deren Eigentümer Assads Regime nahestanden, machte Mossack Fonseca offenbar noch mehrere Jahre nach Ausbruch des Syrien-Kriegs Geschäfte.

Insgesamt finden sich in den Panama Papers laut einer Analyse von *Guardian* und SZ mindestens 22 Personen sowie mindestens 24 Firmen, die auf amerikanischen oder europäischen Sanktionslisten stehen oder standen. Darunter sind offenbar Drogenhändler aus Lateinamerika und aus Osteuropa, ein angeblicher Hisbollah-Finanzier, angebliche Unterstützer des iranischen und nordkoreanischen Atomwaffenprogramms sowie zwei mutmaßliche Vertraute von Simbabwe Staatschef Robert Mugabe. In manchen dieser Fälle endete die Zusammenarbeit mit Mossack Fonseca, bevor die Sanktionen in Kraft traten. In anderen Fällen wiederum dauerte

es laut Panama Papers mehrere Jahre, bis sich Mossfon von Firmen trennte, in denen sanktionierte etwa Anteilseigner waren.

Die Kanzlei aus Panama versicherte, dass sie „niemals wesentlich zugelassen“ habe, dass „unsere Gesellschaften von Individuen genutzt werden, die Beziehungen zu Nordkorea, Simbabwe, Syrien“ oder an-



deren sanktionierten Staaten unterhalten hätten. In solchen Fällen, in denen die Kanzlei doch Kenntnis davon erhalten habe, dass „für gesetzwidrige Zwecke solche Beziehungen unterhalten“ würden, habe Mossack Fonseca sofort die „verfügbaren Maßnahmen“ ergriffen.



## Die schmutzige Spur des Geldes

**Aktenzeichen:** In Köln wird gegen die Gründer von Mossack Fonseca ermittelt – und gegen Banken > Seite 5

**Alles legal?** Argentinien Präsident Macri sieht bei sich keine Anhaltspunkte für Steuervergehen > Seite 5

**Geld und Terror:** UN-Experte Schindler über die Bedeutung von Offshore-Geflechtern für die IS-Miliz > Seite 11

**Mein Haus, meine Yacht:** Mehr als den Fiskus fürchten Reiche die Ehefrau – im Scheidungsfall > Seite 12

Durch die Panama Papers gerät auch der neue Chef des Fußball-Weltverbandes Fifa, Gianni Infantino, in Erklärungsnot. Noch in seiner Zeit als Direktor der Uefa-Rechtsabteilung hat er Verträge mit einer Briefkastenfirma abgeschlossen, deren Eigentümer zwei der heutigen Angeklagten im Fifa-Skandal waren. Die südamerikanischen TV-Rechtehändler Hugo und Mariano Jinkis erwarben dadurch TV-Rechte für die Champions League und verkauften diese mit hohem Gewinn in Lateinamerika weiter. In den vergangenen Monaten hat die SZ dazu mehrere schriftliche Anfragen geschickt. Fifa-Sprecher erklärten, Infantino „persönlich“ habe in seiner Zeit bei der Uefa mit den beiden TV-Rechtehändlern und deren Firma weder „geschäftlich“ noch „wissenschaftlich anderweitig zu tun gehabt“. Auch die Uefa leugnete die Verbindung zunächst. Vor wenigen Tagen räumte der Verband ein: Der fragliche Vertrag trage Infantinos Unterschrift. Infantino selbst erklärte am Dienstagabend in einer Fifa-Pressemitteilung, es gebe „keinerlei Anzeichen für irgendein Fehlverhalten der Uefa oder mir in dieser Angelegenheit.“

Unterdessen ging die Debatte darüber weiter, welche Konsequenzen die Panama Papers für den internationalen Kampf gegen Steuerflucht und Geldwäsche haben werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) forderte ein hartes Vorgehen: „Panama ist der letzte große Verweigerer, der es weiterhin erlaubt, dass Offshore-Fonds vor Steuer- und Strafverfolgungsbehörden versteckt werden“, kritisierte der Generalsekretär Angel Gurría am Dienstag in Berlin. Panama habe sich nicht an Zusagen gehalten, internationale Standards für Steuer-Transparenz einzuhalten. Frankreichs Finanzminister Michel Sapin will Panama darum wieder auf Frankreichs schwarze Liste der schlimmsten Steueroasen setzen.

## Islands Premier vor Rücktritt

Gunnlaugsson strauchelt über die Panama Papers

Reykjavík – Islands Regierungschef Sigmundur Davíð Gunnlaugsson hat wegen der Vorwürfe gegen ihn im Zusammenhang mit den Panama Papers Konsequenzen gezogen und seinen Rücktritt angekündigt. Dies gab der Vizevorsitzende der Fortschrittspartei bekannt, ein Koalitionspartner Gunnlaugssons. Zuvor hatte Gunnlaugsson dem Präsidenten Ólafur Ragnar Grímsson um Erlaubnis gebeten, das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen zu können.

Aus den Daten der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca in Panama, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen und zusammen mit dem internationalen Journalistenkonsortium ICIJ ausgewertet wurden, geht hervor, dass Gunnlaugssons Frau eine Briefkastenfirma betrieb, die Anteile an den 2008 in der globalen Finanzkrise zusammengebrochenen Banken des Landes hielt. Gunnlaugsson sei bis 2009 an der Firma beteiligt gewesen. Am Montagabend hatten etwa 12 000 Menschen vor dem Parlament in der Hauptstadt Reykjavík den Rücktritt des Ministerpräsidenten gefordert und als Zeichen des Protests Bananen und Eier gegen das Gebäude geworfen. Es war die größte Protestkundgebung in der Geschichte des Landes. Island hat nur 330 000 Einwohner. Die Opposition hatte am selben Tag ein Misstrauensvotum angekündigt. Gunnlaugsson hatte dagegen versichert, seine Frau habe stets korrekte Steuern bezahlt. sz > Seite 4 und 5

## Kein Prozess zur Loveparade

Duisburg – Der Prozess zum Loveparade-Unfall ist geplatzt. Wie das Duisburger Landgericht am Dienstag mitteilte, wurde die Anklage gegen zehn Beteiligte nicht zur Hauptverhandlung zugelassen. Das Gericht hält das wesentliche Beweismittel der Anklage, ein Gutachten des Panikforschers Keith Still, für nicht verwertbar. Es leide an zahlreichen Mängeln. Bei dem Unglück am 24. Juli 2010 waren 21 Menschen zu Tode gekommen. sz > Seiten 2 und 4

## FC Bayern besiegt Benfica Lissabon

München – Mit einer nur knappen Führung geht der FC Bayern in der kommenden Woche in das Viertelfinal-Rückspiel der Champions League beim portugiesischen Meister Benfica Lissabon. Die Bayern gewannen das Hinspiel in München am Dienstagabend mit 1:0. Den einzigen Treffer erzielte Mittelfeldspieler Arturo Vidal per Kopf bereits in der zweiten Minute der Partie. sz > Sport



Heute 64 Seiten „Wohlfühlen“

Luft Reisen und gesund bleiben  
Duft Parfums zum Frühlingserwachen  
Licht Ins Freie, auf die Dächer, in die Seele

Dax	Dow	Euro
Xetra Schluss 9563 Punkte - 2,63%	N.Y. Schluss 17604 Punkte - 0,75%	22 Uhr 1,1384 US-\$ - 0,0006

## DAS WETTER

TAGS 19°/3° NACHTS

Im Süden und Südosten zuerst Regenschauer. Danach lockert es auf. Im Norden und Westen sowie im Bergland kann es gelegentlich regnen. Werte zwischen zehn und 19 Grad. > Seite 15 und Lokales

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/plus

## Brüssel will einheitliches Asylverfahren für Europa

Weil das bisherige System gescheitert ist, plant die EU einen neuen, „fairen“ Verteilmechanismus für Flüchtlinge

Brüssel – Als Antwort auf die Flüchtlingskrise will die EU-Kommission die Asylverfahren in Europa vereinheitlichen und die Lasten gerechter verteilen. Es gehe darum, ein „handhabbares und faires System“ zu schaffen, heißt es in einem Papier, das die Kommission an diesem Mittwoch präsentieren will. Als eine Möglichkeit schlägt die Kommission die EU-weite Verteilung aller Asylberechtigten über ein Quotensystem vor. Alternativ könne ein „Fairness-Mechanismus“ eingeführt werden, der nur greift, wenn ein Mitgliedsland besonders belastet wird.

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen die Verfahren so weit wie möglich europäisiert werden. So will sie das in Malta ansässige Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer EU-Asylagentur mit weitreichenden Kompetenzen ausbauen. Als „langfristige Perspektive“

bringt die Kommission in dem Papier, das der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt, sogar die Möglichkeit ins Gespräch, der Agentur mit Filialen in den Mitgliedsstaaten Entscheidungen über Asylanträge zu übertragen. Die Berufungsinstanzen sollte demnach ebenfalls auf EU-Ebene angesiedelt sein. Dies würde einen „einheitlichen und zentralisierten Entscheidungsprozess schaffen“, heißt es in dem Papier. „Mittelfristig“ sei ein so weitreichendes Vorhaben aber schwer umzusetzen, räumt die Kommission selbst ein.

Die Agentur soll aber nach dem Willen der EU-Kommission damit beauftragt werden, die Umsetzung der gemeinsamen Asylpolitik durch die Mitgliedsstaaten zu überprüfen. Sie soll sowohl Hilfe anbieten als auch Strafen verfügen können. Die Agentur wäre überdies dafür zuständig, angesichts der höchst unterschiedlichen Be-

handlung von Asylanträgen für Abhilfe zu sorgen. So könnte sie etwa Empfehlungen, bestimmte Herkunftsländer betreffend, abgeben. Dies soll aber nichts an der individuellen Prüfung jedes Falles ändern. Auch für eine EU-weite Verteilung von Asylberechtigten sei die Agentur die „natürliche Wahl“. In Notfällen soll die Agentur auch tätig werden können, ohne von einem Mitgliedstaat gerufen worden zu sein.

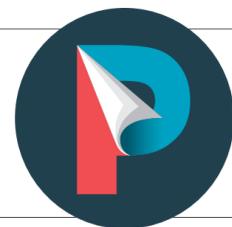
Mit den Vorschlägen zieht die Kommission die Konsequenz aus dem faktischen Zusammenbruch des geltenden „Dublin“-Systems in der Flüchtlingskrise. Es sieht im Kern vor, dass Asylsuchende dort ihren Antrag stellen, wo sie zuerst EU-Boden betreten haben. In der Theorie sollen sie dort dann auch Zuflucht erhalten. „Das Dublin-System ist nicht darauf ausgelegt, die Verantwortung für Asylbewerber nachhaltig EU-weit zu verteilen, ein Mangel,

der in der derzeitigen Krise deutlich geworden ist“, heißt es in dem Papier. Das System habe sich allerdings schon vor der Krise als mangelhaft erwiesen. So habe es große Schwierigkeiten bei der im Verfahren eigentlich vorgesehen Rückführung von Asylsuchenden in die zuständigen EU-Länder gegeben. Verbessern will die EU-Kommission auch das Eurodac-System, über das die Mitgliedsstaaten Fingerabdrücke von Asylbewerbern austauschen.

Die Sozialdemokraten im Europaparlament forderten ambitionierte Reformen. „Das Dublin-System ist tot, seit Tausende Unschuldige im Mittelmeer ertrunken sind oder entlang der Balkanroute zu leiden haben“, sagte Fraktionschef Gianni Pittella. Die CSU-Europaabgeordnete Monika Hohlmeier forderte, „zügig ein geregeltes und anwendbares Verfahren“ zu schaffen. DANIEL BRÖSSLER > Seite 4

# PANAMA PAPERS

Mehr Infos, Videos und Grafiken zum Thema.  
www.panamapapers.de

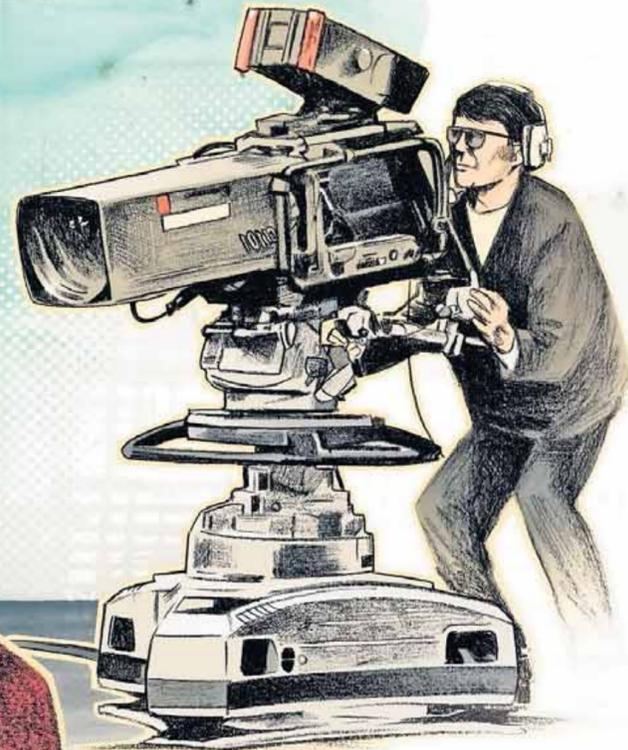


## Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes



Der neue Fifa-Präsident Gianni Infantino hat in seiner Zeit bei der Uefa für den Verband heikle Verträge abgezeichnet.

ILLUSTRATIONEN: PETER M. HOFFMANN



Bei seinem ersten Auftritt als neu gewählter Fifa-Präsident präsentierte sich Gianni Infantino, 46, geschäftig vom Wahlkampf einerseits und kämpferisch andererseits. „Uff“, war sein erstes Wort. Nach 18 Jahren Regentschaft seines Landsmanns Sepp Blatter will der Schweizer als neuer starker Mann dem Fußball-Weltverband, der durch allerlei Skandale in den Ethik-Ratings längst auf Ramschniveau heruntergestuft ist, wieder auf die Beine helfen: „Wir müssen stolz sein auf die Fifa. Jeder muss stolz sein auf die Fifa.“

Infantino, der Erneuerer. Die hoffnungsfrohe Antrittsrede im Züricher Hallenstadion liegt erst gut sechs Wochen zurück, da muss sich die Ethikkommission der Fifa allerdings schon mit dem nächsten Problem befassen – mit einem ihrer Mitglieder. Der uruguayische Rechtsanwalt Juan Pedro Damiani, Gründungsmitglied dieses Gremiums für Sauberkeit und Anstand, ist durch die Veröffentlichung der Panama Papers zum Fall für die eigenen Kollegen geworden. Weil seine Kanzlei Briefkastenfirmen an drei Personen vermittelt hat, die in den USA im Zusammenhang mit dem jüngsten Fifa-Bestechungsskandal angeklagt sind, hat die Ethikkommission Vorermittlungen gegen ihr Mitglied aufgenommen (SZ vom 4. April). Damiani hatte der Fifa erst nach einer Anfrage der SZ die heikle Geschäftsbeziehung offengelegt.

### Aus 111 000 werden 311 000 Dollar: Was für ein Geschäft für den Rechthändler

Diese rasche Reaktion könnte Infantino sogar als Signal einer neuen Ernsthaftigkeit aussenden: Seht her, da wird nicht lange gefackelt, da wird nicht erst gewartet, bis vielleicht eine US-Behörde die nächste Razzia wie am 27. Mai 2015 veranlasst, bei der sieben Fifa-Funktionäre vom Frühstückstisch ihres Tagungshotels weg verhaftet worden waren. Die Fifa räumt auf: Das wäre mal eine Botschaft – wenn der ehemalige Uefa-Generalsekretär Infantino tatsächlich so sauber von einem Amt ins nächste als Fifa-Präsident gewechselt ist, wie er vorgibt. Ist er das? Aus den Panama Papers lässt sich rekonstruieren, dass Infantino in seiner Zeit bei der Uefa Verträge mit einer Briefkastenfirma geschlossen hat – ohne gewusst haben zu wollen, wem sie gehörte. Durch dieses Geschäft entgingen dem europäischen Verband womöglich Hunderttausende Euro. Sowohl Infantino als auch die Uefa leugnen diese Geschäftsbeziehungen zunächst.

Aus der Zeit, als der spätere Uefa-Generalsekretär dort noch Direktor der Rechtsabteilung war, stammen jene Verträge mit DiZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

## Sag niemals nie

Auch die Uefa hat Geschäfte mit Sportrechtshändlern gemacht, die im Fifa-Skandal angeklagt sind. Involviert war der neue Fifa-Chef Gianni Infantino

VON MONICA ALMEIDA, CATHERINE BOSS, MAURITIUS MUCH, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND THOMAS KISTNER

einer Firma namens Cross Trading. Diese gehörte zwei von der US-Justiz im Fifa-Skandal angeklagten argentinischen Sportrechtshändlern, Hugo Jinkis und Mariano Jinkis. Unterschrieben hat für den Verband: Gianni Infantino.

Dabei ging es um ein richtig gutes Geschäft – für Cross Trading. Laut diesem Papier von September 2006 kaufte die Briefkastenfirma mit Sitz auf der winzigen südpazifischen Koralleninsel Niue von der Uefa die Champions-League-Rechte für drei Spielzeiten von 2006 bis 2009 ab, für 111 000 US-Dollar. In einem zweiten Vertrag von März 2007 bekam sie auch die Rechte am Uefa-Cup und am europäischen Super-Cup für dieselben Jahre, Preis: 28 000 Dollar.

Die Rechte von Cross Trading landeten am Ende bei der ecuadorianischen Teleamazonas-Gruppe, die nun das fußballverrückte 15-Millionen-Einwohner-Land mit Bewegtbildern von den Weltstars aus den Übersee-Wettbewerben versorgen konnte. Allerdings hat Teleamazonas 311 700 US-Dollar für die Champions League bezahlt – und 126 200 Dollar für die Rechte an Uefa Cup und Super Cup. Das belegen Verträge aus anderer Quelle, die der SZ vorliegen.

Was für eine famose Marge: Die beiden Angeklagten der Fifa-Ermittlung haben TV-Rechte für fast 440 000 Dollar weiterverkauft, die ihnen die Uefa für knapp 140 000 Dollar verkauft hatte.

Die Unterschrift Infantinos unter den Verträgen steht neben dem Autogramm jenes Mannes, der heute zusammen mit seinem Sohn Mariano als einer der in den USA Angeklagten im Fifa-Skandal geführt wird: Hugo Jinkis. Beide saßen kurz in Untersuchungshaft.

Die SZ konfrontierte die Uefa erstmals am 2. September 2015 – zu dem Zeitpunkt war Infantino dort noch als Generalsekretär zuständig fürs operative Geschäft. Die Frage: „Machte die Uefa oder hat sie in den vergangenen 20 Jahren Geschäfte gemacht mit einem oder mehreren der 14 Angeklagten und oder ihnen verbundenen Firmen?“ Im Anhang folgte die Liste der Fifa-Angeklagten, die als Nummer 13 Hugo Jinkis, als Nummer 14 Mariano Jinkis führt. Diese argentinischen Rechte-Händler spielen übrigens auch im Fall Damiani eine Rolle. Antwort der Uefa am 3. September: „Die Uefa

hat keine Geschäftsbeziehungen mit den von Ihnen genannten Personen.“

Direkte Nachfrage: „Hat die Uefa derzeit/im Augenblick keine Geschäftsbeziehung mit den von uns genannten Personen oder Unternehmen – oder hatte die Uefa zu keiner Zeit Geschäftsbeziehungen mit den von uns genannten Personen oder Unternehmen?“

Uefa, 4. September: „Gemäß den dafür zuständigen Personen bei der Uefa gab es in den vergangenen 15 Jahren keine geschäftlichen Beziehungen mit den von Ihnen genannten Personen bzw. Unternehmen.“

Zu jener Zeit, im Herbst 2015, als die „zuständigen Personen“ diese Antwort formulieren ließen, war Gianni Infantino noch Generalsekretär der Uefa.

Am 2. März 2016, fünf Tage nach der Wahl Infantinos zum Fifa-Präsidenten, gingen ähnliche Fragen an ihn persönlich: „Hatten Sie in der Vergangenheit mit den unten aufgeführten Personen geschäftlich oder andersweitig zu tun?“, angehängt wieder die Namensliste, inklusive Jinkis/Jinkis und Cross Trading. In einer zweiten Mail am selben Tag wurde die Frage auf „Personen und Firmen“ erweitert.

Am 8. März schrieb eine Fifa-Sprecherin: „Gianni Infantino hatte weder persönlich noch die Uefa in seiner Zeit als Generalsekretär mit einer der unten genannten Personen oder Organisationen geschäftlich oder wesentlich anderweitig zu tun.“

Nachfrage am selben Tag, ob Infantino in früheren Positionen, etwa als Direktor der Rechtsabteilung, mit diesen Personen oder Firmen zu tun gehabt habe.

Die Fifa nur 30 Minuten später: „Er hat in keiner seiner Funktionen bei der Uefa persönlich mit einer der genannten Personen oder Organisationen geschäftlich oder wesentlich anderweitig zu tun gehabt.“

Glasklare Dementis in Serie. Keine Protokollsprache, kein Schlupfloch.

Erst auf die direkte, am 23. März per E-Mail abgeschickte Konfrontation mit den Inhalten des Vertrags von 2006 – gezeichnet von Hugo Jinkis für Cross Trade und Gianni Infantino für die Uefa – räumte die Uefa wiederum sechs Tage später diesen Abschluss ein. Sogar mit mindestens einem weiteren TV-Rechtehändler, nach dem die SZ im September 2015 ebenfalls dezidiert gefragt hatte, waren Geschäfte ge-

macht worden. Es gebe ein „hospitality sales agreement“ für Brasilien, das mit der Firma Traffic Sports Europe eingegangen worden sei. Hinter dieser steht der brasilianische Geschäftsmann José Hawilla. Er hat sich in den laufenden Fifa-Ermittlungen schuldig bekannt.

Die verzögerte Antwort erklärte die Uefa damit, vor dem Hintergrund der US-Ermittlungen derzeit eine interne Untersuchung durchzuführen, um Verbindungen zu angeklagten Personen oder deren Firmen festzustellen.

Im Fall Jinkis/Jinkis gehen die US-Ermittler davon aus, dass die beiden Sportrechtshändler, Vater Hugo und Sohn Mariano, hochrangige Funktionäre der Fifa und anderer Verbände bestochen haben, um günstig an Fernsehrechte zu kommen, die sie dann mit erheblichem Aufschlag verkaufen konnten. So sollen sie für die Rechte unter anderem an drei Turnieren um die Copa América, gemeinsam mit anderen Sportrechtshändlern, die Zahlung von 110

### Sowohl Infantino als auch die Uefa leugnen zunächst die heikle Verbindung

Millionen Dollar Bestechungsgeld vereinbart haben, von denen ein Teil bereits geflossen sei. Und zwar auch über eine Briefkastenfirma von Mossack Fonseca. In der Anklage wird eine Jinkis-Gesellschaft genannt, eben Cross Trading – die, wie nun belegt, auch Vertragspartner der Uefa war.

Tatsächlich haben die Jinkis laut der Panama Papers bei Mossack Fonseca mindestens drei Offshore-Firmen gekauft: die auf Niue sowie eine auf den Seychellen und eine im US-Bundesstaat Nevada. Alle drei heißen Cross Trading.

Noch ein Beispiel für die Geschäftspraktiken von Vater und Sohn Jinkis aus der

zweiten New Yorker Fifa-Anklageschrift vom 3. Dezember 2015: Im Herbst 2011 sollen die beiden drei hochrangige zentral-amerikanische Fußballfunktionäre nach Uruguay eingeladen haben. Diese sollen versprochen haben, Hugo Jinkis und seinem Sohn zu helfen, bestimmte Medienmarketingrechte zu bekommen. Dafür seien die Funktionäre laut Anklage mit insgesamt 450 000 US-Dollar belohnt worden, die von einem Konto einer Jinkis-Firma namens Cross Trading stammen sollen.

Auch wenn das Jinkis-Prinzip bei den Geschäften mit Fifa und Uefa das gleiche ist – TV-Rechte möglichst billig kaufen und möglichst teuer verkaufen – es gibt einen wichtigen Unterschied. Im Fall Fifa gibt es den Verdacht der Bestechung, im Fall Uefa gibt es den nicht.

Oder: noch nicht. Denn es stellen sich Fragen: Warum verkaufte der europäische Verband die TV-Rechte offenbar deutlich unter Wert? Und wieso konnte Cross Trading die Champions-League-Rechte schon im Juli 2006 an den Sender Teleamazonas verkaufen – Wochen, bevor sie sie selbst von der Uefa erwarb? Und überließ die Uefa womöglich auch in anderen Ländern das große Geschäft den Vermittlern und machte selbst nur das kleine? Das könnte dann die Mitglieder des Verbands, die nationalen Verbände, interessieren.

Dokumente, die der SZ aus Ecuador zugespielt wurden, zeigen sogar, dass die Uefa bereits für die Jahre von 2003 bis 2006 ein ähnliches Rechtspaket an Cross Trading verkauft hatte, wie der Verband auf Nachfrage bestätigte. Damit erhöht sich der geschätzte Aufschlag, den die Jinkis für das Weiterreichen von Uefa-Rechten nach Ecuador erhalten haben, sogar auf rund 600 000 US-Dollar.

Insider aus der Sportrechte-Szene finden diese Art von Handel „sehr verdächtig“. Marge wie diese, 1:3 oder 1:4,5, seien schwer erklärbar, sagt ein Informant, der die Akten der Schweizer Fifa-Ermittlungen gut kennt. Der Deal „schmeckt nicht gut“. Der ehemalige Schweizer Sportvermarkter Dominik Schmid hat dazu eine klare Meinung: Wenn in derartigen Verträgen mit einem Vermittler nicht vereinbart sei, eventuelle Gewinne zu teilen, und dieser Vermittler dann das Dreifache heraushole, dann sei „entweder der Verantwortliche beim Verband so inkompetent, dass er sofort gefeuert werden müsste, oder man könnte vermuten, dass es Abreden gab“.

Damit ist man direkt bei der Frage, wer die Verantwortung trug – und kommt damit unweigerlich auf Gianni Infantino, der damals Chef der Rechtsabteilung der Uefa war.

Jeder Vertrag müsse vor der Unterzeichnung von der Rechtsabteilung geprüft werden. Das sagt heute die Uefa. Wer hinter Cross Trading gestanden habe, sei nicht bekannt gewesen, behauptet der Verband: Man habe „zu der Zeit, als die Verträge unterschrieben wurden, nicht gewusst, wer die ‚wahren Eigentümer‘ von Cross Trading waren“. Ein Blick auf den Vertrag hätte helfen können. Auf der Unterschriftenseite des ersten Vertrags mit Cross Trading steht nur ein paar Zentimeter neben dem Namen Infantino in Druckbuchstaben und deutlich lesbar der Name „Hugo Jinkis“.

Das macht es so schwer, die Erklärung einer Fifa-Sprecherin nachzuvollziehen, „in keiner seiner Funktionen bei der Uefa“ habe der heutige Präsident „persönlich“ mit Angeklagten der Fifa-Ermittlungen geschäftlich zu tun gehabt.

Auf konkrete Nachfrage erläutert die Fifa-Sprecherin, Infantinos Antwort habe „einzig und allein auf den Informationen basiert, die der Fifa von der Uefa zur Verfügung gestellt“ worden seien.

Das hieße, die von Gianni Infantino geleitete Uefa-Rechtsabteilung hätte Verträge abgenickt, ohne zu wissen, mit wem sie das Geschäft machte. Unter Compliance-Gesichtspunkten – der Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und internen Standards – wäre das Vorgehen ein GAU.

### Hinweise auf Bestechung gibt es im Fall der Uefa nicht. Zumindest bisher

Der Verband weist jeglichen Verdacht auf etwaige Unregelmäßigkeiten auf Schärfste zurück und erklärt, die Rechte seien in einer offenen Auktion vergeben worden. Cross Trading sei als „exklusiver Käufer“ für alle Sport-TV-Rechte des Senders Teleamazonas in Europa aufgetreten und habe in dessen Namen das beste Angebot im Wettbieten abgegeben. Über die Verträge zwischen Cross Trading und Teleamazonas wiederum und die Verdreifung des Preises weisen die Uefa nicht – deren Geschäfte seien nicht ihre Sache.

Der Sportmarketing-Experte Dominik Schmid wundert sich: „Wenn der Verband keine Kopie der Verträge hat, zwischen der Agentur und dem TV-Anbieter, ist das fahrlässig.“ Nur so könne er überprüfen, ob seine Vorgaben für die Vergabe der Rechte eingehalten würden.

Dass der Uefa dabei ein Schaden durch Verkauf unter Marktpreis entstanden sein könnte, berührt den Verband offenbar gar nicht. Die Uefa habe in den Jahren 2006 bis 2009 TV-Rechte für fast zwei Milliarden US-Dollar verkauft – der Anteil der Rechte in Ecuador falle da kaum ins Gewicht.

Ein Informant bei Teleamazonas sagt, man habe von der Marketing-Agentur der Uefa per E-Mail Formblätter bekommen und diese ausgefüllt zurückgeschickt. Er weiß aber nicht mehr, ob das Angebot – das auf 311 000 US-Dollar lautete – direkt an die Uefa oder die Marketing-Agentur des Verbandes gegangen sei.

Vielleicht hat Cross Trading einfach nur geschickt beide Seiten gegeneinander ausgespielt? Verloren haben ja Teleamazonas und die Uefa, weil die einen zu viel gezahlt und die anderen dennoch unter Wert verkauft haben. Auf Anfrage zu dem Fall antworteten Hugo und Mariano Jinkis nicht.

Wie war noch das erste Wort von Gianni Infantino als Fifa-Präsident? Uff.

# Assads Krieg und Mossfons Beitrag

Briefkastenfirmen eignen sich bestens, wenn ein Land internationale Sanktionen brechen will. In Syrien geschah das ausweilich der Panama Papers auf vielfältige Weise. Geld und Benzin halfen, das Gemetzel in Gang zu halten

VON FREDRIK OBERMAIER  
UND BASTIAN OBERMAYER

Die Männer verlugen gerade Kartoffeln, als ein Fässer vom Himmel fiel. Die Männer bebten, Felsbrocken flogen durch die Luft, gefolgt von einer Wand aus Staub. Die Männer warfen sich zu Boden, einige suchten Schutz in einem Schuppen. Dann kam die Explosion: Tausende kleiner Metallteilchen schossen durch die Luft und durchbohrten alles, was sich in ihrer Flugbahn befand.

Was sich an diesem Septembertag im Jahr 2012 in dem Städtchen Marea nicht weit von Aleppo abspielte, ist Alltag im Krieg in Syrien – jenem Gemetzel, in dem die Armee des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad gegen diverse Islamisten-Gruppen kämpft, aber auch gegen die eigene Bevölkerung. Seit Beginn des Krieges hat die syrische Luftwaffe Tausende Fassbomben abgeworfen: simple Ölfässer, gefüllt mit Beton, Sprengstoff und anderem Metallabfall, um möglichst viele Menschen zu töten.

„Sechs oder sieben Menschen lagen auf dem Boden“, erzählte ein Überlebender des Fassbombenangriffs von Marea später der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. „Der Ablick war grauhaft. Ein Mensch war in zwei Teile zerrissen, andere schrien vor Schmerzen, einige hatten Beine und Arme verloren.“

Der syrische Bürgerkrieg dauert schon fünf Jahre. Mehr als zehn Millionen Menschen sind auf der Flucht, mindestens 250 000 Menschen, vielleicht gar eine halbe Million tot, die meisten getötet von Assads Regime. Um dem Morden Einhalt zu gebieten, haben mehrere Länder, darunter die EU und die USA, schon 2011 Sanktionen gegen Assad, seine Familie sowie seine engsten Mitarbeiter erlassen. Einen Cousin Assads hat die USA sogar schon im Jahr 2008 mit Sanktionen belegt.

Doch das syrische Regime und seine Handlanger fanden, ausweilich der Panama Papers, offenbar diskrete Wege, um die Sanktionen zu umgehen und sich dringend benötigtes Geld oder Benzin für den Krieg zu beschaffen. Eine wichtige Rolle spielte dabei Mossack Fonseca (Mossof), jene panamaische Kanzlei, die seit Anfang dieser Woche im Zentrum der Panama-Papers-Enthüllungen steht. Mossfon führte laut den Unterlagen mehrerer Briefkastenfirmen, die in enger Nähe zum Regime von Assad standen, Offenkundig scherten sich entscheidende Leute bei Mossfon nicht wirklich um die Sanktionslisten der Amerikaner und Europäer und nahmen laut den Dokumenten in Kauf, dass Sanktionen gebrochen werden konnten.

Der Fall zeigt, warum Diktatoren, Terrorgruppen oder kriminelle Organisations-Briefkastenfirmen nutzen, um Sanktionen unterlaufen und so weitermachen zu können wie zuvor. So finden sich in der Kundenliste der Kanzlei auch Mitglieder von Drogenkartellen aus Mexiko und Guatemala, mutmaßliche Finanziers von Terrororganisationen wie Hisbollah und al-Qaida, Mittelsmänner von Autokraten wie Simbabwe und Gebur in Großbritannien, die wegen ihrer Unterstützung für das iranische und nordkoreanische Atomwaffenprogramm sanktioniert wurden.

Mossfon bestreitet, Geschäfte mit sanktionierten Personen zu machen. Auf Anfrage des Internationalen Konsortiums Investigativer Journalisten (ICIJ) erklärte die Kanzlei, Personen mit Verbindungen nach Syrien oder zu anderen sanktionierten Staaten „niemals wissentlich“ erlaubt zu haben, „unsere Geschellschaften“ zu nutzen.

Insgesamt finden sich in den Panama-Papers jedoch Tausende Firmen, die Unternehmen, (**siehe Infokasten**), mit denen Mossfon offenbar Verbindungen hat oder hatte und die auf Sanktionslisten stehen oder standen. In keinem Fall jedoch dürfte dies so gravierende Folgen gehabt haben wie in Syrien.

## Die Lieferanten

Dass Assad seinen Krieg bis heute mit unerminderter Härte weiterführen kann, liegt auch daran, dass ihm das Benzin nicht ausgeht. Trotz internationaler Embargos bekommt das Regime stetiges Nachschub, um seine Panzer aufzufahren und die Kampfflugzeuge starten zu lassen. Ein großer Teil der Lieferungen läuft nach Meinung von Experten über die Arabischen Emirate.

US-Behörden sehen schon länger eine Firma namens Maxima Middle East Trading als Knotenpunkt eines komplizierten Netzwerks von Firmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Syrien, der Schweiz und den Niederlanden, über die angeblich mittels gefälschter Papiere Benzin nach Syrien geliefert wurde. Der Maxima-Deal wird als Beispiel für die Umgehung von Sanktionen durch die EU-Sanktionsliste gesetzt.

Die Panama Papers zeigen nun: Maxima Middle East Trading wurde 2012 von Mossack Fonseca registriert. Die Kanzlei DZigital, Ais Rechte vorbehalten. Süddeutsche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

half offenbar noch 2013, fast zwei Jahre nach Beginn des Krieges in Syrien, bei der Syria International Islamic Bank ein Konto für die Firma zu eröffnen. Die Bank war ein Jahr zuvor von der US-Regierung sanktioniert worden, weil sie das Regime mit Geld versorgt und geholfen haben soll, Sanktionen zu umgehen. In den Panama Papers ist kein Hinweis zu finden, dass Mossfon Anlass gesehen hätte zu handeln.

Neben der Maxima Middle East Trading sollen nach US-Angaben in den Benzin-smuggel auch zwei Firmen namens Pangates International Corporation Ltd. und Abdulkarim-Group verwickelt gewesen sein – diese beide hatten Verbindungen zu Mossfon. So war der von der EU als „Unterstützer und Nutznießer des syrischen Regimes“ bezeichnete El-Khatib, der Abtkarim-Group lange Direktor der von Mossfon verwalteten Morgan Additives.

## Seit 1998 wurde Assads Cousin von der Kanzlei in Panama als Mehrheitseigner einer Firma auf den Britischen Jungferninseln geführt

Morgan Additives erklärte auf Anfrage, seit Anfang 2015 sei der Mann nicht mehr in dieser Position, die Firma sei derzeit nicht aktiv.

Die Pangates International Corporation Ltd. taucht in den Panama Papers mit Sitz in drei Steueroasen auf: Sie wurde 1999 auf der Insel Niue im Südpazifik gegründet, dann nach Samoa verlegt, 2012 schließlich auf die Seychellen. Mittlerweile ist die Firma von den USA sanktioniert, weil sie laut US-Regierung „materielle Unterstützung sowie Güter und Dienstleistungen für die syrische Regierung zur Verfügung“ gestellt hat. Und dennoch war die Firma nach ihrer Sanktionierung offenkundig noch ein weiteres Jahr aktiv.

Die genannten Firmen antworteten nicht auf eine Anfrage der SZ. Mossfon teilte mit, gesetzestwidrige Handlungen nicht zu fördern. **► Siehe: „Das sagt Mossfon“**

## Der Finanzier

Krieg kostet Geld, und das Geld stammt in Syrien laut Geheimdienstexperten auch von einem Geschäftsmann namens Rami Makhlouf, der in den Panama Papers immer wieder auftaucht. Der Cousin von Assad gilt als der reichste Mann Syriens und

gründete die Armee „Furqan“ im August 2012, bei dem Hunderte Syrer starben. Dazu: Ehab Makhlouf, Vize-Chef des Telekommunikationsunternehmens Syriad, der das Regime offenbar mit Geld versorgt. Und: Eyad Makhlouf, Hauptmann in der syrischen Armee und Gebur in Großbritannien, mutmaßlich beteiligt an zahlreichen Angriffen auf syrische Zivilisten. Alle sind von der EU seit Mai 2011 sanktioniert, alle sind Teilhaber von Firmen, aufgesetzt und verwaltet von Mossfon, teilte Mossfon mit.

## Der Fixer

Auch ein Mann namens Suleiman Marouf war den Panama Papers zufolge Anteilhaber von mindestens einem halben Dutzend Briefkastenfirmen. Diese besaßen die Sanktionslisten und Gebur in Großbritannien, Marouf hat den Ruf, der „Londoner Fixer“ von Assad zu sein: Mittelsmann also für dubiose Geschäfte dort. Suleiman Marouf soll einen jener syrischen Propagandastender, die den Bürgerkrieg angeheizt haben, mit Millionen unterstützt haben. Er hat aus Geldern – das geht aus E-Mail hervor, die Wikileaks veröffentlicht hat – für Assads Frau Asma teure Ming-Vasen und Armani-Designer-Interior im Londoner Edelkaufhaus Harrods eingekauft, als diese in Europa längst persona non grata war.

Zehn Monate nachdem Marouf auf die EU-Sanktionslisten gesetzt wurde, kam die Compliance-Abteilung von Mossack Fonseca zu dem Schluss: „Gemäß unserer Risikobewertung sind diese Firmen als hochriskant einzustufen.“ Aber Suleiman Marouf blieb Kunde. 2014 wurde er auf Druck des britischen Außenministeriums von der EU-Sanktionsliste wegen „fehlender gerichtsfester Beweise“ gelöscht.

Auf Anfrage erklärte eine von Marouf beauftragte Anwaltskanzlei, die früheren Sanktionen gegen ihren Mandanten basierend auf den Unterlagen der Mossack-Fonseca zu dem Gerichtsfall zwischen Drex Technologies und einer ägyptischen Firma ein. Darin ist zu lesen, dass Rami Makhlouf „der Cousin mütterlicherseits des aktuellen syrischen Präsidenten ist“. Zeitungs-Grafik: München

Dennoch teilte Mossfon noch im Jahr 2015 dem Schweizer Tages-Anzeiger mit, „Mossack Fonseca WUSSTE NICHT, dass Herr Makhlouf oder irgendwelche andere Assad-Verbündete indirekt unsere Dienstleistungen nutzen oder wissentlich missbrauchen.“ Das war ausweilich der Panama Papers offenkundig falsch.

Rami Makhlouf war nach den Unterlagen auch noch Direktor beziehungsweise Anteilseigner von drei weiteren Firmen in den Panama-Papers: der Cara-Corporation, der Doring International und der Ramak Limited, alle gegründet zwischen 1996 und 2006 auf den Britischen Jungferninseln und in Panama.

Und dennoch geschah nach dem Ausbruch des Krieges in Syrien im Jahr 2011 zunächst nichts: Mossack Fonseca verwalte weiterhin ein Geflecht von Firmen, das dem Regime des Machthabers Syriens zuzuordnen ist. Dabei gab es in der Kanzlei durchaus Leute, die deswegen Bedenken hatten. So wandte sich die Compliance-Abteilung von Mossfon, also jene Abteilung, die darauf achten soll, dass alle Richtlinien und Gesetze eingehalten werden, im Frühjahr 2011 schriftlich an die Partner und Geschäftsführer. Sie fragte, ob man wirklich weiter mit Rami Makhlouf Geschäfte machen und damit die Sanktionen brechen wolle, die seit 2008 gelten. Sollte man nicht lieber auf die Makhloufs als Kunden verzichten? Wenn jemand auf einer Sanktionsliste stehe, sei das doch ein „ernstes Warnsignal“, und man sollte sich von so jemandem distanzieren. Ein Kanzleipartner jedoch wachte alle Bedenken vom Tisch: „Von meiner Seite“, schrieb er in einer E-Mail vom 17. Februar 2011, könne man die Makhloufs als Kunden behalten.

Erst nachdem im Mai 2011 auch die Europäische Union dem Beispiel der USA folgte und ebenfalls Sanktionen gegen Makhlouf vorhängte, wurden die Firmen nach und nach geschlossen. Am längsten von allen war die Firma Drex Technologies aktiv – sie wurde laut den Panama Papers erst ein vier Jahre, zwei und zwei Monate nachdem Makhlouf von den USA im Jahr 2008 sanktioniert wurde.

Auf SZ-Anfrage äußerte sich Rami Makhlouf nicht zu der Angelegenheit. Mossfon erklärte, Makhlouf nicht gekannt zu haben, „bis sein Name und seine Verbindung in den Medien berichtet wurden“.

## Der Folterknecht

Neben Rami Makhlouf tauchen in den Panama Papers auch drei seiner Brüder auf, mithin ebenfalls Cousins von Assad. Wenn heute Hunderttausende Syrer ihr Land verlassen, dann ist ein erheblicher Teil dieser Menschen nicht auf der Flucht vor dem sogenannten Islamischen Staat – sondern vor Assad und Männern wie ihnen: Hafis Makhlouf, zeitweise zuständig für ein Foltergefängnis in Damaskus, außerdem angeklagt im Strafverfahren des Giftgas-Angriffs auf dem Stützpunkt in August 2013, bei dem Hunderte Syrer starben. Dazu: Ehab Makhlouf, Vize-Chef des Telekommunikationsunternehmens Syriad, der das Regime offenbar mit Geld versorgt. Und: Eyad Makhlouf, Hauptmann in der syrischen Armee und Gebur in Großbritannien, mutmaßlich beteiligt an zahlreichen Angriffen auf syrische Zivilisten. Alle sind von der EU seit Mai 2011 sanktioniert, alle sind Teilhaber von Firmen, aufgesetzt und verwaltet von Mossfon, teilte Mossfon mit.

## Das sagt Mossfon

„Weder unterstützt unser Unternehmen gesetzwidrige Handlungen noch fördert es diese gar. (...) Jedenfalls wahrt unser Unternehmen nach der Kenntnisnahme von solchen Sachverhalten stets das geltende Rechtin dem jeweiligen Land oder der jeweiligen Rechtsordnung.“ (..) Dessen unbeschadet möchten wir bei dieser Gelegenheit klarstellen, dass wir niemals wissentlich zugelassen haben, dass unsere Gesellschaften von Individuen genutzt werden, die Beziehungen zu Nordkorea, Simbabwe, Syrien oder anderen von Ihnen erwähnten Staaten unterhalten, welche die nationale Sicherheit eines anderen Landes bedrohen oder auf einer Sanktionsliste stehen.

Wenn aus irgendeinem Grund und ohne unser Wissen dennoch eine von uns geformte Gesellschaft in die Hände von Leuten gelangt ist, die für gesetzwidrige Zwecke solche Beziehungen unterhalten, dann haben wir dies stets auf Schärfe verurteilt und alle verfügbaren Maßnahmen ergriffen.“

Mitarbeit: Will Fitzgibbon, Martha Hamilton



Der Diktator und sein Cousin: Baschar al-Assad konnte sich auf die Hilfe von Rami Makhlouf verlassen.

## Doppelter Standard

Der Fall Iran zeigt: Nicht immer trennt sich Mossfon von zweifelhaften Firmen

Jürgen Mossack. Da, als ihm der Fehler bewusst wurde. Das sei, schrieb er im September 2010 an seine Partnerin und Mitarbeiter, gehörig etwas schiefgelaufen. „Wir wollen sicherlich keine Geschäfte mit solchen Regimen oder Personen von solchen Orten machen“, ließ er per Mail wissen. Keine Geschäfte mit Iran also, keine Geschäfte mit einem Regime, das so das Urteil des Mitgründers von Mossack Fonseca – den Holocaust leugne und Israel von der Landkarte tilgen wolle. „Das ist gefährlich“, schrieb er in einer anderen Mail, die sich in den Panama Papers befindet.

Und so geschah es: Im Oktober 2010 trat Mossack Fonseca als Verwalter von Petropars Limited zurück, einer Firma, die offiziell auf den Britischen Jungferninseln registriert ist, aber eine wichtige Rolle im iranischen Ölgeschäft spielte. Vier Monate zuvor hatte die US-Regierung das Unternehmen mit Sanktionen belegt – ebenso weitere 21 Firmen, die nach Ansicht der US-Behörden in enger Verbindung mit Iran stehen. Der Offshore-Dienstleister aus Panama stellte auch die Zusammenarbeit mit zwei Firmen ein, an denen Petropars beteiligt war: der Drilling Company International Limited sowie Venirog Limited, einem iranischen Joint-Venture mit der staatlichen Ölfirma Venzuela.

So weit, so gut. Doch der Fall Iran zeigt auch, dass die Kanzlei nicht immer korrekt handelte. So ging die Zusammenarbeit mit zwei anderen Firmen, die dem Regime in Teheran nahestanden und über Verbindungen zu Petropars verfügten, ausweilich der Panama Papers über Jahre hinweg weiter – bei einer der beiden offenbar bis heute.

Dies mag daran liegen, dass man bei Mossack Fonseca wohl ein wenig den Überblick verloren hatte. Oder vielleicht auch daran, dass Petropars für dessen Eigentümer sehr wichtig war. Denn laut Medienberichten hat Petropars für die staatliche Öl-gesellschaft Irans, die National Iranian Oil Company, innerhalb weniger Jahre milliardenschwere Verträge zur Öl- und Gasförderung in Land gezogen. Auch an der Erschließung des riesigen South-Pars-Gasfelds war die Firma beteiligt. Im Jahr 2001 berichteten unter anderem das britische

Magazin *Economist* und die *New York Times* über die Firma. Damals war auch schon die Rede von der Nähe zum iranischen Regime. „Schon bevor die Vorwürfe aufkamen, wäre es ein Leichtes gewesen herauszufinden, dass die Mehrheit an dieser Firma von Regierungsbeamten kontrolliert wird“, meint der Politikwissenschaftler Paasha Mahdavi von der Georgetown University in Washington.

Mossack Fonseca hatte Petropars Limited 1998 als Vermittler gegründet. Als Adresse der Firma nannte die US-Regierung in ihrer Sanktionsliste aus dem Jahr 2010 das Postfach Nummer 3136 in Tortola auf den Britischen Jungferninseln. Das ist eine Postfach-Adresse von Mossfon.

## Wer ist am Ende der Eigentümer der Firma? Irans Ex-Präsident, heißt es in einer internen Mail

Der Offshore-Dienstleister hatte in der Vergangenheit auf Presseanfragen geantwortet, mit sanktionierten Personen oder Firmen keine Geschäfte zu machen. Dazu wurde die Entscheidung von Oktober 2010 passen. So wurde beispielsweise der Putin-Freund Boris Rotenberg in einem Schreiben an Mossfon als Eigentümer einer Firma namens Kenrick Overseas Limited genannt. Das Schreiben ging ausweilich der geleakten Dokumente im Juli 2015 bei dem Offshore-Dienstleister ein. Rotenberg stand zu diesem Zeitpunkt seit 16 Monaten auf der US-Sanktionsliste. Auf eine Anfrage der *Süddeutschen Zeitung* antwortete er nicht.

Sanktionen sind eine wichtige völkerrechtliche Waffe, damit sollen Geschäfte mutmaßlicher Krimineller unterbunden oder Regierungen autokratischer Regime zum Einlenken gebracht werden, um Schluss zu machen mit Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, Feindseligkeiten gegenüber anderen Ländern, Terrorismus oder Völkermord. Sanktionen setzen da an, wo es wehtut: beim Geld. Das Prinzip ist relativ simpel: Die Vereinten Nationen, die Europäische Union oder einzelne Länder wie die USA versuchen einzuschätzen, welche Personen Macht und Einfluss haben. Diese Namen werden auf Sanktionsliste gesetzt, um der Welt zu zei-

gen: Seht her, wer mit diesen Leuten Geschäfte macht, wird Probleme bekommen. Sanktionen stoßen allerdings bei Briefkastenfirmen und undurchsichtigen Stiftungen an ihre Grenzen: Sanktionierte Personen können sich relativ einfach dahinter verstecken – statt eines Briefkastenfirmen-Geschäfts, und zunächst kriegt davon niemand etwas mit. Die UN und das US-Finanzministerium haben Abteilungen, die herausfinden sollen, hinter welchen Firmen womöglich der Finanzier steckt. Denn sobald das bekannt ist, kann die Firma auf die Sanktionsliste gesetzt werden. „So viele schreckliche Leute als Kunden zu nehmen, das klingt fast schon nach dem Todewunsch eines Unternehmens“, sagt Jason Sharman, Politikwissenschaftler von der australischen Griffith-Universität.

Für Mossack Fonseca könnte ein Sanktionsbruch schwerwiegende Konsequenzen haben. „Eine Firma oder eine Person, die nur im Entferntesten mit den USA zu tun hat, kann es sich eigentlich nicht leisten, US-Sanktionen zu brechen“, sagt der Augsburger Völkerrechtler Christoph Vedder. Nach Angaben des US-Finanzministeriums stehen auf den Bruch amerikanischer Sanktionen bis zu 20 Millionen Dollar Strafe und bis zu 30 Jahre Haft. Zwar sind die Mitarbeiter am panamaischen Hauptsitz von Mossfon für die amerikanischen Strafverfolgungsbehörden so gut wie unerreicherbar, der Offshore-Dienstleister unterhält jedoch auch Filialen in den USA; diese könnten geschlossen und das Vermögen könnte eingefroren werden.

Und dann wäre da auch noch der mutmaßliche Bruch von Sanktionen der Europäischen Union: Dies könnte Mossfon-Miteigentümer Jürgen Mossack besonders dringende Folgen haben. Er besitzt neben der panamaischen Staatsbürgerschaft nach SZ-Informationen nämlich auch einen 2006 ausgestellten deutschen Pass. „Einem Deutschen, der EU-Sanktionen gebrochen hat, drohen nach deutschem Recht bis zu zehn Jahre Haft“, sagt der Völkerrechtler Vedder.

Die Kanzlei Mossack Fonseca bestreitet allerdings, wissentlich zugelassen zu haben, dass von der Kanzlei betreute Unternehmen von „Individuen“ für den Bruch von Sanktionen genutzt wurden. „Sei dies dennoch geschehen, habe man alle verfügbaren Maßnahmen ergriffen.“

F. OBERMAIER, B. OBERMAYER

## Sanktionen – und was sie wirklich wert sind

Derzeit stehen vier Firmen mit Sitz auf den Seychellen auf amerikanischen Sanktionslisten. Alle vier wurden offenbar zumindest zeitweise von Offshore-Provider Mossack Fonseca (Mossof) gegründet beziehungsweise verwaltet. In einer weiteren Steueroase, den Britischen Jungferninseln, sind 15 Firmen beimeldet, die von US-Behörden sanktioniert sind. Sechs davon verwaltete oder registrierte offenbar Mossack Fonseca.

## 4 Firmen

Derzeit stehen vier Firmen mit Sitz auf den Seychellen auf amerikanischen Sanktionslisten. Alle vier wurden offenbar zumindest zeitweise von Offshore-Provider Mossack Fonseca (Mossof) gegründet beziehungsweise verwaltet. In einer weiteren Steueroase, den Britischen Jungferninseln, sind 15 Firmen beimeldet, die von US-Behörden sanktioniert sind. Sechs davon verwaltete oder registrierte offenbar Mossack Fonseca.

## An der goldenen Kette

In den Panama Papers finden sich auch die Namen saudischer Geschäftsleute, über die Terrorexperten sagen: „Diese Leute haben al-Qaida finanziert.“

Es war ein Zufallstreffer: Als die Polizei im März 2002 die Büros einer geheimnisvollen Stiftung in Bosnien stürzte, fanden die Ermittler zwischen Sprengstoffen und gefälschten Pässen und Rauplänen für Bomben eine Festplatte mit unzähligen Dokumenten. Eine Datei trug den Namen „Geschichte Osamas“. Darin: handschriftliche Briefe Osama bin Ladens, Papiere aus der Gründungszeit al-Qaidas. Und außerdem: eine Liste mit 20 Namen.

Polizei und Geheimdienste vermuteten, dass es sich dabei um die Hauptfinanzierer der Terrororganisation handeln müsse. „Diese Leute haben al-Qaida finanziert und damit die Grundlage für diese Terrororganisation gelegt“, erklärte der ehemalige CIA-Agent Michael Scheuer. Ein in den Neunzigerjahren zu den USA übergelaufener Weggefährte Osama Bin Ladens, der Sudanese Jamal al-Fadh, bekräftigte diesen Verdacht in einem Verhör amerikanischer Behörden. Er verriet auch den Namen des mutmaßlichen Terrorfinanz-Netzwerkes: Golden Chain.

Mindestens zwei mutmaßliche Sponsor der Golden Chain, der goldenen Kette, waren offenbar auch Kunden der Kanzlei Mossack Fonseca. Der erste war saudische Unternehmer, Banker und Milliardär Saleh Abdullah Kamel. Ausweilich der Panama Papers nutzte der saudische Scheich eine von Mossack Fonseca in den 80er-Jahren aufgesetzte Briefkastenfirma, um in London Luxusuwendungen zu kaufen und anderen undurchsichtigen Firmen Kreditbürgschaften zu gewähren. Eine weitere Briefkastenfirma stiftete er 1994 mit mehreren Millionen Dollar Stammkapital aus. Auf eine Anfrage der *Süddeutschen Zeitung* antwortete Kamel nicht.

Die Geldtransfers über die beiden Firmen müssen nicht zwangsläufig illegal gewesen sein, auch müssen sie nicht unbedingt mit Terrorfinanzierung zu tun haben, jedoch ist der Zeitpunkt auffällig: Die Geschäfte fallen in die Jahre von 1994 bis 2001 – und damit in eine Zeit, in der al-Qaida Geld brauchte. Osama bin Laden hatte den USA öffentlich den Krieg erklärt, vor den amerikanischen Botschaften in Tansania und Kenia explodierten im August 1998 Bomben, Hunderte Menschen starben. Gleichzeitig organisierten sich die Terroristen in Afghanistan mit Hilfe der dort herrschenden Taliban neu. Drei Jahre später rasten die Flugzeuge ins New Yorker World Trade Center.

Als die Fahnder in Bosnien im März 2002 die Golden-Chain-Liste fanden, war die Terroranschläge in New York und Washington erst ein halbes Jahr alt. Die amerikanische Luftwaffe hatte bereits Afghanistan bombardiert, die Taliban flohen aus den Städten. Die Regierung in Washington blieb nun auch zur Jagd auf die Hintermänner, auf die Finanzierer der Terrororga-

nisation. Dabei stießen die Amerikaner auf undurchsichtige Netze reicher saudischer Geschäftsleute und Banker, auf Briefkastenfirmen und Stiftungen – und eben auf die 20 Namen auf der Golden-Chain-Liste.

Hinterliebene der Opfer der Anschläge vom 11. September verklagten 2002 mehrere Männer, deren Namen auf der Golden-Chain-Liste standen, darunter Kamel. Der zu den Amerikanern übergelaufene al-Qaida-Mann al-Fadh sagte im selben Jahr gegenüber amerikanischen Behörden aus, Scheich Kamel habe erhebliche Geldsummen an Osama bin Ladens Terrornetz gezahlt, angeblich getarnt als Spende. Die Terrorfinanz-Expertin Rachel Ehrenfeld nannte dieses gängige System einmal „charity for death“ – Wohlthätigkeit für den Tod. Auch die sogenannte 9/11-Kommission, die in den USA zur Aufklärung der Terroranschläge eingesetzt wurde, beruft sich in ihrem Abschlussreport auf die Liste. Die Rede ist von einem „finanziellen Unterstützer“ Osama bin Ladens, geknüpft an den Namen des mutmaßlichen Terrorfinanz-Netzwerkes: Golden Chain.

Mindestens zwei mutmaßliche Sponsor der Golden Chain, der goldenen Kette, waren offenbar auch Kunden der Kanzlei Mossack Fonseca. Der erste war saudische Unternehmer, Banker und Milliardär Saleh Abdullah Kamel. Ausweilich der Panama Papers nutzte der saudische Scheich eine von Mossack Fonseca in den 80er-Jahren aufgesetzte Briefkastenfirma, um in London Luxusuwendungen zu kaufen und anderen undurchsichtigen Firmen Kreditbürgschaften zu gewähren. Eine weitere Briefkastenfirma stiftete er 1994 mit mehreren Millionen Dollar Stammkapital aus. Auf eine Anfrage der *Süddeutschen Zeitung* antwortete Kamel nicht.

Die Geldtransfers über die beiden Firmen müssen nicht zwangsläufig illegal gewesen sein, auch müssen sie nicht unbedingt mit Terrorfinanzierung zu tun haben, jedoch ist der Zeitpunkt auffällig: Die Geschäfte fallen in die Jahre von 1994 bis 2001 – und damit in eine Zeit, in der al-Qaida Geld brauchte. Osama bin Laden hatte den USA öffentlich den Krieg erklärt, vor den amerikanischen Botschaften in Tansania und Kenia explodierten im August 1998 Bomben, Hunderte Menschen starben. Gleichzeitig organisierten sich die Terroristen in Afghanistan mit Hilfe der dort herrschenden Taliban neu. Drei Jahre später rasten die Flugzeuge ins New Yorker World Trade Center.

Als die Fahnder in Bosnien im März 2002 die Golden-Chain-Liste fanden, war die Terroranschläge in New York und Washington erst ein halbes Jahr alt. Die amerikanische Luftwaffe hatte bereits Afghanistan bombardiert, die Taliban flohen aus den Städten. Die Regierung in Washington blieb nun auch zur Jagd auf die Hintermänner, auf die Finanzierer der Terrororga-

Kamel ist nicht der einzige Kunde von Mossack Fonseca, über den Medien seit Jahren immer geschrieben, er stehe im Verdacht, das Terrornetzwerk al-Qaida finanziert zu haben. Auch Scheich Suleiman bin Abdullah al-Radschi, einer der reichsten Männer Saudi-Arabiens, taucht in der Datenbank des panamaischen Offshore-Dienstleisters auf. Wie al-Radschi der SZ wurde, Mossack Fonseca verwaltete die al-Radschi-Firma SPC Limited auch nach Bekantwerden seiner angeblichen al-Qaida-Verbindungen mindestens sieben Jahre. Und mit Scheich Kamel arbeitete der Offshore-Dienstleister sogar mindestens bis in das Jahr 2013 hinein zusammen.

Im selben Jahr fand in Panama-Stadt übrigens ein Kongress zur Prävention von Geldwäsche und zum Kampf gegen Terrorfinanzierung statt. Unter den Sponsoren war auch die Kanzlei Mossack Fonseca. H. MUNZINGER, F. OBERMAIER

## „Jede Terrorgruppe nutzt das“

Der Sanktionsexperte der Vereinten Nationen, Hans-Jakob Schindler, erklärt, warum Offshore-Geflechte für al-Qaida oder den „Islamischen Staat“ so wichtig sind

SZ: Herr Schindler, was haben Terroris- mus und Briefkastenfirmen miteinander zu tun? Hans-Jakob Schindler: Viel. So ziemlich jede ernstzunehmende Terrorgruppe der vergangenen Jahre hat auf irgendeine Art Briefkastenfirmen oder ähnliche Konstrukte genutzt. Al-Qaida zum Beispiel hat über Stiftungen Geld verschoben. Die Taliban wiederum haben nach 2001 mehrere Millionen Dollar, die sie in Afghanistan gekauft hatten, über Tarifnfirmen in der Region und in Südasien außer Landes geschleust.

Und das ist nicht aufgefallen? Unterschätzen Sie nicht die Taliban! Die hatten durchaus Expertise, wie wirksame Verschleierungsfunktioniert. Wenn ein Banker auf die Idee gekommen wäre, zu überprüfen, wer hinter dem Ganzen steckt, hätte er mindestens sechs Schritte zurücklegen müssen. Was auf bei den Taliban zu landen. Weil da aber etliche Briefkastenfirmen dazwischengeschaltet waren, war das unmöglich. Am Ende hat ein Geheimdienst alles aufgedeckt. Mehr darf ich dazu aber nicht sagen.

Die Taliban sind also Offshore-Spezialisten? Die großen Terrorgruppen haben ihre Leute dafür, das können Sie mir glauben. Es gibt da eine kleine, aber recht feine Gruppe von Experten, die wissen ganz genau, welche Steueroase sie für welchen Zweck aufsuchen müssen. Da gibt es zum Beispiel einen Typen, der war schon vor 2001 bei al-Qaida in Afghanistan für die Finanzen zuständig. Er ist dann nach Jemen und hat dort für al-Qaida die Finanzierung gemacht. Und er wird dann seitdem noch zu al-Qaida im islamischen Maghreb. Und jetzt arbeitet er für den Islamischen Staat.

Wie hat sich denn die Nutzung von Briefkastenfirmen durch Terrorgruppen in den vergangenen Jahren geändert? Früher ging es vor allem um das heimliche Verschleiben von Geld. Heute treiben diese Tarifnfirmen auch tatsächlich Handel, um die Aktivitäten weiter zu verschleiern und

zusätzlich Profite zu generieren. Die Taliban handeln seit einigen Jahren über ein Konstrukt von Briefkastenfirmen mit Marokko, Kalk und Lapsulazul. Und der Islamische Staat ist im Ölsmuggel und im Handel mit geklauten Antiquitäten involviert. Dafür braucht die Gruppe Scheinefirmen, die nach außen unbedächtig auftreten können. Ersatzteile für ein Bohrlöch kauft man halt nicht im Baumarkt, die muss man bei Spezialfirmen beschaffen. Der Islamische Staat kann ja schlecht direkt eine Bestellung aufgeben, das wäre aussichtslos. Eine Firma mit Sitz in einem Drittstaat hingegen ist erstmal nicht so ver-dächtig.

Was ja wohl auch daran liegt, dass Offshore-Dienstleister dies verschweigen. Wenn Dienstleister für Firmenkonstrukte den Behörden melden würden, dass sie herauf von einer Firma auf Nachfrage berichten zu Person X hinter der Briefkastenfirma Y steckt, wäre meine tägliche Arbeit um einiges leichter. Aber das passiert in der Regel schlichtweg nicht. Da mangelt es an einigen Stellen an Problembewusstsein.

Welche Rolle spielt beispielsweise Mossack Fonseca dabei genau? Es ist doch auffällig, wie viele Firmen beispielsweise auf der US-Sanktionsliste allein von dieser Kanzlei gegründet wurden.

Ich möchte hier nicht groß auf bestimmte Firmen eingehen, denn das betrifft die ganze Branche. Solche Dienstleister verdienen ihr Geld dadurch, dass sie den Kunden Diskretion versichern. Das führt unter Umständen zu ungewollter oder gewollter Verschleierung. Mir und meinen Kollegen machen sie damit oft das Leben schwer. Vor allem aber machen solche Anbieter es Terroristen und ihren Geldgebern damit leicht.

Wenn der Zusammenhang zwischen Terrorfinanzierung und Steueroasen so eindeutig ist, warum wird dann seitens der Politik nicht wirklich etwas gegen Steueroasen unternommen? Weil es ein Business-Modell ist. In einigen Ländern ist das Angebot intransparenter Unternehmensmodelle ein entscheidender Faktor, um Investoren und Ausländervestitionen ins Land bringt. Der Gedanke, dass sie damit womöglich Terroristen unterstützen, gerät da schnell in den Hintergrund. Leider.

INTERVIEW: FREDRIK OBERMAIER



Hans-Jakob Schindler arbeitet als Sanktionsexperte für den UN-Sicherheitsrat. Seine Aufgaben ist es, die Finanziers von al-Qaida, den Taliban und dem IS aufzuspüren. FOTO: PRAVAT

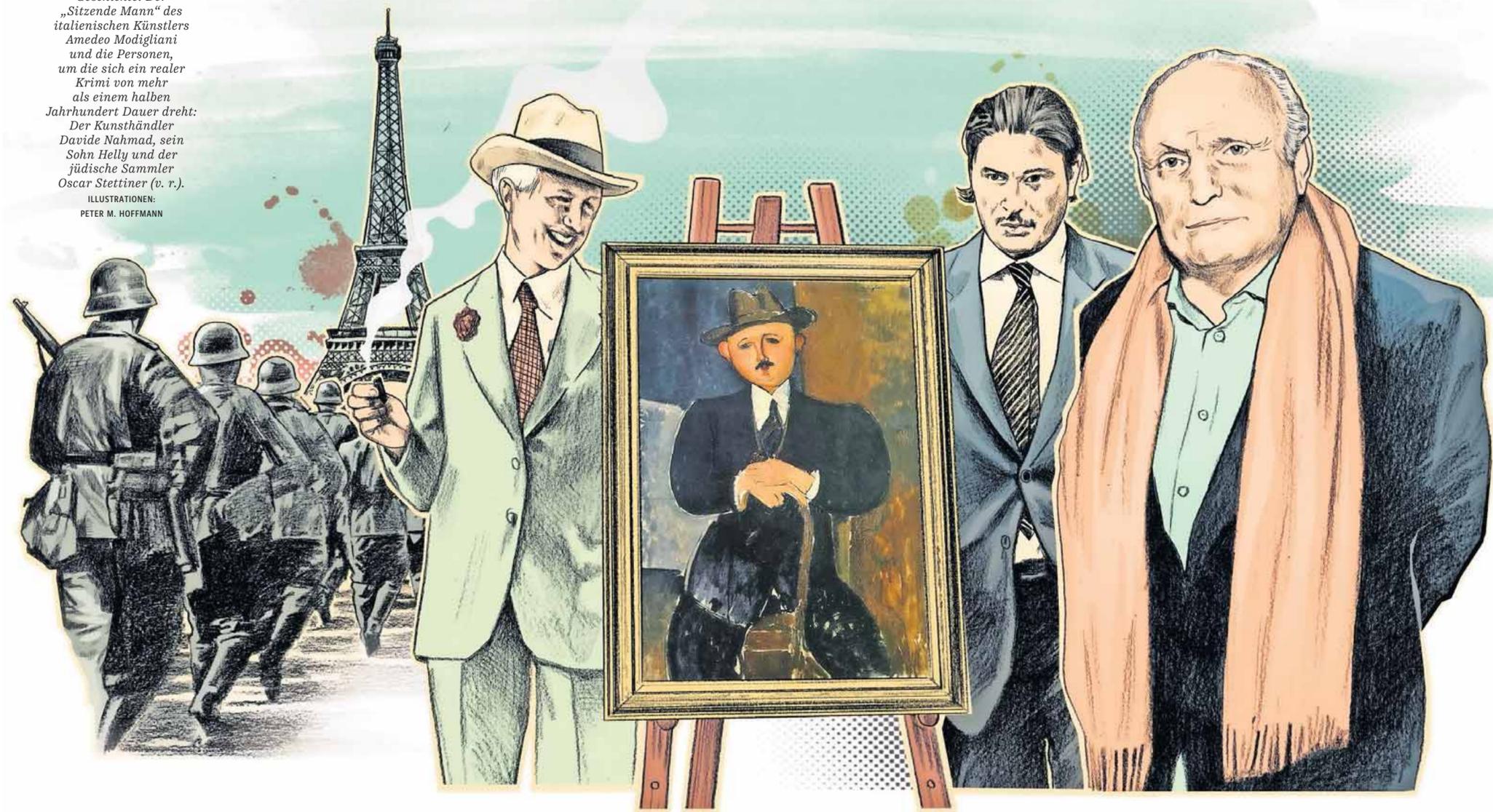
# BUCH ZWEI

PANAMA PAPERS



Ein Bild und seine Geschichte: Der „Sitzende Mann“ des italienischen Künstlers Amedeo Modigliani und die Personen, um die sich ein realer Krimi von mehr als einem halben Jahrhundert Dauer dreht: Der Kunsthändler Davide Nahmad, sein Sohn Helly und der jüdische Sammler Oscar Stettiner (v. r.).

ILLUSTRATIONEN:  
PETER M. HOFFMANN



## Panama Painting

Im Offshore-Geschäft ist Geld alles, aber die Währung wandelbar: Superreiche legen ihr Vermögen gerne auch in berühmten Kunstwerken an. Über einen von den Nazis geraubten Modigliani, der vor seinem rechtmäßigen Eigentümer versteckt wird. Vielleicht nicht mehr lange

VON KATRIN LANGHANS, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND KIA VAHLAND

Ein Bild, das als verschollen gilt, taucht nach 52 Jahren wieder auf. Es wird verkauft. Und verschwindet wieder. Die Suche nach dem wahren Eigentümer führt über Pariser Archive, Londoner Auktionshäuser und Schweizer Kunstbunker bis vor ein New Yorker Gericht. Der Enkel des längst verstorbenen Besitzers legt sich mit einem der bekanntesten und umstrittensten Kunsthändler der Welt an. Er will das Bild zurück, das von den Nazis enteignet worden war.

Ein Team von Journalisten aus Deutschland, Frankreich, Kanada und der Schweiz ist den Spuren des Gemäldes gefolgt, die hineinführen in eine Schattenswelt. Kunstwerke verschwinden jahrelang in Briefkastenfirmen, und Anwälte versuchen, die Wahrheit zu verschleiern. Am Ende fügen sich die Dinge zu einem stimmigen, logischen Ergebnis – zu einem Beweis. Was wird der wert sein?

### Der Brief

Oscar Stettiner setzt im Frühjahr 1946 in Paris ein Schreiben an das Zivilgericht in der Rue du Cherche-Midi auf. Der Krieg ist gerade erst vorbei und die Hungersnot überstanden. Die Nazi-Herrschaft ist Geschichte, die neue Zeit beginnt sich zwischen den Trümmern zu sortieren. Nur ein paar Straßen von der Seine entfernt betreibt Stettiner,

Stettiner, Jahrgang 1878, hatte sich auf antike Möbel und Teppiche verlegt, fand aber an einem besonderen Gemälde Gefallen. Es war in Paris von dem italienischen Künstler Amedeo Clemente Modigliani wohl um 1918 gemalt worden. „Homme assis (appuyé sur une canne)“, übersetzt „Sitzender Mann (aufgestützt auf einen Stock)“. Stettiner hatte es 1930 offenbar an die Biennale in Venedig verliehen, eine der wichtigsten Kunstausstellungen der Welt. Marcel Philippon, der nun die Galerie des geflüchteten Juden verwaltete, setzte vier öffentliche Auktionen an, um die zurückgelassenen Kunstwerke Stettiners zu verkaufen. Er nahm, was er kriegen konnte, er verschleuderte die von den Nazis geraubte Ware regelrecht. Der „Homme assis“ wechselte laut einer alten Ausgabe des Kunstmagazins *La Gazette Drouot* im Juni 1944 für 16 000 Francs den Besitzer – schon damals ein lächerlicher Betrag für einen Modigliani.

Irgendwann im Jahr 1944 kehrte Oscar Stettiner aus Gründen, die sich nicht mehr recherchieren lassen, nach Paris zurück. Sein Besitz war da schon weitgehend verloren – und er selbst wurde verhaftet. Aber im August 1944 kapitulierten in der französischen Hauptstadt die deutschen Besatzer; bald danach erklärte die französische Regierung Zwangsverkäufe von Besitz jüdischer Eigentümer für null und nichtig. Deshalb setzt Oscar Stettiner im Frühjahr 1946 den Brief an das französische Gericht auf: Er will seinen Modigliani zurück, um den die Nazis ihn gebracht hatten.

### Das Bild

Es ist, als wäre dieser gemalte Herr nur ein Zuschauer, einer, der die Welt beobachtet, anstatt in ihr zu leben und zu handeln. Im gepflegten Dreiteiler sitzt er da, leicht breitbeinig, die Hände auf einen Stock gestützt. Sein Porträt ist in dunklen Farben gehalten, Grau, Braun und Schwarz, an manchen Stellen schimmert die Leinwand durch, als

hätte der Künstler das Bild absichtlich nicht vollendet. Nur die Augen blitzen hell auf, doch sie sind beinahe pupillenlos. So ist es oft bei Modigliani: Er schafft Figuren mit flachen Gesichtern und entrückten Augen, die durch den Betrachter hindurchschauen, und gerade dadurch mehr zu sehen scheinen als alle anderen.

In ihrer Melancholie strahlen sie eine Selbstgenügsamkeit aus, die zum Leben des Künstlers so gar nicht passen will. Schon als Kind hatte der am 12. Juli 1884 in Livorno geborene Junge mit Krankheiten zu kämpfen. Er wuchs in einem gebildeten jüdischen Elternhaus auf, die Mutter verfasste Literaturkritiken, der Großvater interessierte sich für den Schriftsteller Oscar Wilde. Amedeo aber wollte malen und studierte in Florenz und Venedig. 1906 gelang ihm der Umzug in das wichtigste Kunstzen-

trum der Welt: Paris. Modigliani sog das Leben der Bohème auf, hatte aber nie genug Geld. Das investierte er trotzdem in Alkohol, Haschisch und wohl auch Opium. Nicht einmal die Liebe konnte ihn zur Ruhe bringen.

Umso ausgeruhter kommt Modiglianis Kunst daher, die Pablo Picassos Innovationen mit der klassischen italienischen Kunstgeschichte verbindet. Modigliani war in erster Linie Porträtist. In schnellen Strichen und gezielten Farbtupfern erfasste er die Menschen um ihn herum, von Freunden bis zu Zufallsbekanntschaften. Später wurden vor allem seine versonnenen Akte liegender Frauen berühmt, für ein solches Motiv zahlte ein chinesischer Telefonbieter im vergangenen Jahr bei Christie's 170,4 Millionen Dollar. Eine so hohe Summe würde der schnaubbärtige Stockträger heute

wohl nicht bringen, einen zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag aber doch.

### Das Rätsel

Oscar Stettiners Beschwerde geht den Gang der Behörden. Im März 1947 verfasst ein staatlicher Ermittler einen Bericht, der bis heute in einem Pariser Archiv liegt. Der Ermittler kommt zu dem Schluss, ein Mann namens „Van der Klip“ habe den „Sitzenden Mann“ 1944 gekauft. Er notiert die Adresse Rue de Courcelles 36 in Paris. Der Käufer hatte außer dem Modigliani auch einen Teppich erstanden sowie ein Gemälde, das Oscar Stettiner als Kind zeigt.

Oscar Stettiner ist nun kurz davor, das Gemälde wiederzuerlangen: Der Ermittler macht Van der Klip ausfindig und trifft sich mit ihm und Stettiner in einem Pariser Hinterhof, wo in einem Schuppen der Teppich lagert. Van der Klip ist bereit, ihn zurückzugeben.

Der Modigliani aber ist nicht hier. Das Gemälde, behauptet Van der Klip, habe er einem Monsieur Mariage eu de Saint Pierre verkauft. Dieser ist bei dem Treffen auch dabei und erklärt, den „Sitzenden Mann“ im Oktober 1944 für 25 000 Francs weiterverkauft zu haben, und zwar an einen amerikanischen Offizier. Den will er im Café du Rohan am Place du Palais Royal getroffen haben, nah beim Pariser Louvre. Der Ermittler bekommt weder einen Namen noch eine Adresse des angeblichen Käufers aus Amerika. Ende der Spur. Der jüdische Kunsthändler Oscar Stettiner stirbt im Februar 1948, ohne das wertvolle Bild zurückbekommen zu haben. Sein „Sitzender Mann“ von Amedeo Modigliani bleibt verschollen. Aber es bleibt rechtlich – und moralisch ohnehin – sein Bild.

### Die erste Auktion

Fast 50 Jahre später, im Juni 1996, taucht „Homme assis“ wieder auf – bei einer Aukti-

on von Christie's in London. Ein anonym Verkäufer bietet es laut Katalog zur Versteigerung an. Über den damaligen Eigentümer des Bildes erfährt man nichts, lediglich, dass es 1930 auf der Biennale gezeigt worden sein soll. Kein Wort über Stettiner oder dessen direkte Erben, drei Kinder und seine Frau. Sie sind zu dieser Zeit schon verstorben. Und auch kein Wort über weitere Nachfahren. Für Christie's ist der Verkäufer anonym, der Käufer wird nicht öffentlich bekannt. Nur so viel: Er bekommt den Zuschlag für 3,2 Millionen Dollar. Erst Jahre später wird sich herausstellen, dass es sich um eine Briefkastenfirma mit Sitz in Panama handelt.

Panama. Das wird zum Problem werden. Hier trifft die Schönheit der Kunst auf die Camouflage der Finanzwelt.

Geschäfte über Briefkastenfirmen sind in der Kunstwelt nicht selten. In dem Material, das eine anonyme Quelle der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt hat, tauchen etliche weltweit bekannte Kunstsammler und -händler auf. Etwa der spanische Thyssen-Bornemisza-Clan, der chinesische Magnat Wang Zhongjun oder Picassos Enkelin Marina Ruiz-Picasso. Allein in den Unterlagen von Borja Thyssen liegen Dokumente zu Geschäften mit so vielen Kunstwerken, dass man ein Museum füllen könnte.

Der Kunstmarkt ist verschwiegen. Der *Art Market Report* schätzt, dass etwa die Hälfte aller weltweiten Kunstauktionen im

*Etwa die Hälfte aller Kunstgeschäfte werden nicht öffentlich abgewickelt*

Geheimen abgewickelt werden. Der Rest wird auf öffentlichen Auktionen gehandelt, aber auch dort verbergen sich Käufer und Verkäufer gerne hinter Briefkastenfirmen. Wer bei Auktionen nachfragt, wer der Käufer und wer der Verkäufer ist, der erfährt meistens nichts oder lediglich einen nichtsagenden Firmennamen.

Der Modigliani, der 1996 kurz auf der Christie's-Auktion sichtbar wird, verschwindet wieder.

### Die zweite Auktion

2008 taucht das Gemälde wieder auf, „Homme assis“ steht diesmal bei Sotheby's in New York zum Verkauf.

► Fortsetzung nächste Seite



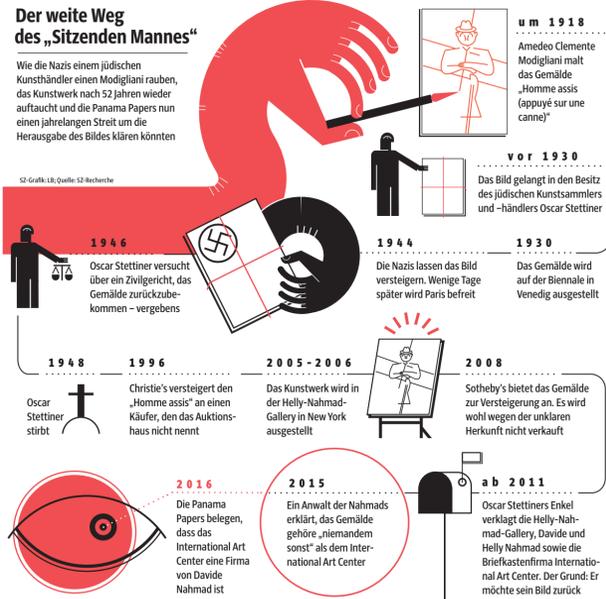
Ein Schwarz-Weiß-Foto als Beweismittel. Es zeigt Modiglianis „Sitzenden Mann“ (fünftes Gemälde von rechts) 1930 auf der Biennale in Venedig.

ein jüdischer Kunsthändler und -sammler, seine Galerie „Stettiner et Cie.“ in der Avenue Matignon 18, im achten Arrondissement. Ein gutes Viertel, in dem noch heute elegante Stadthäuser das Bild prägen.

Oscar Stettiner, gebürtiger Brite, hatte Paris ein paar Jahre zuvor verlassen müssen, er war im November 1939, sieben Monate vor dem Einmarsch der Deutschen, in seinen Geburtsort La Force im Süden geflohen. Seine Kunstwerke, diesen Schatz, musste er zurücklassen. Zwei Jahre nach Oscar Stettiners Flucht setzten die deutschen Besatzer einen Verwalter für seine Galerie ein, den „Commissaire Gérant“ Marcel Philippon. Er verkaufte das Eigentum von Oscar Stettiner, und was er bekam, abzüglich seiner Provision, ging an die Nationalsozialisten.

Der weite Weg des „Sitzenden Mannes“

Wie die Nazis einem jüdischen Kunsthändler einen Modigliani rauben, das Kunstwerk nach 52 Jahren wieder auftaucht und die Panama Papers nun einen jahrelangen Streit um die Herausgabe des Bildes klären könnten



Fortsetzung von Seite 11

Der Wert des Bildes wird inzwischen auf 18 bis 25 Millionen Dollar geschätzt, so steht es im Katalog der Auktion. Und diesmal heißt es dort, das Bild stamme „möglicherweise“ aus dem Bestand des jüdischen Kunsthändlers Oscar Stettiner. Eine Person namens „J. Livengood“ habe es irgendwann zwischen 1949 und 1945 bei einem anonymen Verkauf in Paris erstanden habe. Von Van der Klipf?

Livengood wiederum habe den Modigliani vererbt – und zwar an jene unbekannt Person, die das Bild 1996 bei Christie's versteigert hat, wodurch es beim International Art Center landete. Auch diesmal ist von lebenden Nachfahren Stettiners keine Rede.

Niemand mehr hatte offenbar den verträumten Mann auf Modiglianis Bild vermisst. Die Zeit schien die Erben und die Erinnerung zu verschlucken. Niemand hatte nach Erklärungen gesucht. So hatte auch niemand vom Tod einer gewissen Maud Van der Klipf Stettiner Notiz genommen, die am 18. Juni 2008 im Alter von 91 Jahren in den USA gestorben war. Ein Jahr später erschien in der San Diego Union Tribune eine Traueranzeige anlässlich ihres ersten Todestags. Der Text führte sogar aus, dass Maud Van der Klipfs Familie sich mit moderner Kunst beschäftigt und sie selbst

Die Traueranzeige zum Tode einer alten Dame in den USA als Spur zum vermissten Gemälde aus Paris

Die Traueranzeige zum Tode einer alten Dame in den USA als Spur zum vermissten Gemälde aus Paris

Die Entdeckung

Eine Mitarbeiterin der kanadischen Kunst- und Galeriefirma Modigliani ermittelte Mitte der 1990er Jahre Nazi-Raubkunst aufspür, um sie ihren rechtmäßigen Eigentümern zuzuführen, sucht in einem Pariser Archiv nach einer Information. Per Zufall stößt sie auf das Antwortschreiben, in dem das französische Gericht vor mehr als 60 Jahren auf Oscar Stettiners Bitte reagiert, sein Gemälde zurückzuholen – den Modigliani, den sitzenden Mann. Das Interesse der Detektive an dem Werk ist geweckt, es dürfte viele Millionen wert sein. Die weitere Recherche wird schnell zur Chefache.

Der Gründer der Detektei Mondex heißt James Palmer, er ist Kanadier – und Jude, so wie viele der von den Nazis Beraubten. Auch der Künstler selbst, Amedeo Modigliani, war Jude. Für Palmer spielt das eine große Rolle. Er wolle auch nicht so langer Zeit „Gerechtigkeit herstellen“, was wohl nach einem Wohltäter klingen soll.

Palmer, ein kleiner, feiner Mann mit freundlichem Lächeln und britischer Ausstrahlung, hatte seine Detektei zunächst gegründet, um unbeanspruchte Immobilien zu verwalten. Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Der Nahmad-Clan

Der einzige Anhaltspunkt für die Detektive von Mondex ist zunächst, dass der „Sitzende Mann“ von Modigliani seit der ersten Versteigerung bei Christie's viermal in Ausstellungen zu sehen war. Jeweils einmal im Musée d'Art Moderne in Paris und in der Royal Academy of Art in London – aber zweimal in Galerien der Familie Nahmad. Beide heißen „Helly Nahmad Gallery“, eine liegt in London, die andere in New York. Zwischen diesen Ausflügen schlummert das Kunstwerk in einem Kunstlager in Genf, dem sogenannten Freoport.

Der Hinweis auf den Namen Nahmad elektrisiert die Detektive. Unter Kunstexperten gelten die Nahmads mit als größte Käufermacht auf dem internationalen Markt. Sie sollen Werke allein von Picasso im Wert von etwa einer Milliarde Euro besitzen – nur die Familie Picasso hätte mehr. Den Gesamtwert ihres Kunstbesitzes, darunter sind auch mehrere Modiglianis, schätzt das Wirtschaftsmagazin Forbes auf drei Milliarden US-Dollar. Die Familie, schrieb das Blatt vor einiger Zeit, werde zu gleichen Teilen „berndert und gefürchtet“, sie sei „mächtig, habgierig und mit spitzen Elfenbein versehen“. Bei Auktionen in New York oder London säßen sie meist in erster Reihe und böten mit oftmals gleich zu fünf.

Der Kopf des Clans ist Davide Nahmad, 68, ein Milliardär libanesischer Abstammung mit italienischem Pass und Wohnsitz in Monaco. Er hat drei Kinder, wichtig für den Fall ist von ihnen Hillel, der „Helly“ gerufen wird und einen Ruf als Playboy genießt. Er lebt in New York und gilt als guter Freund von Leonardo DiCaprio – ein bekanntes Gesicht unter den Schönen und Reichen der Stadt. Nicht weit vom Central Park, im berühmten Carlyle-Hotel, leitet er eine schicke Galerie für impressionistische und zeitgenössische Kunst: die Helly Nahmad Gallery, eines der beiden Ausstellungenshäuser, auf die Detektive Palmer gestoßen war. Die andere Helly Nahmad Gallery in London betreibt sein Cousin gleichen Namens.

Helly Nahmad, Davides Sohn, war 2013 festgenommen, seine Galerie vom FBI durchsucht worden. Beamte nahmen Akten und Computer mit. Die Galerie sei, wegen Renovierung geschlossen, hieß es daraufhin. Die Staatsanwaltschaft war ihm vor, mit Untertafelgrößen wie „Joe the Hammer“, „Blondie“ und „dem kleinen Taiwanesen“ einen Glücksspiel- und Geldwäsche-Skandal zu betreiben. Die Ermittlungen sind noch im Gange. Mehrere Millionen Dollar sollen über ein Geflecht aus Bankkonten und Offshore-Firmen gewaschen worden sein.

Vor Gericht wurden auch abgehörte Gespräche Nahmads öffentlich. In einem davon ging es um Kunst und Geldwäsche: „Manchmal braucht eine Bank eine Begründung für eine Transaktion, nicht wahr?“, fragte Nahmad demnach in einem Telefonat. „Wir können einfach sagen, oh, Sie kaufen ein Gemälde, wenn Sie eine Rechtfertigung brauchen. Sie verstehen, was ich meine? Einen Picasso oder so etwas.“ 2014 wurde Nahmad zu einem Jahr Haft und rund sechs Millionen Dollar Strafe verurteilt.

Auch auf dem Kunstmarkt gelten die Nahmads als harte Kerle. Die Nahmads treiben Preise in die Höhe, behaupten Kritiker. Die Strategie der Kunsthändler: günstig kaufen, halten und erst verkaufen, wenn das Timing stimmt. Waren Impressionisten günstig zu haben, kauften sie Impressionisten, als Japaner Impressionisten suchten, verkauften sie Impressionisten. „Sie haben mehr Kunstwerke verkauft als jeder andere“, sagte der Chef des Auktionshauses Christie's die „Warren Buffetts der Kunstwelt“ nannte man sie schon, und das war nicht als Kompliment gedacht. Kunst-Spekulanten eben.

Im vergangenen Jahr haben sie in New York eine Ausstellung veranstaltet, die sie

im Internet mit einem Bild des Künstlers Giorgio de Chirico teilte. Und schließlich ist das französische Behördensystem von 1946 überliefert, das Stettiner recht gibt: Ihm ist das Modigliani-Portrait eines Mannes weggenommen worden.

Nach amerikanischem Recht kann er Stettiners damit das Werk Modigliani zurückfordern – denn im Gegensatz zu Deutschland verfährt in den USA der Anspruch auf die Rückgabe gestohlener Kunstgegenstände generell nicht.

Öffentliche Museen haben sich verpflichtet, gemäß der Washingtoner Erklärung von 1998 Raubkunst zurückzugeben. Sie empfiehlt das auch Privatbesitzern. In Deutschland sind diese frei in ihrer Entscheidung. Sie können sich, wie kurz vor seinem Lebensende der Kunsthändlersohn Cornelius Gurlitt, freiwillig zur Restitution von NS-Raubkunst bereit erklären.

Sie können bisher aber auch beteuern, von dem Diebstahl nichts gewusst zu haben und daher alles behalten wollen. So hätte ein Erbe drangsalierter Juden vor Gericht in Deutschland schlechtere Chancen als in den USA.

Helly Nahmad versichert indes schriftlich, seine Galerie habe den Modigliani „zu keiner Zeit“ besessen, sondern lediglich einmal für eine Ausstellung ausgeliehen. Maestracci erweiterte die Klage daraufhin einige Monate später um Davide Nahmad und Helly Nahmad persönlich sowie um das omise International Art Center. Die Firma, glaubt Oscar Stettiners Erbe nach wie vor, sei ein Alter Ego der Nahmads, sie „macht Geschäfte in New York unter der Kontrolle von Davide und Helly Nahmad“, begründet er die Klageerweiterung. Sollte er damit richtig liegen? Ein Hinweis darauf könnte sein: Obwohl das International Art Center und die Nahmads angeblich nichts miteinander zu tun haben, lassen sie sich in dem Fall von ein und demselben New Yorker Staranwalt vertreten, von Aaron Golub.

Und dann gibt es da noch eine Klage aus dem Jahr 2005. Damals hatte eine ehemalige Angestellte der New Yorker Nahmad-Galerie vier Mitglieder der Familie wegen sexueller Belästigung verklagt. Laut Gerichtsunterlagen, welche die Süddeutsche Zeitung eingesehen hat, gab die Frau an, nicht nur Rechnungen für die Helly Nahmad Gallery geschrieben zu haben, sondern auch für das International Art Center. Außerdem habe Helly Nahmad Briefe bekommen, die an das Art Center adressiert gewesen seien. Ihrer Meinung nach unterschrieb die Frau die Rechnungen und das International Art Center ein und desselben Familienunternehmens.

Das würde sich auch mit der Überzeugung des Mondex-Detektives James Palmer decken. Der sagt über Davide Nahmad: „Er ist derjenige, der die Kontrolle hat, er zieht die Strippen.“ Die Kanzlei von Nahmad-Anwalt Aaron Golub dagegen widerspricht dem im weiteren Verlauf des Prozess und erklärt, das International Art Center sei der einzige Besitzer des Modigliani, „niemandem sonst auf der Welt“ gebühre das Gemälde. Auch nicht den Nahmads.

Tatsächlich konnten Juden, die fliehen mussten, ihre Kontoauszüge und Kaufbelege oft nicht retten. Auch von Oscar Stettiner sind keine solchen Quittungen erhalten. Doch im Fall des Modigliani gibt es außergewöhnlich klare Hinweise darauf, dass Stettiner Eigentümer des Bildes war und von den Nazis bestohlen wurde. Überliefert ist das Foto der Venedigbiennale von 1930, das zeigt, wie der verträumte Mann mit Stock an einer Wand hängt. Die Nummer des Bildes, Nummer 35, stimmt mit dem Ausstellungskatalog überein, der auf die Sammlung Stettiner verweist. Im Vorfeld der Biennale verfasste zudem ein Freund Stettiners das Schreiben, in dem es heißt, Stettiner sei „possessore“, Besitzer

Ohne Freilager wie dieses wäre das ganz große Geschäft mit Kunst als Wertanlage weit schwieriger. Hier, im Freoport Genf, soll der „Sitzende Mann“ von Amedeo Modigliani eingelagert sein. Solche Hochsicherheitsanlagen wie die in der Schweiz, in Luxemburg oder in Singapur bieten oft genug den Raum für Transaktionen, die im Geheimen stattfinden, weil die Augenwelt um keinen Preis etwas erfahren soll.

Interessant sind die Formulierungen, die er wählt. Angesprochen auf das Bild, den Modigliani, den „Sitzenden Mann“, sagt er: „Ich habe es bei einer öffentlichen Versteigerung gekauft.“ Das bestreitet er vor Gericht. Später sagt er in der Lobby des Schweizer Hotels sogar, er sei „verantwortlich, das Bild zurückzugeben“, falls auch die Gegenseite bereit sei, ihren Anspruch auf das Gemälde aufzugeben, wenn sie dessen Kauf durch Oscar Stettiner nicht zweifelsfrei belegen könne.

Beim Poker wendet man das wohl „All In“ nennen, voller Einsatz. Wer das bessere Blatt hat, gewinnt den Jackpot.

Die Panama Papers Das beste Blatt hat der, welcher die Deutungshoheit über das International Art Center gewinnt. Und hier kommen die Panama Papers ins Spiel. Der Wert der geleckten Dokumente besteht genau darin: Sie legen im besten Fall die verschleierte Strukturen solcher Firmen offen, durch Verträge, e-mailende E-Mails oder Anknüpfungspunkte.

Im Fall des International Art Center, des „Sitzenden Mannes“ und des Rechtsstreits um deren wahren Eigentümer gibt ein Ordner mit dem Code „15482“ Aufschluss. Dort finden sich rund 250 Dateien, aus denen die Firmengeschichte des Offshore-Unternehmens ersichtlich wird. Demnach wurde die International Art Center S.A. am 31. August 1995 durch die panamaische Kanzlei Mossack Fonseca von Giuseppe Nahmad, Davides älterem Bruder und Helly Nahmads, gegründet. Im Jahr 2008 übernahm Giuseppe Nahmad seine Anteile zur Hälfte auf Davide, den Patriarchen des Clans. Im Firmenordner der International Art Center findet sich eine E-Mail aus der Kanzlei des New Yorker Nahmad-Anwalts Aaron Golub an einen Kollegen in Genf, der die International Art Gallery verwalten soll. „Sagen Sie mir schnellstmöglich, wer für die IAC unterschreiben kann.“ IAC steht eben für International Art Center. Irgendwie musste er dem Richter beweisen, dass dieser Firma der Modigliani gehöre, nicht seinem Mandanten Davide Nahmad. Irgendjemand muss belegen, dass Modiglianis „Homme assis“ dem International Art Center gehört.

Mossack Fonseca erhält tatsächlich im November 2011 ein Fax mit der Bitte, die Scheindirektoren ein solches Dokument unterschreiben zu lassen. Die Unterschrift eines Strohmans unter solche Papiere kostete bei Mossack Fonseca damals genau 32,10 Dollar. Aber sie könnte Millionen wert sein – wenn das Gericht das Papier akzeptieren, den Besitz dem International Art Center zuschreiben, die Klage von Philippe Maestracci abweisen und Davide Nahmad den „Sitzenden Mann“ damit behalten könnte, weil er ihm offiziell ja gar nicht gehöre.

Am Ende bekam Golubs Kanzlei so ein Schreiben tatsächlich, es ist in den öffentlichen einschreiblichen Gerichtsunterlagen zu finden. Nur kann das Gericht ohne die Information aus den Panama Papers den wahren Eigentümer hinter den Unterschriften der Scheindirektoren nicht erkennen.

Das Geständnis Panama Papers, Detektivermittlungen, Journalistenrecherche – die Zeitreise des „Sitzenden Mannes“ durch fast 100 Jahre, über mehrere Besitzer bis zurück zu ihrem rechtmäßigen Eigentümer könnte hier schon ein Ende finden. Beweisführung abgeschlossen. Davide Nahmad wird sich am Ende nicht vor einer Kamera interviewen lassen, auch eine Anfrage der Süddeutschen Zeitung lässt er unbeantwortet, lediglich sein Anwalt Aaron Golub willigt in ein Gespräch mit dem kanadischen Sender CBC ein. Kurz nachdem sich der Le-Monde-Reporter Nathaniel Herzberg mit Davide Nahmad getroffen hatte, ruft Anwalt Golub an. Er bittet nachdrücklich, seinen Mandanten aus dem Gespräch im Hotel Plaza Athénée zu entfernen. Aber dann kommt Golub ins Plaudern, sagt, das Bild sei bei der Auktion von Christie's gekauft worden, als es noch nicht klar gewesen sei, dass es möglicherweise Raubkunst ist. „Das hätte Ihnen passieren können, mir, jedem, der zu einer Auktion von Christie's geht.“ Als Käufer nannte er Aaron Golub jedoch nicht das International Art Center, sondern: „die Nahmad-Familie“.

Die Erinnerung Am Ende dieser Recherche steht man vor dem Haus in La Force, in das Oscar Stettiner zu Beginn des Zweiten Weltkriegs vor den Deutschen geflüchtet war, während sein Modigliani in Paris zurückblieb. Hier wohnte noch sein Enkel Philippe Maestracci, 70, der sein Leben lang als Landwirt gearbeitet hat. Maestracci ist nicht mehr bei bester Gesundheit, er ist ein wenig wackelig und will nicht lange reden. Aber ein paar Sätze kann man mit ihm wechseln, auf der Türschwelle.

Mit den Details des Verfahrens ist er nicht vertraut, all das Hin und Her, die Spitzfindigkeiten der New Yorker Anwälte, diesen Kampf überlässt er Mondex. Es stört ihn auch nicht, dass die Kanzlei damit Millionen verdient, er lässt das einfach laufen. Für ihn gibt es nur einen Grund, warum er überhaupt Ja gesagt hat zu diesem Rechtsstreit, an dem so viele verdienen. Dieser Grund ist aber nicht das Bild selbst, er erzählt sogar, er habe seinen Großvater „nie von Modigliani sprechen“ hören. „Ich mache es für die Erinnerung an meinen Großvater“, sagt er, bevor er wieder langsam in das Haus tritt, in dem der Kunsthändler Oscar Stettiner lebte, als die Nazis seinen Schatz verschleuderten.

Mitarbeiter: Jake Bernstein, Robert Cribb, Alexandre Haedelri, Nathaniel Herzberg, Ronna Syed

170,4 Mio. Dollar

blättern die Einkäufer des Long-Museums in Shanghai für den bisher höchstdotierten Modigliani hin. Bei Christie's in New York wurde im November 2015 zu diesem Preis das Gemälde „Nu couché“ nach Asien verkauft. Damit ist es eines der teuersten versteigerten Gemälde überhaupt.

Das Pokerspiel

Anfang März 2016 trifft der Reporter Nathaniel Herzberg von der französischen Zeitung Le Monde, mit der die SZ bei den Panama-Papers-Recherchen zusammenarbeitet, in Paris Davide Nahmad, den Vater des New Yorker Galeristen Helly. In der Bar des Pariser Hotels Plaza Athénée, das dem Sultan von Brunei gehört, kennt Davide Nahmad die Kellner beim Vorname, das noble Haus sei sein „Appartement in Paris“. Das Treffen soll als Vorgespräch für ein mögliches Fernsehinterview dienen, das Davide Nahmad auf Anraten seines Anwalts später absagen wird. Er bleibt dennoch höflich. Lediglich als der französische Reporter ihn vorsichtig auf das International Art



Center anspricht, scheint sein Lächeln einzufrieren.

Interessant sind die Formulierungen, die er wählt. Angesprochen auf das Bild, den Modigliani, den „Sitzenden Mann“, sagt er: „Ich habe es bei einer öffentlichen Versteigerung gekauft.“ Das bestreitet er vor Gericht. Später sagt er in der Lobby des Schweizer Hotels sogar, er sei „verantwortlich, das Bild zurückzugeben“, falls auch die Gegenseite bereit sei, ihren Anspruch auf das Gemälde aufzugeben, wenn sie dessen Kauf durch Oscar Stettiner nicht zweifelsfrei belegen könne.

Beim Poker wendet man das wohl „All In“ nennen, voller Einsatz. Wer das bessere Blatt hat, gewinnt den Jackpot.

Die Panama Papers Das beste Blatt hat der, welcher die Deutungshoheit über das International Art Center gewinnt. Und hier kommen die Panama Papers ins Spiel. Der Wert der geleckten Dokumente besteht genau darin: Sie legen im besten Fall die verschleierte Strukturen solcher Firmen offen, durch Verträge, e-mailende E-Mails oder Anknüpfungspunkte.

Im Fall des International Art Center, des „Sitzenden Mannes“ und des Rechtsstreits um deren wahren Eigentümer gibt ein Ordner mit dem Code „15482“ Aufschluss. Dort finden sich rund 250 Dateien, aus denen die Firmengeschichte des Offshore-Unternehmens ersichtlich wird. Demnach wurde die International Art Center S.A. am 31. August 1995 durch die panamaische Kanzlei Mossack Fonseca von Giuseppe Nahmad, Davides älterem Bruder und Helly Nahmads, gegründet. Im Jahr 2008 übernahm Giuseppe Nahmad seine Anteile zur Hälfte auf Davide, den Patriarchen des Clans. Im Firmenordner der International Art Center findet sich eine E-Mail aus der Kanzlei des New Yorker Nahmad-Anwalts Aaron Golub an einen Kollegen in Genf, der die International Art Gallery verwalten soll. „Sagen Sie mir schnellstmöglich, wer für die IAC unterschreiben kann.“ IAC steht eben für International Art Center. Irgendwie musste er dem Richter beweisen, dass dieser Firma der Modigliani gehöre, nicht seinem Mandanten Davide Nahmad. Irgendjemand muss belegen, dass Modiglianis „Homme assis“ dem International Art Center gehört.

Mossack Fonseca erhält tatsächlich im November 2011 ein Fax mit der Bitte, die Scheindirektoren ein solches Dokument unterschreiben zu lassen. Die Unterschrift eines Strohmans unter solche Papiere kostete bei Mossack Fonseca damals genau 32,10 Dollar. Aber sie könnte Millionen wert sein – wenn das Gericht das Papier akzeptieren, den Besitz dem International Art Center zuschreiben, die Klage von Philippe Maestracci abweisen und Davide Nahmad den „Sitzenden Mann“ damit behalten könnte, weil er ihm offiziell ja gar nicht gehöre.

Am Ende bekam Golubs Kanzlei so ein Schreiben tatsächlich, es ist in den öffentlichen einschreiblichen Gerichtsunterlagen zu finden. Nur kann das Gericht ohne die Information aus den Panama Papers den wahren Eigentümer hinter den Unterschriften der Scheindirektoren nicht erkennen.

Das Geständnis Panama Papers, Detektivermittlungen, Journalistenrecherche – die Zeitreise des „Sitzenden Mannes“ durch fast 100 Jahre, über mehrere Besitzer bis zurück zu ihrem rechtmäßigen Eigentümer könnte hier schon ein Ende finden. Beweisführung abgeschlossen. Davide Nahmad wird sich am Ende nicht vor einer Kamera interviewen lassen, auch eine Anfrage der Süddeutschen Zeitung lässt er unbeantwortet, lediglich sein Anwalt Aaron Golub willigt in ein Gespräch mit dem kanadischen Sender CBC ein. Kurz nachdem sich der Le-Monde-Reporter Nathaniel Herzberg mit Davide Nahmad getroffen hatte, ruft Anwalt Golub an. Er bittet nachdrücklich, seinen Mandanten aus dem Gespräch im Hotel Plaza Athénée zu entfernen. Aber dann kommt Golub ins Plaudern, sagt, das Bild sei bei der Auktion von Christie's gekauft worden, als es noch nicht klar gewesen sei, dass es möglicherweise Raubkunst ist. „Das hätte Ihnen passieren können, mir, jedem, der zu einer Auktion von Christie's geht.“ Als Käufer nannte er Aaron Golub jedoch nicht das International Art Center, sondern: „die Nahmad-Familie“.

Die Erinnerung Am Ende dieser Recherche steht man vor dem Haus in La Force, in das Oscar Stettiner zu Beginn des Zweiten Weltkriegs vor den Deutschen geflüchtet war, während sein Modigliani in Paris zurückblieb. Hier wohnte noch sein Enkel Philippe Maestracci, 70, der sein Leben lang als Landwirt gearbeitet hat. Maestracci ist nicht mehr bei bester Gesundheit, er ist ein wenig wackelig und will nicht lange reden. Aber ein paar Sätze kann man mit ihm wechseln, auf der Türschwelle.

Mit den Details des Verfahrens ist er nicht vertraut, all das Hin und Her, die Spitzfindigkeiten der New Yorker Anwälte, diesen Kampf überlässt er Mondex. Es stört ihn auch nicht, dass die Kanzlei damit Millionen verdient, er lässt das einfach laufen. Für ihn gibt es nur einen Grund, warum er überhaupt Ja gesagt hat zu diesem Rechtsstreit, an dem so viele verdienen. Dieser Grund ist aber nicht das Bild selbst, er erzählt sogar, er habe seinen Großvater „nie von Modigliani sprechen“ hören. „Ich mache es für die Erinnerung an meinen Großvater“, sagt er, bevor er wieder langsam in das Haus tritt, in dem der Kunsthändler Oscar Stettiner lebte, als die Nazis seinen Schatz verschleuderten.

Mitarbeiter: Jake Bernstein, Robert Cribb, Alexandre Haedelri, Nathaniel Herzberg, Ronna Syed

Der Oligarch zahlt drauf Ein russischer Milliardär verklagt seinen Agenten

Dmitrij Rybolowew ist laut Forbes der zwölftreischte Mann Russlands – und auch eines der reichsten russischen Privatkunstsammler. Über Jahre kaufte der Oligarch über den hervorragend vernetzten Schweizer Yves Bouvier wertvolle Bilder von Picasso, Monet und Modigliani – bis zu einem Mittagessen am 30. Dezember 2014, bei dem ein gut gehütetes Ergebnis offenbar wurde.

Rybolowew war davon ausgegangen, dass Bouvier für ihn als Kunstberater handelte, der – wie üblich in der Branche – eine Kommission von zwei Prozent geben würde aufspürt und Deals einfädelt, im Kunsthandel begegnet sich Käufer und Verkäufer selten. An jenem Tag aber saß Rybolowew in einem Hotel auf der Karibikinsel St. Barths einem anderen Kunstberater gegenüber. Der hatte vor drei Jahren den Verkauf eines Bildes arrangiert. Der Oligarch hatte für „Nu Couché au Cousin Bleu“ von Amedeo Modigliani 118 Millionen US-Dollar bezahlt, gekauft hatte es es damals über seinen Bekannten Bouvier. Nun fragte er beim Mittagessen den Mann, der das Gemälde an Bouvier vermittelt hatte: Für welche Preis hast du den Modigliani damals an Bouvier verkauft?

Rybolowew erfuhr es am nächsten Tag. Es waren nur 93,5 Millionen Dollar – Bouvier hatte an der Transaktion 24 Millionen Dollar verdient. Rybolowew hatte zu diesem Zeitpunkt bereits zwölf Jahre lang Kunst über Bouvier bezogen. Zum ersten Mal begegnet war der Milliardär ihm 2002, als er mit seiner damaligen Frau Elena ein Bild von Chagall im Genfer Zollfreilager abholte. Bouvier ist dort als Hauptgeiger der Kunstlogistikfirma Natural Le Coultre größter Mieter. Bald nach der Begegnung bot er den Rybolowews an, einmalig wertvolle Bilder zu besorgen.

In den folgenden Jahren spürte Bouvier Gemälde wie Picassos „Les Noces de Pierrette“ oder „Joueur de Flûte et Femme Nue“ für die Rybolowews auf. Auch einen neu entdeckten angeblichen Leonardo da Vinci, „Salvo Strada“, für den Rybolowew 127,5 Millionen Dollar gezahlt haben soll. Insgesamt soll er fast zwei Milliarden in Kunst investiert haben. Hätte Bouvier zwei Prozent Kommission dafür genommen, er hätte etwa 40 Millionen verdient. Offenbar machte ein Scheinversteigerer, der Insider zufolge mehr als 500 Millionen.

Kurz nach dem Essen in St. Barths verklagte Rybolowew Bouvier. Der wurde in Monaco festgenommen und kam nur gegen eine Kaution von zehn Millionen Euro wieder frei. Monate lang waren seine Konten in Hongkong und Singapur eingefroren. Bei dem Prozess – der Streitwert liegt bei einer Milliarde Dollar – geht es um

38 Bilder und die Frage, ob Bouvier bei deren Kauf Händler war oder nur Berater.

Die Panama Papers zeigen, dass Rybolowew einige der Bilder zeitweise über die Offshore-Firma Xitrans Finance Ltd gehalten hat. Auch Bouvier nutze eine Briefkastenfirma für die Abwicklung der Transaktionen. Das geht aus einer Gerichtsakte hervor. Wiederum verurteilt nach Rybolowew wollten sich auf Anfragen der Süddeutschen Zeitung zu dem Fall äußern.

Und was machte Bouvier, der das väterliche Unternehmen zu einem Imperium aus mehreren Dutzend Firmen ausgebaut hatte, mit den vielen Millionen, die er offenbar durch den Verkauf der Bilder verdientete? Er investierte sie in seine kühnste Vision. „Le Freeport“, ein globales Netzwerk von Zollfreilagern. 2010 eröffnete er das erste in Singapur, 2014 das nächste in Luxemburg. In Planung sind Shanghai, Dubai, die Bahamas, Mauritius und Singapur.

Bouvier hatte erkannt, dass die vielen Superreichen nicht nur für ihr Geld, sondern auch für ihre anderen Schätze – außer Kunst Oldtimer, Wein, Schmuck und Gold – diskrete Verstecke suchen, wo diese

Bouviers Freeports sind gigantische Schließfächer für die Besitztümer der superreichen Sammler

sch optimal gesichert, anonym und unbefugten Zugriff durch Behörden oder Ehefrauen im Scheitern des Ehepartners der Wertsteigerung hingeben können.

Mit den Lagerhallen von Genf haben sie nicht viel gemeinsam. Die neuen Freeports sind geschützt wie Atomkraftwerke, doch sie sehen aus wie Privatmuseen. Die Besucher dürfen in luxuriös eingerichteten Räumen in die Aura ihrer Werke eintauchen, mit den Bildern Partys feiern, sie weiterverkaufen. Alles, ohne sie jemals in die echte Welt der Steuern und anderer Schereien zu überführen. Die klimatisierten, vibrationsfreien Tresore in den quasi-extraktorierten Lagerhallen sind für Kunstwerke, was Offshore-Firmen für Geld sind. KATRIN LANGHANS, JÖRG HÄNTZSCHEL

Spiel mit verdeckten Karten Kunst-Kollektion schon vor Auktion verkauft?

Nie zuvor war eine Kunstsammlung für so teures Geld verkauft worden wie an diesem einen Abend im November 1997. Kunstsammler aus aller Welt hatten sich in New York zu der Auktion von Christie's versammelt, um Bilder des verstorbenen US-Ehepaars Ganz zu ersteigern. Victor und Sally Ganz waren reich geworden mit dem Verkauf von Juwelen und hatten 50 Jahre lang Kunst gesammelt: Picassos, Rauschenbergs und Werke von Eva Hesse, Frank Stella und Jasper Johns. Das Ehepaar hatte etwa zwei Millionen Dollar in seine außergewöhnliche Sammlung gesteckt.

An diesem Abend wechselten die Bilder von Victor und Sally Ganz für mehr als 200 Millionen Dollar ihren Besitzer. Allein das Bild „Le Réve“ von Picasso, das seine Geliebte Marie-Thérèse Walter zeigt, erzielte einen Verkaufspreis von 48,4 Millionen Dollar. Ein anderer Telefonanbieter erhielt den Zuschlag für das Bild, welches das Ehepaar seinerzeit für nur 7000 Dollar gekauft hatte. Es war eine Auktion mit riesigem Andrang: Mehr als 25 000 Leute hatten die Christie's-Galerien vorher besucht, und mehr als 2000 Personen – doppelt so viele wie üblich – nahmen an der Versteigerung teil.

Was die Bieter bei Christie's nicht wussten: Eine Briefkastenfirma namens Simsbury International Corp. hatte die Werke der Kollektion offenbar bereits Monate vor der Auktion für 168 Millionen US-Dollar gekauft. Das enthüllen Dokumente aus den Panama Papers, die vor mehr als einem Jahr von einer anonymen Quelle der Süddeutschen Zeitung zugespielt und im vergangenen Jahr von etwa 400 Reportern weltweit ausgewertet wurden – unter Federführung des Internationalen Konsortiums für Investigative Journalisten (ICIJ) in Washington.

Die Firma Simsbury wurde laut den Dokumenten im April 1997 als direkte finanzielle Koralleninsel Niue gegründet, offenbar zum alleinigen Zweck, die Bilder vorab zu erwerben. Der Zweck der Firma wurde über sogenannte Bearer Shares abgewickelt. Wer immer diese anonymen Inhaberkonten – ein Stück Papier – in der Hand hielt, dem gehörte die Firma.

Am 2. Mai 1997, kurz nach der Firmengründung, kaufte Simsbury International ausweischend der vorliegenden Unterlagen des Leaks die wertvollsten Bilder der späteren Ganz-Auktion für 168 Millionen Dollar langsam in das Haus tritt, in dem der Kunsthändler Oscar Stettiner lebte, als die Nazis seinen Schatz verschleuderten.

Es könnte sich bei diesem Kauf um eine Abmachung handeln, wie sie manchmal getroffen wird, um zögerliche Kunstbesitzer

leichter dazu zu bewegen, ihre Werke dem Auktionshaus und damit den Risiken einer Versteigerung zu überlassen: Weil sie das Risiko eines schlechten Preises bei der Versteigerung nicht tragen müssten.

Ob dies im Fall der Ganz-Auktion nun tatsächlich der Fall war, lässt sich aus den Dokumenten nicht belegen.

Ein Mitglied der Familie Ganz wollte sich auf eine Anfrage des ICIJ nicht zu den exakten Konditionen des vorangegangenen Verkaufs äußern.

Millionen-Auktionen, bei denen die Grenze zwischen Bieter, Käufer und Verkäufer schwer zu erkennen ist

Im Katalog der Ganz-Auktion stand zwar, dass Victor und Sally Ganz ein direktes finanzielles Interesse an dem Verkauf der Bilder haben. Die genauen Konditionen des spektakulären Verkaufs wurden aber nie offen gelegt.

Die Panama Papers enthüllen nun, wer die Käufer der Bilder bei Christie's war. Joseph Lewis, der damals der reichste Mann Englands war – und der größte Anteilseigner von Christie's.

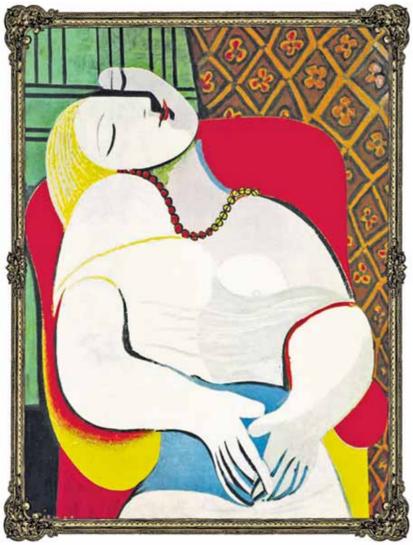
Auf Anfrage des ICIJ wollte Kate Ganz, eine der Erbinnen, die damals offiziell als Verkäuferin der Bilder bei Christie's agierte, weder bestätigen noch bestreiten, dass die Aktion mit einer Garantie hinterlegt war. Das Auktionshaus Christie's wollte sich nicht schriftlich zu den Fragen des ICIJ äußern.

Auch Joseph Lewis reagierte nicht auf eine Anfrage. Genauer betrachtet, hat er aber wohl gleich doppelt von der Auktion der millionenswerten amerikanischen Kunstkollektion profitiert. Nicht nur über die Summen, die er offenbar über den vorzeitigen Kauf der Bilder von Ganz verdient hat, sondern als Anteilseigner des Auktionshauses Christie's – auch durch die Versteigerung selbst. Das Jahr 1997 war eines der ertragreichsten Jahre, die Christie's bis dahin je gehabt hatte. JAKE BERNSTEIN, KATRIN LANGHANS



Die Ware und die Währung im internationalen Kunsthandel sind kostbare Gemälde wie 'Les Noces de Pierrette' von Pablo Picasso. Der Schweizer Yves Bouvier soll die 'Hochzeit von Pierrette' für den russischen Oligarchen und Sammler Dmitrij Rybolowew aufgetrieben haben. FOTO: GILLES SAUSSIER/LAIF

SUCCESSION PICASSO/VG BILD-KUNST, BONN 2016

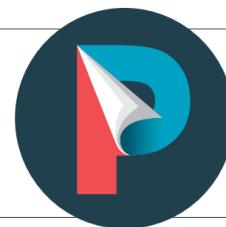


blättern die Einkäufer des Long-Museums in Shanghai für den bisher höchstdotierten Modigliani hin. Bei Christie's in New York wurde im November 2015 zu diesem Preis das Gemälde 'Nu couché' nach Asien verkauft. Damit ist es eines der teuersten versteigerten Gemälde überhaupt. FOTO: GILLES SAUSSIER/LAIF

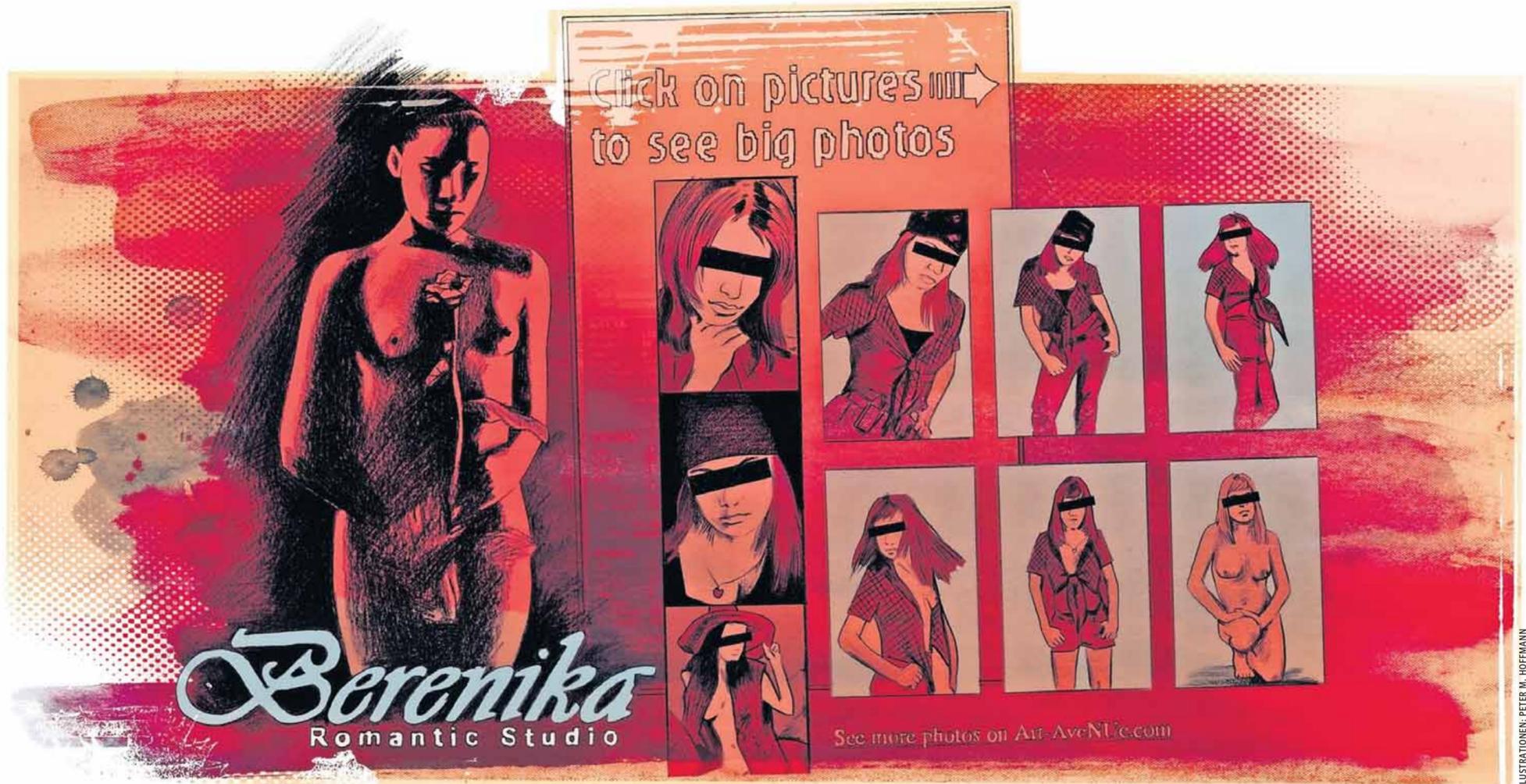
SUCCESSION PICASSO/VG BILD-KUNST, BONN 2016

# PANAMA PAPERS

Mehr Infos, Videos und Grafiken zum Thema.  
www.panamapapers.de



## Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes



ILLUSTRATIONEN: PETER M. HOFFMANN

Dr. reimal fährt Andrew M. in den kalten Winternächten des Jahres 2003 vor dem Waisenhaus am Rande von Sankt Petersburg vor. Jedes Mal holt er ein Mädchen ab. Zwei sind 13 Jahre alt, das dritte ist an jenem Tag, an dem M. mit ihm wegfährt, 14 geworden. Der Mann soll den Mädchen versprochen haben, mit ihnen nach Moskau zu fahren. Zum Sightseeing.

„Ich kenne niemanden, der etwas Schlimmeres gemacht hat als ich“, wird Andrew M. Jahre später vor einem amerikanischen Gericht sagen, ehe er verurteilt wird und sich die Gefängnistore hinter ihm schließen.

Über Firmen, die Mossack Fonseca in den vergangenen Jahrzehnten in so ziemlich jeder bekannten Steueroase im Auftrag ihrer Kunden eingerichtet hat, sind offenbar viele zweifelhafte Geschäfte gelaufen. Eine Menge davon sind bereits dokumentiert durch die weltweite Berichterstattung zu den Panama Papers, jene Recherche, die eine anonyme Quelle ausgelöst hat, indem sie der Süddeutschen Zeitung 2,6 Terabyte Daten überließ. Sie zeigen, dass solche Briefkastenfirmen wie die der panamaischen Kanzlei des Deutschen Jürgen Mossack und seines panamaischen Partners Ramón Fonseca unverzichtbar sind für Geldwäsche, Drogenhandel, Wafenschleberei, für Terrorfinanzierung oder Steuerhinterziehung, für fast jedes denkbare unerlaubte Geschäft – sie liefern überhaupt erst das Werkzeug dafür.

Mossack Fonseca, konfrontiert mit Fällen des Missbrauchs von Offshore-Firmen, behauptet, „die Kenntnisse über unsere Mandanten regelmäßig“ zu erneuern und so sicherzustellen, „dass sich hinsichtlich der Person und der von ihr anvertrauten Gesellschaft kein Negativbefund eingestellt hat“. Der Fall von Andrew M. legt erneut Zweifel nahe an diesen „Standards“ der Kanzlei in Panama. Denn M. wurde 2009 von einem Bezirksgericht in Pennsylvania verurteilt, weil er die drei Mädchen aus dem Petersburger Waisenhaus zum Geschlechtsverkehr gezwungen hatte.

Die Anklage ging sogar davon aus, M. habe die drei Kinder als Prostituierte einsetzen wollen, als frische Ware für Freier eines Kinderprostitutionsrings. „Die Mädchen waren Siebtklässler und hatten keine Erfahrungen als Prostituierte. Sie waren alle noch Jungfrauen, weil Herr M. das so verlangte“, sagte eine amerikanische Staatsanwältin. M. galt Ermittlern aus Russland und den USA als Beteiligter an einem Kinderprostitutionsring in Moskau, finanzielle Transaktionen sollen auch offshore abgewickelt worden sein.

Und dennoch: Mindestens eine von Andrew M.s Briefkastenfirmen wurde durch Mossack Fonseca ist bis heute aktiv – obwohl man in der Kanzlei offenbar weiß, wem man da zu Diensten ist; obwohl Medien über den Fall berichteten; und obwohl M. kein unauffälliger Kunde gewesen ist.

Mossack Fonseca gründet am 31. März 1995 für Andrew M. die Firmen Ifex Global Ltd und Maga Global Ltd, beide mit Sitz auf den Britischen Jungferninseln. Einen Zweck gibt er nicht an, und Mossack Fonseca stellt den Panama Papers zufolge nicht DiZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

besonders viele Fragen. Offenbar haben weder die panamaische Kanzlei noch ein zwischengeschalteter amerikanischer Dienstleister, der zwischen M. und Mossack vermittelt hatte, den Gründer jemals gesehen. Noch nicht einmal eine Kopie seines Passes ist den Panama-Papieren zufolge in die Akten gewandert.

Als Andrew M. die beiden Firmen einrichtet, ist er 25 Jahre alt. Sechs Jahre zuvor war er mit seinem Vater von Sankt Petersburg aus in die USA umgezogen. Seine mathematische Begabung brachte ihm einen Platz an der Columbia Universität in New York ein, und obwohl er anfangs so gut wie kein Englisch konnte, schloss er dort mit Bestnoten ab.

Zum Leidwesen seines Vaters schlägt Andrew M. aber keine wissenschaftliche Laufbahn ein, sondern wird Unternehmer. Er vertreibt spezielle Feuerlöcher, die nach dem Patent eines deutschen Erfinders mit wenig Wasser und hohem Druck arbeiten. „Impulse Fire Extinguishing System“ nennt sich die Grundlage der maschinengeführten Geräte, kurz: Ifex – wie auch einer seiner 1995 angemeldeten Offshore-Firmen heißt. Später verschifft Andrew M. Autos deutscher Hersteller um die halbe Welt; 2004 wird der Wert seiner Firma auf mehr als zehn Millionen Dollar geschätzt.

Der russische Einwanderer lebt den amerikanischen Traum, heiratet, bekommt drei Kinder, bezieht eine Villa in Philadelphia. Es ist die helle Seite seines Doppellebens.

**Sogar mit Chauffeur:  
all inclusive für  
Sex-Touristen in Moskau**

Die dunkle lässt sich aus Ermittlungsakten und Gerichtsdokumenten rekonstruieren, die der SZ vorliegen: Im Jahr 2002 geht demnach die Webseite www.berenika.org online. Sie wirbt für etwas, das ihre Macher „romantic studio“ nennen. Schon auf der Startseite ist ein nacktes Mädchen mit einer Rose in der Hand zu sehen, und es sieht jung aus, sehr jung.

Die Mädchen auf berenika.org werden geordnet nach Größe, Gewicht und BH-Körbchen angeboten, sie seien „jung und frisch“ – und schon für 150 bis 300 Dollar pro Stunde zu haben. Eine ganze Nacht koste 500 Dollar. Tatsächlich gibt es auf berenika.org pro forma die Erklärung, alle Mädchen seien über 18 Jahre alt. Aber wer nach minderjährigen Mädchen sucht, sieht sofort, dass er auf der richtigen Seite gelangt ist: einem Angebot für Freier, die nach Kindern suchen. Die Mädchen wohnen in einem Apartment in Moskau und werden zum Arbeiten in einer anderen Wohnung mit den Berenika-Kunden zusammenge-

## Auf der dunklen Seite

Durch Firmen, die Mossack Fonseca gegründet hat, ist viel schmutziges Geld geschleust worden. Sogar ein verurteilter Kinderschänder, der im Verdacht der Kinderprostitution stand, bleibt Kunde

VON FREDERIK OBERMAIER,  
BASTIAN OBERMAYER UND OLIVER ZIHMANN

bracht. Ein offenbar gut organisiertes Verbrechen.

Andrew M. sei einer der Geldgeber des Kinderprostitutionsrings „Berenika“ – zu diesem Schluss kommen amerikanische Ermittler. Sie schreiben, M. habe investiert „in der Erwartung, dass er einen Anteil an den Gewinnen aus der Prostitution erwachsener und minderjähriger Frauen bekommen würde“. Er soll die Webseite von Mai 2003 an sogar auf Englisch übersetzt haben, um westliche Kunden anzulocken, die in Moskau unterwegs waren. Professionell gemanagt sei der Betrieb und „western owned“, hieß es dort, was wohl die Angst der Kunden vor der Russen-Mafia nehmen sollte. Zudem war ein Fahrdienst inklusive, die Freier wurden von ihrem Hotel abgeholt und wieder zurückgebracht – eine Art All-inclusive-Angebot für Sextouristen.

Auf der – heute längst abgeschalteten – Webseite fanden sich alsbald sogar Kommentare von Kunden, widerliche Rezensionen ihrer illegalen Akte. Allesamt schwer zu ertragen.

Etwas zur selben Zeit, in der sich Berenika für internationale Kundschaft aufstellt, gründet Andrew M. eine Stiftung, um russischen Terroropfern zu helfen – speziell Kindern. Er wird der Präsident des „Teams USA“ dieser Stiftung, der amerikanischen Niederlassung. Auf schicken Abendveranstaltungen trifft er den russischen Botschafter in den USA, lässt sich als Wohltäter auf VIP-Partys mit Hollywood-Mimen wie Heather Graham fotografieren.

Selbmade-Millionär, Wohltäter, Familienvater: Das ist der Schein.

Aber der Berenika-Ring gerät ins Visier russischer Ermittler, die ihren US-Kollegen offenbar einen ersten Hinweis auf Andrew M. geben. Als der im Juli 2004 von einer seiner vielen Reisen aus Russland in die USA zurückkehrt, konfisziert die Polizei am Flughafen von Philadelphia seinen Laptop. Im Zuge weltweiter Ermittlungen werden in Russland 2005 vier Männer zu Haftstrafen verurteilt. M. hat Glück, jeden-

falls zunächst. Seiner Frau gesteht er nach eigenen Angaben, in Russland lediglich eine „Affäre“ gehabt zu haben. Nachzuweisen ist ihm zunächst nichts.

Erst 2007 gelingt es dem FBI, verschlüsselte Dateien seines drei Jahre zuvor am Flughafen sichergestellten Computers zu dekodieren. Jetzt finden die Ermittler E-Mails, die M. klar mit berenika.org in Verbindung bringen. Unter anderem habe er Mitarbeiter, die für Berenika arbeiteten, unter „VIP“ abgespeichert.

Später stellen Ermittler bei Recherchen auf die Firma Ifex Global Ltd, eine jener beiden Briefkastenfirmen, die 1995 von Mossack Fonseca auf den Britischen Jungferninseln gegründet wurde. Sie bitten die karibischen Behörden um Auskunft, wollen wissen, wer sich dahinter verbirgt. Die dortige Finanzaufsicht wendet sich an Mossack Fonseca, um Namen und Anschrift des Ifex-Direktors und -Shareholders zu erfragen. Mossack Fonseca antwortet, die Ifex Global gehöre einem Mann namens Dmitrij G. – Andrew M. sei lediglich Direktor.

Die internen Unterlagen von Mossack Fonseca jedoch, die der SZ durch das Daten-Leak vorliegen, führen Andrew M. ganz klar als alleinigen Anteilseigner auf. Seit 1995. Und der Mann hat sogar eine spezielle Geschichte bei Mossack Fonseca. Kurz nachdem er seine beiden Briefkastenfirmen gegründet hatte, war er zusammen mit einem Russen plötzlich persönlich in Road Town, der Hauptstadt der Britischen Jungferninseln, aufgetaucht. Bei der örtlichen Filiale der Chase-Bank wollte er auf den Namen seiner Firmen zwei Konten eröffnen, um Zehntausende Dollar zu transferieren. Noch am selben Tag, „ohne dass die Bank fähig wäre, die Vorschriften zu erfüllen“, wie es in einem Memo heißt, das sich in den Panama Papers findet.

Über den offenbar selbst für Mossack-Verhältnisse ungewöhnlichen Vorgang wurden auch Kanzleipartner in einem Memorandum informiert. Den derart auffälligen Kunden behielt die Kanzlei jedoch.

Mossack Fonseca legt bei der Aufklärung gegenüber den alarmierten Mitarbeitern der Finanzaufsicht von den Britischen Jungferninseln trotz dieser Vorgeschichte keinen besonderen Eifer an den Tag. Zu Ifex gebe es nichts Besonderes, auch keine Informationen zu anderen mit ihr verbundenen Firmen. Das stimmt wieder nicht, denn Andrew M. hatte ja offenbar zwei Firmen in der Panama-Kanzlei des Deutschen Jürgen Mossack einrichten lassen, neben der Ifex auch eine Maga Global Limited. Den Akten liegt sogar eine Visitenkarte dieser Firma bei, darauf ist Andrew M. als Vizedirektor notiert. Auf eine entsprechende Anfrage der Süddeutschen Zeitung antwortete Mossack Fonseca nicht.

Im Dezember 2008 wird Andrew M. schließlich in den USA festgenommen. Viele Medien berichten ausführlich über den Multimillionär, der Kinder sexuell missbraucht und ausgebeutet haben soll, und Mossack Fonseca bekommt erneut Post von den Behörden der Britischen Jungferninseln. Diesmal wollen die Ermittler Unterlagen einsehen, die zeigen sollen, dass Mossack Fonseca diesen Kunden tatsächlich so penibel und vorschriftsmäßig überprüft hat, wie die Kanzlei stets behauptet.

Allerdings finden die Mossack-Mitarbeiter in ihren Daten nur eine Anschrift in einem Vorort von Philadelphia. Sonst nichts, nicht einmal die Kopie eines Passes. Entsprechend nervös schreiben sie den amerikanischen Vermittler an, der die Firma Ifex einst im Auftrag von Andrew M. bei Mossack Fonseca bestellt hatte. Auch dort findet sich nicht mehr als die Bescheinigung einer norwegischen Bank, bei der M. ein Konto hatte, und ein seit drei Jahren abgelaufener Führerschein. Beides schickt Mossack Fonseca im Januar 2009 schließlich an die Financial Investigation Agency der Britischen Jungferninseln. Außerdem bestätigen sie nun doch, dass M. Eigentümer der Ifex Global ist.

**Mossack-Mitarbeiter mailen  
sich Zeitungsartikel über  
den Sexverbrecher**

Wenige Tage später gesteht Andrew M. vor einem Bezirksgericht in Pennsylvania, mit drei minderjährigen russischen Mädchen Sex gehabt zu haben. Es ist ein Deal. M. gibt die Vergewaltigungen zu, dafür wird die Anklage wegen Kinderhandels fallen gelassen. Andrew M. wird schließlich im September 2009 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Der Verdacht der Ermittler, dass M. nicht nur aus pädophiler Neigung heraus, sondern aus geschäftlichem Interesse für das Prostitutionsgeschäft bei Berenika gehandelt hatte, bleibt damit ungeahndet.

Mit den Opfern, die parallel zum Strafgerichts- einen Zivilprozess angestrengt hatten, hatte sich M. noch vor dem Urteil im Strafprozess außergerichtlich geeinigt. Es ersparte seinen Opfern immerhin eine Aussage vor Gericht. In den Unterlagen zu diesem Zivilprozess taucht der Firmenname Ifex Global ebenfalls auf. Kosten für den Kinderprostitutionsring seien als Unternehmensausgaben bei dieser Firma verbucht worden, Gewinnen wiederum sei durch die Firma „der Anschein von Legitimität“ gegeben worden. Zudem sei die Homepage www.berenika.org aus M.s Privathaus beziehungsweise aus seinem Geschäft Ifex Global „kontrolliert“ worden. Es stehe sogar der Verdacht im Raum, dass mit Geld von Firmenkonten russische Beamten bestochen worden seien, damit diese die Berenika-Betreiber gewähren ließen. M. bestreitet dies. Alle Anschuldigungen, er sei Teil des Berenika-Rings gewesen, basierten auf einem „Lügenmärchen“ russischer Behörden. Er habe kein Geld investiert und keinen Anteil an den Berenika-Gewinnen gehabt.

Tatsächlich ist in den Gerichtsunterlagen von einer Ifex Global Inc. die Rede – nicht von der bei Mossack Fonseca bestellten Ifex Global Limited. Ob und wie diese beiden Firmen zusammenhängen, könnte nur die Einsicht in alle Gerichtsakten klären; sie sind jedoch bis auf ein paar Seiten unter Verschluss. Auf Anfrage wollte M. sich nicht öffentlich zu Ifex äußern – die entsprechende E-Mail schrieb er von einer Adresse, die auf @ifex.us endete.

Bei Mossack Fonseca haben die Anfragen von den Britischen Jungferninseln und die Zeitungsartikel über ihren Kunden Andrew M. keine Folgen. Erst im Frühjahr 2014 – fünf Jahre nach der Verurteilung – fällt der Kanzlei in Panama offenbar auf, dass einer ihrer Kunden ein verurteilter Sexualverbrecher ist. Die Mitarbeiter schicken sich intern Zeitungsartikel zu und stufen M. als „Hochrisikokunden“ ein. Schließlich taucht auch die Frage auf, ob Mossack Fonseca die Behörden der Britischen Jungferninseln informieren solle.

Die Chefin der Compliance-Abteilung bei Mossack Fonseca, die über die Einhaltung von Recht und Gesetz wachen soll, plädiert dagegen – schließlich sei Ifex Global „in nichts Illegales verwickelt“ gewesen, schreibt sie. Am Ende werden die Behörden nicht benachrichtigt; man sehe nicht, wie die Firma von M.s pädophilem Treiben profitiert habe.

Mossack Fonseca behält also einen verurteilten Sexualverbrecher als Offshore-Kunden, der laut Ermittlungen womöglich Geldgeber einer kriminellen Organisation war, die Sex mit Kindern organisierte. Und der im Verdacht stand, die Transaktionen im Zusammenhang mit Kinderprostitution offshore abgewickelt zu haben. Es scheint sich für Mossack Fonseca also „hinsichtlich der Person und der von ihr anvertrauten Gesellschaft kein Negativbefund eingestellt“ zu haben. Tatsächlich ist Ifex Global Ltd. bis in diese Tage eine reguläre Firma. Andrew M. wurde im Dezember 2015 aus der Haft entlassen.

Mitarbeit: Will Fitzgibbon